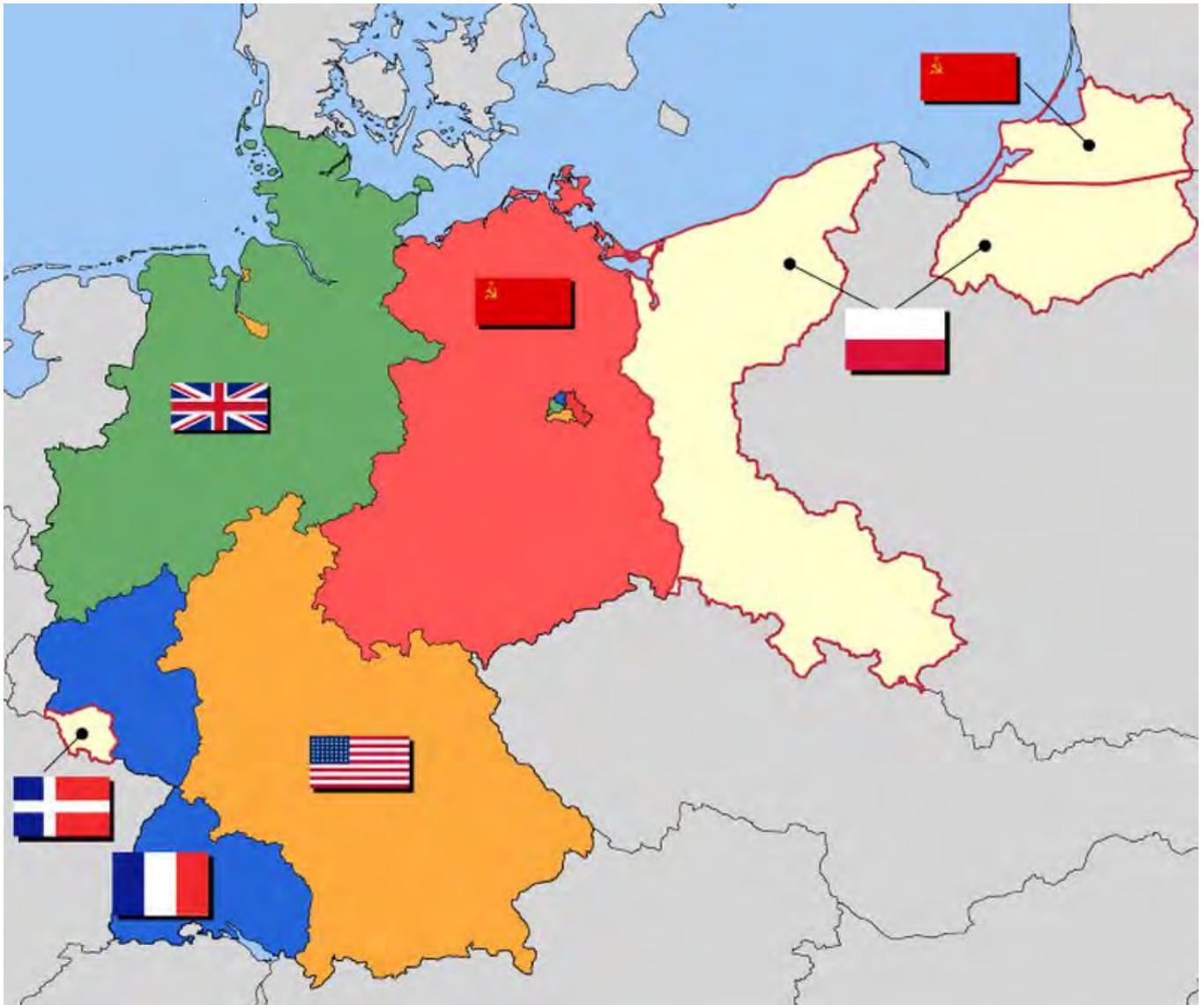


Die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) und die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“)



- ab dem 23. Mai 1945 vollständige Handlungsunfähigkeit der deutschen Staatsorgane
- künstliche Entwertung der Reichsmark
- „Hungerwinter“ 1946-1947 durch Aushungern und Erfrieren der völlig schutzlosen deutschen Bevölkerung (angloamerikanisches Aushungerprogramm)
- Ausplünderung von Rohstoffen (vor allem Holz, Kohle, Stahl, Erze) und der Nahrungsmittelbestände in Deutschland
- 20. Juni 1948 Währungsreform in der West-Alliierten Besatzungszone Einführung der sog. „deutschen Mark“ als offiziell bekannt gegebenes „Kopfgeld“ (Kopfprämie) für die versklavt-entrechteten Deutschen zur Vorbereitung der Okkupationsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland („BRD) in den westalliierten Besatzungssektoren - Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kopfgeld>

- sog. „Grundsatzrede“ zur künftigen nichtstaatlichen BRD-Treuhandverwaltung von Prof. Dr. Carlo Schmidt vor dem sog. „Parlamentarischen Rat“ der westalliierten Treuhänder
- **4. April 1949: Gründung NATO**
- **23. Mai 1949: Gründung westalliierte provisorische Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)** mit dem **alliierten Militär-Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland**
- im alliierten Auftrag Errichtung einer provisorischen, staatsfragmentarischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) für das Deutsche Reich auf dem Staatsgebiet des Deutschen Reiches
(Grundgesetz für die BRD und Einführung von Ländern nach Besatzungsvorgaben der Alliierten)
- nationalsozialistisches Staatsrecht durch (Re-) Nazifizierung - Gleichschaltung Weiterverwaltung der „deutschen Staatsangehörigkeit“ - mit der Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ von 1934)
- Zitat Konrad Adenauer 1949: „Wir haben keinen Staat zu errichten... Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten.“
- **Marshallplan** - Kredite - Wirtschaftsblüte - Besatzungskosten (s. Artikel 120 GG für die BRD) und Kriegsreparationszahlungen an die westalliierten Siegermächte
- **12. November 1955 Gründung der „Bundeswehr“** - sog. „**Neue deutsche Wehrmacht**“
- **Wiederaufrüstung - kalter Krieg**
- **7. Oktober 1949: Gründung sowjetrussisches Besatzungsstruktur „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“)**
- Internationaler Sozialismus - Gleichschaltung - Mangelwirtschaft - Enteignungen - Zwangskollektivierung - Besatzungskosten und Kriegsreparationsausgleich an die UdSSR (Sowjetunion) - Aufrüstung - kalter Krieg

Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederrichtung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.



10. Die alliierte Treuhand-Verwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) in Westdeutschland (sog. „Trizone“)

Erlaubte Kriegslisten

Kriegslisten sind anders als Heimtücke nicht völkerrechtlich verboten, sondern erlaubt. Kriegslisten sind Handlungen, die einen Gegner irreführen oder ihn zu unvorsichtigen Handlungen veranlassen sollen, die aber keine Regel des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts verletzen und nicht heimtückisch sind, weil sie den Gegner auch nicht verleiten sollen, auf den sich aus diesem Recht ergebenden Schutz zu vertrauen.

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt: Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



Quelle: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>



**Der US-„Marshallplan“ zur Anschub-Finanzierung der
Nazi-Wunderwaffe „Deutsche Wirtschaft“!**





10.1 Installation des angloamerikanischen Besatzungsregimes „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) am 23. Mai 1949 in Bonn!



Nekromantie - Die Totenbeschwörer aus London:

Haager Landkriegsordnung (HLKO) - Artikel 24 Kriegslisten sind erlaubt - Zitat:

Kriegslisten und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, sind erlaubt.

Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&l=de

Anwendung von Lug und Trug, Irreführung, Täuschung, Anschein, Falschinformationen, Glaubhaftmachung, Scheinstellungen, Attrappen, falsche Hoffnungen, Schüren von Ängsten usw.:

Sefton Delmer (1904-1979) - bedeutender englischer Journalist:

"Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, umso besser. Lügen, Betrug - alles"

Quelle: *Die Deutschen und ich*, Hamburg 1963, S. 590

1. Londoner Empfehlung: „Im Juni 1948 werden auf der Sechsmächte-Konferenz in London die Weichen für einen westdeutschen Teilstaat gestellt.“

Quelle: <https://www.bpb.de/themen/nachkriegszeit/grundgesetz-und-parlamentarischer-rat/38975/von-den-londoner-empfehlungen-zum-grundgesetz>

In der sogenannten Trizone der Westalliierten Besatzungsmächte wird auf der Grundlage der „Londoner Empfehlungen“ die „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) errichtet.

In der Theorie und in der römischen Völkerrechtsrealität ist die BRD eine Treuhand- und Besatzungsverwaltung gem. HLKO und UN-Charta auf dem westlichen Staatsgebiet des handlungsunfähigen Deutschen Reiches.

In der Praxis wird die BRD (vgl. Birne) allerdings als „deutscher Kernstaat“ installiert, der nach außen hin sofort als „Deutschland“ (vgl. Apfel) auftritt und die Nazi-Ideologie fortsetzt. (Vgl. Metapher: Die Birne tritt sofort als Apfel in Erscheinung, obwohl es definitiv eine Birne ist.)

Beweis: Aktive Weiterführung der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 05.02.1934 und die Organisation der BRD mit über 50.000 Nationalsozialisten gleicht in der Praxis einer Neu-Organisation von Nazi-Deutschland 1937.

Nekromantie: Wiederauferstehung der Nazi-Dämons Adolf Hitlers in Westdeutschland! (Metapher: Die Birne führt den Geist des Apfels weiter.)

2. Bundesgesetzblatt Nr.49 vom 27. November 1950: Bei der Errichtung des Bundesrechnungshofes und der Anwendung der „Vorschriften der Reichshaushaltsordnung“, tritt an die Stelle des Deutschen Reiches die Bundesrepublik Deutschland und gleichermaßen an die Stelle des Reichstages der Bundestag, usw.

(Vergl.: Metapher: Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne in „der juristischen Welt“ der Nazis zum Apfel.)

3. 1973: Das BVerfG hat in seinem Urteil zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Folgendes festgestellt:

Das Grundgesetz geht davon aus, „dass das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist“. **Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern „ein Teil Deutschlands neu organisiert“ [...].**

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“

Quelle: BVerfG, Urteil vom 31. Juli 1973, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 36. Band, 1 (15f.) = Neue Juristische Wochenschrift 1973, 1539. 2 Dolzer in:

Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts, 3. Aufl., 2003, Band I, § 13 Rn. 12.

Siehe dazu weiter die SHAEF-Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung in Deutschland - Gesetz Nr. 1 Art. III Abschnitt 4, Gesetz Nr. 52 Art. VII Abschnitt e), Gesetz Nr. 53 Art. VII Abschnitt g), Gesetz Nr. 161/2, das Grundsatzurteil Bundesverfassungsgericht vom 31.07.1973 - 2BvF 1/73 zum Völkerrechtssubjekt „*Deutsches Reich*“

, die Dokumentation Deutscher Bundestag der BRD - wissenschaftlicher Dienst WD 3 - 292/07 - Antwort Auswärtiges Amt der BRD: Auswärtiges/Antwort vom 30.06.2015 - Referenz hib 340/2015)

und die Protokolle aus dem Bundeskanzleramt 354 BII vom 17.07.1990

(ACHTUNG! Kriegslist: BRD-Besatzungsregime ist KEIN STAAT!)

(Vgl. Metapher:

Die Birne „glaubt“ tatsächlich, dass sie der Apfel sei (sieht sich als identisch) oder der Apfel wurde, weiß allerdings, dass die äußere Form nicht vollständig identisch sein kann. Im ideologischen Wahn unbedingt der ganze Apfel sein zu wollen, sieht die Birne darüber hinweg, dass sie in Bezug auf die räumliche Ausdehnung nur „teil-identisch“ mit dem Apfel ist. Für die Birne ist ihr Dasein als vollwertiger Apfel keinesfalls in Frage zu stellen. („teilidentisch“, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“))

4. 31. August 1990 und spätestens ab dem 03. Oktober 1990: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Birne) und der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Birne) über die Herstellung der Einheit Deutschlands. (sog. „Einigungsvertrag“)

Täuschung im Rechtsverkehr bzw. gigantischer Betrug ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit:

Die Täuschung aller Völker durch eine sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches, was in der Rechtsrealität unsinnig ist, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter handlungsunfähig fortbestand und besteht.

In der Theorie-Realität und auch einmalig in der Geschichte des römischen Rechts hat ab 1990 einfach die eine Besatzungs- und Treuhandverwaltung BRD eine andere Treuhand- und Besatzungsverwaltung DDR seines alliierten Verbündeten UdSSR durch Kriegslisten übernommen und sich Gebiets-technisch einverleibt.

In der Praxis haben die Nazi-Dämonen einen großen Teil Nazi-Deutschlands von 1937 territorial zurückerobert.

(Metapher: Die Birne tritt seit 1990 souverän als Apfel in Erscheinung und täuscht die sog. „internationale Weltgemeinschaft“.)

5. 2004: Die Volksrepublik Polen tritt ohne Grenzgarantie dem Interessensbündnis „Europäische Union“ (Viertes Reich der Nazis = Walter Hallstein-NSDAP-Plan) bei. Mit diesem Trick wurde Nazi-Deutschland im Zustand vom 31. Dezember 1937 (fast) vollständig wiederhergestellt.

Das nördliche Ostpreußen = heutiges Kaliningrad ist gegenwärtig noch nicht einverleibt.

6. Mögliches Planungsszenario der Nazi-Dämonen: Ist der „Ukraine-Krieg“ nur ein Vorwand zur Rückeroberung von Kaliningrad bzw. nördliches Ostpreußen inklusive Königsberg als künftiges Verhandlungs-Ergebnis um weitere (mögl. atomare) Eskalationen zu vermeiden?

7. Übernahme der Welt-Herrschaft durch die Nazis - Projekt „New World Order“ = das 5. Reich.

Nekromantik:

Die **Totenbeschwörung**, auch **Nekromantie** und **Totenorakel** genannt, ist eine weltweit verbreitete Form des Spiritismus, die von der Annahme einer Existenz der Verstorbenen oder ihrer Seelen nach deren Tod ausgeht und durch Rituale und direkte Beschwörung Verstorbener deren Wiederbelebung und die Begegnung mit Geistern Verstorbener anstrebt, was Einblicke in die jenseitige Welt, Problemlösungen oder Einsichten in zukünftige Ereignisse bringen soll (Mantik). Die wissenschaftliche, literarische oder künstlerische Beschäftigung damit bezeichnet man als

Wortbedeutung Nekromantik: Das Wort *Nekromantie* leitet sich ab vom altgriech. *nekros*

(*Leiche*) und von *mantis* (*Weissager*). Seit dem 13. Jahrhundert wird Nekromantie mit **Nigromantie** gleichgesetzt und mit der *Schwarzen Magie* assoziiert. Bei Paracelsus bedeutet Nigromantie die Beschwörung der Gestirngeister. Das Wort *Nigromantie* bezeichnet aber lediglich die mittelalterliche Wortneubildung für *Nekromantie*. Das Wort entstand aus einer Verschmelzung des alten griech.-lat. Begriffs *Nekromantie* mit lat. *niger*: „schwarz“. Im Mittelalter war das Wort *niger* gleichbedeutend mit „schlecht“ oder „schrecklich“, war unheilbringend oder ein Begriff der schwarzen Künste (vgl. Schwarze Magie, Schwarzer Tod). Die im Mittelalter von den *Nekromanten* ausgeübten Beschwörungs- und Weissagungspraktiken, die vor allem in Grimoires beschrieben wurden, waren von der christlichen Glaubenslehre als *superstitiös* (abergläubisch) untersagt.
Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Totenbeschw%C3%B6rung>



Ewiger Welt-Krieg

Die größte Kriegslist aller Zeiten ist die nicht Beendigung des Kriegszustandes!



Zweiter Weltkrieg nicht beendet!

"(...) Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt (...)"



Debellatio

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch **kriegerische Niederwerfung**) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**. Die inzwischen veraltete **Debellatio-Doktrin** im **Völkergewohnheitsrecht** besagte, dass ein militärisch vollständig besiegter Staat, dessen Institutionen zerstört sind, kein **Völkerrechtssubjekt** mehr ist.^[1]

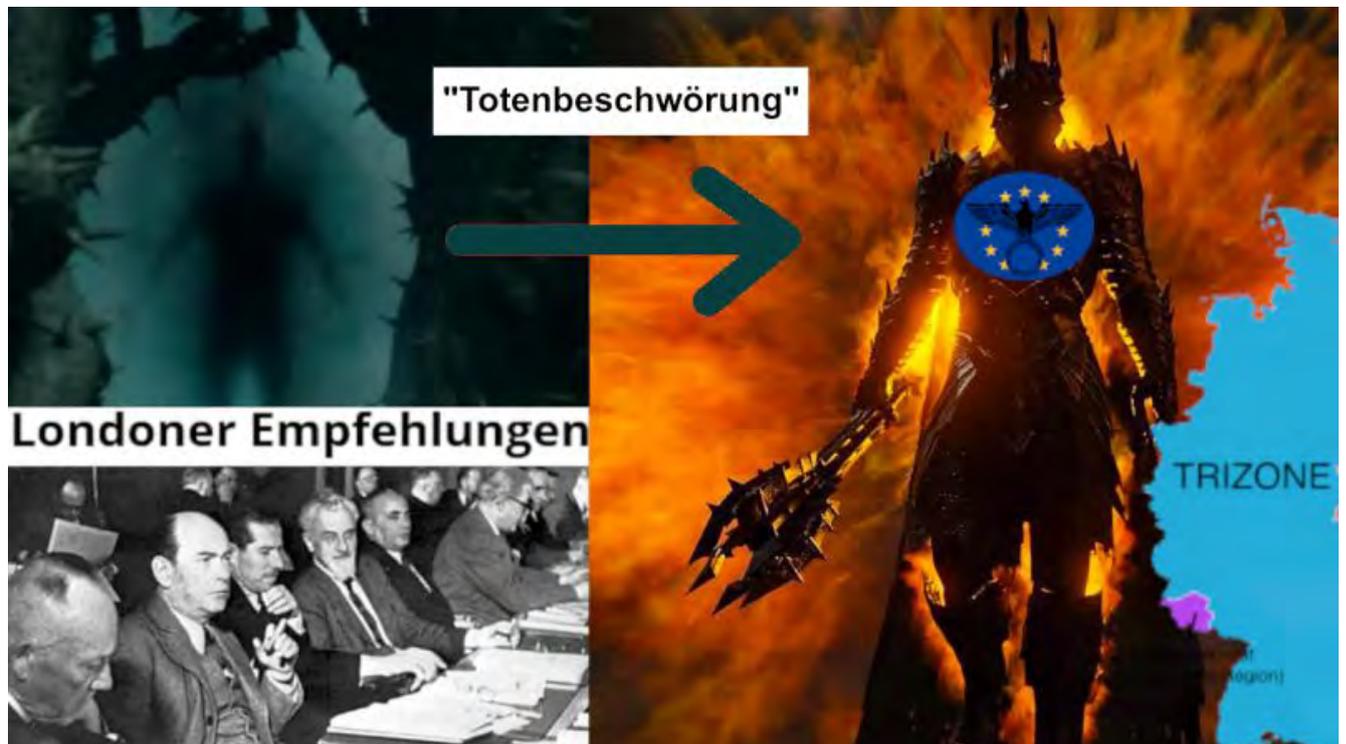
09. Mai 1945 Kapitulation der Wehrmacht:

Debellatio = Das Ende des Krieges wird HERBEIGEFÜHRT, doch muss die Beendigung des Kriegszustandes zuletzt auch völkerrechtlich vollzogen werden!

Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.





Department of State: Division of Corporations

HOME

- About Agency
- Secretary's Letter
- Newsroom
- Frequent Questions
- Related Links
- Contact Us
- Office Location

SERVICES

- Pay Taxes
- File UCC's
- Delaware Laws Online
- Name Reservation
- Entity Search
- Status
- Validate Certificate
- Customer Service Survey

INFORMATION

- Corporate Forms
- Corporate Fees
- UCC Forms and Fees
- Taxes
- Expedited Services
- Service of Process
- Registered Agents
- GetCorporate Status
- Submitting a Request
- How to Form a New Business Entity
- Certifications, Apostilles & Authentication of Documents

Entity Details

THIS IS NOT A STATEMENT OF GOOD STANDING

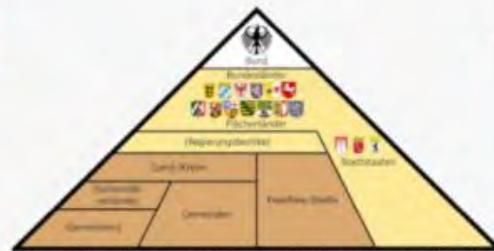
File Number:	5959295	Incorporation Date / Formation Date:	2/9/2016 (mm/dd/yyyy)
Entity Name:	DEUTSCHES REICH INC.		
Entity Kind:	Corporation	Entity Type:	General
Residency:	Domestic	State:	DELAWARE

REGISTERED AGENT INFORMATION

Name:	THE COMPANY CORPORATION		
Address:	251 LITTLE FALLS DRIVE		
City:	WILMINGTON	County:	New Castle
State:	DE	Postal Code:	19808
Phone:	302-636-5440		

Additional Information is available for a fee. You can retrieve Status for a fee of \$10.00 or more detailed information including current franchise tax assessment, current filing history and more for a fee of \$20.00.

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD)



[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))



Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne (Metapher) in der "juristischen Welt" der Nazis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches: die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der Nazis) wird die Birne (Metapher) in der "juristischen Welt" der Nazis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches: die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Bundesflagge	
	
Vexillologisches Symbol:	
Seitenverhältnis:	3:5
Offiziell angenommen:	<p>13. November 1848 (Deutsche Nationalversammlung)</p> <p>3. Juli 1919 (Deutsches Reich)</p> <p>wieder angenommen: 23. Mai 1949 (Bundesrepublik Deutschland)^[1]</p>

Dienstflaggen an Kraftfahrzeugen
(Längenangaben in cm)

 Präsident(in) des Deutschen Bundestages oder -rates	 Vizepräsident(in) des Deutschen Bundestages oder -rates
 Bundeskanzler(in) und Präsident(in) des Bundesverfassungsgerichts	 Bundesminister(innen) und Vizepräsident(in) des Bundesverfassungsgerichts
 Staatssekretäre des Bundes, Chef(in) des Bundespräsidialamts, Präsident(in) des Bundesrechnungshofs, Präsident(in) der Deutschen Bundesbank, Präsident(in) eines obersten Gerichtshofes des Bundes	 Leiter(in) der Bundesoberbehörden, Vizepräsident(in) des Bundespatentgerichts, Präsident(in) des Bundesdisziplinargerichts, Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Oberbundesanwalt beim Bundesverwaltungsgericht, Bundesdisziplinaranwalt
 Direktor(in) des Deutschen Bundestages oder -rates	 Leiter(in) der Bundesmittelbehörden
 Leiter(in) der Bundesunterbehörden	

Erinnerung!



"Die heraldische Kombination von Schwarz, Rot und Gold ist bereits seit dem Mittelalter bezeugt.

Ein Vorläufer der deutschen Flaggen ist das Reichsbanner des Heiligen Römischen Reiches."

https://de.wikipedia.org/wiki/Flagge_Deutschlands

31. August 1990 und spätestens ab dem 03. Oktober 1990: Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Birne) und der Deutschen Demokratischen Republik (vgl. Birne) über die Herstellung der Einheit Deutschlands. (sog. „Einigungsvertrag“)

Täuschung im Rechtsverkehr bzw. gigantischer Betrug ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit: Bei der sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches handelt es sich um eine Täuschung aller Völker. Der Begriff "Wiedervereinigung" ist in der Rechtsrealität unsinnig, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes niemals geteilt wurde, sondern einfach handlungsunfähig fortbestand und weiterhin in der räumlichen Ausdehnung vom 31. Dezember 1937 gemäß der offenkundigen Rechtsprechung handlungsunfähig fortbesteht.

In der Theorie-Realität und auch einmalig in der Geschichte des römischen Rechts hat auf dem ungeteilten und besetzten Staatsgebiet eines handlungsunfähigen Deutschlands = Deutschen Reiches ab 1990 einfach die eine Besatzungs- und Treuhandverwaltung BRD die andere Treuhand- und Besatzungsverwaltung DDR seines alliierten Verbündeten UdSSR durch Kriegslisten übernommen und sich das übernommene Territorium verwaltungstechnisch einverleibt.

In der Praxis haben die NaZi-Dämonen einen großen Teil NaZi-Deutschlands von 1937 territorial zurückerobert.

(Metapher: Die Birne tritt seit 1990 souverän als Apfel in Erscheinung und täuscht die sog. „internationale Weltgemeinschaft“.)

Der Begriff Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet und schränkt damit die Souveränität des betroffenen Landes erheblich ein. Nach den Genfer Konventionen haben Besatzungsmächte besondere Pflichten gegenüber der Bevölkerung im besetzten Gebiet.

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

II. Die Lehre von der autoritären Staatsführung.

A. Begriff und Wesen des Führerprinzips.

Autoritäre Staatsführung bedeutet: An der Spitze des Staates steht der Führer, dessen Geist und Wille das Staatswesen befeelen. Ebenso ist es bei den Gemeinden, Körperschaften und Behörden. Der Führer ernennt die erforderlichen Unterführer höheren Grades, er kann sie zur Ernennung von Unterführern niederen Grades ermächtigen. Die Unterführer führen die ihnen anvertrauten Geschäfte selbständig im Sinne des Führers und sind dem Führer für ihre Geschäftsführung verantwortlich.

I. Zwei Elemente bilden hiernach den Führerbegriff:

1. **Autorität.** Sie wächst von oben nach unten. Für die gesamte Staatsführung ist nur ein Wille, nämlich der Wille des Führers maßgebend. Durch die Unterführer wird dieser Wille auf der Stufenleiter der Behördenorganisation abwärts getragen und von jedem an seinem Plage verwirklicht.
2. **Verantwortung.** Sie wächst von unten nach oben. Jeder Führer ist dem nächst höheren Führer und letzten Endes dem an der Spitze des Staates stehenden Führer verantwortlich. Eine Verantwortung besteht nur innerhalb der Führerschaft, nicht aber gegenüber andern Stellen wie z. B. Parlament oder Volk.

II. Das Führerprinzip ist im Aufbau der NSDAP. verwirklicht worden. Da es sich für den politischen Kampf bewährt hatte, wurde es auch auf privatrechtliche Verbände, Vereine und sonstige Vereinigungen und Veranstaltungen übertragen.



Provisorium

Das **Provisorium** (von *lat. provisio*, „Vorsorge“) bezeichnet eine für den vorübergehenden Zweck eingerichtete Sache, wobei die zeitliche Beschränkung des Gebrauches von vornherein festgelegt wird. Bedeutungsähnlich ist der Begriff **Interim** für eine Übergangslösung.



Nissenhütte, ein provisorisches Haus



Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, **Scheinstellungen**, **Scheinoperationen und irreführende Informationen**. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie **psychologische Kampfführung**.



Bundesrepublik Deutschland	
	
Flagge	Wappen
Amtssprache	Deutsch ¹
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	parlamentarischer Bundesstaat (Bundesrepublik)
Verfassung	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Staatsoberhaupt	Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
Regierungschef	Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD)
Parlament(e)	Deutscher Bundestag und Bundesrat
Fläche	357.588 ^[1] (62.) km²
Einwohnerzahl	84.079.811 (30. Juni 2022) ^[2]





Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

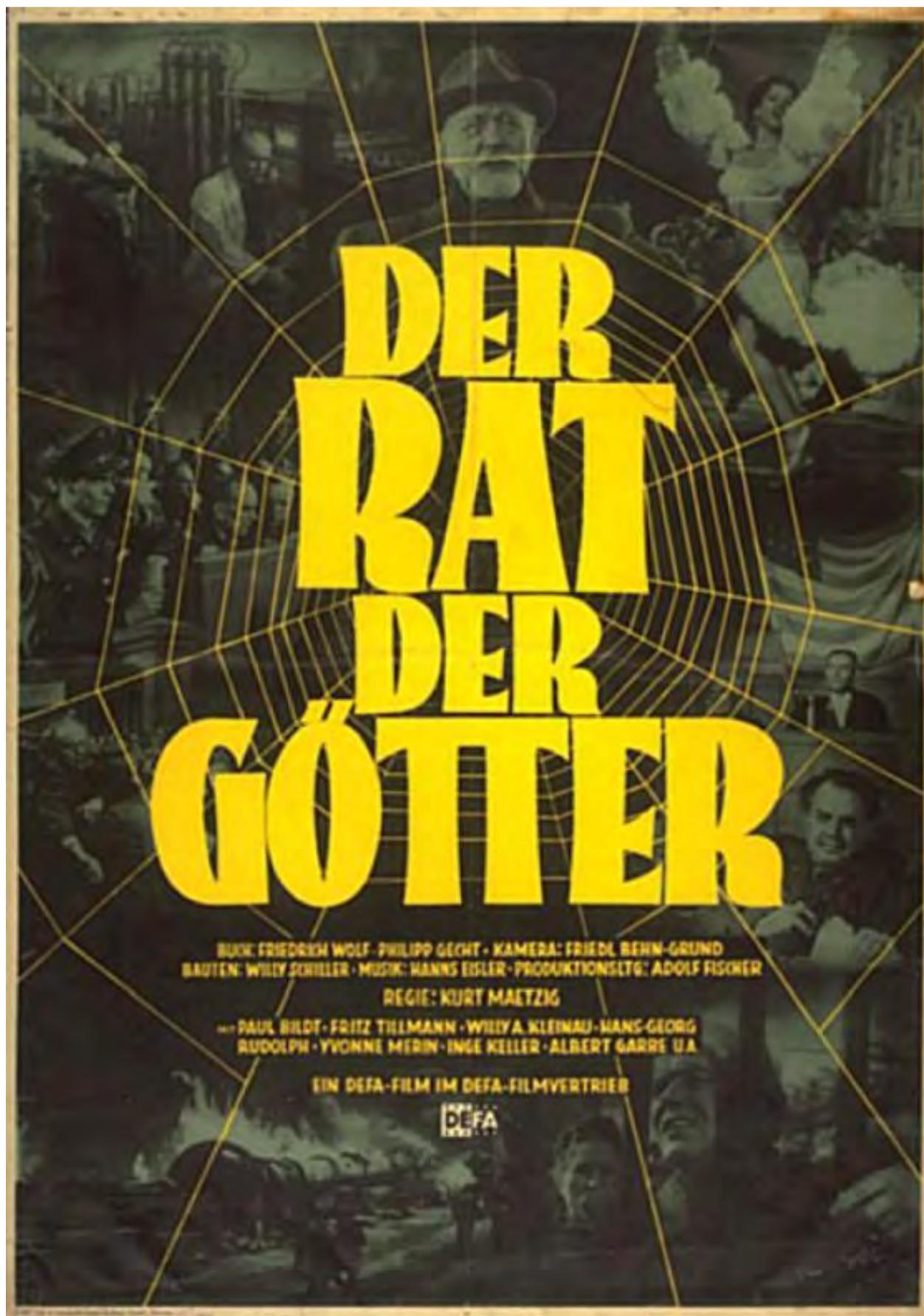
Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Niemand soll erkennen, dass die „Bundesrepublik Deutschland“ ein angloamerikanisches Besatzungsregime ist, das den Nazis als Staatssimulation und Treuhandorganisation zur Eroberung der gesamten Erde bereitgestellt wurde!



**10.2 Das westalliierte Militär- „Grund-Gesetz FÜR die
„Bundesrepublik Deutschland“!**





Villa Rothschild

„Wiege des deutschen Grundgesetzes und der Bundesrepublik“.

Die **Villa Rothschild** ist ein Anwesen in Königstein im Taunus, das 1948–1949 als Tagungsort des **Parlamentarischen Rates** diente.

1887 beauftragten die **Rothschilds** den Franzosen **Armand-Louis Bauqué** und den Italiener **Emilio Pio** mit den Entwürfen für die Villa in Königstein. Das Modell des Gebäudes wurde im Januar 1888 im **Rothschild Palais** in Frankfurt aufgestellt. Am 12. April 1888 beratschlagte der Königsteiner Gemeinderat über das Bauvorhaben und genehmigte den Bau. Noch im selben Jahr begannen die Bauarbeiten. Die neue Sommerresidenz von **Wilhelm Carl von Rothschild** wurde fortan zum Empfang hochrangiger Adliger und Wirtschaftsleute genutzt. Die Eröffnung des Hauses war ein gesellschaftliches Ereignis, an dem unter anderen auch **Kaiserin Viktoria** und der **Prince of Wales** teilnahmen. 1938 flüchtete die Familie vor den Nazis in die Schweiz. Das Gebäude wurde von der Reichsfinanzverwaltung beschlagnahmt, 1939 weiterverkauft und von der Reichsgruppe Banken des **nationalsozialistischen Regimes** genutzt.

Da die Villa im **Zweiten Weltkrieg** nicht zerstört oder beschädigt wurde, übernahm das Land **Hessen** das Gebäude; es wurde von 1948 bis 1949 als Tagungshaus des **Parlamentarischen Rates**, des **Wirtschaftsrates der Bizone** und der westdeutschen Ministerpräsidenten genutzt. Während dieser Zeit wurde es auch *Haus der Länder* genannt und galt als *siehe oben*



Villa Rothschild, Vorderseite

„Ein Grundgesetz ist laut geltendem Völkerrecht [wp] (Haager Landkriegsordnung, Art. 43 [RGBl. 1910]) ein "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit". Diese provisorische Natur kommt im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland im Art. 146 zum Ausdruck.“ Quelle: <https://sylv.wikimannia.org/Grundgesetz>

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland:

In Bonn ernannten 1948 ausländische Besatzungsmächte willkürlich ausgewählte Politiker zu parlamentarischen Räten. Diese bastelten am Entwurf eines Grundgesetzes und mit diesen Entwürfen wurden sie 36mal auf den Petersberg zitiert, ins Siebengebirge, wo die Vertreter der drei Westalliierten residierten. Dort haben dann diese Ausländer jedes Mal im Entwurf der nicht gewählten parlamentarischen Räte herum redigiert. Dann konstituierte sich der nicht gewählte, sondern von Ausländern ernannte Parlamentarische Rat im Bonner Museum König als provisorischer Bundestag und setzte das von Ausländern redigierte Grundgesetz für die alliierte Besatzungszone [wp], später BRD genannt, in Kraft.[1]

Der Staats- und Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Carlo Schmid betonte in seiner Grundsatzrede vor dem Parlamentarischen Rat am 8. September 1948 - Zitat:

Meine Damen und Herren!

Worum handelt es sich denn eigentlich bei dem Geschäft, das wir hier zu bewältigen haben? Was heißt denn: "Parlamentarischer Rat"? Was heißt denn: "Grundgesetz"? Wenn in einem souveränen Staat (sic!) das Volk (sic!) eine verfassunggebende Nationalversammlung (sic!) einberuft, ist deren Aufgabe klar und braucht nicht weiter diskutiert zu werden: Sie hat eine Verfassung (sic!) zu schaffen. Was heißt aber "Verfassung"? Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz.

Eine solche Verfassung ist dann die Grundnorm des Staates. Sie bestimmt in letzter Instanz ohne auf einen Dritten zurückgeführt werden zu brauchen, die Abgrenzung der Hoheitsverhältnisse auf dem Gebiet und dazu bestimmt sie die Rechte der Individuen und die Grenzen der Staatsgewalt. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Eine Verfassung ist nichts anderes als die in Rechtsform gebrachte Selbstverwirklichung der Freiheit eines Volkes. Darin liegt ihr Pathos, und dafür sind die Völker auf die Barrikaden gegangen. Wenn wir in solchen Verhältnissen zu wirken hätten, dann brauchten wir die Frage: Worum handelt es sich denn eigentlich - nicht zu stellen. Dieser Begriff einer Verfassung gilt in einer Welt, die demokratisch sein will, die also das Pathos der Demokratie als ihr Lebensgesetz anerkennen will, unabdingbar. [...]

Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingengt ist, durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird ein Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren. Wo das nicht der Fall ist, wo das Volk sich lediglich in Funktion des Willens einer fremden übergeordneten Gewalt organisiert, sogar unter dem Zwang, gewisse Direktiven dabei befolgen zu müssen, und mit der Auflage, sich sein Werk genehmigen zu lassen, entsteht lediglich ein Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges. [...]

Zuerst räumlich betrachtet: Die Volkssouveränität ist, wo man von ihrer Fülle spricht, unteilbar. Sie ist auch räumlich nicht teilbar. Sollte man sie bei uns für räumlich teilbar halten, dann würde das bedeuten, dass man hier im Westen den Zwang zur Schaffung eines separaten Staatsvolks setzt. Das will das deutsche Volk in den drei Westzonen aber nicht sein! Es gibt kein westdeutsches Staatsvolk und wird keines geben!

Das französische Verfassungswort: La Nation une et indivisible: die eine und unteilbare Nation - bedeutet nichts anderes, als dass die Volkssouveränität auch räumlich nicht teilbar ist. Nur das gesamte deutsche Volk kann "volkssouverän" handeln, und nicht ein Partikel davon. Ein Teil von ihm könnte es nur dann, wenn er legitimiert wäre, als Repräsentant der Gesamtnation zu handeln, oder wenn ein Teil des deutschen Volkes durch äußeren Zwang endgültig verhindert worden wäre, seine Freiheitsrechte auszuüben. Dann wäre ja nur noch der Rest, der bleibt, ein freies deutsches Volk, das deutsche Volkssouveränität ausüben könnte. [...]

Dazu möchte ich sagen: Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluss der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen! [...]

Wir haben unter Bestätigung der alliierten Vorbehalte das Grundgesetz zur Organisation der heute freigegebenen Hoheitsbefugnisse des deutschen Volkes in einem Teile Deutschlands zu beraten und zu beschließen. Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten."[2]"

Damit wird klargestellt, dass eine Verfassung durch ein freies Volk (!) in einem souveränen Staat (!) geschaffen wird, das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" keine

Verfassung ist, mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland kein Staat errichtet wurde, durch die Gründung der Bundesrepublik Deutschland lediglich ein **"Organismus mehr oder weniger administrativen Gepräges"** geschaffen wurde.

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht nur kein souveräner Staat, sie ist überhaupt kein Staat, sondern eine Verwaltungseinheit.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland aber kein Staat ist, dann gibt es auch kein bundesdeutsches Staatsvolk. Und wenn, wie Carlo Schmid betonte, es "kein westdeutsches Staatsvolk gibt und keines geben wird", dann ändert daran ein Anschluss weiterer Gebiete (DDR) grundsätzlich erstmal gar nichts.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Es gibt keinen bundesdeutschen völkerrechtlichen Staat,
kein bundesdeutsches Staatsvolk,
und keine bundesdeutsche Verfassung.

Die Bundesrepublik Deutschland ist, was sie seit 1949 schon immer war, ein verwaltungstechnisches "Provisorium zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in einem militärisch besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit" basierend auf einem "Grundgesetz". Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wiederum ist ein besatzungsrechtliches[wp] Statut, welches durch den Alliierten Kontrollrat[wp] erlassen wurde.[3]

Forderung nach einer Verfassung

Prof. Dr. iur. Menno Aden[wp] schrieb zu der immer wieder geäußerten Forderung nach einer Verfassung unter anderem:

Zitat: «Wenn wir uns nach 1990 eine neue Verfassung gegeben hätten, dann wäre das deutsche Volk nicht mehr darin enthalten. Wenn wir Glück hätten, hieße es dann noch: die deutsche Bevölkerung[wp]. Das sollte man immer bedenken. Wir können dankbar sein, dass wir dieses Grundgesetz haben, das von wirklichen Patrioten gemacht worden ist, zwar unter einem Besatzungsregime, aber von deutschen Patrioten. Es ließe sich daran wohl manches verbessern, aber mit Sicherheit wäre 1992 oder '94 nur eine schlechtere Verfassung herausgekommen.» [4]

Besatzungsrecht und die Rechtslage Deutschlands nach 1945

Das Online-Lexikon Wikipedia schreibt zum "Besatzungsrecht" und zur "Rechtslage Deutschlands nach 1945":

Zitat: «Besatzungsrecht (auch Okkupationsrecht) ist das Recht, das ein oder mehrere Besatzungsmächte (Okkupanten) in Bezug auf ein besetztes Gebiet haben (Recht des Okkupanten) oder setzen (vom Okkupanten gesetztes Recht). Die völkerrechtliche Grundlage des Besatzungsrechts ist in der Regel der Dritte Abschnitt der Haager Landkriegsordnung mit dem Titel "Militärische Gewalt auf besetzten feindlichen Gebieten". [...]

Okkupanten sind dabei ihrerseits an das Völkerrecht [wp] gebunden, vor allem an die Haager Landkriegsordnung und das IV. Genfer Abkommen [wp]. Völkerrechtlich gesehen gibt es zwei Situationen, die Besatzungsmächte zur eigenen Gesetzgebung berechtigen. Als Kondominium wird die Situation bezeichnet, in der die Souveränität eines besetzten Landes vollständig beseitigt und durch die gemeinsame Souveränität der Sieger ersetzt wird: Das Gebiet des besiegten Staates gehört nun den Siegern gemeinsam und wird von ihnen gemeinsam beherrscht. Ein Koimperium, die gemeinsame Wahrnehmung der Gebietshoheit, dagegen ist die Gemeinschaftsherrschaft auf dem Gebiet eines fremden Staates, der besiegt ist, aber trotz fehlender Handlungsfähigkeit als Völkerrechtssubjekt[wp] weiterbesteht.[5]

Dessen Souveränität bleibt erhalten; die Ausübung der Rechte und Verantwortlichkeiten teilen sich die Siegermächte.[6] Beispiel für letzteres ist die Rechtslage Deutschlands nach 1945 [wp].» [7]

Quelle: <https://at.wikimannia.org/Grundgesetz>

Auf Grund der Beschlüsse der Londoner Konferenz von 1948 ist das Grundgesetz den Militärgouverneuren der drei westlichen Besatzungszonen vorgelegt und von diesen am 12. Mai des Jahres Eintausendneinhundertneunundvierzig zur Ratifizierung durch die Landtage genehmigt worden.

WELT

ABONNEMENT



Suche

Villa Rothschild – die Wiege der Bundesrepublik

Heute ist die "Villa Rothschild" in Königstein im Taunus ein Luxushotel. Das Haus hat eine wechselvolle Geschichte – als Sommerpalais des jüdischen Bankiers Wilhelm Carl von Rothschild und als Tagungsort des Parlamentarischen Rates vor 60 Jahren, an dem das Fundament der Bundesrepublik gelegt wurde.

Veröffentlicht am 20.05.2009 | Lesedauer: 5 Minuten

Von Elian Ehrenreich

Quelle: <https://www.welt.de/reise/article3775809/Villa-Rothschild-die-Wiege-der-Bundesrepublik.html>

Das Wort **"Wiege"** kann auch im übertragenen Sinn verwendet werden und bezeichnet dann **den Ursprungsort einer Sache oder sozialer Phänomene.**



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"**Besatzungsmacht** bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



Zwillinge – doppeltes Glück?



2. Bundesgesetzblatt Nr.49 vom 27. November 1950:

Bei der Errichtung des Bundesrechnungshofes und der Anwendung der „Vorschriften der Reichshaushaltsordnung“, tritt an die Stelle des Deutschen Reiches die Bundesrepublik Deutschland und gleichermaßen an die Stelle des Reichstages der Bundestag, usw...

Metapher: Durch diesen juristischen Trick (Kriegslist der NaZis) wird die Birne in „der juristischen Welt“ der NaZis zum Apfel.



§ 3

Bei der Anwendung der in § 2 bezeichneten Vorschriften treten an die Stelle

- a) des Reiches, die Bundesrepublik Deutschland;
- b) der Organe und Einrichtungen des Reiches die entsprechenden Organe und Einrichtungen des Bundes; insbesondere treten an die Stelle
 1. des Reichspräsidenten: der Bundespräsident,
 2. des Reichstages: der Bundestag,
 3. des Reichsrates: der Bundesrat,
 4. des Reichskanzlers: der Bundeskanzler,
 5. der Reichsregierung: die Bundesregierung,
 6. der Reichsminister: die Bundesminister,
 7. des Reichsministers der Finanzen: der Bundesminister der Finanzen,
 8. des Rechnungshofes des Deutschen Reiches oder seines Präsidenten: der Bundesrechnungshof oder sein Präsident.

Archiv +++ A



Abgeordnete

Ausschüsse

Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager



Quelle :

https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46502424_kw44_grundgesetz_export-213394



Bundesrechnungshof (Gebäude, Frankfurt am Main)

Das Gebäude des ehemaligen Bundesrechnungshofs ist ein denkmalgeschütztes Gebäude in der Frankfurter Altstadt, in welchem der Bundesrechnungshof bis zu seinem Umzug nach Bonn im Jahr 2000 seinen Sitz hatte. Auf dem Gelände entstanden 2015 bis 2018 die Kornmarkt Arkaden, wozu ein Teil des Gebäudes umfassend saniert und der abgerissene Teil durch einen Neubau ergänzt wurde.



Koordinaten: 50° 6' 38,2" N, 8° 40' 43,4" O



Der Nazi-Initiator Hermann Josef Abs

Hermann Josef Abs



Dieser Artikel behandelt den deutschen Bankmanager. Zum Erziehungswissenschaftler siehe Hermann Josef Abs (Erziehungswissenschaftler).

Hermann Josef Abs (* 15. Oktober 1901 in Bonn; † 5. Februar 1994 in Bad Soden am Taunus) war ein deutscher Manager und Berater. Im nationalsozialistischen Deutschland war er ab 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG sowie ab 1940 Mitglied des Aufsichtsrats der I.G. Farben. Seit dem Anschluss Österreichs war er neben Walter Pöhle, Karl Rasche und Reinhold von Lüdinghausen einer der Hauptakteure der als „Arisierung“ verharmlosten Enteignung von Juden.^[1] Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde er von seinem Vorstandsposten suspendiert und für etwa drei Monate inhaftiert, jedoch von den Briten in der britischen Besatzungszone verwendet.

Er war Vorstandssprecher von 1957 bis 1967 und anschließend bis 1976 Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank (DB). Die Anhäufung vieler weiterer Aufsichtsratsmandate führte zur *Lex Abs*. Konrad Adenauer diente er als Berater und „Finanzdiplomate“. Er galt als ein einflussreicher Kunstmäzen.



Hermann Josef Abs in den 1970er Jahren

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Josef_Abs



Eingang des [Bundesrechnungshofs](#) ([Gebäude des ehem. Bundespostministeriums](#)) in Bonn:
Bronzeplatte von [Hans Wimmer](#)

Unser Leitbild



https://www.bundesrechnungshof.de/DE/5_ueber_uns/3_was_uns_antreibt/leitbild/leitbild_artikel.html

Kanzlerakte

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Geschichte | 16. Oktober 2011 | Egon Bahr | 41 Kommentare

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.



Auszug - Quelle:

<https://jungefreiheit.de/wissen/geschichte/2011/lebensluege-der-bundesrepublik/>

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amteid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der Zeit habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

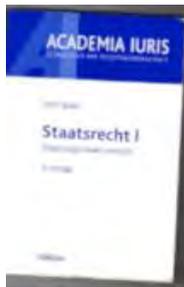
Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer



„Es könne nur ein Grundgesetz für einen Übergangszustand (...) beschlossen werden, für eine Staatsverfassung fehle es an einer westdeutschen Staatsnation. Wer diese Fiktion aufstelle, bereite den Boden für einen anderen deutschen Staat im Osten Deutschlands ...“

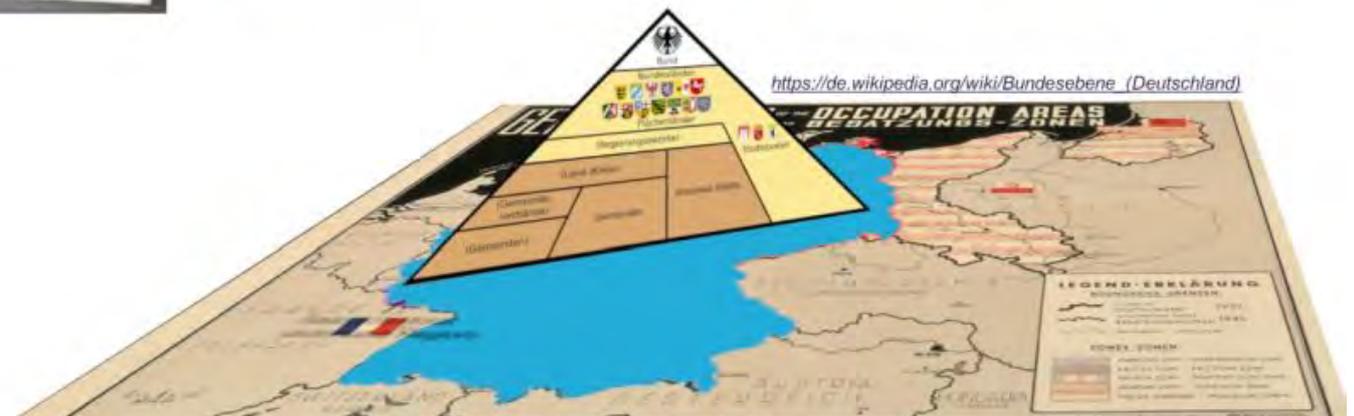
Die Errichtung eines „Staates“ in Westdeutschland setze voraus, dass es eine westdeutsche Staatsnation gebe, und die gebe es nicht.

Quelle:
Carlo Schmid: Erinnerungen,
Goldmann Verlag, 1981, S. 360



¹⁶ Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

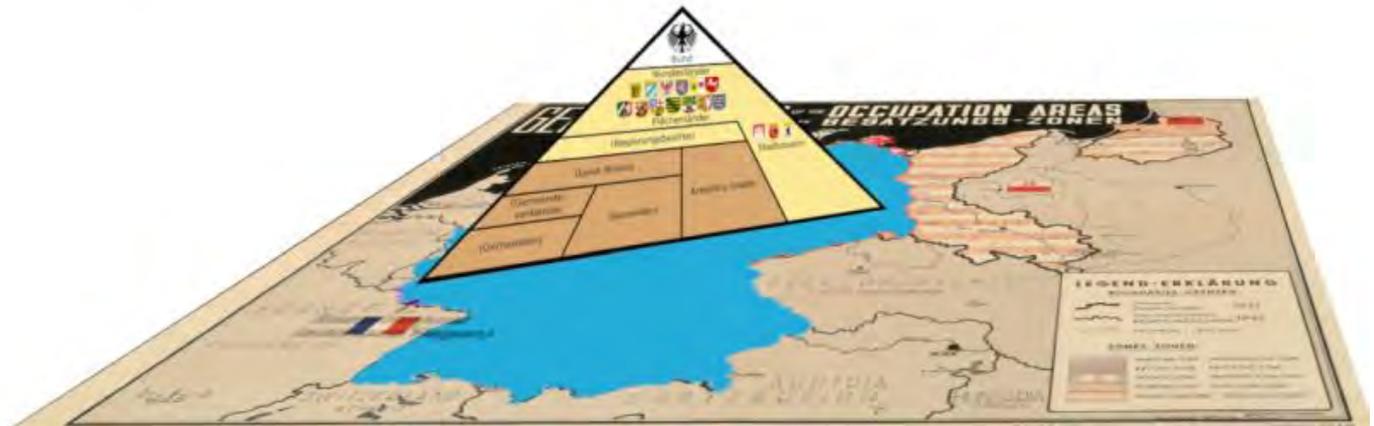
Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



[https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Besatzungsregime: Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>



Grundgesetz

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Art. 120

- (1) ¹Der Bund trägt die Aufwendungen für Besatzungskosten und die sonstigen inneren und äußeren Kriegsfolgelasten nach näherer Bestimmung von Bundesgesetzen. ²Soweit diese Kriegsfolgelasten bis zum 1. Oktober 1969 durch Bundesgesetze geregelt worden sind, tragen Bund und Länder im Verhältnis zueinander die Aufwendungen nach Maßgabe dieser Bundesgesetze. ³Soweit Aufwendungen für Kriegsfolgelasten, die in Bundesgesetzen weder geregelt worden sind noch geregelt werden, bis zum 1. Oktober 1965 von den Ländern, Gemeinden (Gemeindeverbänden) oder sonstigen Aufgabenträgern, die Aufgaben von Ländern oder Gemeinden erfüllen, erbracht worden sind, ist der Bund zur Übernahme von Aufwendungen dieser Art auch nach diesem Zeitpunkt nicht verpflichtet. ⁴Der Bund trägt die Zuschüsse zu den Lasten der Sozialversicherung mit Einschluß der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenhilfe. ⁵Die durch diesen Absatz geregelte Verteilung der Kriegsfolgelasten auf Bund und Länder läßt die gesetzliche Regelung von Entschädigungsansprüchen für Kriegsfolgen unberührt.
- (2) Die Einnahmen gehen auf den Bund zu demselben Zeitpunkte über, an dem der Bund die Ausgaben übernimmt.

Artikel 23 und 146 im Grundgesetz vor 1990

Artikel 23

Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Artikel 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949

II. Der Bund und die Länder Artikel 23

[24. Mai 1949-29. September 1990]

1Artikel 23. [1] Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiete der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. [2] In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

[29. September 1990-25. Dezember 1992]

1Artikel 23. (weggefallen)

Kriegslist:

VERFASSUNG DER FREIHEIT

23. Mai 1949: Der Parlamentarische Rat unter
Vorsitz von Konrad Adenauer verkündet das Grundgesetz.
Die CDU hat diese Verfassung der Freiheit ein Vierteljahrhundert bewahrt und
ihre Politik danach ausgerichtet.

Freiheitliche Politik auf dem Fundament der Verfassung:

- Die CDU versteht die Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die die Mitwirkung der Bürger gewährleistet und ihre Freiheit durch Verteilung und Kontrolle der Macht sichert.
- Die Ausgestaltung des sozialen Rechtsstaates ist das Kernstück der Politik der CDU. Freiheit und soziale Sicherung gehören untrennbar zusammen.
- Die CDU schafft mit ihrer Sozial- und Gesellschaftspolitik die Voraussetzungen, damit jeder einzelne seine Rechte und Freiheiten tatsächlich verwirklichen kann.
- Für die CDU ist persönliches Eigentum Eckstein jeder freiheitlichen und sozialen Ordnung. Eigentum verpflichtet zu sozialer Verantwortung. Produktivvermögen und Grundeigentum dürfen nicht zu unsozialen Zwecken mißbraucht werden.
- Die Soziale Marktwirtschaft dient den Zielen der Verfassung. Sie beweist, welche Entwicklungschancen unsere Verfassung für alle bietet.
- Die CDU verteidigt unsere freiheitliche Demokratie mit Entschlossenheit: Wer gegen unseren demokratischen Staat arbeitet, kann nicht in seinen Diensten stehen.



**WIR SICHERN
DIE FREIHEIT** **CDU**

© 1999 CDU-Bundesgeschäftsstelle, 50119
50119 Köln
0221 483-1000
0221 483-1001

23. Mai 1949 - Konrad Adenauer unterzeichnet das Deutsche Grundgesetz

Bjorn Hansen <bjhanse62@gmail.com>

Re: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Von: Heinrich Lorenz <Buergerservice@bmi.bund.de>
An: Björn Hansen <bjhanse62@gmail.com>

21.11.2016 um 12:35:14 MEZ

Betreff: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Unser Zeichen: O3-12007/1#1 – [REDACTED]

Ihr Zeichen: AV 1012309, 21. November 2016

Datum: 21. November 2016

Sehr geehrter Herr H [REDACTED]

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 21. November 2016.

Das Bundesministerium des Innern beantwortet keine weiteren Fragen zu den Thesen der sogenannten Reichsbürgerbewegung. Ein weiteres Antwortschreiben erfolgt daher nicht.

Das Grundgesetz ist entgegen Ihrer Behauptung weiterhin vorhanden und seit dem 01. Januar 1991 fester Bestandteil des bundesdeutschen Privatrechts und somit fester Bestandteil des Rechtsstaates innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

→ Sofern es der deutschen Rechtsprechung nicht widerspricht, ist das Grundgesetz auch heute noch partiell in Anwendung. ←

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 20. Dezember 2013 (Bundestagsdrucksache 17/11970) zur Reichsbürgerbewegung wird auf weitere Ausführungen zu diesem Thema verzichtet.

Die Argumente der Reichsbürgerbewegung werden bis ins Detail von der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem unten angegebenen Link und den weiterführenden Links auf der Seite 28 widerlegt. Schon vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren zusätzlichen Stellungnahme durch das Bundesministerium des Innern.

http://www.amadeu-antonia-stiftung.de/w/ees/pdfs/reichsbuerger_web.pdf

http://buch.sonnenstaatland.com/vorwaerts_in_die_vergangenheit.pdf

<http://www.km-faq.net/faq.php>

Warum darf Deutschland nur mit der 1919 Verfassung Friedensverträge unterzeichnen?

Das GrundGesetz für die BRD ist keine Verfassung

Beweis Schlußartikel 146 GG.

GG Art. 16 (1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden
nur auf Grund eines Gesetzes

Beweis GG Art. 146

GG Art. 116 (1) Deutscher ist wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt Beweis StAArtikel

Die Staatsangehörigkeit „deutsche Staatsangehörigkeit“ v. 05.02.1934. Beweis **NaZi-Gesetz**

GG Art. 139 Entnazifizierung ist gültig Beweis BMI 2. Mai 2012 Az. V I 1-110 010/1 II

GG Art. 140 Die Bestimmungen der Art. 136/137/138/139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes

GG Art. 146 Dieses Grundgesetz „verliert seine Gültigkeit“ eine Verfassung in Kraft tritt

Deutschland ist größer als die BRD.

Beweis: Berlin ist die Hauptstadt von Deutschland 3 Verwaltungszonen

Beweis: Bonn ist die Hauptstadt der BRD 1 Verwaltungzone

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überfaltungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der BRD.

Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören

**Eine neue Verfassung hebt Deutschlands Verwaltungszonen nicht auf.
Die deutschen Völker sind seit 1934 rechtlos und wahren mit dem GG
Art. 146 ihre Rechte mit der deutschen Verfassung von 1919 zurück.**

Ernst Gottfried Mahrenholz, Vizepräsident Bundesverfassungsgericht

*„Von einer neuen Verfassung spricht der Artikel 146 auch gar nicht.
Er spricht von einer Verfassung, die das Grundgesetz ablöst.“*

Beweis: **Der Spiegel 14/1994**

Das GG wird mit der Deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ungültig.

Nur mit dieser Verfassung kann die wirkliche Souveränität Deutschlands erreicht werden.

Beweis: Minister Schäuble Frankfurt EBC 20.Nov. 2011 Die BRD ist nicht souverän.

Der deutsche Befehlsempfänger Du bist nicht souverän.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. – 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Verainigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Kriegslist-Propaganda der angloamerikanischen BRD-Parteien!



Theo Weigel (CSU-Vorsitzender) auf dem sog. „Deutschlandtreffen der Schlesier“ in Hannover 1989

Zitat: "Wir stehen ohne Wenn und Aber zu unseren Vertriebenen, zu ihren Landsmannschaften. Wir lassen sie nicht diskriminieren, wie das da und dort immer wieder versucht wird. Und zur deutschen Frage gehören auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße.

Und ich wiederhole, was alle meine Vorredner hier gesagt haben: Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung. Und wir in der Christlich Sozialen Union - auf Bayern beschränkt, aber mit bundesweiter Verantwortung und europäischer Dimension -, wir waren uns unserer gesamtdeutschen Verantwortung stets bewusst und wir haben sie in einer entscheidenden Stunde auch wahrgenommen:

Mit der Anrufung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag haben die bayerische Staatsregierung und die CSU (...) in besonderer Weise nationale Grundsatztreue und ihre deutschlandpolitische Verantwortung unter Beweis gestellt. Mit den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973, 1975 und 1987 wurde allen Bestrebungen ein Riegel vorgeschoben, die darauf aus waren, aus dem Grundlagenvertrag einen Teilungs- und Anerkennungsvertrag werden zu lassen.

Und das Bundesverfassungsgericht hat die verfassungspolitischen und die verfassungsrechtlichen Tatbestände für alle bindend festgeschrieben, wonach das

Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 rechtlich fortbesteht, die Vier Mächte weiterhin Verantwortung für Gesamtdeutschland tragen und es nur eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gibt, die zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.

Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind.

Und meine Damen und Herren, was ich hier sage und vortrage, steht nicht im Grundsatzprogramm einer Partei, nein, es ist gültiges Verfassungsrecht, vom Verfassungsgericht festgestellt und entspricht dem Völkerrecht. Und niemand darf dies bestreiten, niemand kann dies in Frage stellen, es ist deutsches, festgestelltes Verfassungsrecht und jeder ist gehalten, sich auf diesem Boden politisch zu bewegen. Solange es keinen Friedensvertrag gibt, bleibt die deutsche Frage rechtlich, politisch und geschichtlich offen und kann erst dann entschieden werden, wenn das deutsche Volk sein Selbstbestimmungsrecht frei auszuüben in der Lage ist. Wer die Forderung nach Streichung des Wiedervereinigungsgebotes aus der Präambel unseres Grundgesetzes aufstellt, hat sich in beschämender Weise aus der Gemeinsamkeit der nationalen Verantwortung verabschiedet. Er leugnet damit nationale Verantwortung und ist bereit, unsere Landsleute in den anderen Teilen Deutschlands ihrem Schicksal zu überlassen. Mit uns wird es eine Änderung des Grundgesetzes und der Präambel in dieser Frage nicht geben. Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht sind anerkannte Grundsätze des Völkerrechts und gelten für alle Völker und Volksgruppen, auch für die Deutschen! Das Recht auf Heimat und Selbstbestimmung ist unveräußerlich und kann auch durch Verbrechen, die in deutschem Namen verübt wurden, nicht verwirkt werden. Unsere Freunde im Westen haben sich auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands verpflichtet, wie dies im Deutschlandvertrag und in dem vom NATO-Rat 1967 angenommenen Harmel-Bericht zum Ausdruck kommt. Beim NATO-Gipfel am 29. und 30. Mai 1989 in Brüssel haben sich die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten erneut verpflichtet, einen Zustand des Friedens in Europa anzustreben, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Wir danken unseren Bündnispartnern für dieses klare Wort."

Beweis: Bericht der ARD-Tagesschau über das Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover 1989

Beweis: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 140

Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_140.html



Die Verfassung des Deutschen Reiches

11. August 1919

mit allen Änderungen bis zum 30. Januar 1933

mit dem (verfassungsändernden) Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (RGBl. I. S. 141) war das Gesetzgebungsrecht (einschließlich der Änderung der Reichsverfassung) auch der Reichsregierung erteilt, so dass ab diesem Tage die Reichsregierung jederzeit verfassungsändernde und -ergänzende (insbesondere dann verfassungsdurchbrechende) Gesetze erlassen konnte.

mit Hinweisen zu faktischen Änderungen durch die Gesetze der nationalsozialistischen Reichsregierung seit dem 30. Januar 1933;

lt. "Systematischer Übersicht über 76 Jahrgänge RGBl. (1867-1942)" war die Verfassung zum 1. Januar 1943 immer noch gültig, "soweit sie nicht durch die Grundgesetzes des neuen Reichs und andere Gesetze abgeändert oder überholt ist".

Präambel

Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de33-45/verf33.htm>

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch....

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München ; Oldenbourg, 1998. – 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.



Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Die Deutschland-Attrappe



**Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland**



**angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD**



Der völkerrechtliche Staat „Deutschland“ = „Deutsches Reich“ existiert bis zur Gegenwart weiter fort, ist aber mangels Organisation nicht handlungsfähig!



Gesetze,
Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen
der Militärregierung - Deutschland

SHAEF

Gesetz Nr. 52

Artikel VII

e) „Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.

Gesetz Nr. 53

Artikel VII

g) Der Ausdruck „Deutschland“ bedeutet das Gebiet, aus welchem am 31. Dezember 1937 das „Deutsche Reich“ bestand.

Gesetz Nr. 161

2. Der Ausdruck „Grenzen des deutschen Reiches“ der in diesem Gesetz gebraucht wird, bedeutet die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden haben.

Urteil Bundesverfassungsgericht 31.07.1973 (2 BvF 1/73)

Orientierungssatz:

1. Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 < 26>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht "Rechtsnachfolger" des Deutschen Reiches.

=== =====



Das Bundestag - Suche - Kontakt - Impressum - Hilfe

Deutscher Bundestag - WL

www.bundestag.de

Medienrecht - Ende Schritte

Gebärdensprache Leichte Sprache English Français العربية

Hilfe Inhaltsübersicht Kontakt

Suchwort eingeben

Deutscher Bundestag

Der Bundestag - Dokumente - Mediathek - Kultur & Geschichte - Presse - Besuchen Sie uns - Service

Startseite > Presse > Aktuelle Meldungen (hib) > 06

Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich"

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015

Berlin. (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt "Deutsches Reich" nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort (18/5178) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 (18/5033). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der "These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches" erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, "damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann".

Auch unterwegs aktuell informiert mit der kostenlosen App "Deutscher Bundestag"

Herausgeber

Deutscher Bundestag, PuK 2 - Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Jörg Biallas
Redaktion: Alexander Heinrich, Claudia Heine, Michael Klein, Cla Peter Kosfeld, Hans Krump, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Sören Christian Reimer, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

Kontakt

Aktuelle Meldungen

Spezial-Operation Verharmlosung, Irreführung und Relativierung:

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEG ZWEITER WELTKRIEG KALTER KRIEG MITTELALTER ARCHÄOLOGIE

GESCHICHTE VERSCHWÖRUNGSTHEORIE

Hilfe, existiert das Deutsche Reich etwa noch?

„Völkerrechtssubjekt ‚Deutsches Reich‘“: Diese Mitteilung der Bundestagsverwaltung sorgt für Aufregung in den sozialen Netzwerken. Dabei ist die staatsrechtliche Lage der Bundesrepublik ganz klar.

Veröffentlicht am 07.07.2015 | Lesedauer: 6 Minuten

Von Antonia Kleikamp

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

„Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist.“

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der westalliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

**Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).
Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden,
sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!**

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))



Archiv +++ A



Abgeordnete

Ausschüsse

Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager



Quelle :
https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46502424_kw44_grundgesetz_export-213394

10.3 RE-ORGANISATION der Nazis „alte Seilschaften“!

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) als Träger von Rechten und Pflichten für den weiter fortbestehenden völkerrechtlichen Staat („Völkerrechtssubjekt“) Deutschland im Rechts- und Gebietszustand vom 31.12.1937!

Die Nazis reorganisieren sich ab 1945 in der westalliierten Trizone neu und gründeten ab 1949 die BRD - Beispiele von Veröffentlichungen:

Staatshilfe für ehemalige Nazis

Wie die Bundesrepublik NS-Kriegsverbrecher unterstützte



Kanzler Konrad Adenauer beschäftigte den früheren Nazi Hans Globke, als Chef seines Kanzleramtes © dpa

31:18 Minuten

Felix Bohr und Willi Winkler im Gespräch mit Christian Rabhansl · 16.02.2019



↓ Audio herunterladen

Cognac und Kippen schickte die junge Bundesrepublik an NS-Kriegsverbrecher, die in ausländischer Haft saßen. Und in Deutschland wurde einflussreichen Nazis in einflussreiche Positionen verholfen. Ein „Braunes Netz“ nennt das einer unserer Gesprächspartner.

Quelle: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/staatshilfe-fuer-ehemalige-Nazis-wie-die-bundesrepublik-ns-100.html>

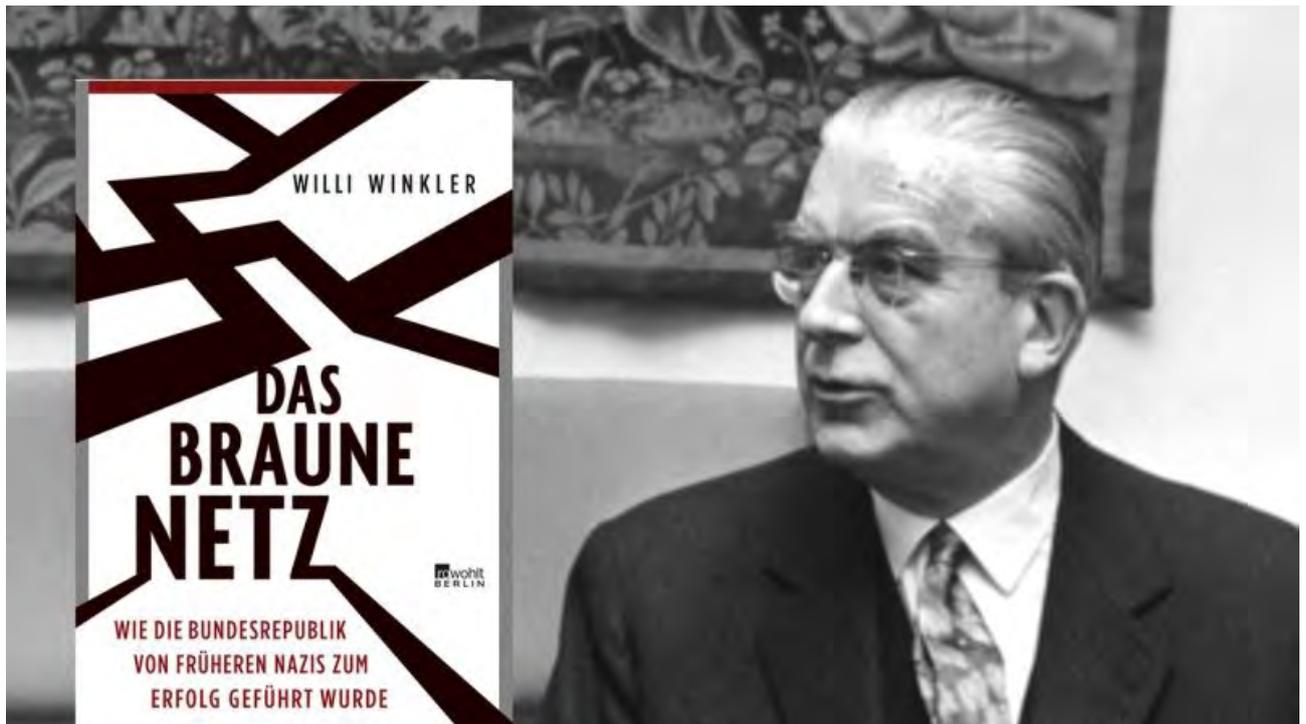
Manfred Görtemaker
Christoph Safferling

Die Akte Rosenburg

Das Bundesministerium
der Justiz und die NS-Zeit

C.H.Beck





| Das "131er-Gesetz"

Die Inklusion von NS-Beamten

von **Martin Rath**

19.02.2017



Foto: Bundesarchiv, Bild 192-014 / CC-BY-SA 3.0, via [Wikimedia Commons](#)

WIR KLAGEN AN

800 Nazi-Blutrichter -
Stützen des Adenauer-Regimes

Herausgeber: Institut für Deutsche Studien

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Unges%C3%BChnte_Nazijustiz

Ingo Müller

**Furcht-
bare
Juristen**

**Die unbewältigte
Vergangenheit
unserer Justiz**

**verlegt bei
Kindler**

BRAUNBUCH

Kriegs- und Nazi- verbrecher

IN DER
BUNDESREPUBLIK
UND IN
WESTBERLIN
STAAT
WIRTSCHAFT
VERWALTUNG
ARMEE
JUSTIZ
WISSENSCHAFT

3. ÜBERARBEITETE
UND ERWEITERTE
AUFLAGE

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Braunbuch>

10.4 Stopp und Blockade der angloamerikanischen „Persilschein“-Entnazifizierung ab 1949!

Die westalliierten Siegermächte übergeben die Aufgabe der bis dato nur oberflächlich begonnenen Entnazifizierung den sich reorganisierenden Nazis.

Eine der ersten „Amtshandlungen“ der Regierung der Bundesrepublik Deutschland 1949: Sofortiger Stopp der nicht erfolgten Entnazifizierung als Störfaktor für die Reorganisation der Nazis!

Im Mai 1951 wird die Entnazifizierung von den sich in der BRD neu organisierten Alt-Nazis einfach für beendet erklärt.

Kontrollratsdirektive Nr. 24

Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen

vom 12. Januar 1946

geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch
Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1953 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch

Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955

Der Kontrollrat erläßt die folgende Direktive:

1. Zweck und Ziel

Die Dreimächte-Konferenz in Berlin stellte als Ziel der Besetzung Deutschlands unter anderem fest: Die Entfernung aller Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, die ihr aktiv und nicht nur nominell angehört haben, und aller derjenigen Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in bedeutenden privaten Unternehmen. Diese sind durch solche Personen zu ersetzen, die nach ihrer politischen und moralischen Einstellung für fähig erachtet werden, die Entwicklung wahrer demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern.

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>



Schlüßstrich drüunter!

Schlüß mit

**Entnazifizierung
Entrechtung
Entmündigung**

Schlüß mit dem

Staatsbürger 2. Klasse

WER

**Staatsbürgerliche
Gleichberechtigung**

WILL

Wählt

FDP

B I S H E R L D P





24. August 2021, Mecklenburg-Vorpommern, Teterow: Ein Wahlplakat der FDP für die erste Bundestagswahl 1949 hängt an einem Laternenpfahl. Die Bildunterschriften werden von unseren Anbietern zur Verfügung gestellt.




**Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz**

UNABHÄNGIGE VERBÄNDERLICHE KOMMISSION
BEI DER BUNDEANWALTSCHAFT DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ
ZUR VERARBEITUNG DER NS-VERGANGENHEIT



Die Rosenberg
 4. Symposium
 Die justizielle NS-Aufarbeitung – Täter, Opfer, Justiz
 Vorträge gehalten am
 21. Oktober 2014
 im Foyer der Bibliothek des Bundesgerichtshofs, Karlsruhe
 bmjv.de

**FRIEDRICH KIESSLING
CHRISTOPH SAFFERLING**

**STAATSSCHUTZ
IM
KALTEN KRIEG**




**Die Bundesanwaltschaft
zwischen NS-Vergangenheit,
Spiegel-Affäre und RAF**

dtv

EU-Operation Irreführung und Verdrehung von Tatsachen





"(...)Die Bundesrepublik
als Rechtsnachfolgerin
des Dritten Reiches(...)"

Internationaler Gerichtshof
 Urteil zu Entschädigungen
 von Nazi-Opfern

**Achtung Kriegslist! Die Bundesrepublik Deutschland ist NICHT der
Rechtsnachfolger von Deutschland = des Deutschen Reiches!**

**Täuschungsaktion des befangenen „Europäischen
Strafgerichtshofes“ („IStGH“)!**

HLKO Artikel 24: „Kriegslisten sind ... erlaubt!“



Nachrichten-03-02-2012-BRD-Rechtsnachfolger des Dritten Reiches.

Nächstes Video

Anzeige © 

Zitat:

**"Die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des
3. Reiches dürfe nicht von Einzelpersonen
verklagt werden. Das verstosse gegen das
Völkerrecht."**



Die BRD ist nicht Deutschland!

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

YEAR 2012

3 February 2012

JURISDICTIONAL IMMUNITIES OF THE STATE

(GERMANY v. ITALY: GREECE intervening)

2012
3 February
General List
No. 143

"Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?"

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bunds, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist. Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs einstehen."

Kriegslist (Artikel 24 HLKO) : Irreführende Falschinformationen



NS-Gesetzgebung auf der Grundlage
der Verfassung vom 11.08.1919



Die Verfassung
des Deutschen Reichs
Vom 11. August 1919

Am 23. März 1933, an dem der Deutsche Reichstag das Ermächtigungsgesetz verabschiedete, wurde die deutsche Demokratie endgültig zu Grabe getragen. Das Parlament schaffte sich in einem Akt der Selbstentleerung faktisch ab und die verfassungsmäßigen Grundrechte gleich mit. Zwar existierten der Reichstag und die Weimarer Verfassung als Institutionen formal weiter, jedoch blieben sie in den folgenden 12 Jahren ohne Bedeutung. Das Ermächtigungsgesetz folgte sieben Wochen nach der Machtübergabe an Hitler und drei Wochen nach der Reichstagsbrandverordnung.

Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/todesstoss-fuer-die-weimarer-republik-100.html>



Der amerikanische Hauptankläger, Telford Taylor, im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess gegen IG Farben sah die Entwicklung voraus, als er sagte: „Diese Verbrecher von IG Farben sind die wahren Kriegsverbrecher. Wenn die Schuld dieser Verbrecher nicht ans Licht gebracht wird und wenn sie nicht bestraft werden, werden sie eine viel größere Bedrohung für den zukünftigen Frieden in der Welt darstellen als der Hauptkriegsverbrecher Hitler.“



Warum blieb dieses Haus stehen?

(Titel I. G.-Farben-Haus / Poelzig-Bau / Amerikanische Militärverwaltung / Goethe-Universität Frankfurt am Main).

von Otto (Text) Wittke Verlag: Berlin 7, Herausgeber: Kommission für Agitation und Propaganda bei der Bezirksleitung Halle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Erschienen o.J. - 4*, broschiert/Taschenbuch, ca. 16 S., Seltene alte originale SED-Propaganda-Schrift gegen die IG Farben Betriebe. Mit zahlreichen historischen Abbildungen.

Minimale Gebrauchsspuren, sehr gut erhalten.

Agfa, BASF, Bayer, Cassella, Chemische Fabrik Griesheim-Elektron, Chemische Fabrik vorm. Weiler Ter Meer, Hoechst Chemische Fabrik Kalle IG Farben Entflechtung



IG Farben - Chemie im Dienst von Krieg und Tod

Es ist die Geschichte eines Megakonzerns, der in Friedenszeiten den Liberalismus liebte, sich aber im Krieg rasant in den Dienst des Staates und der Armee stellte – und in beiden Fällen prächtig verdiente.

Die Geschichte über das zerstörerische Werk von Bayer, BASF und Co und wie die Verantwortlichen sich noch Jahre nach dem Krieg feierten.



Stets für den Profit

Die I.G. Farben, die 1925 aus einem Kartell von Chemie-giganten entstand, verdiente sowohl an der Kriegsführung Deutschlands als auch – über internationale Tochter-gesellschaften – an derjenigen Amerikas.



Objekt: Wollheim-Memorial
 Standort: Goethe-Universität (=IG-FARBEN-HAUS)
 Stadtteil: Westend
 Künstler*in: Blum, Heiner
 Material: Massiv gebauter Pavillon und 13 Bildtafeln

Wollheim-Memorial, Foto: Goethe-Universität



Debellatio

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Debellatio>

Mit **Debellatio** bzw. **Debellation** (lat.: „vollständige Besiegung, Kriegsbeendigung“; *bellum* ‚Krieg‘, auch *kriegerische Niederwerfung*) bezeichnet man das durch vollständige Zerstörung und militärische Niederringung eines feindlichen **Staates** herbeigeführte Ende eines **Krieges**.



11. Nazifizierung statt Entnazifizierung!

Die braunen Wurzeln des angloamerikanischen Besatzungsregimes
„Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)





Liste illegal weitergeführte Nazi-Gesetze von Adolf Hitler in Deutschland!

Faschismusgesetze aus der Gleichschaltungszeit und ihre Gültigkeit

RGBl. / BGBl. Teil I Inland

Teil II Ausland

1959 BGBl. Teil III **Bereinigung** Nichtamtlicher Teil BRD

Das RuStAG 1913 war von 01.01.1914 bis zum 04.02.1934 gültig.

1913 Jul 22 **Reichs-** oder **Staatsangehörigkeits**gesetz S. 583
die unmittelbare Reichsangehörigkeit für Kolonien im Ausland

1919 Aug 11 Weimarer Reichsverfassung / deutsche Verfassung
Art.110 RuStAG 1913

1923 Nov 05 Gesetz Änderung RuStAG 1913 S. 1077

1924 Juni 27 Verordnung RuStAG **Personalausweis**, S. 659
Sprachliche Einführung
Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis

Gleichschaltungsgesetze / Faschismusgesetze

1933 30. Januar Die Gleichschalter / Faschisten gehen zur Machteroberungsphase an Bord.

- 1933 Feb 01 **Verordnung Auflösung des Reichstags** S. 45
- 1933 Feb 01 **Verordnung Neuwahl des Reichstags** S. 45
- 1933 Feb 02 **Verordnung Änderung des Reichswahlgesetzes** S. 45
- 1933 Feb 03 **Verordnung Durchführung Reichswahlgesetz** S. 46
- 1933 Feb 01 **Verordnung Auslegung der Stimmlisten** S. 47
- 1933 Feb 06 **Verordnung Reichstagswahl** S. 49

Die **deutschen Völker** wurden **gleichgeschaltet** zum **deutschen Volk**

- 1933 Feb 04 **Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 35
- 1933 Feb 04 **1 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 41
- 1933 Feb 07 **2 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 53
- 1933 Feb 07 **3 Verordnung Schutz des deutschen Volkes** S. 54

Die **deutschen Völker** wurden **gleichgeschaltet** zum **deutschen Volk**

- 1933 Mär 21 **Verordnung Sondergerichte** S. 136
- 1933 Mär 31 **1 Gesetz Gleichschaltung der Länder** S. 153

1933 Apr 07 **2 Gesetz Gleichschaltung Länder** S. 173

- 1933 Jul 03 **Gesetz Freistaat Oldenburg Landesteil Oldenburg
Titulierungsrecht Bankenvorstand**
LzO-Gesetz vom 03.07.1933 §§ 1 und 16 II.
Das **Titulierungsrecht** für den **Bankenvorstand**
wurde nach Gleichschaltung der Länder eingeführt.

1933 Jul 14 Gesetz Volksabstimmung Aufgehoben am 20.Sept.1945

1933 Jul 14 Gesetz Aberkennung der **deutschen StA** S. 480
Sprachliche Einführung vor dem 05.02.1934

1933 Jul 26 Verordnung Aberkennung **der deutschen StA** S. 538
Sprachliche Einführung vor dem 05.02.1934

1933 Sep 12 **Gesetz Reichskonkordat (Kirchensteuer)** S. 625

1933 Okt 14 **Verordnung Auflösung Reichstag** S. 729

**1933 Nov 12 Volksabstimmung Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund
Das Völkerrecht ist für Deutschland außer Funktion**

1934 Jan 30 **Gesetz Neuaufbau des Reichs** S. 75

1934 Feb 02 **1 Verordnung Neuaufbau des Reichs** S. 81

1934 Feb 03 **unmittelbare** Landesbeamte S. 81

1934 Feb 03 **Begnadigungsrecht der Länder** S. 82

1934 Feb 02 **3 Verordnung Steuern Heimatländer** S. 83

Das gleichgeschaltete Volk komplett entmachtet

1934 Feb 02 **Verordnung** über die **deutsche StA** S. 85

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**
(Reichsangehörigkeit)

Auflage 1936 Neues Staatsrecht Seite -54- II 1. a)

**Die Reichsangehörigkeit wird unmittelbar als deutsche
Staatsangehörigkeit erworben. R=StAG**

Deutschland wurde Kolonie

Das gleichgeschaltete Volk komplett entrechtet

- 1934 Feb 16 **1 Gesetz Überleitung der Rechtspflege** S. 91
1934 Okt 16 **Gesetz Einkommensteuer** S. 1005
1934 Dez 12 **2 Gesetz Überleitung Rechtspflege** S. 1201
1934 Dez 20 **Gesetz Änderung Rechtsanwaltsordnung** S. 1258
- 1935 Jan 24 **3 Gesetz Überleitung der Rechtspflege** S. 65
1935 Feb 01 **Erlaß Landesbeamten** S. 73
1935 Feb 01 **Erlaß Reichsbeamten** S. 74
1935 Apr 13 **Gesetz Kehrbezirke Schornsteinfeger** S. 508
- 1935 Mai 15 **Gesetz Die Einbürgerungsbehörde entscheidet und verleiht die deutsche Staatsangehörigkeit, S. 593
Der BRD Staatsangehörigkeits-Ausweis wird beantragt in der Ausländerbehörde**
- 1935 Dez 13 **2 Gesetz Änderung Rechtsanwaltsordnung, S. 1470**
1935 Dez 13 **Gesetz Rechtsberatung** S. 1478
1935 Dez 13 **Verordnung Rechtsberatung** S. 1481
- 1936 Feb 27 **Gesetz über die Befähigung zum Richteramt, S. 127**
- 1937 Feb 10 **Gesetz Reichsbank / Deut. Reichsbahn Teil II S. 47**
Reichsbahn Heimat / Deutsche Reichsbahn
- 1937 Mär 11 **Justizbeitreibungsordnung** S. 298
1937 Mai 11 **Gesetz Paß- Ausländerpolizei- Melde- Ausweiswesen
Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis**
- 1938 Mär 13 **Gesetz Wiedervereinigung Österreich / DR S. 237**
Aufgehoben BGBl. für die Republik Österreich
- 1938 Apr 26 **1 Verordnung auf Grund der Verordnung, S. 415**
- 1938 Mai 10 **Verordnung Ausländerpolizei Ausweiswesen** S. 511
1938 Jul 03 **Verordnung deutsche StA im Land Österreich** S. 790
1938 Jul 22 **Verordnung paßrechtl. Vorschriften Österreich** S. 913
1938 Jul 22 Verordnung über Kennkarten S. 913
1938 Jul 23 1 Bekanntmachung Kennkartenzwang S. 921
1938 Jul 23 2 Bekanntmachung Kennkartenzwang S. 922
1938 Jul 23 3 Bekanntmachung Kennkartenzwang S. 922
Vom Personen-Ausweis zum Personal-Ausweis
- 1938 Jul 25 **Anordnung Wehrdienst Österreich** S. 921
1938 Aug 22 **Ausländerpolizeiverordnung**
- 1938 Nov 24 **2 Verordnung auf Grund der Verordnung** S.1668
1938 Dez 03 **Verordnung Einsatz des jüdischen Vermögens** S.1705

Haavara-Handelsabkommen: **Braunschild** und die **Zionisten** arbeiteten bemerkenswert zusammen. Deutschland profitierte von diesem Handels-abkommen, das zwischen 1933 und 1939 ca. 106 Millionen Reichs-mark betrug. Buch: „Die geheime Macht hinter den Zeugen Jehovas“.

- 1939 Feb 17 **Gesetz Heilpraktiker** S. 251
1939 Feb 18 **Verordnung Heilpraktiker** S. 259
- 1939 Apr 20 **Verordnung d. StA / d. Volkszugehörigkeit** S. 815

1939 Jun 15 **Gesetz über die Deutsche Reichsbank** S. 1015
Reichsbank Heimat / Deutsche Reichsbank Nazi

1939 Sep 01 **Gesetz deutsche Staatsangehörigkeit Danzig** S. 1547

1939 Nov 11 **Bekanntmachung StA Memelländer** Teil II S. 999

1945 Apr 09 Auf **Braunschilds** persönlichen Befehl wird der Spionage Abwehrchef Admiral Canaris (1935 bis 1944) mit 5 seiner engsten Freunde am 09. im KL Flossenbürg hingerichtet. Die Getöteten wussten, das **Braunschild** im Auftrag von **Tothschild** die **Heimat** der **deutschen Völker** durch **Gleichschaltung** zerstört hatte.

1945 Apr 30 **Braunschilds** Flucht aus Berlin
Die Sowjetunion stellten keine Sterbeurkunde aus
Die Blut-DNA-Analyse nicht von **Braunschild**
Braunschild überlebte in Argentinien

1945 Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

1945 SHAEF Militärregierung – Deutschland

Gesetz Nr. 1 Aufhebung Nationalsozialistischer Gesetze
...die seit dem 30. Januar 1933 eingeführt wurden.....
...verlieren hiermit ihre **Wirksamkeit**.....

Nicht alle Gleichschaltungsgesetze wurden ausgerottet / zerstört

Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist Kriegslist

1945 Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

Das deutsche Volk besitzt seit 1934 keine Menschenrechte

Das **gleichgeschaltete** deutsche Volk ist komplett entrechtet

1945 Apr Rheinwiesen-Kriegsgefangenenlager
Das Rote Kreuz (IKRK) wurde von den Amerikanern abgewehrt, den deutschen Soldaten zu helfen.

Das **gleichgeschaltete** deutsche Volk ist komplett entmachtet

1945 Jul 10 **Gesetz Überleitung in die österreichische StA**
Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, S. 81

1946 Jän 18 **Staatsangehörigkeit – Überleitungs-Novelle**
Staatsgesetzblatt für Republik Österreich, S. 57

Die Österreicher wurden aus der deutschen Staatsangehörigkeit entlassen.

1946 Jun 29 **Amtsblatt für Schleswig-Holstein**
Amtsblatt der Militärregierung Deutschland SHAEF
Anordnungen der Militärregierung Deutschland
Britisches Kontrollgebiet **Kriegslist**
Keine Aufhebung der Zwangsangehörigkeit
R=StAG deutsche Staatsangehörigkeit

1946 Jan 30 Kontrollratsgesetz Nr. 11 Der Kontrollrat verfügt wie folgt:

Artikel I. Folgende Vorschriften des **Strafgesetzbuchs** für das Deutsche Reich vom **15. Mai 1871** in seiner gegenwärtigen Fassung werden hiermit **ausdrücklich aufgehoben**:

Paragrafen 2, 2b, 9, 10, 16 Absatz 3, 42a Ziffer 5, 42k, 80 bis 94 einschließlich, 102, 103, 112, 134a, 134b, 140, 140a, 140b, 141, 141a, 142, 143, 143a, 189 Absatz 3, 210a, 226b, 291, 353a, 370 Ziffer 3.

Warum wurden diese Vorschriften aufgehoben? **? Kriegslist!**

1946 Mär 01 Verordnung Nr. 17 (EA) - **Bewohnerlisten**
Militärregierung Britisches Kontrollgebiet

1949 Mai 23 Grundgesetz 1 für die BRD-Militärgesetz / Provisorium
Art. 25 Vorrang des Völkerrechts
...unmittelbar für die Bewohner der BRD
Die Menschenrechte sind für die BRD-Bewohner ohne Funktion
Das **gleichgeschaltete deutsche Volk** ist komplett entrechtet

1949 Nov.17 Amtsblatt der AHK für Deutschland

Gesetz Nr. 12

NICHTIGKEIT VON NATIONALSOZIALISTISCHEN RECHTSVORSCHRIFTEN ÜBER **STAATSANGEHÖRIGKEIT**

Die Heimat ruft! Die Heimat ist einsam, solange die Lüge regiert

1959 Aug 01 **Bundesgesetzblatt Teil III** Nichtamtlicher Teil
Sachgebiet Staats- und Verfassungsrecht
100 – 1 Grundgesetz BRD 23.05.1949
102 – 1 RuStAG 1913
102 – 2 R=StAG 1934
102 – 3 Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit
Die Gleichschaltung entwertet **Heimatbegriffe**

----- **Die BRD ist nicht meine Heimat** -----

1961 Sep 08 **DRIG § 17 Ernennung zum Richter**
Ernennungsurkunde zum Gleich-Richter (Faschist)
Art. 97 GG Unabhängige Gleich-Richter (Faschisten)

DRiG § 18 Nichtige Ernennung nach Art. 116 GG,
wenn der Ernannte kein **Gleich-Richter (Faschist)** ist

1990 Sep 12 **Gesetz Vertrag Deutschland** BGBl. Teil II Ausland, S. 1317
1991 Mär 15 Bekanntmachung Vertrag Deutschland BGBl. Teil II S. 587
Das deutsche Volk ist komplett entmachtet und entrechtet

Die BRD-Bewohner werden am Nasenring in die EU gezogen

Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

2002 Jan 16 Grundgesetz 2 für die BRD Basic Law II siehe
Europäisches Übereinkommen über die Staatsangehörigkeit¹ **Nichtamtliche Übersetzung Deutschlands**

Kein Friedensvertrag HLKO Art. 24 Kriegslisten sind erlaubt

Art. 139 GG Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen

**Jeder BRD- Bewohner ist in der Pflicht, sich von der
Gleichschaltung zu befreien. Urkunde 146**

Das Gleichschaltungssystem löst den Stillstand der Rechtspflege aus

Das Grundgesetz vernichtet sich selbst.

1999 Jul 15 Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts BGBl. I S.38
BGBl. Teil III
102 - 1 RuStAG 1913 bereinigt zum StAG 1913

2010 Dez 08 Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913

BGBl. Teil III

102 - 2 ~~R=StAG~~ 1934 Reichsangehörigkeit = unmittelbare
deutsche Staatsangehörigkeit, ist beseitigt.

102 - 1 StAG 1913 ~~unmittelb. deutsche Staatsangehörigkeit~~

§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die **Staatenlosigkeit** besitzt.

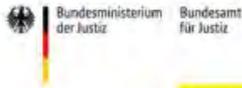
§ 2 Deutscher ist, wer die ... ~~unmittelbare Reichsangehörigkeit~~ besitzt. (weggefallen)

2012 ESM-Vertrag Fiskalpaket Ermächtigungsgesetz für die EU-Verwaltung

2012 Jul 25 Bundesverfassungsgericht Urteil

Die Hohe Hand hat das Ermächtigungsgesetz von 1933 aufgehoben und die deutsche Verfassung ist weiterhin gültig (Art. 140 GG). Die Urkunde 146 beseitigt die Kriegsliste und beendet den Waffenstillstand von 1945 durch Friedensverträge mit den Siegermächten und Feindstaaten.

Die BRD ist NICHT Deutschland! Sie darf und kann keinen Friedensvertrag schließen.....



Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG)

[Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis](#)

JBeitrG

[Ausfertigungsdatum: 11.03.1937](#)

Ausfertigungsdatum: 11.03.1937

Volltext:

„Justizbeitreibungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1926), das zuletzt durch Artikel 15 Absatz 14 des Gesetzes vom 4. Mai 2021 (BGBl. I S. 882) geändert worden ist“

Stand: Neugefasst durch Bek. v. 27.6.2017 I 1926;
zuletzt geändert durch Art. 15 Abs. 14 G v. 4.5.2021 I 882

§ 1

(1) Nach diesem Gesetz werden folgende Ansprüche beigetrieben, soweit sie von Justizbehörden des Bundes einzuziehen sind:

1. Geldstrafen und andere Ansprüche, deren Beitreibung sich nach den Vorschriften über die Vollstreckung von Geldstrafen richtet;
2. gerichtlich erkannte Geldbußen und Nebenfolgen einer Ordnungswidrigkeit, die zu einer Geldzahlung verpflichten;

Die
Bundesrepublik Deutschland
ist nicht
Deutschland

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben zu Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
A. 2. 34	Druckung über die deutsche Staatsangehörigkeit	85

=: Berlin, den 6. Februar 1934 85

Verordnung über die **deutsche Staatsangehörigkeit**.
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
rechts
aufgeh
99,1623

§ 1

(2) Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)**.

1934 Gleichschaltung **StAG = R**

1934 Gleichschaltung **R = StAG**

Herausgegeben von E. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. N.

Heft 131

Neues Staatsrecht

VON

a) Die **Reichsangehörigkeit** wird fortan nicht mehr mittelbar durch
zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern **unmittelbar als**
„deutsche Staatsangehörigkeit“ erworben.

Leipzig 1936

Verlag W. Kehlhammer · Abteilung Schaeffer

Reichsdruckerei

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**

besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**



WEB.DE Suchbegriff eingeben

Sturzflut-Alarm am Wochenende
Ab Freitag geht es deutlich über die 20-Grad-Marke - doch vor 1 Std.

Brutales Foul überschattet Sieg
Trainer Söderholm fassungslos nach geringer Strafe für Foul vor 3 Std.

Gefährliche Welle von Infektionen
Köln: Mindestens 28 Menschen mit Bakterium infiziert.

Jovovich teilt intimes Detail
Berührendes Posting der Schauspielerin macht auf internationales Problem vor 30 Min.

Brandursache ist endlich geklärt
Sechs Monate nach verheerendem Feuer in

Diese Duschfehler sind schädlich
Beine einseifen - ja oder nein? Experten klärt über Tücken bei

Magazine > Wissen > Geschichte - Von der Antike zum Mittelalter zur Moderne

© action press

Von **Frank Heindl** Kommentare 95

Aktualisiert am 10. Mai 2019, 10:34 Uhr

Wie jedes Jahr am zweiten Sonntag im Mai beschenken Töchter und Söhne ihre Mütter, meistens gibt's auch ein Präsent vom (Ehe-)Mann. Der Muttertag - eine nicht ganz unumstrittene Tradition. Denn wie einige andere Festtage, aber auch Steuerbestimmungen oder berufsständische Regelungen ist der Brauch vom Naziregime mitgeprägt.

[Mehr Wissensthemen finden Sie hier](#)

Impressum | Datenschutz | Sitemap

Gesetze aus der NS-Zeit, die bis heute gelten

Wo Adolf noch regiert

Vom Ehegatten-Splitting über die Stellplatzpflicht bis zur Mord-Definition stammen viele noch heute gültige Gesetze aus der NS-Zeit. Das hat nicht nur symbolische Bedeutung sondern auch konkrete Konsequenzen



Bekannteste, aber nicht die einzige Hinterlassenschaft des Nazi-Regimes: die Autobahn. Bild: dpa

BREMEN taz | 68 Jahre nach Hitlers Tod und dem Ende des „Dritten Reiches“ sind noch immer zahlreiche Gesetze und Verordnungen in Kraft, die vom „Führer“ und dessen Reichsregierung erlassen wurden. Auch in den aktuell gültigen Ländergesetzen sind diverse NS-Relikte zu finden – insbesondere in Norddeutschland, dem Besatzungsgebiet der Briten und US-Amerikaner. „Die Franzosen und Sowjets haben in ihren Zonen strenger durchgegriffen“, sagt der Bremer Völkerrechtler Gerhard Stuby.

Nord 21.4.2013, 16:41 Uhr

HENNING BLEYL
Freier Journalist



THEMEN

Wetter Abmelden

DIE WELT
ABONNEMENT

[Home](#) [Politik](#) [Wirtschaft](#) [Geld](#) [Sport](#) [Wissen](#) [Panorama](#) [Feuilleton](#) [ICON](#) [Reise](#) [PS WELT](#) [Regional](#) [Meinung](#) [Videos](#) [Markt](#)

Politik > Deutschland > Mord: Zentralrat der Juden gegen Nazi-Begriffe im Gesetz

POLITIK MORD UND TOTSCHLAG 30.07.15

"Nazi-Terminologie hat im Gesetz nichts zu suchen"

Der Zentralrat der Juden unterstützt den Plan von Justizminister Maas, die historisch belasteten Tötungsdelikte im Strafgesetzbuch zu reformieren. Die Union sieht darin ein "ein falsches Signal".

40 Share 230 Twittern G+ 2

Von Thorsten Jungholt
Politikredakteur



<https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/im-foyer-hakenkreuz-schock-im-berliner-landgericht-64318722.bild.htm>

Hakenkreuz-Schock im Berliner Landgericht



Warum muß der Katholik die Reichstagsliste Adolf Hitlers wählen?

Weil im nationalsozialistischen Staat an sich und durch das

Reichskonfordat

1. die Religion geschützt ist,
2. der kirchliche Frieden gesichert ist,
3. die öffentliche Sittlichkeit gewahrt bleibt,
4. der Sonntag geheiligt wird,
5. die Bekenntnisschule erhalten ist,
6. das katholische Gewissen nicht mehr belastet ist,
7. der Katholik vor dem Gesetz und im Staatsleben gleichberechtigt ist,
8. die katholischen Vereine u. Verbände, soweit sie ausschließl. religiösen, charitativen und kulturellen Zwecken dienen, frei arbeiten können.

**Deshalb muß der Katholik
am 12. Nov. so wählen:**

Volksabstimmung → Ja ⊗



Reichstagswahl



Adolf Hitler

NATIONAL-ANZEIGER

Reichsgesetzblatt

679

Teil II

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 18. September 1933

Nr. 38

Inhalt: Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl.
Vom 12. September 1933 679

Bekanntmachung über das Konkordat zwischen dem Deutschen Reich und dem Heiligen Stuhl. Vom 12. September 1933.

Am 20. Juli 1933 ist in der Vatikanstadt zwischen Vertretern des Deutschen Reichs und des Heiligen Stuhls ein Konkordat unterzeichnet worden. Das Konkordat und das dazugehörige Schlußprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Das Konkordat ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 10. September 1933 in der Vatikanstadt stattgefunden. Das Konkordat und das Schlußprotokoll sind gemäß Artikel 34 des Konkordats am 10. September 1933 in Kraft getreten.

Für Ausführung des Konkordats ist das im Reichsgesetzblatt vom 1933 Teil I Seite 625 veröffentlichte Gesetz vom 12. September 1933 ergangen.

Berlin, den 12. September 1933.

Der Reichsminister der Auswärtigen
Freiherr von Neurath

Der Reichsminister des Innern
Fric

Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. und der Deutsche Reichspräsident, von dem gemeinsamen Wunsche geleitet, die zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu festigen und zu fördern,

gewillt, das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und dem Staat für den Gesamtbereich des Deutschen Reiches in einer beide Teile befriedigenden Weise dauernd zu regeln,

haben beschlossen, eine feierliche Übereinkunft zu treffen, welche die mit einzelnen deutschen Ländern abgeschlossenen Konkordate ergänzen und auch für die übrigen Länder eine in den Grundsätzen einheitliche Behandlung der einschlägigen Fragen sichern soll.

Zu diesem Zweck haben

Seine Heiligkeit Papst Pius XI. zu Ihrem Bevollmächtigten

Concordato fra la S. Sede ed il Reich Germanico

Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI e il Presidente del Reich Germanico, concordi nel desiderio di consolidare e sviluppare le relazioni amichevoli esistenti fra la Santa Sede e il Reich Germanico,

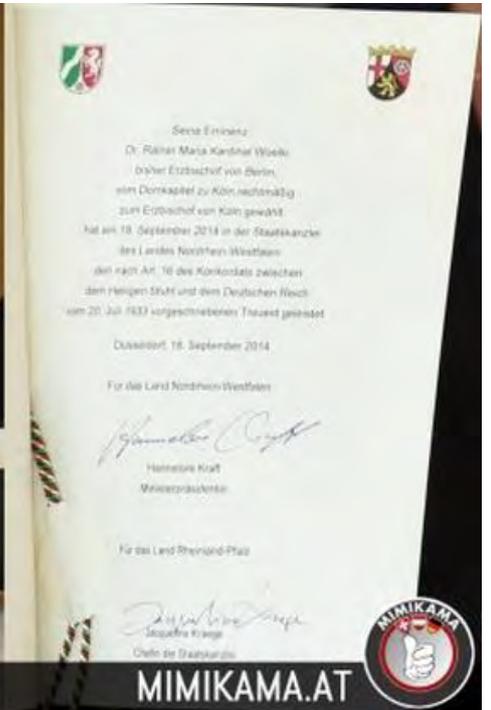
volendo regolare i rapporti fra la Chiesa Cattolica e lo Stato per tutto il territorio del Reich Germanico in modo stabile e soddisfacente per entrambe le parti,

hanno risoluto di concludere una solenne Convenzione, che completi i Concordati conclusi con alcuni Stati particolari (*Länder*) della Germania ed assicuri per gli altri un criterio uniforme nel trattamento delle relative questioni.

A tale effetto, Sua Santità il Sommo Pontefice Pio XI ha nominato Suo Plenipotenziario



FAKTENCHECK



MIMIKAMA.AT





80 Jahre Hitler-Vatikan-Pakt



EINTRITT FREI



Offizielle Nazi-Verehrung im Bundeskanzleramt der BRD!

Der tiefbraune Sumpf in der BRD:

Offizielle Ehrung des verurteilten Nazi- und Kriegsverbrechers Dr. Hans Maria Globke im Bundeskanzleramt zusammen mit dem ehemaligen NSDAP Mitglied Konrad Adenauer, welcher ab 1949 die Re-Nazifizierung und Wiederaufrüstung in Westdeutschland einleitete.

Hans Globke

Porträt von NS-Schreibtischtäter hängt im Kanzleramt



Von Marc von Lüpke
16.01.2019, 15:33 Uhr



Konrad Adenauer und Hans Globke 1963: Die Ernennung Globkes zum Staatssekretär zehn Jahre zuvor war hoch umstritten aufgrund von dessen NS-Vergangenheit. (Quelle: dpa)

Zitat: „Hans Globke (R) war 10 Jahre lang, von 1953 bis 1963, Chef des Kanzleramts und engster Berater von Kanzler Konrad Adenauer (L). Von 1934 an galt er als "Experte für Judenfragen" im Reichsinnenministerium und war hauptverantwortlich für die juristische Umsetzung der Nürnberger Rassengesetze.

Der russische TV-Sender „Russia Today“ („RT“) hatte auf der Bundespressekonferenz am 2. Januar gefragt, wieso noch immer ein Porträt des verurteilten NS-Kriegsverbrechers Hans Globke im Kanzleramt hängt. Die Sprecherin gab sich unwissend, versprach aber eine Nachreichung. Die Antwort liegt RT jetzt vor.

RT-Deutsch dokumentiert die Nachreichung des Bundeskanzleramtes im Wortlaut: Sehr geehrter Herr Warweg, im Nachgang zur Regierungspressekonferenz vom Mittwoch, 2. Januar, teile ich Ihnen als "ein Regierungssprecher" (ohne Namensnennung) mit: Im Verwaltungsbereich des Bundeskanzleramtes sind Portraits aller ehemaligen Chefs des

Bundeskanzleramtes - auch von Hans Globke - in chronologischer Reihenfolge gehängt. Eine Wertung des Wirkens oder Vorlebens der Amtschefs ist damit nicht verbunden.

Neben zahlreichen und umfassenden Studien, die einzelne Ministerien zur NS-Geschichte ihrer Häuser haben durchführen lassen, hat die Bundesregierung im November 2016 ein Forschungsprogramm zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit der Ministerien und zentraler deutscher Behörden ausgeschrieben. Insgesamt werden im Rahmen dieses Programms zehn Forschungsprojekte gefördert.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat für das Forschungsprogramm für den Zeitraum von 2017 bis 2020 eine Fördersumme in Höhe von insgesamt 4 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Mit dem innovativen Forschungsprogramm soll ein neuer ressortübergreifender Zugang gefunden werden, mit dem Querschnittsthemen und auch vergleichende Ansätze - etwa zur Einbeziehung von DDR-Behörden - verfolgt werden können.

Aufgrund der ressortübergreifenden Relevanz des Bundeskanzleramtes wurde dessen Geschichte als eigenständiger Programmteil ausgestaltet. Zwei der zehn Forschungsprojekte richten den Fokus auf die Geschichte des Bundeskanzleramtes: Zum einen das Projekt "Das Kanzleramt. Bundesdeutsche Demokratie und NS-Vergangenheit" unter Leitung des Instituts für Zeitgeschichte München - Berlin (IfZ) und des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF); zum anderen ein Projekt der Universität Siegen, das die "Praktiken öffentlicher Kommunikation und Verlautbarung in der frühen bundesrepublikanischen Mediendemokratie (1949-1969)" untersucht.

Beide Projekte haben Ende 2017 mit ihren Untersuchungen begonnen und werden diese planmäßig im Jahr 2020 abschließen.

Der weitere Umgang mit dem Porträt in der Reihe der Chefs des Kanzleramtes wird nach der Veröffentlichung der Forschungsergebnisse des Projekts thematisiert.

Mehr zu diesem Thema in einem RT-Artikel von 2016: Deutschlands Stunde der Wahrheit naht: Die alten Nazis und die Westintegration der Bundesrepublik – Quelle:

<https://deutsch.rt.com/inland/43435-gehen-stunde-wahrheit-naht-alten/>

Quelle YouTube-Filmbeitrag von der Bundespressekonferenz am 2. Januar - Quelle:

https://youtu.be/X4_EWxjSrFE

Hintergrundinformationen zum Fall Globke und dem Kanzleramt - Zitat:

„Es klingt schier unglaublich. Im vierten Stock des Kanzleramts, also unweit des Denkmals für die ermordeten Juden Europas, hängt noch immer und auch heute ohne weitere Kommentierung ein Bildnis des verurteilten Nazi-Verbrechers Hans Globke.

Dieser war ab 1933 im Reichsinnenministerium in seiner Funktion als Oberregierungsrat und ab 1938 als Ministerialrat verantwortlich für das Verfassen und das offizielle juristische Kommentieren der Nürnberger Rassengesetze und galt als "Spezialist für Judenfragen"^[3]. Er verfasste im Alleingang 1936 den ersten Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen und deren Ausführungsverordnungen. Seine Kommentierung erwies sich als besonders einflussreich für die Umsetzung dieser berüchtigten Nürnberger Gesetze in die Praxis, insbesondere der Abschnitt zur "Rassenschande"

Laut freigegebenen Unterlagen des US-Auslandsgeheimdienstes CIA soll Globke auch für die Deportation von 20.000 Juden aus Nordgriechenland in deutsche Lager in Polen verantwortlich gewesen sein. Doch trotz Globkes Rolle im Dritten Reich als "Spezialist für Judenfragen" im Reichsinnenministerium und Mit-Verfasser der Nürnberger Rassengesetze wurde er 1953 unter Bundeskanzler Konrad Adenauer Chef des Bundeskanzleramts und galt als dessen engster Vertrauter. Diese Stellung hatte er bis zum Rücktritt Adenauers 1963 inne. Globke ist wohl das prominenteste Beispiel für die Kontinuität - auch beim Personal der Verwaltungseliten - vom selbsternannten "Dritten Reich" zur Bundesrepublik Deutschland (BRD). Es war folglich auch nicht die Bundesrepublik, sondern die Deutsche Demokratische

Republik (DDR), die 1963 einen Prozess gegen Globke in die Wege leitete. Versuche gab es auch in der BRD, allerdings wurde Globke vom BND, Verfassungsschutz, von der CIA und auch durch Adenauer höchst persönlich vor Strafverfolgung geschützt. Rechtsgrundlage für den Prozess in der DDR waren die international anerkannten Nürnberger Prinzipien^[6], Art. 6 des Londoner Statuts^[7] für das Internationale Militärtribunal vom 8. August 1945 in Verbindung mit Artikel 5 Abs.1 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik von 1949 und §§ 211, 47 des in der DDR zu jener Zeit noch fortgeltenden Reichsstrafgesetzbuchs^[8]. Hans Globke wurde als "kalthertiger, verbissener Antisemit" wegen "in Mittäterschaft begangenen fortgesetzten Kriegsverbrechens und Verbrechens gegen die Menschlichkeit in teilweiser Tateinheit mit Mord" zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Von der "Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde"^[9] wird der Prozess bis in die Gegenwart als ein "höchsten Anforderungen der Rechtsstaatlichkeit verpflichteter und genügender Strafprozess" bezeichnet. Die Verurteilung des Kanzleramts-Chefs in der DDR gilt auch nach Ansicht internationaler Strafrechtsexperten^[10] als nicht rechtsstaatswidrig. Nach der Wiedervereinigung erfolgte auch keine Rehabilitation durch bundesdeutsche Gerichte: Das heißt juristisch betrachtet gilt Globke seit über 55 Jahren als überführter und verurteilter Nazi-Verbrecher.“

3. <https://www.fritz-bauer-archiv.de/index.php/genocidium/der-fall-globke>
4. https://www.cia.gov/library/readingroom/docs/DOC_0000271221.pdf
5. <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/eichmann-globke-adenauer>
6. https://de.wikipedia.org/wiki/N%C3%BCrnberger_Prinzipien
7. https://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Statut
8. <https://de.wikipedia.org/wiki/Reichsstrafgesetzbuch>
9. <http://www.gbmev.de/>
10. <https://www.junsv.nl/>

Hallstein – „Wahrer“ der Nazi-Gesetze

Die Vereinigung der nationalsozialistischen „Rechtswahrer“ war eine der Säulen des Nazi-Terror-Regimes. Die jeweiligen Funktionen und Verantwortlichkeiten der Mitglieder des Rechtswahrerbundes wurden schriftlich in der offiziellen „Schriftenreihe des NS-Rechtswahrerbundes“, Band 5, 1938, festgesetzt. Hier ein Auszug:



Die Nationalsozialistische Allianz der Rechtswahrer

„Der Nationalsozialistische Rechtswahrerbund (NSRB) ist verantwortlich für die berufliche Organisation des deutschen (Nazi-) Rechtsapparats. Den Vorstand des Rechtswahrer-Bunds stellt Dr. Frank¹, Reichsleiter des Reichsrechtsamts (die Brutstätte der Nazi-Terrorgesetze) der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), dar.

Durch seine führende Position ist der NSRB mit den Zentralbüros des Reichsrechtsamts der NSDAP verbunden. Auf diesem Weg ist gesichert, dass die politischen Ausrichtungen der beruflichen Aktivitäten mit dem Willen der NSDAP und somit der Führung des (Nazi-) Staats identisch sind. Somit bildet das Bündnis zwischen dem NSRB und der NSDAP eine solide Basis.“

¹ Frank, höchster Jurist im Dritten Reich, wurde am 1. Oktober 1946 im Nürnberger Prozess wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tode verurteilt.



Hallsteins – unter Eid gemachte – Zusicherung seiner unbedingten Unterstützung der nationalsozialistischen Ideologie und deren Ziele förderte seine akademische Karriere maßgeblich. Am 18. Mai 1936, nur acht Monate nach seinem Nazi-Treueschwur, wurde Hallstein zum Dekan für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Rostock ernannt.

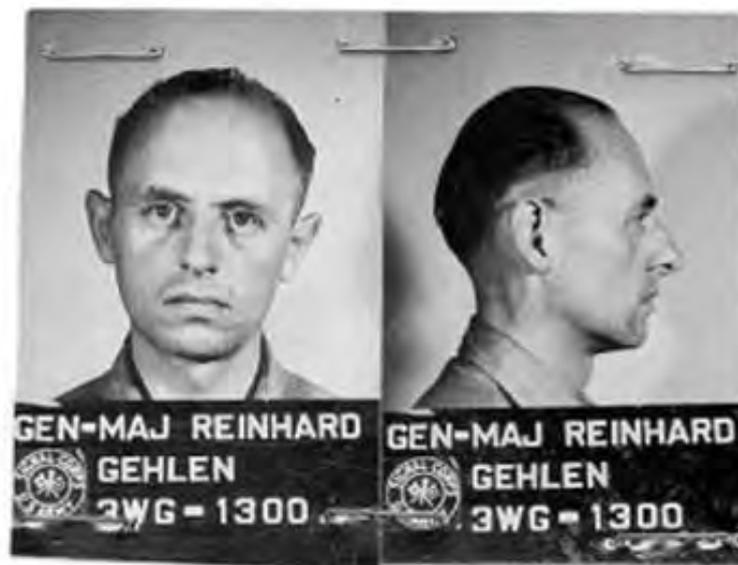
**11.1 Die Nazi-Geheimdienst-Organisation Gehlen - „OSS“ –
„Bundesnachrichtendienst“ („BND“) der BRD!**

Jens Wegener

Die Organisation Gehlen und die USA

Deutsch-amerikanische Geheimdienstbeziehungen

1945-1949



LIT

Studies in Intelligence History

Reinhard Gehlen 1943



Gehlen und seinen Vertrauten war es gelungen, das gesamte Archiv der Abteilung *Fremde Heere Ost (FHO)* des einstigen deutschen Generalstabs Anfang 1945 aus dem Hauptquartier des Heeresgeneralstabs nach Bayern zu transportieren und in 50 Stahlkisten zu vergraben. Nach Verhören im Kriegsgefangenenlager und in einem speziellen Vernehmungslager in Virginia erkannten die US-Nachrichtendienstler die Bedeutung von Gehlens Kenntnissen und seines Archivs.^[8]

Organisation Gehlen

Die **Organisation Gehlen** (auch **Organisation**, **Org.**, **Operation Rusty**, **Operation Zipper** oder **O.G.**^[1] genannt) war ein **Nachrichtendienst**, der Anfang 1946 entstand und aus dem am 1. April 1956 der **Bundesnachrichtendienst (BND)** hervorging. Langjähriger Leiter war Generalmajor a. D. **Reinhard Gehlen**, ehemaliger Chef der **Abteilung Fremde Heere Ost (FHO)** der Wehrmacht und erster **Präsident des BND**.



Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Gehlen

 **tagesschau** Neue Studie
BND rekrutierte gezielt NS-Verbrecher
<https://www.tagesschau.de/inland/bnd-ozli-vergangenheit-101.html>

<https://www.deutschlandfunk.de/bnd-bundesnachrichtendienst-nationalsozialismus-ns-taeter>



Geschichte des BND

Warum der Bundesnachrichtendienst so viele NS-Täter rekrutierte

In seiner Entstehungszeit war der Bundesnachrichtendienst ein Hort für NS-Täter. Wie Mitarbeiter immer weitere Personen mit NS-Vergangenheit in den Dienst holten, zeigt die letzte Untersuchung der Historikerkommission zur Geschichte des BND.

Viele der Offiziere, die in sogenannten Einsatzgruppen der SS in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten gewaltsam Morde organisiert und befohlen hatten, machten nach dem Fall des Regimes also weiter Karriere. Seit Ihrer Gründung 1946 durch den Chef der Wehrmachts-Abteilung Fremde Heere Ost, Reinhard Gehlen, ist die Organisation Gehlen immer wieder als Hort von Nazis aufgefallen. Das gilt auch für die zehn Jahre später daraus hervorgegangene Bundesbehörde, den BND.

Reinhard Gehlen 1943



Organisation Gehlen

Die Organisation Gehlen war ein Nachrichtendienst, der Anfang 1946 entstand und aus dem am 1. April 1956 der Bundesnachrichtendienst hervorging. Langjähriger Leiter war Generalmajor a. D. Reinhard Gehlen, ehemaliger Chef der Abteilung Fremde Heere Ost und erster Präsident des BND. [Wikipedia](#)

Gründung: Juni 1946



Reinhard Gehlen (* 3. April 1902 in Erfurt; † 8. Juni 1979 in Berg am Starnberger See) leitete als Generalmajor der Wehrmacht die Abteilung Fremde Heere Ost (FHO) im Generalstab des Heeres.



GEHLEN, Reinhard
(Name of internee)

Male
(Sex)

Height ... 5 ... ft. ... 8 1/2 ... in.
Weight ... 128 ...
Eyes ... Blue-grey
Skin ... Fair
Hair ... Blond
Age ... 43
Distinguishing marks or characteristics:
None

GEN-MAJ REINHARD GEHLEN 3WG-1300

GEN-MAJ REINHARD GEHLEN 3WG-1300

Bundesnachrichtendienst: »Beim BND waren Massenmörder, da gibt es nichts zu beschönigen« - DE...

Besuchen



Office of Strategic Services
— OSS —

Arbeitszeichen des OSS, Vorbild für das spätere
Abzeichen des SOCOM

Stellung der Behörde	Militärnachrichtendienst
Aufsichtsbehörden(n)	Kriegsministerium der Vereinigten Staaten
Bestehen	seit 13. Juni 1942 bis 20. September 1945

Mit der Operation Sunrise etablierte das OSS bereits früh eine amerikanische Zusammenarbeit mit Personen des späteren Bundesnachrichtendienstes. Generalmajor Reinhard Gehlen leitete von 1942 bis 1945 im Generalstab des Heeres die Spionageabteilung Fremde Heere Ost. Unmittelbar nach dem Krieg wurden Gehlen und seine gesamte Organisation (die vor allem aus SS-, SD- und Abwehr-Leuten bestand) in den Dienst des amerikanischen Geheimdienstes gestellt. Gehlen wurde damit beauftragt, einen deutschen Auslandsnachrichtendienst aufzubauen, der sich vor allem gegen die Sowjetunion richten sollte. Die Organisation Gehlen wurde später durch die CIA übernommen.

Rekrutierung und Ausbildung [Bearbeiten | Quelltext bearbeiten]

Der Leiter des OSS, Major General Donovan, war anfangs Mitglied des *Rooms* gewesen, einer monatlich konspirativ tagenden Geheimloge führender US-Industrieller, die diskret Wirtschaftsinformationen aus dem Ausland austauschten. Die Söhne seiner Geschäftsfreunde, die sich vom OSS Ruhm versprachen, wurden bevorzugt rekrutiert.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Office_of_Strategic_Services

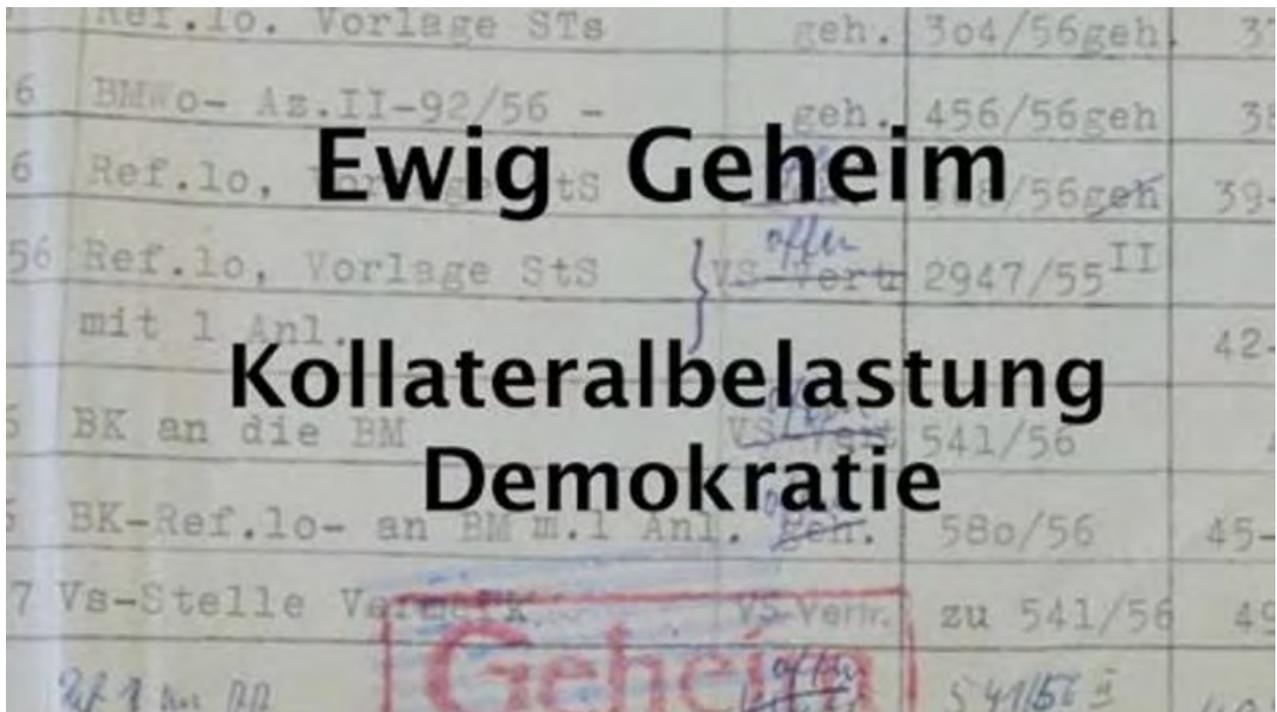
Unser Vermächtnis

Wir geben den US-Führungskräften die Informationen, die sie benötigen, um unser Land zu schützen.

Als weltweit führender Auslandsgeheimdienst ist die Arbeit, die wir bei der CIA leisten, für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Wir sammeln und analysieren ausländische Geheimdienstinformationen und führen verdeckte Aktionen durch. US-Politiker, einschließlich des Präsidenten der Vereinigten Staaten, treffen politische Entscheidungen auf der Grundlage der von uns bereitgestellten Informationen.

<https://www.cia.gov/>

**Die BND-Akten über die „Strafsache Adolf Eichmann“ -
Code-Bezeichnung: „Pimpel und Blaustern“!**



Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=NOGRmAVTDDM>
+ <https://www.gabyweber.com/index.php/de/>

181
Nr. 3111/61 Geheim. 13.1.61 /s. Seite
Eilt sehr! 6 Ausfertigungen
Vortragsnotiz 4053
An : 363
Betrifft : Angelegenheit EICHMANN
Bezug : Lfd. Berichterstattung
Zeit d.F. : Anfang Januar 61
Eingegangen
16. JAN 1961
Kellgeh.
H. Sch

1.) Über die Situation der Verteidigung liegen [redacted] Informationen vor :
a) Dr. SERVATIUS wird seine nächste Israel-Reise am 19.1. antreten, um die Anklageschrift in TEL AVIV entgegenzunehmen.
b) Dr. SERVATIUS wird [redacted]



»Beim BND waren Massenmörder, da gibt es nichts zu beschönigen«

Eine Historikerkommission zur Geschichte des Bundesnachrichtendienstes ist im Streit entzweit. Hier spricht Forscher Wolfgang Krieger über das Zerwürfnis, über Altnazis beim Geheimdienst und die BND-Rolle beim Mauerbau.

Ein Interview von **Klaus Wiegrefe**
31.01.2021, 07:29 Uhr



Quelle: <https://www.spiegel.de/geschichte/bundesnachrichtendienst-beim-bnd-waren-massenmoerder-da-gibt-es-nichts-zu-beschoenigen-a-1d7ec7ab-5fd0-442d-8446-0b00dd77d0a7>



Liste von NSDAP-Parteimitgliedsnummern:



Die Liste der NSDAP-Parteimitgliedsnummern bietet einen unvollständigen Überblick über bekannte Personen, die der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei angehörten. In Ergänzung zur Kategorie „NSDAP-Mitglied“ werden die einzelnen Parteimitglieder hier nicht alphabetisch, sondern nach ihrer Parteimitgliedsnummer sortiert, beginnend mit der niedrigsten Nummer. Einzelauskünfte erteilt das Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde.^[1] Mitglieder der NSDAP aus der „Kampfzeit“ vor der „Machtergreifung“ im Januar 1933, die eine Mitgliedsnummer unter 300.000 führten, sind der Gruppe der „Alten Kämpfer“ zuzurechnen.

Michel Thomas, Mitglied des Counter Intelligence Corps, der an der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau teilgenommen hatte, entdeckte am 20. Mai 1945 in der Papierfabrik Josef Wirth in Freimann bei München das Zentralarchiv der NSDAP mit Millionen von Mitglieder-Karteikarten, die dort vernichtet werden sollten...

Mitglieder der ursprünglichen NSDAP (1920-1923)

Bekannte Mitglieder in der ursprünglichen NSDAP, die nach dem gescheiterten Putsch vom November 1923 von der bayerischen Staatsregierung aufgelöst wurde, waren die folgenden Personen:

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_NS_DAP-Parteimitgliedsnummern

Ergebnis:

Die angloamerikanische Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ blockiert seit 1949 erfolgreich die Umsetzung des Potsdamer Abkommens Teil II und III = die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Nazi-Deutschland!

UCHE



ESSORTS

ews

okales

land

beit und Soziales

irtschaft und Umwelt

obales

ieg und Frieden

ommentar

ossen

edien

Imclips

otogalerien

port

ultur und Wissen

teratur

ERVICE

eserInnenbriefe

nks

Unabhängige Nachrichten, Berichte & Meinungen

Aktueller Online-Fiver vom 09. Januar 2015

[zurück](#)

[Druckversion](#)

Globalles

[Auch Berlin lehnt UN-Resolution gegen Naz-Verherrlichung ab](#)

Geehrte Kollaborateure

Von Hans Georg

Die Bundesrepublik verweigert einer UN-Resolution gegen die Verherrlichung von Nationalsozialismus und NS-Kollaboration ihre Zustimmung. In der vergangenen Woche hat das Dritte Komitee der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet, in der etwa die Errichtung von Denkmälern für NS-Funktionäre und die Stilisierung von NS-Kollaborateuren zu "Freiheitskämpfern" massiv kritisiert werden. Deutschland und die übrigen EU-Staaten enthielten sich; die USA, Kanada und die Ukraine stimmten sogar gegen das Dokument, dessen Inhalt von 115 Ländern unterstützt wurde. In Berlin und Brüssel heißt es, man habe nur deshalb nicht zustimmen wollen, weil Russland die Resolution initiiert habe.





12. Die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) in der „sowjetischen Besatzungszone“ („SBZ“)!



- Ab 1945 mangels Friedensverträge mit 54 Nationen kein Frieden!
- Ab 1946 Beginn „kalter Krieg“ - angloamerikanisch- angelsächsische Westalliierte gegen die UdSSR:

Ökonomische Kriegsführung:

Am 20. Juni 1948 wurde zur Währungsreform in der angloamerikanischen Trizone (die drei westlichen Besatzungszonen) die Reichsmark abgeschafft und die Deutsche Mark (der Bank deutscher Länder, später Deutsche Bundesbank) eingeführt. Es wurden offenbar im US-Auftrag aus der „Trizone“ die wertlos gewordene Reichsmarkbestände in größeren Mengen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands gebracht, in der die Reichsmark noch gesetzliches Zahlungsmittel war. Diese Aktion verursachte eine offensichtlich beabsichtigte Inflation, durch die alle privaten Bargeldbestände in SBZ praktisch über Nacht wertlos wurden. Als Notmaßnahme wurde in der SBZ vom 24. Juni bis 28. Juni 1948 ein Bargeldumtausch durchgeführt. Die „Mark“ war die Bezeichnung für verschiedene gesetzliche Zahlungsmittel der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR von 1948 bis 1990.

Sie wurden ab 1948 von der Deutschen Notenbank und ab 1968 von der Staatsbank der DDR herausgegeben. Folgende auf „Mark“ lautende Währungen wurden im Territorium der DDR emittiert:

- Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM) 24. Juli 1948 bis 31. Juli 1964
- Mark der Deutschen Notenbank (MDN) 1. August 1964 bis 31. Dezember 1967
- Mark (M) der Deutschen Demokratischen Republik (auch Mark der DDR) 1. Januar 1968 bis 30. Juni 1990 -

Weitere Einzelheiten zur Währung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Mark_(DDR))

Nach der Gründung der angloamerikanischen Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) wird am 7. Oktober 1949 wird die „Deutsche Demokratische Republik“ („DDR“) im Auftrag der alliierten Siegermacht UdSSR in Deutschland gegründet und bekommt eine Verfassung verordnet, welche von einem 1. und 2. „deutschen Volksrat“ (die spätere „Volkskammer der DDR“) erarbeitet und mit Zustimmung der Sowjetunion vom einer „provisorischen Volkskammer“ beschlossen wird.

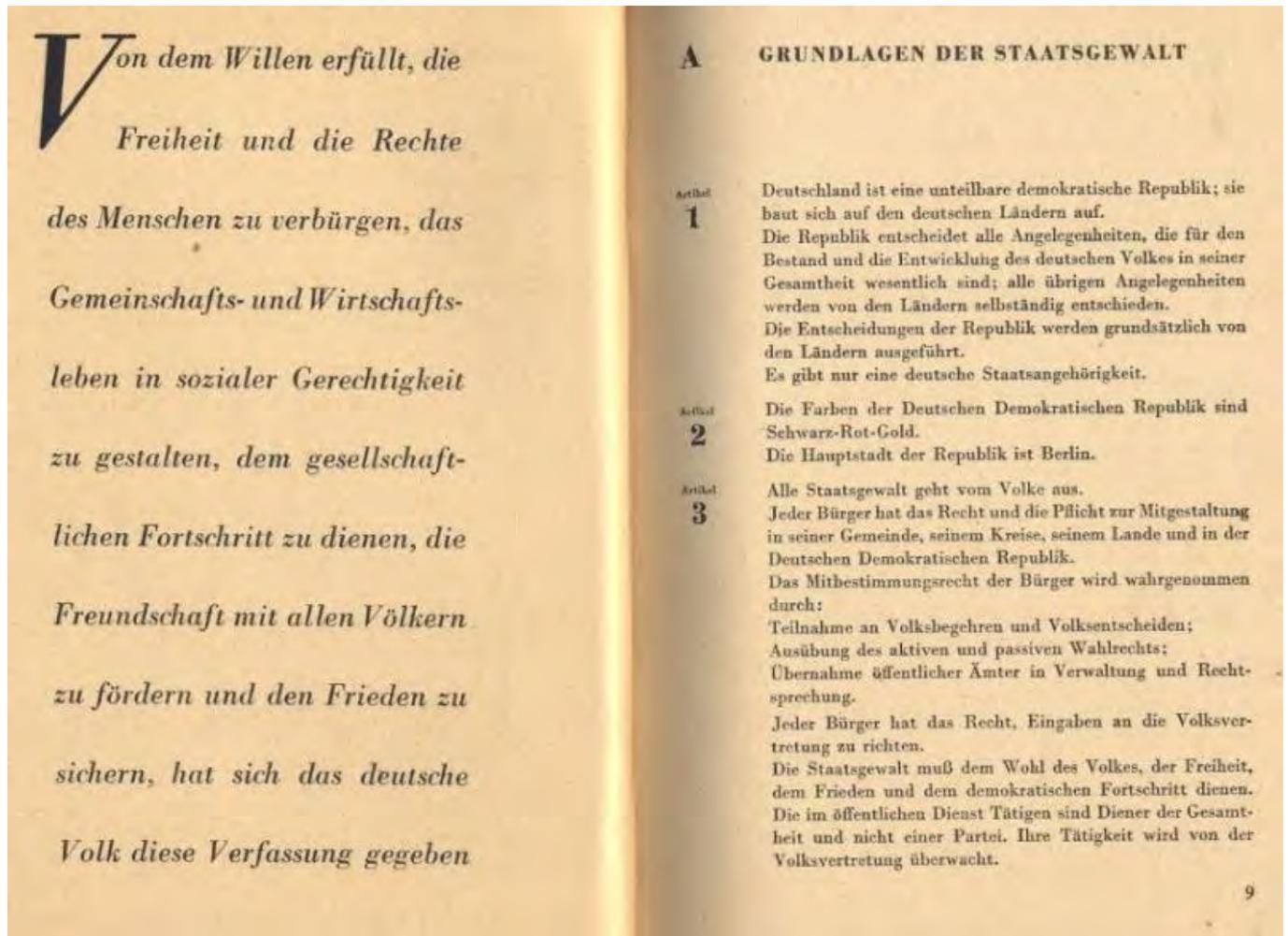
Weitere Einzelheiten zur Gründung der DDR - siehe z. Bsp. die Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Deutschen_Demokratischen_Republik

Das verbotene nationalsozialistische Gleichschaltungsrecht bleibt aktiviert. So wird auch das verbotene Staatsangehörigkeitsrecht der Nationalsozialisten in Form der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5.02.1934 weiter angewendet.

Beweis: In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) = Deutsche Demokratische Republik (DDR) wird wie in der BRD die gleiche *deutsche Staatsangehörigkeit* von Adolf Hitler fortgeführt:

„Artikel 1 der Verfassung der DDR legt die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ der NSDAP vom 5.02.1934 fest: **„Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit“ (Reichangehörigkeit (R) = Staatsangehörigkeit (StAG) vom 05.02.1934!)**



Die nationalsozialistische Glaubhaftmachung *Deutsch* in der DDR



TÄUSCHUNG

DEUTSCH



1934 - heute

DEUTSCH



TÄUSCHUNG

keine Heimat

Bestätigung Landrat Demmin in Mecklenburg - Auch die DDR führte die deutsche Staatsangehörigkeit von 1934 weiter

**LANDKREIS DEMMIN
DER LANDRAT**



Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 94 - 17102 Demmin

HAUPTDIREKTORAT
Hauptstadt
adolf-Froese-Str. 12 - 14
17102 Demmin

Postfach 12 94 • Vermittlung (0 39 98) 4 34-0
17102 Demmin • Telefax (0 39 98) 4 34-2 00

NEU: www.landkreis-demmin.de

Frau

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns	☎ Tel.-Nr.
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen (Bsp.: Schreiben)

Mein Zeichen

Ort

Datum

33.30.20

Demmin

1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besaßen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des ordre public – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

LEIHSTELLE ALTENTREPFUNG

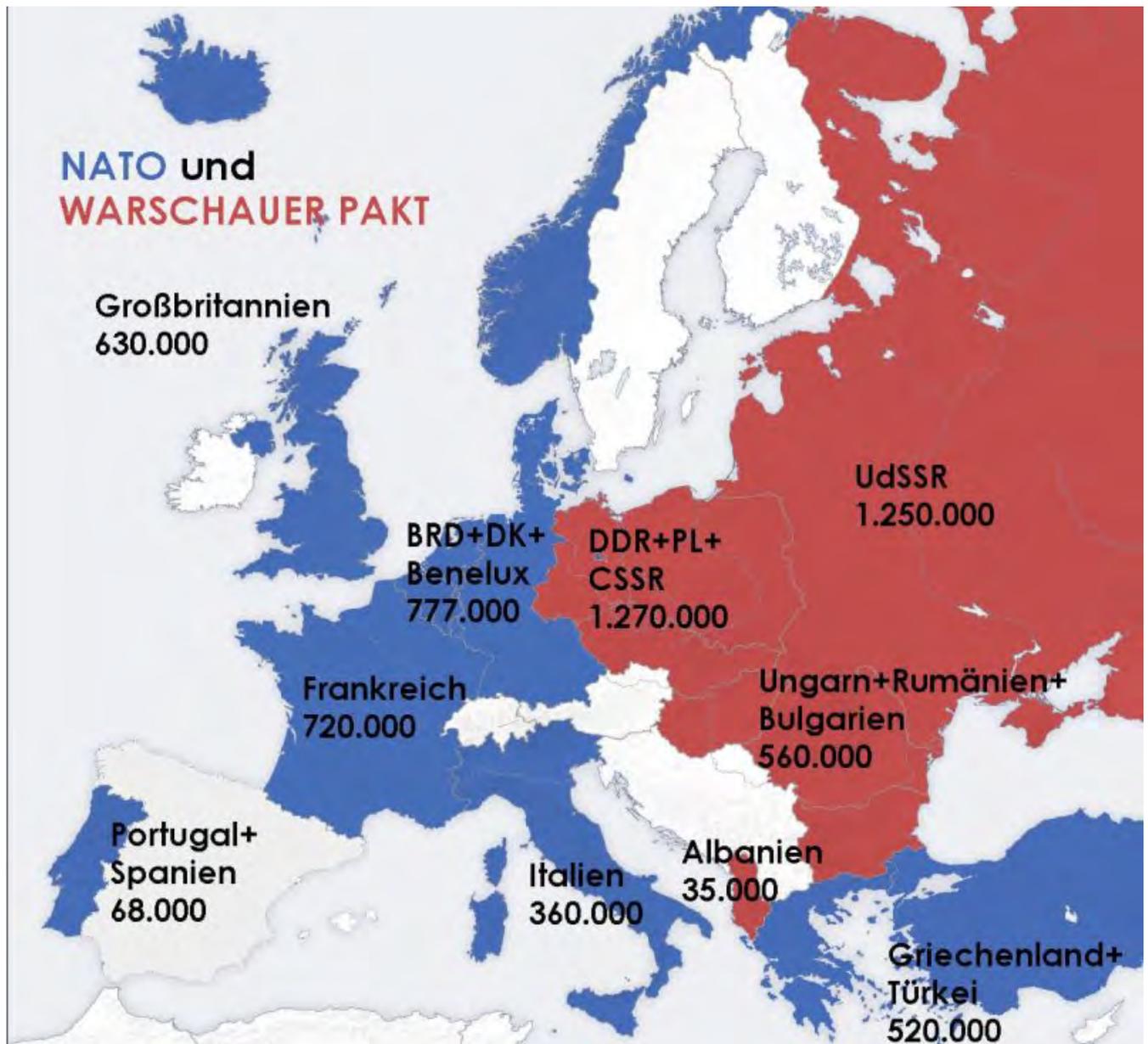
Bismarck 6 Postfach 14 09
17087 Altentreptow
Verwaltung (0 39 91) 2 30-0
Telefax (0 39 91) 2 30-2 00

LEIHSTELLE MALCHIN

Friedrich-Platz 1 Postfach 12 02
17120 Malchin
Umverteilung (0 39 94) 2 99-08 82
Jugendamt (0 39 94) 2 18 90
Telefax (0 39 94) 2 18 70

KONTO DER KREISKASSE

Sparkasse Neubrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 3300700
(BLZ: 100 502 00)



Karte vor der NATO-Ost-Expansion ab 1990

12.1 Kalter Krieg im nicht beendeten zweiten Weltkrieg: Vorbereitung der feindlichen Übernahme der DDR durch die BRD = Der Anfang vom Ende!

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

"Besatzungsmacht bezeichnet einen Staat, der einen anderen Staat oder einen Teil davon besetzt hält.

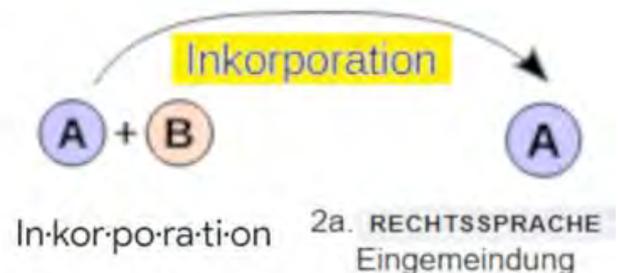
Die Besatzungsmacht, als in der Regel militärische Verwaltung (Militärregierung), übernimmt in den meisten Fällen laut Besatzungsrecht auch große Bereiche der Exekutive im besetzten Gebiet (...)

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet."

Sowohl die "Bundesrepublik Deutschland" als auch die "Deutsche Demokratische Republik" sind im Rahmen des sog. "Besatzungsstatuts" errichtete Verwaltungs-Organisationen und damit **Besatzungsregime!**



Die Täuschung aller Völker durch eine sog. „Wiedervereinigung“ Deutschlands = des Deutschen Reiches, was in der Rechtsrealität unsinnig ist, da Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter handlungsunfähig fortbestand und besteht!



Besatzungsregime B tritt Besatzungsregime A bei.





Fakt: Stalins Tod öffnete den weströmischen Nazis die Tür zur UdSSR!

Molotows Mordthese: Der ehemalige Außenminister Wjatscheslaw Molotow behauptete später, Beria habe Stalin vergiftet. Denn der habe gewusst, dass der Diktator ihn als Nächstes hinrichten lassen wollte. Beria wurde wenige Monate nach Chruschtschows Amtsantritt verhaftet und hingerichtet.



Tod

Am Abend des 28. Februar 1953 traf sich Stalin mit Lawrenti Beria, Georgi Malenkow, Nikolai Bulganin und Nikita Chruschtschow zum Abendessen mit begleitendem Trinkgelage auf seiner Datscha in Kunzewo. Die Unterredung, gegen deren Ende Stalin in einem langen Monolog seine Mitarbeiter heftig kritisierte, dauerte bis vier Uhr am Morgen des 1. März 1953. Nach der Verabschiedung seiner Gäste erlitt Stalin in seinem Zimmer unbemerkt einen Schlaganfall.



Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (...) war ein sowjetischer Politiker und von 1953 bis 1964 als Erster Sekretär der KPdSU der mächtigste Politiker der Sowjetunion.

Nach dem Tod Josef Stalins leitete er mit seiner 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen Geheimrede die *Entstalinisierung* ein, was als Beginn der Tauwetter-Periode gilt. Chruschtschow wurde 1958 auch Vorsitzender des Ministerrats

Quellen: https://de.wikipedia.org/wiki/Nikita_Sergejewitsch_Chruschtschow
https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Stalin#Tod

NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Wochenausgabe (Sonntags)

Berlin, Sonnabend, 7. März 1953

12. Jahrgang Nummer 101

Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des Genossen J.W. STALIN, hat aufgehört zu schlagen

MITTEILUNG

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, des Ministerrats der UdSSR und an die Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR

An alle Mitglieder der Partei, an alle Werktätigen der Sowjetunion

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, das Zentralkomitee der Partei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und die Präsidenten des Obersten Sowjets der UdSSR haben sich am 7. März 1953 mit dem Verlust des größten Menschen unserer Epoche befaßt.

Das Herz des größten Menschen unserer Epoche, des Genossen J.W. STALIN, hat aufgehört zu schlagen. Der Genosse STALIN ist am 5. März 1953 im Alter von 79 Jahren im Kreise seiner Familie in Moskau gestorben.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

Der Genosse STALIN war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.



Ärztliches Gutachten über die Krankheit und den Tod J.W. STALINS

Das Gutachten über die Krankheit und den Tod des Genossen J.W. STALIN wurde am 7. März 1953 in Moskau erstellt. Es wurde von einer Gruppe von Ärzten erstellt, die von der Zentralverwaltung der Gesundheitswesen der UdSSR ernannt wurde. Das Gutachten enthält eine detaillierte Beschreibung der Symptome, die der Genosse STALIN im Laufe der Jahre entwickelte, sowie die Ergebnisse der diagnostischen Verfahren, die durchgeführt wurden. Die Ärzte kamen zu dem Schluss, dass der Genosse STALIN an einer chronischen Krankheit erkrankte, die im Laufe der Jahre fortschrittlich wurde und schließlich zu seinem Tod führte.

Das Gutachten enthält eine detaillierte Beschreibung der Symptome, die der Genosse STALIN im Laufe der Jahre entwickelte, sowie die Ergebnisse der diagnostischen Verfahren, die durchgeführt wurden. Die Ärzte kamen zu dem Schluss, dass der Genosse STALIN an einer chronischen Krankheit erkrankte, die im Laufe der Jahre fortschrittlich wurde und schließlich zu seinem Tod führte.

Über die Bildung einer Kommission zur Untersuchung des Todes J.W. STALINS

Die Kommission zur Untersuchung des Todes des Genossen J.W. STALIN wurde am 7. März 1953 in Moskau gebildet. Sie besteht aus Vertretern der Zentralverwaltung der Gesundheitswesen der UdSSR, der Zentralverwaltung der Inneren Angelegenheiten der UdSSR und der Zentralverwaltung der Justiz der UdSSR. Die Kommission wird die Aufgabe haben, die Umstände des Todes des Genossen STALIN zu untersuchen und einen Bericht über die Ergebnisse ihrer Arbeit zu erstellen.

Das Sowjetvolk nimmt Abschied von J.W. STALIN

Das Sowjetvolk nimmt Abschied von dem Genossen J.W. STALIN. Er war ein Mann, der die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand. Er war ein Mann, der die Einheit der Arbeiterklasse und der Völker der Sowjetunion und der Welt im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand.

12.2 Kalter Krieg: CIA-Farbrevolution der „Volksaufstand“ vom 17. Juni 1953!

	
Central Intelligence Agency — CIA —	
	
Staatliche Ebene	Bund
Aufsichts- behörde(n)	Director of National Intelligence
Bestehen	seit 18. September 1947
Hauptsitz	George Bush Center for Intelligence, Langley, VA
Behördenleitung	Director: William Joseph Burns Deputy Director: David S. Cohen General Counsel: Kate Heinzelman
Mitarbeiter	21.575 ^[1] , offizielle Angaben unterliegen der Geheimhaltung
Haushaltsvolumen	ca. 14,8 Mrd. US-Dollar ^[2] , offizielle Angaben unterliegen der Geheimhaltung
Website	www.cia.gov ↗

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Central_Intelligence_Agency

Zur Nazi-Kollaboration des CIA

Nazi-Verbrecher in amerikanische Forschung und Geheimdienste

Eine erste geheime Aktion der CIA war es, heimlich zahlreiche hochrangige Nazis aus dem Umfeld des deutschen Nachrichtendienstes und der Waffenentwicklung nach Amerika zu holen. Man wollte vom Wissen dieser Nazis profitieren, unabhängig davon, ob es sich bei ihnen um Kriegsverbrecher handelte und sie in Deutschland verurteilt worden wären. Dies war ein gefährliches Spiel, da man die USA sozusagen absichtlich mit Nazigedankengut „infizierte“.

Operation Overcast und Operation Paperclip

In der geheimen **Operation Overcast** wurden deutsche Nazis mit technischem Wissen sogar in deutschen Gefängnissen gesucht, um das Wissen für die USA zu sichern. In der darauffolgenden geheimen **Operation Paperclip** hat man sie nach Amerika gebracht.

Präsident Truman machte zwar zur Bedingung, dass die Deutschen keine Nazis sein dürfen. Bei Bedarf jedoch hat die CIA und das FBI belastende Dokumente zur Nazi-Vergangenheit bereinigt oder vernichtet.

Unten die Fotos von Arthur Rudolf (Raketentechniker), Herrmann Becker-Freyseng (Luftfahrt-Mediziner), Otto von Bolschwing (SS-Mann im Geheimdienst), Wernherr von Braun (Raketentechniker) und Siegfried Ruff (Luftfahrt-Mediziner).



Eine Liste der von den USA rekrutierten Nazis findet man im Harry Brunser Report ([Info in Wikipedia](#)).

Quelle: <https://meinstein.ch/geschichte/cia/>

Kriegsrecht im nicht beendeten zweiten Welt-Krieg!

BEFEHL
des Militärkommandanten des sowjetischen
Sektors von Berlin

Erklärung
des
Ausnahme-
zustandes
im sowjetischen Sektor von Berlin

Betrifft:

Für die Herbeiführung einer festen öffentlichen Ordnung im sowjetischen Sektor von Berlin wird befohlen:

1. Ab 13 Uhr des 17. Juni 1953 wird im sowjetischen Sektor von Berlin der Ausnahmezustand verhängt.
2. Alle Demonstrationen, Versammlungen, Kundgebungen und sonstige Menschenansammlungen über 3 Personen werden auf Straßen und Plätzen wie auch in öffentlichen Gebäuden verboten.
3. Jeglicher Verkehr von Fußgängern und der Verkehr von Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen wird von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verboten.
4. Diejenigen, die gegen diesen Befehl verstoßen, werden nach **den Kriegsgesetzen** bestraft.

Militärkommandant des sowjetischen Sektors von Berlin
Generalmajor Dibrowa

Berlin, den 17. Juni 1953

12.3 Der 13. August 1961!

Der „antifaschistische Schutzwall“ (sog. „die Mauer“) zur Abwehr der inneren und äußeren feindlichen Übernahmeaktion

NS-Gesinnung des Konrad Adenauer und die Ost-Expansionspläne der BRD



Bild-Quelle:

https://www.deutscheundpolen.de/ereignisse/ereignis_jsp/key=adenauer_im_ordensmantel_1958.html

Der CIA-Spionagetunnel „Operation Gold“!

Die Operation Gold (bei den Briten auch als Operation Stopwatch bezeichnet) war eine gemeinsame Spionageaktion, die vom amerikanischen CIA und dem britischen Secret Intelligence Service durchgeführt wurde, **um ab 1955** in Berlin Telefonleitungen der Deutschen Post der DDR, über die das Hauptquartier der Sowjetischen Armee Gespräche führte, mit Hilfe eines Tunnels anzuzapfen, der unter den sowjetisch besetzten Sektor der Stadt gegraben wurde. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Gold



Operation Gold: The CIA's Berlin Tunnel - Warfare History Network

Besuchen

<https://warfarehistorynetwork.com/article/operation-gold-the-cias-berlin-tunnel/>



Geplante operative Maßnahmen der BRD gegen die DDR ab 1950:

- innere Zersetzung durch Wirtschaftskrieg (Sanktionen), gezielte Abwerbung von Fachkräften, Abkauf der Warendecke, Anschläge auf Infrastruktur und wirtschaftliche Einrichtungen
- nach erfolgreicher Zersetzung Durchführung einer Farbrevolution und einer unterstützenden militärischen Invasion als übliche Humanitäre Maßnahme der „Freien westlichen Welt“ - **militärische Codierungen „Fall Rot“, „Ulmer Spatz“, „Winterschild“, „Side Step“, „Hold Fast“, Wallenstein III**

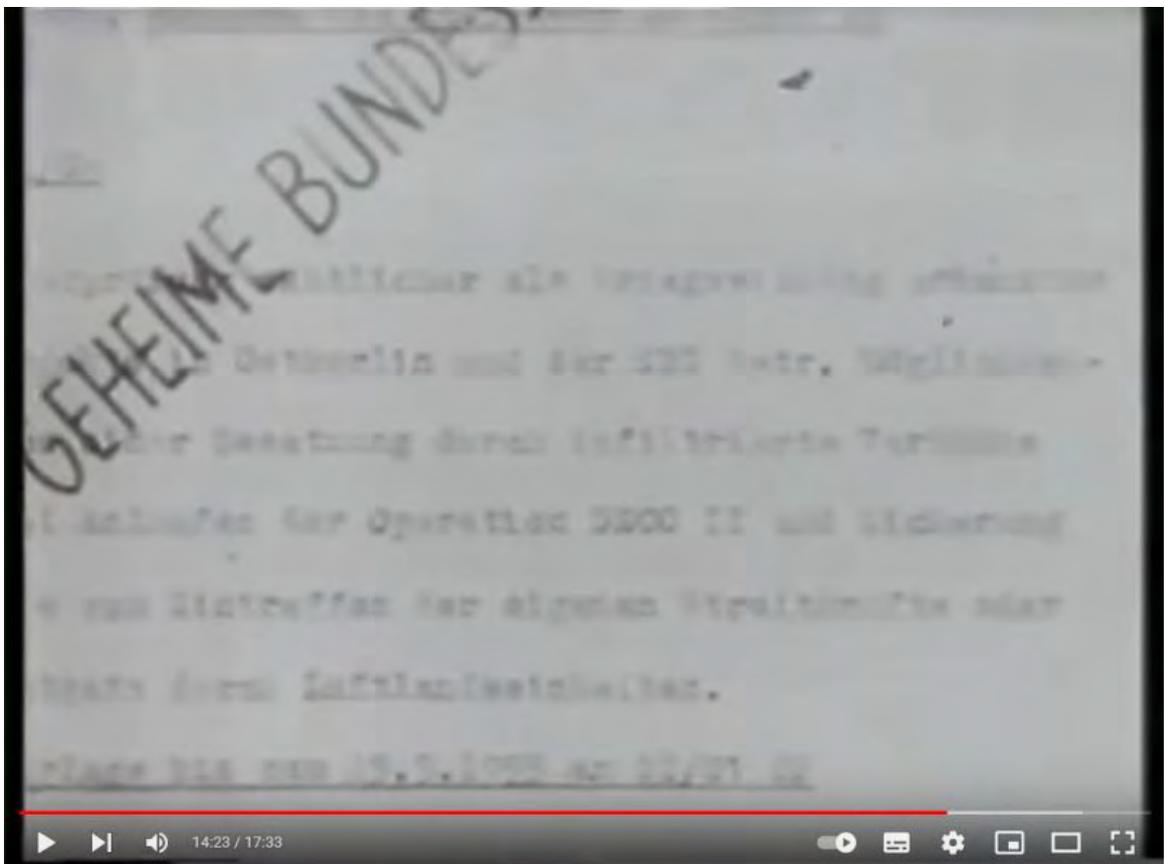
DDR-Doku Sonntag, der 13. - 20 Jahre Berliner Mauer (1981) <https://youtu.be/HjkkETM-XRE>

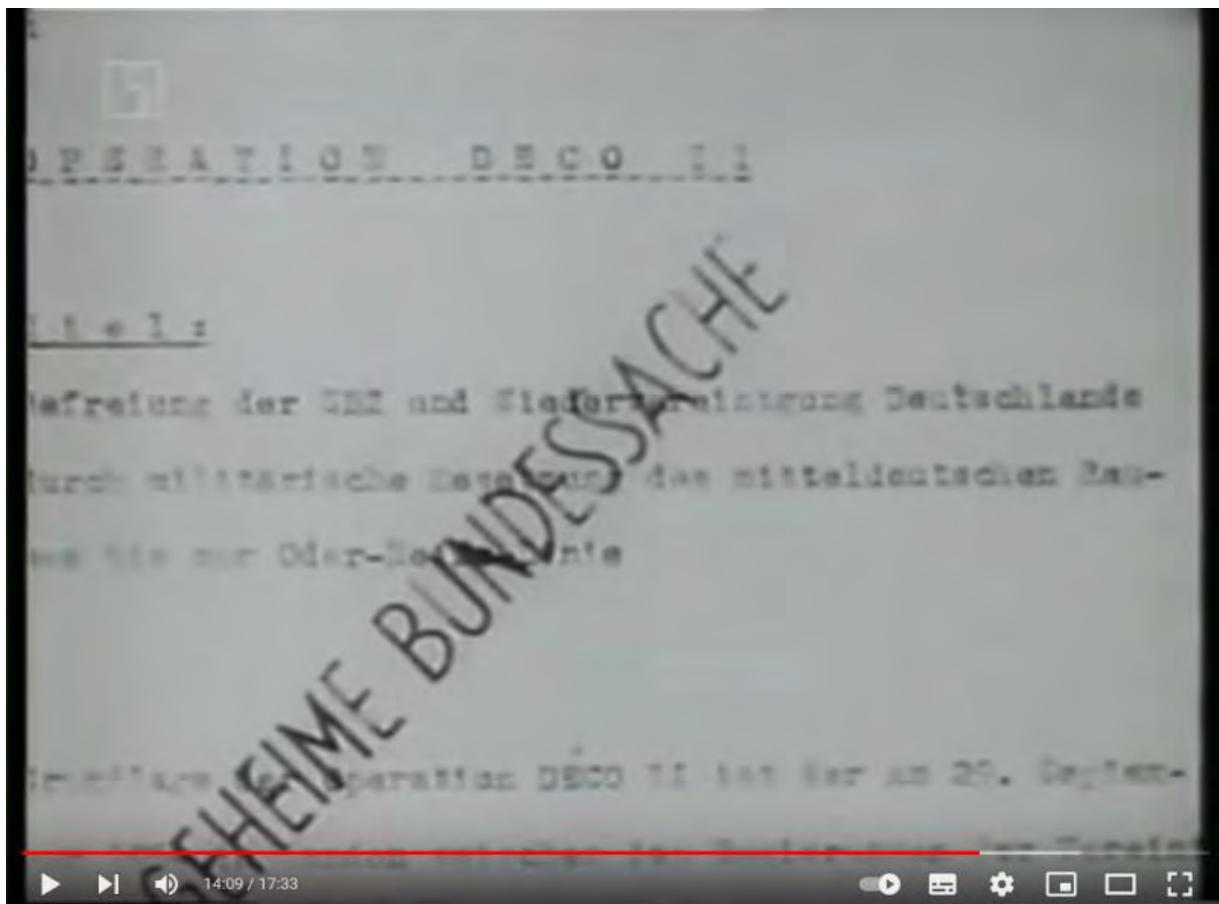
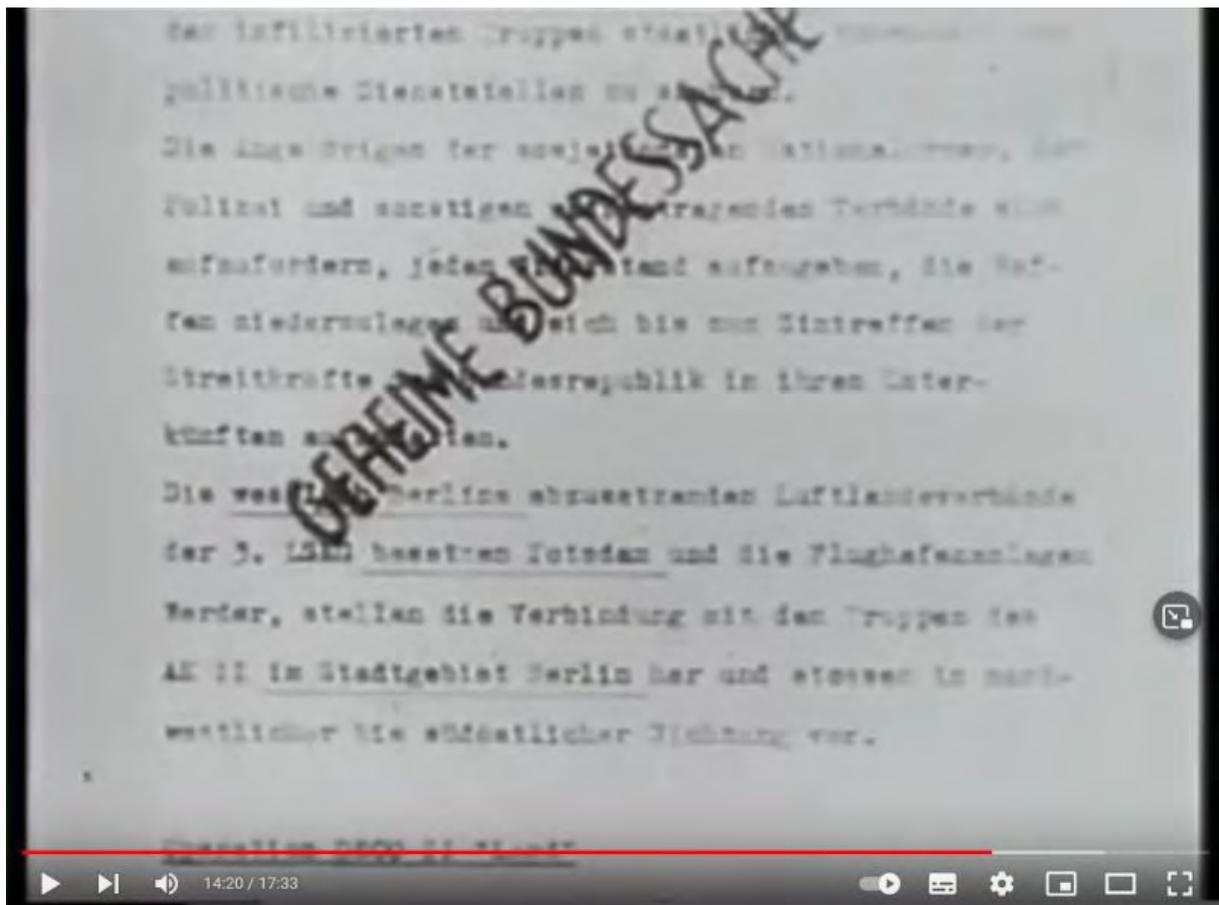
Der 13. August 1961 - Der Antifaschistische Schutzwall <https://youtu.be/JCsm3mrQHfc>





DDR-Dok."Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)

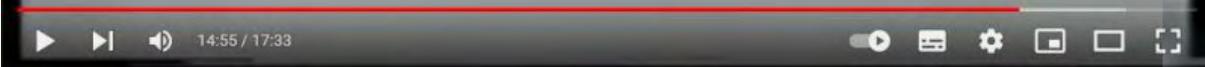




zur Wehr zu setzen, wenn Gewalt angewandt wird. Beide Dinge einzeln angewandt, würde zu keinem Erfolg führen. Zusammen angewandt, können sie der Sache des Friedens und der Freiheit nützlich sein.“

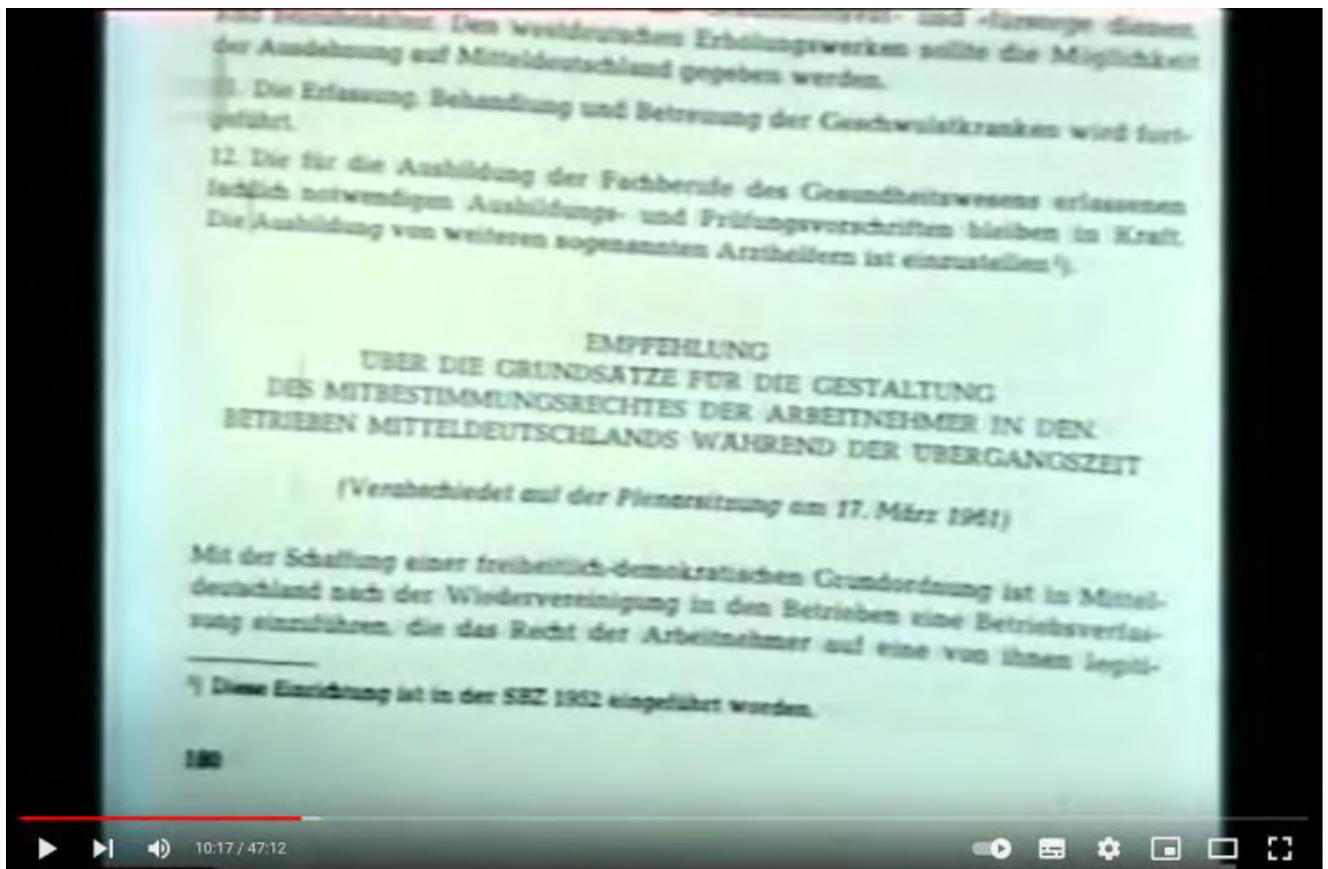
Erhöhung der US-Streitkräfte

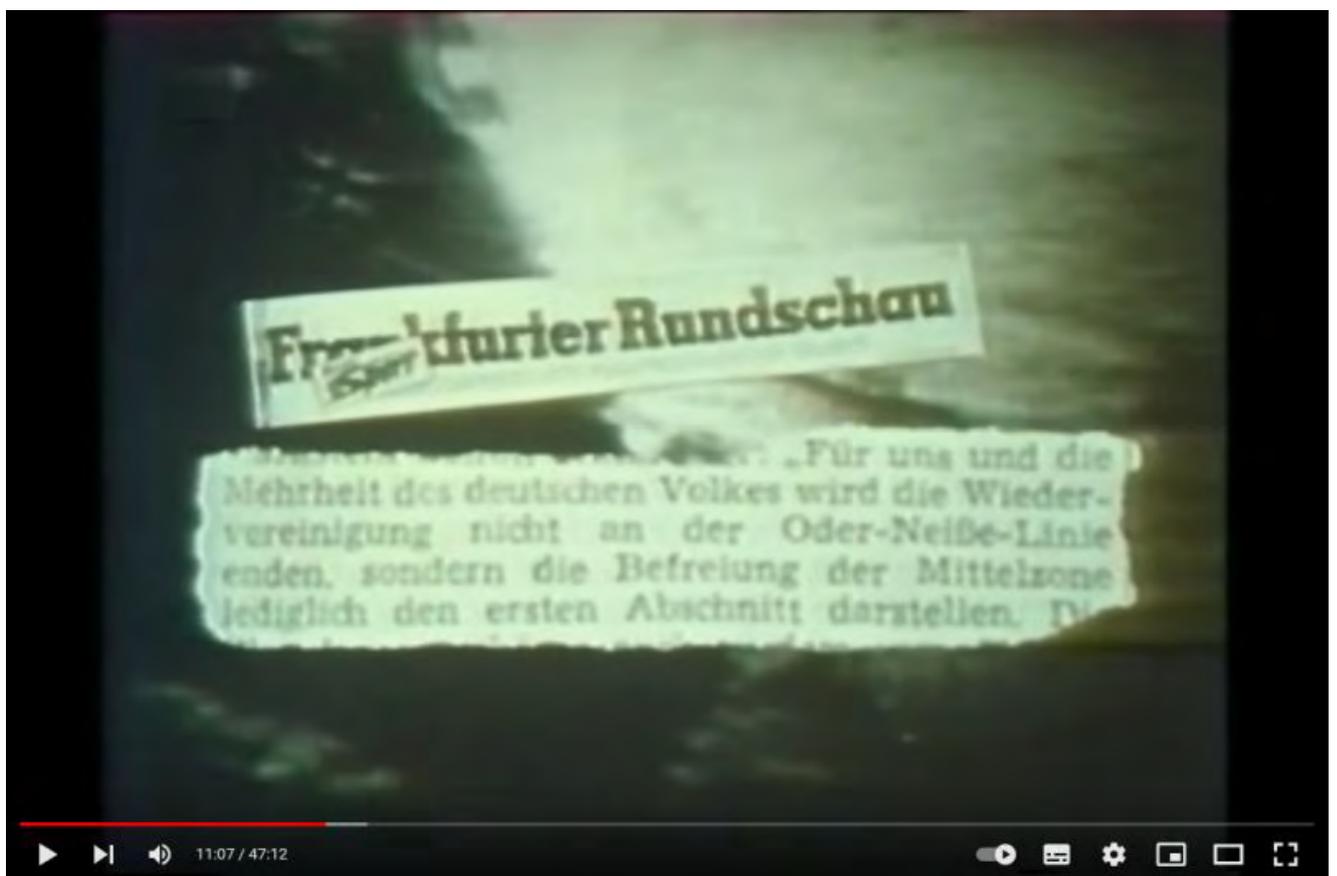
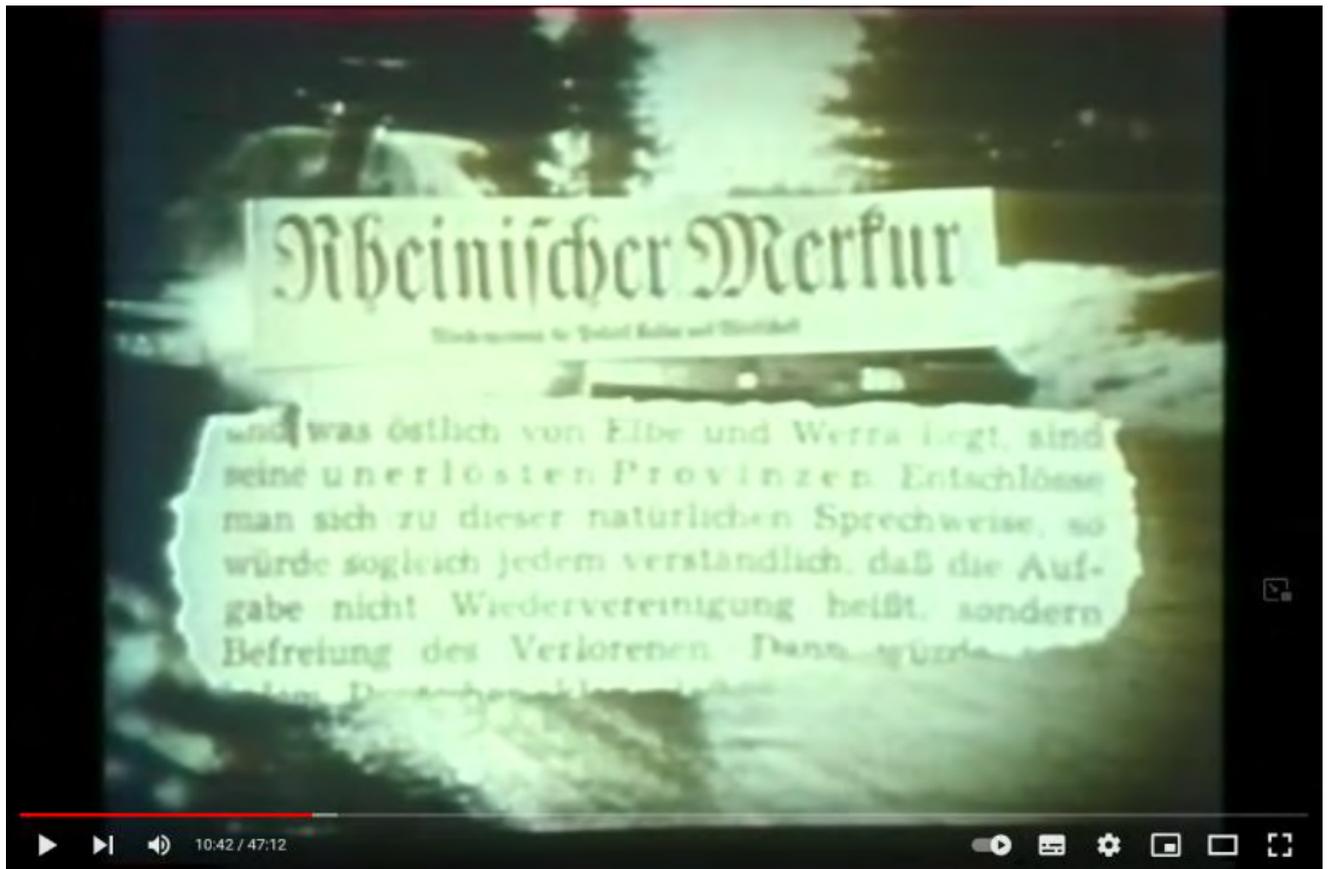
Kennedy kündigte an, daß er den amerikanischen Kongreß heute um Zustimmung zu ...

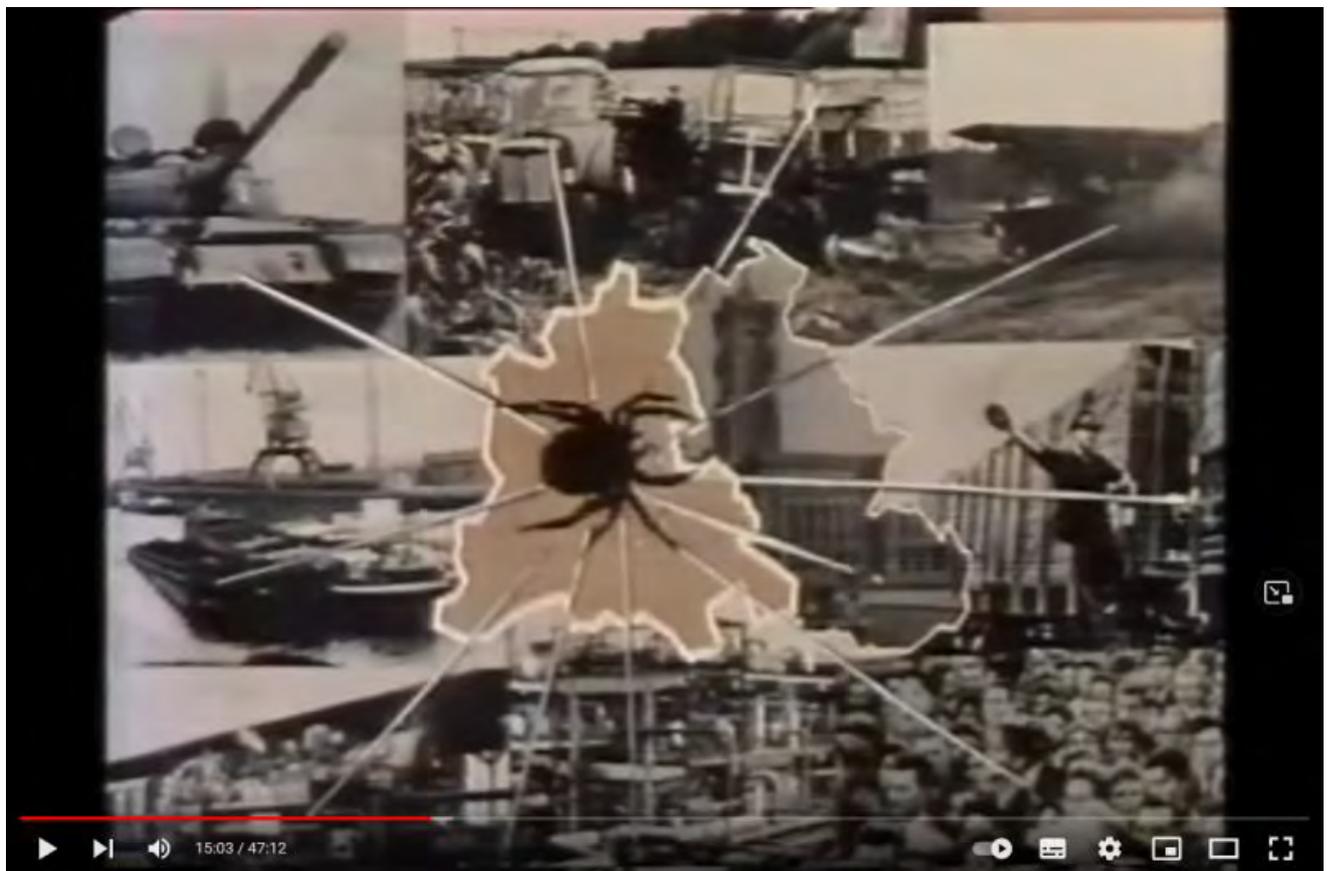
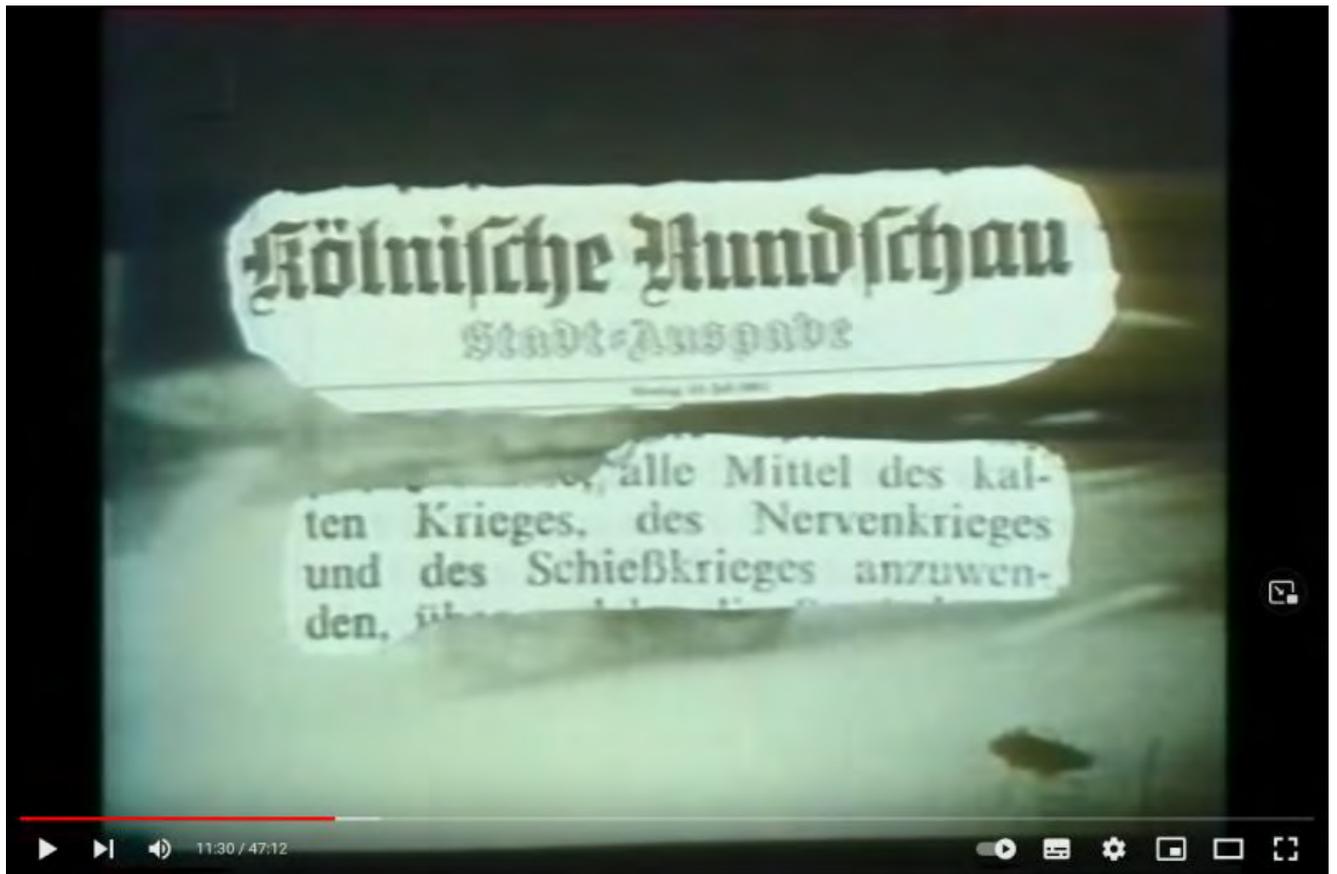


KENNEDY:
B.Z. Seid bereit,
für West-Berlin
kämpfen!



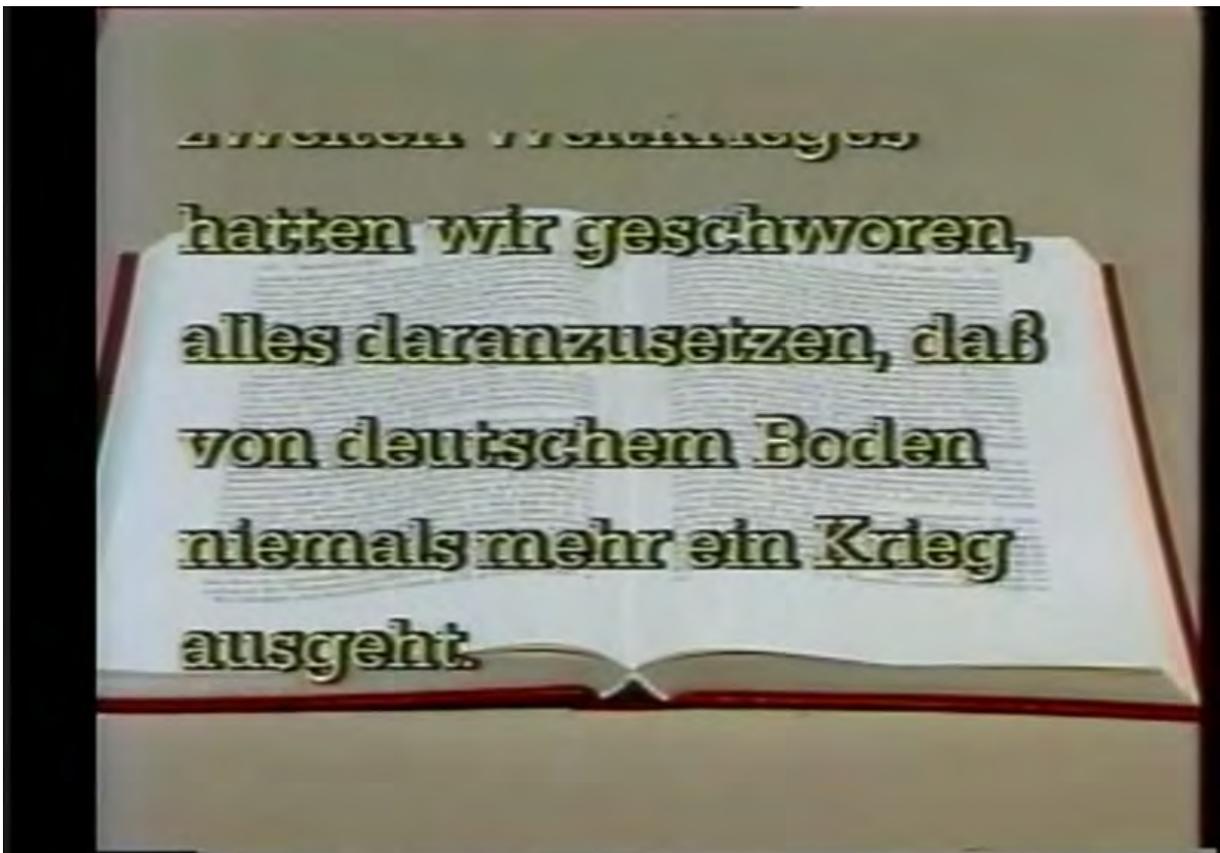








DDR-Dok. "Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)



DDR-Dok. "Sonntag, der 13." 20 Jahre Berliner Mauer (1981)

DDR-Doku Sonntag, der 13. - 20 Jahre Berliner Mauer (1981) <https://youtu.be/HjkkETM-XRE>
Der 13. August 1961 - Der Antifaschistische Schutzwall <https://youtu.be/JCsm3mrQHfc>

Schutz dem Aufbau unserer Republik!

Das Amt für Information teilt mit:

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik trat am Montag, dem 26. Mai 1952, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen, die sich daraus ergeben hat, daß die Bonner Regierung und die Westmächte an der Demarkationslinie der Deutschen Demokratischen Republik zahlreiche Zwischenfälle hervorrufen und Spione, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in die Deutsche Demokratische Republik entsenden. In einer großen Zahl von Kundgebungen hat die Bevölkerung, besonders in den davon betroffenen Gebieten, die Regierung um Schutzmaßnahmen gegen die feindlichen Agenten gebeten, die durch ihre Attentate den Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik untergraben und die Hebung des Wohlstandes unserer Bevölkerung erschweren wollen.

Nach einer ausführlichen Begründung durch den Staatssekretär beim Ministerpräsidenten, Werner Eggerath, der an Hand zahlreicher Beispiele nachwies, daß die Grenzprovokationen seitens der Bonner Regierung und der westlichen Besatzungsmächte zu einem System geworden sind, nahm der Ministerrat nach einer Aussprache, an der sich der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Otto Nuschke, die Minister Zaisser, Dertinger, Hamann und Burmeister beteiligten, einstimmig eine Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands an.

Verordnung

über Maßnahmen an der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 26. Mai 1952

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat der Bonner Regierung und den Regierungen der Westmächte Vorschläge über die Durchführung freier gesamtdeutscher Wahlen und den baldmöglichsten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zugeleitet. Dabei ließ sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik von dem einmütigen Willen des Volkes leiten, der auf die Erhaltung des Friedens und die Einheit Deutschlands gerichtet ist. Diese Vorschläge wurden von der Bonner Adenauer-Regierung abgelehnt, die auf Weisung der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsmächte sich anschlößt, den Generalkriegsvertrag abzuschließen, der gegen den Friedensvertrag und die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichtet ist. In Befolgung ihrer Kriegspolitik haben die Bonner Regierung und die westlichen Besatzungsmächte an der Demarkationslinie einen strengen Grenz- und Zolldienst eingeführt, um sich von der Deutschen Demokratischen Republik abzugrenzen und dadurch die Spaltung Deutschlands zu vertiefen.

Das Fehlen eines entsprechenden Schutzes der Demarkationslinie seitens der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Westmächten dazu ausgenutzt, um in immer größerem Umfange Spione, Diversanten, Terroristen und Schmuggler über die Demarkationslinie in das Gebiet der Deutschen Demokra-

tischen Republik zu schleusen. Diese haben nach Ausführung ihrer verbrecherischen Aufgaben bislang leicht die Möglichkeit, ungehindert über die Demarkationslinie nach Westdeutschland zurückzukehren.

Auf diese Art versuchen die feindlichen Agenten die Erfolge des friedlichen wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus der Deutschen Demokratischen Republik zu untergraben, die weitere Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu erschweren und die demokratische Ordnung und Gesetzlichkeit, die Stütze des deutschen Volkes im Kampf für Frieden, Einheit und friedlichen Aufbau, zu erschüttern.

Durch diese Handlungen der amerikanischen, englischen und französischen Besatzungsmächte und der Bonner Regierung sieht sich die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die die Verteidigung der Interessen der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ziele haben und die ein Eindringen von feindlichen Agenten in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich machen.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verordnet:

§ 1

Das Ministerium für Staatssicherheit wird beauftragt, unverzüglich strenge Maßnahmen zu treffen für die Verstärkung der Bewachung der Demarkationslinie zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den westlichen Besatzungszonen, um ein weiteres Eindringen von Diversanten, Spionen, Terroristen und Schläglern in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik zu verhindern.

§ 2

Alle zur Durchführung dieser Maßnahmen getroffenen Anordnungen, Bestimmungen und Anweisungen sind unter dem Gesichtspunkt zu erlassen, daß sie bei einer Verständigung über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zur Herbeiführung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage sofort aufgehoben werden können.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Berlin, den 26. Mai 1952

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
O. Grotewohl
Ministerpräsident

Schluß mit der Menschenfalle Westberlin!

Einmütige Bekenntnisse der Bürger unseres Kreises zu den Maßnahmen des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik:

Herr Gärtner, Lehrer in Ludwigsfelde: „Ich begrüße den Beschluß des Ministerrats. Es ist höchste Zeit, daß diese Maßnahmen zum Schutz unserer Republik getroffen wurden.“

Frau Lucie Schöne, Genossenschaftsbäuerin in Wietstock: „Wir haben heute in unserer LPG „Thomas Müntzer“ über die Maßnahmen unserer Regierung gesprochen und begrüßen die weitere Verstärkung des Schutzes unserer Republik. Zur Stärkung unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates nutzen wir auch den heutigen Sonntag, um die Ernte verlustlos zu bergen.“

Herr Papmar, aus dem Industrierwerk Ludwigsfelde: „Diese Maßnahmen finden meine volle Zustimmung. Dem Menschenhandel und der Republikflucht ist endlich ein Riegel vorgeschoben.“

Schutz der DDR - Sicherung des Friedens - Sicherheit anderer sozialistischer Staaten - das sind die Ziele dieser Maßnahmen.

Solche unmenschlichen Handlungen, wie die der Eheleute Hüneburg aus Zossen, die ihr Kleinkind im Stich ließen und sich in die Fänge der westlichen Kopffüßler begaben, sind nicht mehr möglich!
Eine „Mutter“, wie die des Bill Wagner aus Wünsdorf, wird nicht mehr ihr Kind an die Menschenhändler verkuppeln können.

Diesen Elementen, Lumpen und Verrätern, Agenten und Provokateuren wurde ein energisches Halt geboten. Halt durch unsere Regierung. Halt durch die Arbeiterklasse!

Bürger des Kreises Zossen!

Übt Disziplin und helft bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen!

Seid wachsam gegenüber Machenschaften des Gegners!

Vollbringt neue Taten am Arbeitsplatz zur Stärkung unseres Friedensstaates!

Seid aktive Kämpfer für einen Friedensvertrag mit Deutschland!

Nationale Front des demokratischen Deutschland
Kreisausschuß Zossen

Willkommen in der DDR

WO DAS NEUE DEUTSCHLAND WÄCHST!

Die geschichtliche Aufgabe der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, alles zu tun, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht.

Deshalb ist es unsere Aufgabe, eine solche Friedenspolitik durchzuführen, die nach Westdeutschland und in all die Länder ausstrahlt, in denen die Friedenskräfte noch nicht gesiegt haben. Wir wollen durch unsere Friedenspolitik erreichen, daß die Kraft der Bevölkerung in Westdeutschland wächst, damit auch dort die Ultras und Militaristen zurückgedrängt und gebändigt werden.



Unsere Außenpolitik ist beispielgebend für ganz Deutschland. Wir haben eine neue Außenpolitik der friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion, zu den sozialistischen Staaten. Wir erstreben enge freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Staaten der Welt.

Die geschichtliche Aufgabe unserer Deutschen Demokratischen Republik besteht also darin, im Kampf um den Frieden, im Kampf um eine vernünftige, friedliebende und freundschaftliche Außenpolitik und im Kampf um den Aufbau des Sozialismus beispielgebend für ganz Deutschland zu sein.

Wir laden die westdeutschen Bürger ein:

Seht Euch in der Deutschen Demokratischen Republik an, was ein Volk fertigbringt, das frei ist von kapitalistischer Ausbeutung, das frei ist von Militarismus das wirklich die besten Traditionen unseres deutschen Volkes pflegt. Das sind die Traditionen, die durch den Namen Goethe, die durch die Namen unserer größten deutschen Wissenschaftler charakterisiert sind. Auf diese Politik sind wir stolz. Wir sind überzeugt, daß sich diese Politik auch in Westdeutschland durchsetzen wird!

FRAGEN SIE IMMER NOCH:

Wozü die Mauer in Berlin?

Diese Mauer ist auch für Sie errichtet. Als Schutzwall für jedermann, dem der Friede heilig ist. Wer jemanden angreifen will, baut übrigens keinen Schutzwall! Die Bürger der Städte des Mittelalters bauten ihre Mauern nicht, um die Raubritter zu überfallen. Und wenn auch in unserer Zeit Mauern gebaut werden müssen, dann deshalb, weil sich im westdeutschen Staat Politiker der Gegenwart nicht von den Wunschträumen mittelalterlichen Raubrittertums lösen wollen. Sie möchten die Realitäten der Neuzeit nicht zur Kenntnis nehmen.

Der Schutzwall dient deshalb...

- Der Sicherheit aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik
- Der Unantastbarkeit ihrer Häuser und Fabriken – ihres Volkseigentums
- Dem ungestörten Aufbau des Sozialismus im souveränen Arbeiter-und-Bauern-Staat
- Der Freiheit aller Bürger der DDR, in ihrem Staat ohne Einmischung von außen ihr Selbstbestimmungsrecht auszuüben
- Dem Humanismus, weil er alle Bürger und ihre Kinder vor der Unmenschlichkeit des Krieges und seiner Vorbereitung, vor der amerikanischen Lebensweise schützt
- Dem Frieden in Deutschland und Europa, weil er den deutschen Friedensstaat für Provokateure unangreifbar macht



Damit dient der antifaschistische Schutzwall in Berlin den Interessen der ganzen deutschen Nation!

ER IST ALSO DA

AUCH FÜR SIE!

Extrablatt



Sächsische Zeitung

ORGAN DER BEZIRKSLEITUNG DRESDEN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

Dresden

Sonntag, 13. August 1961

Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Friedensregelung mit Deutschland duldet keinen weiteren Aufschub

Westberlin wurde zum größten Sabotage- und Wühlzentrum der Erde gemacht – Im Interesse der Sicherheit der DDR und des ganzen sozialistischen Lagers dieser Wühlätigkeit den Weg versperren – Notwendigkeit der dazu erforderlichen Maßnahmen entfällt bei Abschluß des Friedensvertrags mit Deutschland

Bekanntmachung des Ministeriums des Innern der DDR

BERLIN (ADN). Das Ministerium des Innern der Deutschen Demokratischen Republik veröffentlicht folgende Bekanntmachung: „Auf Grund des Beschlusses der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. August 1961 erläßt der Minister des Innern mit sofortiger Wirkung folgende Anweisung:

① Im Straßenverkehr für Kraftfahrzeuge und andere Fahrzeuge sowie Fußgänger zwischen Westberlin und dem demokratischen Berlin bleiben folgende Übergänge geöffnet: Kopenhagener Straße, Wollankstraße, Bornholmer Straße, Brunnenstraße, Chausseestraße, Brandenburger Tor, Friedrichstraße, Heinrich-Heine-Straße, Oberbaumbrücke, Puschkin-Allee, Eisenstraße, Sonnenallee, Rudower Straße.

② Bürger der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (des demokratischen Berlin) benötigen für den Be-

such von Westberlin eine Genehmigung ihres zuständigen Volkspolizeikreisamtes bzw. ihrer zuständigen Volkspolizei-Inspektion. Über die Ausgabe solcher Genehmigungen erfolgt eine besondere Bekanntmachung.

③ Friedliche Bürger von Westberlin können unter Vorlage ihres Westberliner Personalausweises die Übergangsstellen zum demokratischen Berlin passieren.

④ Einwohner Westdeutschlands erhalten an den vier Ausgabestellen Wollankstraße, Brandenburger Tor, Eisenstraße, Bahnhof Friedrichstraße

unter Vorlage ihrer Personaldokumente (Personalausweis oder Reisepaß) wie bisher Tages-Aufenthaltsgenehmigungen für den Besuch der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik (das demokratische Berlin).

⑤ Für ausländische Staatsangehörige gelten die bisherigen Bestimmungen. Für Angehörige des Diplomatischen Corps und der westlichen Besatzungskräfte bleibt es bei der bisher bestehenden Ordnung.

⑥ Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, die nicht in Berlin arbeiten, werden gebeten, bis auf weiteres von Reisen nach Berlin Abstand zu nehmen.

Berlin, den 12. August 1961.“

Maron, Minister des Innern



NEUES DEUTSCHLAND

ORGAN DES ZENTRALKOMITEES DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

18. Jahrgang / Nr. 222

Berlin, Sonntag, 13. August 1961

Berliner Ausgabe / Einzelpreis 18 Pf

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

BESCHLUSS des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik

Auf Grund der Erklärung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und des Beschlusses der Volkskammer beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik:

Die Erhaltung des Friedens erfordert, dem Verleiten der westlichen Besatzmächte und Militärischen einen klugen Widerstand entgegenzusetzen und durch den Abschluss eines deutschen Friedensvertrages den Weg zu öffnen für die Sicherung des Friedens und die Wiederherstellung Deutschlands als friedliebender, antimonopolistischer, neutraler Staat. Der Standpunkt der DDR-Regierung, der zweite Weltkrieg sei noch nicht zu Ende, kommt der Forderung gleich auf Freiheit für militärische Provokationen und Bürgerkriegsmaßnahmen. Diese imperialistische Politik, die unter der Maske des Antikomunismus geführt wird, ist die Fortsetzung der aggressiven Ziele des faschistischen deutschen Imperialismus zur Zeit des dritten Reiches. Aus der Besatzlage Hitler-Deutschlands im zweiten Weltkrieg hat die DDR-Regierung die Schlussfolgerung gezogen, daß die imperialistische Politik der deutschen Monopolkapitale und ihrer Hitler-Generalen noch einmal versucht werden soll, indem auf eine deutsche nationalsozialistische Politik verzichtet und Wechselzustand in einem NATO-Staat, in einem Stellvertreter der USA verwirklicht wurde.

Diese unerträgliche Bedrohung des deutschen Volkes und der demokratischen Vorkämpfer durch den deutschen Militarismus konnte zu einer neuen Gefahr werden, weil in der westdeutschen Bundesrepublik und in der Frontstadt Westberlin die grundlegenden Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzungen des Militarismus und Nazismus fortwährend gebrochen werden sind.

In Westberlin ist eine Verärgerung der Bevölkerung mit sich steigenden Gebietsforderungen gegenüber der Deutschen Demokratischen Republik und den Nachbarstaaten Deutschlands erfolgt, die in unger Verbindung

des Warschauer Vertrags in der Deutschlandfrage, um durch besondere Hilfe durch Abwertung und Diversifizierung nicht nur der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch anderer Staaten des sozialistischen Lagers Schaden zu richten.

Aus all diesen Gründen beschließt der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Politbüros Zentraler Ausschusses der Sowjeten, des Warschauer Vertrags zur Sicherung des europäischen Friedens, zum Schutz der Deutschen Demokratischen Republik und im Interesse der Sicherheit der Staaten des sozialistischen Lagers folgende Maßnahmen:

Zur Durchsicht der heidnischen Tätigkeit der reaktionären und imperialistischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einmündlich der Grenze zu den Westzonen von GroßBerlin eingeführt, wie sie an den Grenzen jedes autonomen Staates üblich ist. Es ist an den Westberliner Grenzen eine verstärkte Bewachung und eine wirksame Kontrolle zu gewährleisten, um die Wahlfähigkeit des Weg zu verringern. Diese Grenzen dürfen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nur nach, mit besonderer Genehmigung passiert werden. Solange Westberlin nicht in eine entschlossene neutrale Freie Stadt verwandelt ist, bedürfen Bürger der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik für die Überschreitung der Grenzen nach Westberlin einer besonderen Genehmigung. Der Besuch von westlichen Bürgern Westberlins in der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik über demokratische Berlin ist unter Vorbehalt des Westberliner Personalvisas möglich. Bewachungspolizisten und Agenten des westdeutschen Militarismus in der Provinz der Hauptstadt der DDR (Demokratisches Berlin) nicht erlaubt. Für den Besuch von Touristen der Westzonen nach Westberlin ist

ERKLÄRUNG der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten

Die Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags stehen bereits seit mehreren Jahren nach einer Friedensangelegenheit mit Deutschland. Sie gehen dabei davon aus, daß diese Frage längst entschieden ist und keinen weiteren Aufschub duldet. Wie bekannt, hat die Regierung der DDR mit vielen Europäischen und vielen Ost- und Westeuropäischen Staaten, die der Warschauer Vertragsorganisation angehören, den Regierungen der Länder, die im Krieg gegen die imperialistische Deutschland teilnahmen, den Vorschlag gemacht, mit den beiden deutschen Staaten einen Friedensvertrag abzuschließen und auf diesem Grundlage die Frage Westberlins durch die Verleihung der Status einer selbstverwalteten Freien Stadt zu lösen. Dieser Vorschlag berücksichtigt die reale Lage, die sich in der Nachkriegszeit in Deutschland und in Europa herausgebildet hat. Er ist nicht gegen irgendwelches Interesse gerichtet und hat nur ein Ziel, die Chancen des neuen Weltkrieges zu beseitigen und den Weltfrieden zu festigen.

Die Regierungen der Westmächte haben sich bisher nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen aller interessierten Länder zu einer vereinbarten Lösung zu kommen. Mehr noch: Die Westmächte beantworten die von Friedensliebenden Völkern der sozialistischen Länder mit verschiedenen Kriegsverstärkungen, mit der Einführung einer Kriegsverleumdung und mit der Anwendung militärischer Gewalt. Offizielle Vertreter einer Anzahl von NATO-Ländern haben eine Verstärkung ihrer Streitkräfte und Fülle einer militärischen Intervention des Bündnisses der NATO-Länder in einem NATO-Staat, wie zum Beispiel in der Frontstadt Westberlin, angekündigt. Diese imperialistische Politik der Westmächte ist eine Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzungen des Militarismus und Nazismus.

Die aggressive Politik, die sich seit dem Beginn eines Friedensvertrages manifestiert, um die militärischen Truppen der Bundeswehr zu verstärken und in hochkonzentrierten Truppen zu konzentrieren, ist eine Verletzung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens über die Ausmerzungen des Militarismus und Nazismus. Die Regierungen der War-

schauer Staaten werden in die Bundeswehr gestellt, sie werden in großen Umfang die Spionageorgane westdeutscher Länder angeworben, werden die als Systeme und Subsysteme wieder in die DDR gebracht werden. Für das ganze Unverständnis gegen die Deutsche Demokratische Republik und die anderen sozialistischen Länder ist sogar ein Sonderfonds gebildet worden. Der westdeutsche Kaiser Adenauer hat mehrfach die NATO-Regierungen aufgefordert, einen Fonds zu gründen.

Es ist charakteristisch, daß sich die von Westberlin angeforderte Wahlfähigkeit in letzter Zeit verstärkt hat, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Länder Vorschläge für eine vereinbarte Friedensangelegenheit mit Deutschland gemacht haben. Diese Wahlfähigkeit schließt nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers. Angesichts der aggressiven Bestrebungen der imperialistischen Kräfte der Bundesrepublik und ihrer NATO-Verbündeten können die Warschauer Vertragsstaaten nicht anders, als erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Sicherheit und vor allem die Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik im Interesse des deutschen Volkes selbst zu gewährleisten.

Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten werden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werkstätten der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wahlfähigkeit gegen die Länder des imperialistischen Lagers zurecht der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich einer Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verstärkte Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für die

Sicherheit an der Staatsgrenze West

Die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag wird immer stärker. Die Bonner Kriegsbrandstifter antworten auf die Friedens- und Verständigungsvorschläge der Sowjetunion und der DDR mit neuen Kriegsdrohungen. Bonn hat schon mehr für die Aggressionspläne ausgegeben, als Hitler für die Finanzierung der Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigte.

Für Strauß ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Sein Ziel heißt: Umwandlung des kalten in einen heißen Krieg! Die Kriegspolitik der Bonner Ultras macht die Sicherung der Staatsgrenze West zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu gehörte auch der Wohnungswechsel einiger Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet in das Innere unseres Bezirkes, der sich vorgestern vollzog. Am selben Abend fanden in allen Dörfern und Städten entlang der Elbe Einwohnerversammlungen statt. Die Bevölkerung wurde von den Sicherungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und hat diese verstanden. Der Wohnungswechsel der Personen wurde begrüßt, wenn sie die Sicherheit im Grenzgebiet und ihre eigene gefährdeten. Mit Ruhe, Besonnenheit und großer Exaktheit wurden diese

ihren Nachbarn und in der Bevölkerung kein Ansehen. Die Bevölkerung hatte sich schon vorher von solchen Personen distanziert; sie wollten mit ihnen nichts mehr zu tun haben. Trotzdem bezogen die aus dem Grenzgebiet entfernten Personen als gleichberechtigte Bürger der DDR an einem anderen Ort einen geeigneten Wohnraum und werden einer neuen friedlichen Arbeit nachgehen.

Die Aktion ist abgeschlossen

Auf den außerordentlich gut besuchten Einwohnerversammlungen wurden viele Fragen der Bevölkerung beantwortet. Darunter auch die „wer wird als nächster seinen Wohnraum wechseln?“ Die Maßnahmen zum Wohnungswechsel aus dem Grenzgebiet sind abgeschlossen. Es ist nicht vorgesehen, auf diesem Gebiet weitere Maßnahmen durchzuführen. Partei und Regierung sind davon überzeugt, daß die Einwohner, die jetzt im Grenzgebiet wohnen und arbeiten, alles tun werden, um unsere Staatsgrenze West im Interesse der Erhaltung des Friedens zu sichern. Der Kampf um die Sicherung des Friedens und die Niederringung des deutschen Militarismus erfordern ernste und

Die Forderung nach einem deutschen Friedensvertrag wird immer stärker. Die Bonner Kriegsbrandstifter antworten auf die Friedens- und Verständigungsvorschläge der Sowjetunion und der DDR mit neuen Kriegsdrohungen. Bonn hat schon mehr für die Aggressionspläne ausgegeben, als Hitler für die Finanzierung der Vorbereitung des 2. Weltkrieges benötigte.

Für Strauß ist der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende. Sein Ziel heißt: Umwandlung des kalten in einen heißen Krieg! Die Kriegspolitik der Bonner Ultras macht die Sicherung der Staatsgrenze West zur zwingenden Notwendigkeit. Dazu gehörte auch der Wohnungswechsel einiger Familien aus dem unmittelbaren Grenzgebiet in das Innere unseres Bezirkes, der sich vorgestern vollzog. Am selben Abend fanden in allen Dörfern und Städten entlang der Elbe Einwohnerversammlungen statt. Die Bevölkerung wurde von den Sicherungsmaßnahmen in Kenntnis gesetzt und hat diese verstanden. Der Wohnungswechsel

Der überwiegende Teil der Bevölkerung unseres Grenzkreises steht in treuer und zuverlässiger Pflichterfüllung und im Kampf um die Bändigung der westdeutschen Militaristen hinter der Feststellung des Genossen Quandt auf der 9. Tagung der Bezirksleitung. Er sagte:

Aus Anerkennung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ergibt sich folgerichtig die

tenberge ohne Passierschein in das Sperrgebiet des 500-m Schutzstreifens ein. Diese Bürgerin ist sich offensichtlich noch in keiner Weise ihrer hohen Verantwortung gegenüber der Sicherheit unseres Staates als Bewohner des Sperrgebietes bewußt.

Am 12. Dezember 1961 wurde der Bürger Günter Klein aus Ludwigslust durch die Sicherheitsorgane festgenommen, weil

nochmals darauf aufmerksam, mindestens 14 Tage vor Bedarf bei den zuständigen Meldestellen der Volkspolizei die Ausstellung der benötigten Passierscheine bzw. Arbeitsstempel zu beantragen.

Eine Verletzung der Ordnung zur Sicherung unserer Friedensgrenze ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit. Daher legt der Ge-

Unsere Grenze gut sichern

SV 2 24.9.61

Anerkennung und Unterstützung des Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik und die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles durch die Maßnahmen des 13. August 1961.

Ungachtet einiger notwendiger Härten und Unbequemlichkeiten wird die Ordnung zur Sicherung der Staatsgrenze West durch die Bevölkerung eingehalten. Es gibt jedoch Anzeichen, die dafür sprechen, daß einige Bürger unseres Kreises aus Unterschätzung der Gefährlichkeit des deutschen Militarismus die sozialistische Gesetzmäßigkeit und die in der Ordnung zur Sicherung der Staatsgrenze West festgelegten Maßnahmen grob mißachten.

Am 23. November 1961 schleppte die Bürgerin Hämel aus Lütkenwisch eine Verwandte aus Wit-

tenberge ohne Passierschein in das Sperrgebiet der Staatsgrenze im Sperrgebiet ohne Passierschein aufhielt.

Am 28. November 1961 wurden die Bürger Maciejowski, Gorny und Hocke ohne gültigen Passierschein im Sperrgebiet angetroffen.

In mehreren Fällen wurden in der letzten Zeit Personen im Sperrgebiet festgestellt, deren Passierschein inzwischen ungültig geworden ist. Vielfach wird von solchen Bürgern, die aus beruflichen Gründen in das Sperrgebiet einreisen müssen, die Neuausstellung von Passierscheinen zu spät oder erst nach Ablauf der Gültigkeit bei der Volkspolizei beantragt.

Wir machen die Betriebsleitungen, die Leiter von Institutionen und die Passierscheininhaber

setzgeber in der Ordnung vom 21. September 1961 solche empfindlichen Strafmaßnahmen wie Gefängnis bis zu zwei Jahren und Geldstrafen bis zu 2000 DM fest.

Gemäß der historischen Rolle der Deutschen Demokratischen Republik im Kampf um die Sicherung des Friedens ist es gerade jetzt notwendiger denn je, unsere Sicherungsmaßnahmen an den Staatsgrenzen, verbunden mit höchster Wachsamkeit, voll wirksam werden zu lassen. Damit leisten die Bürger unseres Grenzkreises einen wirksamen Beitrag zur unverzüglichen Herbeiführung von Maßnahmen zur friedlichen Lösung der Westberlinfrage und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Major Zopick

Aus Anerkennung der Gefährlichkeit des deutschen Imperialismus ergibt sich folgerichtig die

Unsere

Anerkennung und Unterstützung des Schutzes der Deutschen Demokratischen Republik und die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles durch die Maßnahmen des 13. August 1961.

Unzuverlässige Personen aus dem Grenzgebiet entfernt

Die Bevölkerung erkannte sehr schnell, welche Personen einen neuen Wohnraum zugewiesen bekamen. Das zeigte sich in den Einwohnerversammlungen. Aus dem Grenzgebiet wurden solche Personen entfernt, die durch ihre Vergangenheit und ihr gegenwärtiges Auftreten Unsicherheitsfaktoren darstellten. Diese Personen boten für Agenten und andere Feinde unserer Arbeiter- und Bauern-Macht Ansatzpunkte der Kontaktaufnahme zur Durchführung imperialistischer Aufträge.

In Lenzen und Dömitz wurden faschistische Literatur, Hetzflugblätter, Stichwaffen, SS-Ausweise u. a. in Ausstellungen gezeigt, die man bei den umziehenden Bürgern fand. Auch unmoralische Elemente, die durch ihren Lebenswandel versuchten, die bewaffneten Organe zu demoralisieren, bekamen einen neuen Wohnsitz zugewiesen. Unverbesserliche Elemente, oft mit den demokratischen Gesetzen in Konflikt gekommen, verließen das Grenzgebiet. Fast alle Personen hatten bei

Den Frieden noch mehr stärken

Der Ernst der Maßnahmen entspricht der Härte des Kampfes um den Frieden in der gegenwärtigen Periode. Jetzt kommt es darauf an, durch unsere Arbeit unseren Arbeiter- und Bauern-Staat zu stärken, denn je stärker die Deutsche Demokratische Republik ist, desto sicherer ist der Frieden. Die Bevölkerung im Grenzgebiet wird aufgefordert, die Wachsamkeit gegenüber feindlichen Umtrieben zu erhöhen, denn jede Unruhe, Unsicherheit und vom Feind hineingetragene Panikmacherei stört die friedliche Arbeit und liegt nicht im Interesse der Einwohner des Grenzgebietes. Im Interesse eines jeden einzelnen und der gesamten Bevölkerung liegt es, der täglichen Arbeit diszipliniert und bewußt nachzugehen. Es kommt darauf an, die Produktionsaufgebote in der Industrie und in der Landwirtschaft zu verwirklichen. Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften sind rasch zu festigen, die Hackfrüchte so schnell wie möglich zu bergen, die Winterfurche zu ziehen und alles zu tun, um die Pläne zu erfüllen.

Bundesgesetzblatt

Sonderausgabe Nr. 43

Geheim

Notverordnung zur Ergänzung der Präsenzpflicht
für den Fall eines bewaffneten Konflikts
mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschland

Auf Grund der für etliches Zeitlängere
erhöht die Bundesregierung zu Gerichte

Artikel 1

Ergänzung der Präsenzpflicht

Die Präsenzpflicht vom 21. April 1952 (B
Gesetzbl. I S. 1383) wird wie folgt ergänzt:

Vor Art. 88 wird in Deutschland
der Artikel wie folgt:

Invasionsziel: DDR

Die Präsenzpflicht der DDR in
bezug auf den Kreis der
des Bundesgesetzblattes
beinhaltet:

1952

1953

Diese Notverordnung tritt
in Kraft

Die Bundesregierung

Karl Heinz Roth
unter Mitarbeit
von
Nicolaus Neumann
Hajo Leib

Psychologische
Kampfführung

Vom Kalten Krieg
zur Neuen Ostpolitik

konkret
extra

7



13. Die feindliche Übernahme der DDR!

13.1 Phase 1: Der absurde „Alleinvertreter-Anspruch“ der BRD!

Die Ereignisse haben gezeigt, dass die angloamerikanischen Besatzungsmächte niemals vorhatten, das Potsdamer Abkommen in ihrer Besatzungszone umzusetzen! Stattdessen haben die West-Alliierten ab 1953 ihr eigenes Besatzungsregime BRD als den „neuen deutschen Kernstaat“ trickreich in Szene gesetzt!

1953 - ZEITGLEICH mit Stalins Tod erfolgte das „Londoner Schuldenabkommen“: Die angloamerikanische Besatzungsverwaltung BRD spielt den besetzten UN-Feindstaat Deutschland und übernimmt die Auslandsschulden des Staates Deutschland!



Der perfekte Deal:

Die BRD übernimmt die Staatsschulden für den Staat „Deutschland“- einschließlich der Restschulden des Versailler Friedensvertrages von 1919.

Mit diesem Taschenspieler-Trick wird offenbar erstmals international das angloamerikanische BRD-Besatzungsregime als Staat „Deutschland“ ausgegeben!

Zitat: „Mit dem Londoner Schuldenabkommen (auch: Abkommen über deutsche Auslandsschulden, im Folgenden auch kurz *LSA*), das nach langwierigen Verhandlungen am 27. Februar 1953 in London unterzeichnet und durch Gesetz vom 24. August 1953 für das Bundesgebiet ratifiziert wurde (BGBl. 1953 II 331, 556), wurden die deutschen Auslandsschulden geregelt. Die dem Abkommen bis 1956 beigetretenen Staaten vertraten mehr als neunzig Prozent der Forderungen gegen Deutschland.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Londoner_Schuldenabkommen

Zitat: „Hermann Josef Abs unterzeichnet das Londoner Schuldenabkommen am 27. Februar 1953. Im nationalsozialistischen Deutschland war Abs ab 1938 Vorstandsmitglied der Deutschen Bank AG sowie ab 1940 Mitglied des Aufsichtsrats der I.G. Farben.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Hermann_Josef_Abs

1954 - Pariser Verträge als perfekte Kriegslist:

Das Besatzungsregime „BRD“ der westalliierten Besatzungsmächte wird von ihren hauseigenen Erschaffern trickbetrügerisch und heimtückisch zum Staat

„Deutschland“ erhoben!

(Metapher: Der Hausverwalter wird heimtückisch und täuschend als der Eigentümer der Immobilien ausgegeben!)

23. Oktober 1954 - Pariser Verträge

„Artikel I

(1) Die Bundesrepublik hat volle Macht über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten, vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Vertrages.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags und der in Artikel 8 aufgeführten Verträge (in diesem Vertrag als "Zusatzverträge" bezeichnet) werden die Drei Mächte das Besatzungsstatut aufheben und die Alliierte Hohe Kommission sowie die Dienststellen der Landeskommissare auflösen.“

Das westalliierte Besatzungsregime BRD wird als das besetzte Deutschland betrachtet und in diesem Schauspiel vom Besatzungsstatut befreit, obwohl die BRD selbst das Instrument und Mittel zur Besetzung des Staates Deutschland ist! (Metaphern: Der Stuhl wird als Boden, die Birne als Apfel angesehen!)

Aber:

Im Hintergrund bleibt die völkerrechtliche Tatsache, dass „Nazi-Deutschland“ = das „Deutsche Reich“ im Rechts- und Gebietszustand vom 31. Dezember 1937 weiter fortbesteht, völlig unbeachtet!

Erstes Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts:

Ausdrücklich nicht betroffen sind zahlreiche Direktiven des Alliierten Kontrollrats!

Vom BRD-Grundgesetz unberührt bleibt das weiterhin gültige SHAEF-Gesetz Nr. 52!

Beweisquelle zur Kriegslist „Aufhebung des Besatzungsrechtes“

Nicht betroffen ist der SHAEF-ARTIKEL 52:

Quelle:

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl156s0437.pdf%27%5D_1708548681193

SHAEF-Gesetz Nr. 52. Artikel VII e

„Deutschland bedeutet das Deutsche Reich, wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.“

Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Die sog. „Hallstein-Doktrin“ für das NS-Projekt „Europa“:

Die „Hallstein-Doktrin“ ist die Leitlinie des „Alleinvertretungsanspruch“ der BRD für den Staat „Deutschland“!

Zitat: „**Die Hallstein-Doktrin** war eine außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik Deutschland von 1955 bis 1969. Als eine politische Leitlinie besagte sie, dass die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durch Drittstaaten als „unfreundlicher Akt“ gegenüber der Bundesrepublik betrachtet werden müsse. Etwaige Gegenmaßnahmen der Bundesrepublik waren nicht festgelegt. Damit war eine weite Skala von wirtschaftlichen Sanktionen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem betreffenden Staat möglich. Ziel war es, die DDR außenpolitisch zu isolieren und zu destabilisieren.“

Grundlage der Doktrin war der **Alleinvertretungsanspruch**, das heißt die Auffassung, wonach **die Bundesrepublik Deutschland die einzige legitime Vertretung des deutschen Volkes sei**. Hingegen waren weder der Deutsche Volkskongress noch die Regierung in der realsozialistischen DDR demokratisch legitimiert. Dass nur die Bundesrepublik die Deutschen international vertreten dürfe, wurde aus der damaligen Präambel des Grundgesetzes abgeleitet, wobei nach der Verfassung der DDR deren Bürger ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hallstein-Doktrin>

Der Nationalsozialist Walter Hallstein war Mitglied des NS-„Rechtswahrerbundes“, des NS-„Lehrerbundes“, der „Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt“, des NS-„Luftschutzbundes“ und des NS-„Dozentenbundes“. 1941 war er Professor für Rechtsvergleichung, Gesellschafts- und Internationales Wirtschaftsrecht an der Universität Frankfurt.

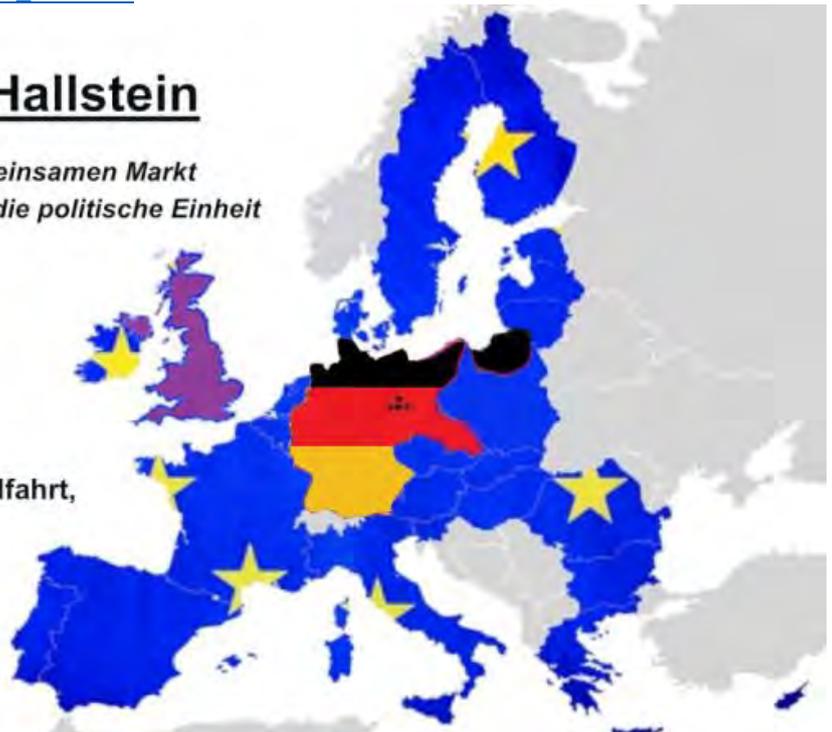
Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Hallstein



Walter Hallstein

"Mit dem gemeinsamen Markt verfolgen wir die politische Einheit Europas."

Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.



https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)

"Mit dem gemeinsamen Markt verfolgen wir die politische Einheit Europas"

Quelle: https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de

Erste Anzeichen der feindlichen Infiltration der DDR und der UdSSR:

Offizieller STOPP der Entnazifizierung in der BRD und der DDR:

Die „Kontrollratsdirektive Nr. 24“ zur...

Zitat: „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen vom 12. Januar 1946 geändert am 16. November 1946 (ABl. S. 228, ber. S. 287)“
Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>

...wird in den Besatzungszonen „außer Wirkung“ gesetzt!

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr.24 (...)

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch den Beschluss des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955“
Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive24.htm>



Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (Namensbedeutung Nikita: der Sieger!)

Zitat: „Nach dem Tod Josef Stalins leitete er mit seiner 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU gehaltenen Geheimrede die Entstalinisierung ein, was als Beginn der Tauwetter-Periode gilt. Chruschtschow wurde 1958 auch Vorsitzender des Ministerrats und damit Regierungschef der Sowjetunion.

Er initiierte zahlreiche Reformen, vor allem in Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik, Bildung und Kultur.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Nikita_Sergejewitsch_Chruschtschow

13.2 Phase 2: Vorbereitung militärische NATO-Aggression gegen die DDR!

9. Mai 1955: Beitritt des angloamerikanischen Besatzungsregimes „Bundesrepublik Deutschland“ zur „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (Vorläufer der heutigen „Europäischen Union“) und zum nazifizierten Kriegs Bündnis NATO!

Zitat: „Mit der Aufnahme in das Verteidigungsbündnis erlangte die Bundesrepublik weitgehende Souveränität und wurde zum gleichwertigen Mitglied der westlichen Staatengemeinschaft.“

Quelle: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/beitritt-der-bundesrepublik-deutschland-zur-nato>

8. September 1955: Die Moskau-Reise von Konrad Adenauer als Etappen-Sieg der Alt-Nazis über die UdSSR!

Empfangen mit militärischen Ehren und der „Nationalhymne“ Deutschlands!



Dazu die Konrad Adenauer Stiftung:

Zitat: „Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.

Auf Einladung der sowjetischen Regierung reiste Adenauer vom 08. bis 14. September 1955 nach Moskau. Das Ergebnis der Verhandlungen war die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gegen Freilassung der restlichen rund 10 000 deutschen Kriegsgefangenen bei **Wahrung der deutschlandpolitischen Rechtsposition der Bundesregierung.** Nicht das Beharren auf unerreichbaren Forderungen nach Fortschritten in der deutschen Frage, sondern Nervenstärke und **politisch-taktisch kluges Reagieren brachten Adenauer Erfolg.**“

Quelle: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/kalender/kalender-detail/-/content/moskau-reise-konrad-adenauers-1>

Revanche der Alt-Nazis: „Befreiung des Verlorenen!“

Das als Staat „Deutschland“ getarnte angloamerikanische Besatzungsregime BRD wird 1961 offiziell zum Eroberungswerkzeug des Staatsgebietes weiter existierenden Staates Deutschland von 1937!

Zitat: „Adenauer und Polen

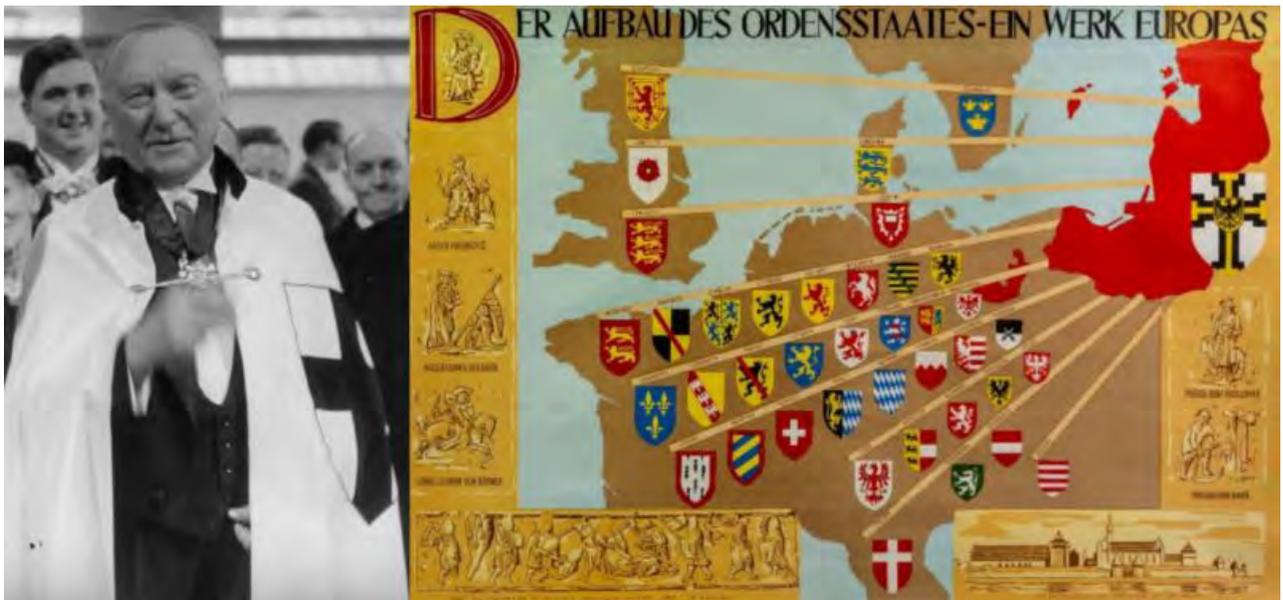
Beharrlich verfocht Adenauer, obwohl er privat ganz andere Ansichten hegte, die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages und den Rechtsanspruch Deutschlands auf die Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten.

Die Bundesrepublik Deutschland hatte in den ersten Jahren kein Mandat um offizielle Beziehungen zu anderen Staaten aufzubauen.

Bis zur Erlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 ging es ihr vor allem um den Video Aufbau von Beziehungen zum Westen, sie trat dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO) bei.

Gewöhnlich wird behauptet, Adenauer habe es als seine wesentliche Aufgabe angesehen, außenpolitisch die Versöhnung mit Frankreich, die Wiedergutmachung am jüdischen Volk und dem Staat Israel und die Verständigung mit Polen zu regeln. In der operativen Politik richtete Adenauer jedoch seine ganze Energie auf die Erreichung der ersten beiden Ziele. **Adenauers Politik in Richtung Osteuropa behauptete vor allem den Alleinvertretungsanspruch deutscher Interessen. Ohne Friedensvertrag, behauptete Adenauer, sei ein Schlusswort über Deutschlands Grenzen von 1937 nicht gesprochen.**

Quelle: https://www.deutscheundpolen.de/themen/thema_jsp/key=adenauer_und_polen.html



Weitere Zitate aus der Dokumentation von 1981 zum antifaschistischen Schutzwall:

"Sonntag, der 13. August - 20 Jahre Antifaschistischer Schutzwall":

Rheinischer Merkur: „Was östlich von Elbe und Werra liegt, sind unerlöste Provinzen. Entschlüsse man sich zu dieser natürlichen Sprechweise, so würde zugleich jedem verständlich, dass **die Aufgabe nicht „Wiedervereinigung heißt, sondern Befreiung des verlorenen.“**

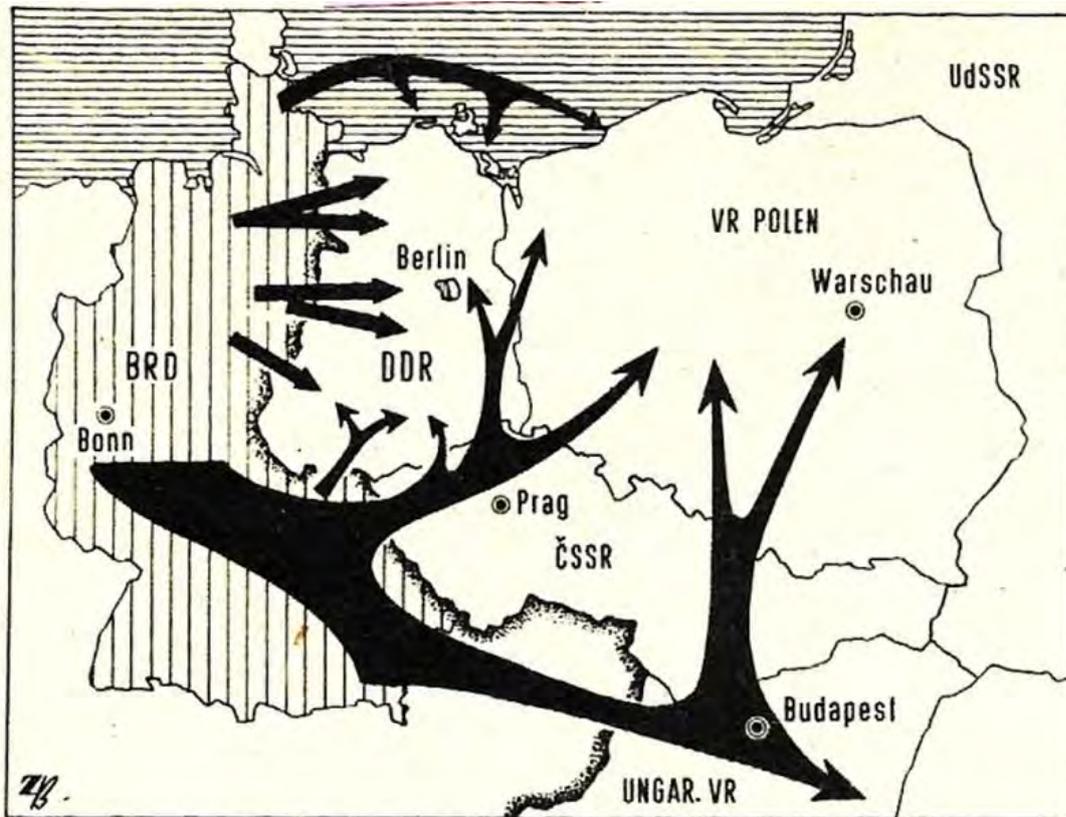
Ludwig Ehrhard 1961 Vizekanzler der BRD: „**Das Alleinvertretungsrecht der Bundesrepublik für alle Deutschen ist unabdingbar und unverzichtbar.**“

Frankfurter Rundschau: „Für uns und die Mehrheit des deutschen Volkes wird die Wiedervereinigung nicht an der Oder-Neiße-Linie enden, sondern die Befreiung der Mittelzone lediglich den ersten Abschnitt darstellen.“

Konrad Adenauer: **Wir sprechen immer, meine Freunde, von der Wiedervereinigung. Sollen wir nicht lieber sagen von der Befreiung des Ostens?** Das ist doch die Frage, um die es sich handelt.“

F.J. Strauß Kriegsminister der BRD: „Es gibt heute für die militärische Vorbereitung nur einen einzigen Fall. Das ist der Fall: Rot.“ Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=HjkkETM-XRE>

Militärische Geheim-Plan – Operation „Deco II“ der NATO:



Ein NATO-Angriffsplan, veröffentlicht in „Newsweek“ vom 10. April 1950

Quelle: <https://www.welt.de/geschichte/kopf-des-tages/article242086349/Adolf-Heusinger-Hitlers-General-und-Adenauers-Generalinspekteur.html>

SSL-Dokument zur Militärischen Operation „Deco II“ der NATO von Adolf Heusinger gezeichnet:

Zitat: „1127/II/421

Anweisung 1 2 6

Betrifft

OPERATION DECO II

Ziel:

Befreiung der SBZ und Wiedervereinigung Deutschlands durch militärische Befreiung des mitteldeutschen Raumes bis zur Oder-Neiße-Linie.

Grundlage der Operation DECO II ist der am 29. September 1954 in London zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Garantie-Vertrag, wonach sich die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten, bei einer deutschen militärischen Operation mit dem ausschließlichen Ziel der Herbeiführung der Wiedervereinigung Deutschlands, mit Beginn der militärischen Handlungen die Regierungen der Sowjetunion, Polens und der CSR dahingehend zu verständigen, dass sie (die Vereinigten Staaten von Amerika)

1. den Regierungen der Sowjetunion, Polens und der CSR die Garantie überreichen,

t-D1.jpg (7445 Byte)

dass diese militärische Operation der Bundesrepublik Deutschland mit der vollzogenen Besetzung des mitteleuropäischen Raumes bis zur Oder-Neiße-Linie beendet ist und dass die Unantastbarkeit ihrer im Territorium der SBZ lebenden Bürger oder Soldaten und ihren im gleichen Raum liegenden Eigentums gewahrt bleibt, und dass sie (die Vereinigten Staaten von Amerika)

2.) im Falle einer militärischen Intervention dieser Staatengruppe der Bundesrepublik Deutschland sofort jede militärische Hilfe und Unterstützung zur Erreichung der Wiedervereinigung Deutschlands gewähren.

In dem am 29. September 1954 in London zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland heisst es:

Die Vereinigten Staaten verpflichten sich weiter, vor Beginn der deutschen militärischen Operation auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland Truppenverbände in ausreichender Stärke zur Erfüllung der gegenüber der Bundesrepublik Deutschland übernommenen Garantie bereitzustellen.

1127/II/423

Ausfertigung 126

II / A 1 (Speidel)

II / C 4 (Oster)

OPERATION DECO II

Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu identifizierenden militärischen Einheiten vor.

Operation DECO II "Berlin"

Die nach Ostberlin eingeschleuften Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt "E" schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegraf- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunksender, Grossverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstrassen und Grenzkontrollpunkte.

Zum Zeitpunkt "E" sind seitwärts Berlin starke Luftlandverbände der 3. LSKG abzusetzen, die nach dem Westen vorstossen und jede aufkommende feindliche Handlung niederkämpfen. Sie vereinigen sich mit den von den Westsektoren nach Ostberlin vordringenden Truppen des AK II.

Nach Besetzen der Rundfunk- und Presseinstitutionen durch Propagandaeinheiten ist die Bevölkerung der SBZ unverzüglich vom Anlaufen der Operation DECO II zu unterrichten und aufzufordern, zur Selbsthilfe zu schreiten, Gegenmaßnahmen ihre Unterstützung zu verweigern, die Betriebe zu besetzen und zusammen mit den infiltrierten Truppen staatliche, kommunale und politische Dienststellen zu säubern.

Die Angehörigen der sowjetzonalen Nationalarmee, der Polizei und sonstiger waffentragender Verbände sind aufzufordern, jeden Widerstand aufzugeben, die Waffen niederzulegen und sich bis zum Eintreffen der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland in ihren Unterkünften aufzuhalten.

Die westlich Berlins abzusetzenden Luftlandverbände der 3. LSKG besetzen Potsdam und die Flughafenanlagen Werder, stellen die Verbindung mit den Truppen des AK II im Stadtgebiet Berlin her und stossen in nordwestlicher bis südöstlicher Richtung vor.

Operation DECO II "Land"

Aus den vollmotorisierten Verbänden der A K I, IV, V, VI, VII und VIII werden die HGR Nord, Mitte und Süd formiert, die mit Anlaufen der Operation aus der Tiefe ihrer Bereitstellungsräume heraus über die Demarkationslinie vorstossen.

HGR NORD

A K VIII : 5. LSKG / 8.SKG / 8.SD

Bereitstellungsraum: Ratzeburg - Oldesloe - Uelzen - Wieren

5.LSKG: Raum Ratzeburg-Oldesloe-Büchen-Schwarzenbeck

8.SKG: Raum Schwarzenbeck-Büchen-Lüneburg-Neetze

8. SD: Raum Lüneburg-Dahlenburg-Uelzen-Wieren

A K VII : 7.SD /17.LD / 6. LD

Bereitstellungsraum: Uelzen - Wieren - Braunschweig - Helmstedt

7.SD: Raum Uelzen-Wieren-Eschede-Zasenbeck

17.LD:Raum Schönewörde-Wahrenholz-Platendorf-Parsauä6.LD: Raum Gifhorn-Fallersleben-Vorsfelde

Die Verbände der 5.LSKG überschreiten im Raum Ratzeburg-Hollenbek die Demarkationslinie und stossen vor in Richtung Schwerin-Wismar-Rostock-Stralsund-Greifswald-Anklam-Pasewalk und vereinigen sich mit den See-Lande-Gruppen I-VI.

Die Verbände der 8.SKG und 8.SD überschreiten massiert die Demarkationslinie im Raum Dömitz-Schmarsau in Richtung Wittenberge und stossen weiter auf Neuruppin-Eberswalde-Schwedt in den Raum Stettin.

Die 7.SD und die 17.u.6.LD übernehmen die rechte Flanke und schirmen die Operationen im Nordraum ab. Sie treffen im Raum Neuruppin auf die Verbände der 8.SKG und der 8.SD und stossen mit diesen weiter in Richtung Frankfurt vor.

HGR MITTE

A K VI : 6.SKG / 16.LD

Bereitstellungsraum: Braunschweig - Helmstedt - Clausthal/Zellerfeld - Harzburg

6.SKG: Raum Schandelah-Helmstedt-Vienenburg-Salzgitter

16.LD: Raum Goslar-Harzburg-Zellerfeld

A K I : 1.SKG / 1.SD / 1.LSKG

Bereitstellungsraum: Andreasberg- Herzberg - Eschwege – Bebra

1.SD: Raum Andreasberg-Herberg-Göttingen-Dutterstädt

1.SKG Raum Rittmarshausen-Dransfeld-Witzenhausen

1.LSKG Raum Eschwege-Gerstungen-Bebra

Die Verbände der HGR Mitte erhalten folgende Angriffsrichtungen zugewiesen:

6.SKG: Aus dem Raum Helmstedt-Marienborn in Richtung Magdeburg-Brandenburg

16.LD: Aus den Raum Werzigerode in Richtung Halberstedt-Magdeburg

1.SKG u.1.SD: Aus dem Raum Heiligenstadt-?ried in Richtung Sangerhausen-Eisleben-Heile?tierfeld-Wittenberg-Berlin

t-D6.jpg (9027 Byte)

1127/II/423

1.LSKG: Aus dem Raum Gerstungen-Wartha in Richtung Eisenach-Erfurt-Halle

H G R S Ü D

AK IV : 14.LD / 11.LD

Bereitstellungsraum: Fulda - Hilders - Geburg – Kronach

14.LD: Raum Fulda-Hilders-?gen-Königshofen

11.LD: Raum Stadtlauringen-Dietersdorf-Coburg-Kronach

AK V : 5.SD / 3.SKG / 4.SD / 2.SKG / 3.SKG

Bereitstellungsraum: Nordhalben - Selb - Lichtenfels - Neusorg

4.SD: Nordhalbe-Bad Steben- Lichtenfels- Burgkundstadt

5.SD: Raum Naila-Schwarzenbach-Helsbrechts

3.SKG:Raum Kulmbach-Stadtsteinach-Neuenmarkt

3.SKG:Raum Hof-Oberkotzau-Rehau

5.LSKG:Raum Selb-Weissenstadt-Marktrechtsitz

Die leichten Verbände des AK IV übernehmen die linke Flanke der HGR Süd und stossen von Meinigen-Fladengen und Lehssten-Nordhalben in den Raum Eisenach-Greiz-Leipzig.

Schwerpunkt der Operation DECO II ist der rechte Flügel der HGR Süd, der mit massierten Panzer verbänden aus dem Raum Hof entlang der tschechischen Grenze in Richtung Plauen-Zwickau-Chemnitz Bre?lan-Cottbus vorstösst und gleichzeitig die Abschirmung gegen mögliche militärische Interventionen der CSR übernimmt.

II/A1

Erkundung der Bereitstellungs- und Aufmarschräume. Vorlage bis 15.5.1955 an II/01 OP

II/04

Überprüfung wesentlicher als kriegswichtig anerkannter Objekte in Ostberlin und der SBZ betr. Möglichkeiten einer Besetzung durch infiltrierte Verbände bei Anlaufen der Operation DECO II und Sicherung bis zum Eintreffen der eigenen Streitkräfte oder Einsatz durch Luftlandeeinheiten.

Vorlage bis 15.3.1955 an II/01 OP

Bonn, am 2.März 1955

V.?.R.J.A.

gez. Heusinger“

Netzfund - Quelle: <https://home.snafu.de/veith/decoii.htm>

Der Alt-Nazi und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses Adolf Bruno Heinrich Ernst Heusinger:

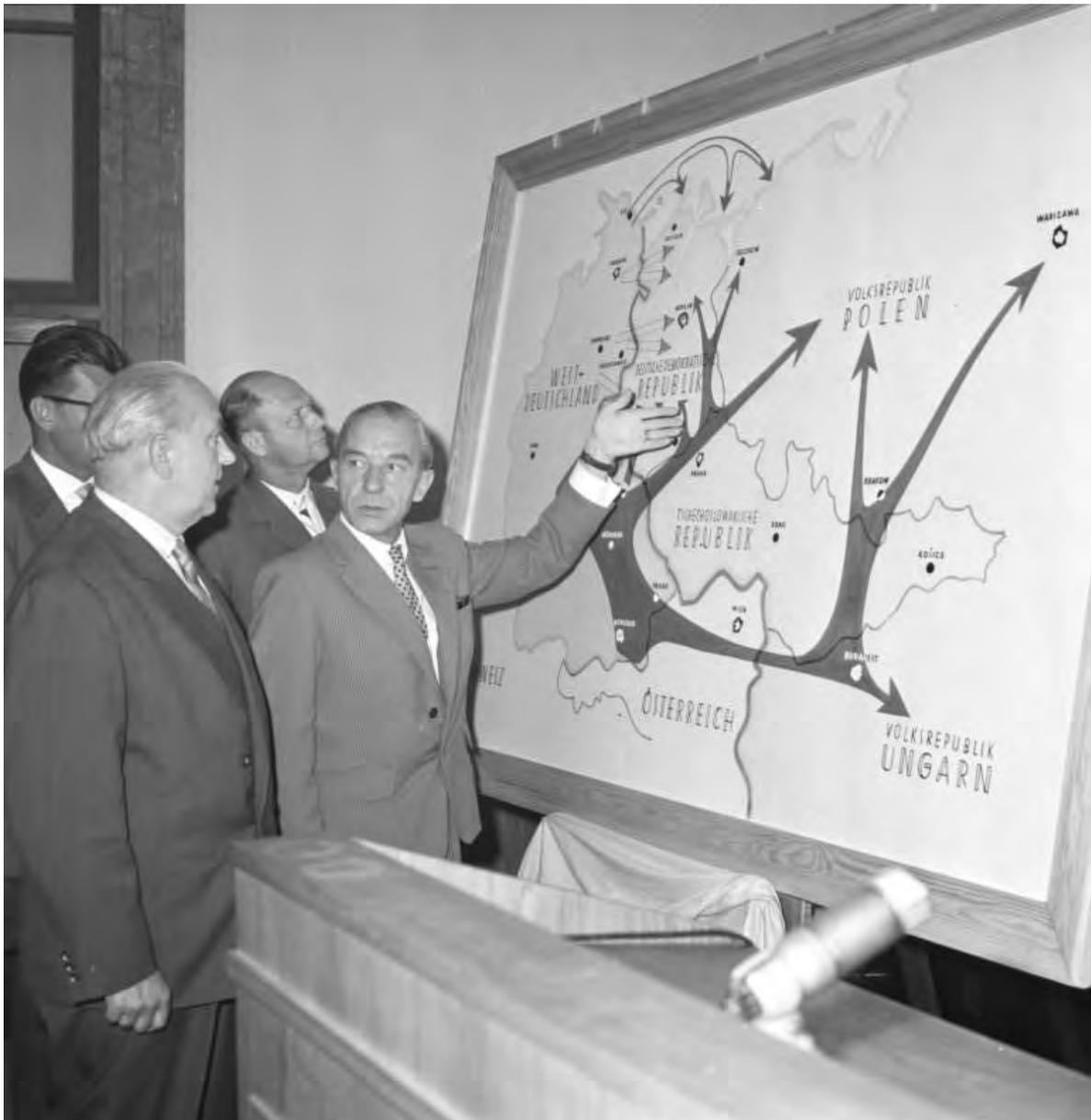
Zitat: „Adolf Bruno Heinrich Ernst Heusinger war ein deutscher General und von 1957 bis 1961 der erste Generalinspekteur der Bundeswehr. Heusinger diente (...) von 1935 bis 1945 in der Wehrmacht, in der er von 1937 bis 1944 die Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres führte. Von **1955 bis 1964 war Heusinger schließlich Soldat der neugegründeten Bundeswehr, an deren Aufbau er maßgeblichen Anteil hatte. Zuletzt war er Vorsitzender des NATO-Militärausschusses.**“



„Von 1934 bis 1935 war er Kompaniechef im II. Bataillon des Infanterie-Regiments 18 in Paderborn und von 1935 bis 1937 Erster Generalstabsoffizier (Ia) der 1. Infanterie-Division in Allenstein. Dort wurde er am 16. März 1936 zum Major befördert und diente in der 11. Infanterie-Division. Für die Zeit vom 17. Juni bis zum 10. Juli 1937 genehmigte ihm das Heerespersonalamt einen Auslandsurlaub in Schwarzort im von Litauen annektierten Memelland. Von August 1937 bis 1944 versah er seinen Dienst in der Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres in Berlin. Er war maßgeblich beteiligt an den Plänen für eine militärische Aggression gegen die Tschechoslowakei 1938/39. Heusinger wurde am 20. März 1939 zum Oberstleutnant und am 1. August 1940 zum Oberst befördert. In seinem Aufgabenbereich war er unmittelbar in die Vorbereitung und Durchführung des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 1939 – Fall Weiss – einbezogen. Ab dem 15. Oktober 1940 war er Chef der Operationsabteilung des Generalstabes im Oberkommando des Heeres (OKH), die mit der strategischen und operativen Führung der Heeresverbände befasst war. In dieser Position war er in die Vorbereitung und den Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion im Juni 1941, das Unternehmen Barbarossa einbezogen. Bereits im März 1941 war das OKH in der Person Halders, Heusingers und Eduard Wagners von Hitler darüber informiert worden, dass der Krieg in Russland als „Vernichtungskampf“ geführt werden sollte.[2] Außerdem war Heusinger auch maßgeblich an der Vorbereitung des für den Sommer 1942 geplanten Fall Blau beteiligt, der Sommeroffensive der Wehrmacht im Jahr 1942 während des Deutsch-Sowjetischen Krieges. Zuvor hatten sich Heusinger und der Chef des Generalstabs, Franz Halder, bei Adolf Hitler im Konflikt über die Richtung dieses „Zweiten Feldzuges in Russland“ nicht durchsetzen können. Beide hätten einem Stoß in Richtung Moskau anstatt Stalingrad/Kaukasus den Vorzug gegeben.

Seit August 1942 koordinierte Heusinger die „Partisanenbekämpfung“ in den besetzten Gebieten und ließ in seiner Organisationsabteilung „Richtlinien für die Bandenbekämpfung“ ausarbeiten. Als Zeuge in den Nürnberger Prozessen sagte er aus, dass die Behandlung der Zivilbevölkerung und die Methoden der Bandenbekämpfung im Operationsgebiet der obersten politischen und militärischen Führung eine willkommene Gelegenheit zur Durchführung ihrer Ziele, nämlich der „systematische[n] Reduzierung des Slawen- und Judentums“, geboten habe. Am 23. Dezember 1941 wurde Heusinger mit Wirkung ab 1. Dezember 1941 zum Generalmajor und am 21. Januar 1943 zum Generalleutnant befördert. Nach der Erkrankung von Generaloberst Kurt Zeitzler wurde Heusinger im Juli 1944 mit dessen Vertretung beauftragt und amtierte somit für etwa zwei Wochen als Generalstabschef des

Heeres.“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Adolf_Heusinger



Bundesarchiv, Bild 183, 74827, 0008
Foto: Jung, Peter Heinz 18. Juli 1960

Zitat: „**Bruno Winzer** (* 15. Oktober 1912 in Berlin; † nach 1988) war ein deutscher Offizier und Agent des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der Bundeswehr. Er desertierte 1960 als Major in die Deutsche Demokratische Republik, angeblich um einen Plan für eine unmittelbar bevorstehende westdeutsche Aggression gegen die DDR, die ČSSR, Ungarn und Polen zu enthüllen. Im Jahr 2009 wurde bekannt, dass das MfS seinen Militärspion Winzer wegen der Gefahr der Entdeckung zurückgezogen (...) hatte. Bereits 1959 hatte die DDR durch die Veröffentlichung einer (...) „NATO-Planungsstudie“ namens Deco II „aufschlußreiche Enthüllungen über den aggressiven, faschistischen Charakter der Bonner Bundeswehr“ bekannt gegeben.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bruno_Winzer



Anweisung zur Durchführung der "Operation Deco II" (geheimer Plan der NATO zur militärischen Eroberung der DDR) (12 Bilder)

— Alle einklappen

DATENPARTNER

Angaben zum Objekt

Archivsignatur Bundesarchiv, BArch DP 1-BILD/80

Alt-/Vorsignatur DP 1 SE/ A 287

Sprache der Unterlagen deutsch

Bundesarchiv

Original beim Datenpartner anzeigen

Quelle: <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/GJGBKXG3ZFW7ARMCFIN4DHM5II7G3UQW>

Ergebnis: Sonntag, der 13. August 1961: „Sicherung der Staatsgrenze“

Die BRD-Staatssimulation und ihr aggressives Auftreten im NATO-Militärbündnis zeigen Wirkung: Gemäß des Resonanzprinzips versteht sich das Besatzungsregime „Deutsche Demokratische Republik“ der UdSSR ebenfalls als Staat.



31. August 1961: „Sicherung der Staatsgrenze der DDR“!

Mauerbau | 13. August 1961 |

<https://segu-geschichte.de/mauerbau/>



Beobachtungen und Sicherung an der „Staatsgrenze-West“:

<https://www.stasi-mediathek.de/themen/ereignis/Flottenman%C3%B6ver%20%26quot%3BWallenstein%20IV%26quot%3B/>

000009

009

Hervorzuheben ist ferner die beabsichtigte Verstärkung der in Westberlin stationierten amerikanischen Streitkräfte durch eine US-Spezialeinheit mit einer Stärke von rund 1 000 Mann. Die Stationierung ist in der Andrews Kaserne Berlin-Lichterfelde vorgesehen.

II. Provokationen und andere feindliche Handlungen

An der Staatsgrenze West der DDR erfolgten im Berichtszeitraum folgende provokatorische Handlungen:

8 Verletzungen des Luftraumes der DDR mit dem Schwerpunkt in der 3. Grenzbrigade Erfurt

2 Fälle der Beschädigung von Grenzsicherungsanlagen der DGP

117 Fälle des Betretens bzw. Überschreitens des 10 m Kontrollstreifen

13 Fälle der Kontaktaufnahme durch westzonale Zivilisten und gegnerische Streifenkräfte

12 Fälle, wo durch visuelle Beobachtung der Einflug von 189 Ballon festgestellt wurde.

Quelle: <https://www.stasi-mediathek.de/themen/ereignis/Flottenman%C3%B6ver%20%26quot%3BWallenstein%20IV%26quot%3B/>

13.3 Phase 3: Kriegslist "neue Ostpolitik" 1965 bis 1974!

Die Übernahme des DDR-Gebietes war von „langer Hand“ geplant und durchgeführt:
Die feindliche Übernahme der DDR konnte durch den Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ (sog. „Mauer“) 1961 nicht erfolgen! Eine offene militärische Eroberung der DDR durch die NATO und der „Roll-Back des Kommunismus bis zum Ural“ vor den Augen der Weltöffentlichkeit hätte die imperialen Eroberungspläne der angloamerikanischen Mächte verraten! Nach Offenlegung der Militäroperation „Deco II“, nach dem Bau des Antifaschistischen Schutzwalls 1961 und nach dem 1965 von der DDR publizierten „Braunbuch“ konnte der fortgeführte Nazismus und Militarismus auf westdeutschem Boden nicht mehr offen feindselig in Erscheinung treten. Demnach musste die Übernahme der DDR durch verdeckte, heimtückische Anwendungen von Kriegslisten möglich gemacht werden. Zur Einverleibung des DDR-Gebietes durch die angloamerikanische Besatzungsverwaltung BRD musste die DDR auf diplomatischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Ebene „sturmreif“ geschossen werden.

Nazi-Waffe „Diplomatie“ im Gewand einer „neuen Ostpolitik“:

Der angloamerikanische Westen und sein BRD-Instrument haben eine neue Strategie: „friedliche Ostpolitik“ – die sog. „Entspannungspolitik“ und „Wandel durch Annäherung“

Der Wandel durch Annäherung:

Zitat: „Bereits im Juli 1963 plädierten Egon Bahr und Willy Brandt auf Vorträgen in der Evangelischen Akademie Tutzing für einen Wandel durch Annäherung. Das neue Entspannungskonzept bildete sich im ersten Kabinett von Bundeskanzler Willy Brandt heraus. (...) „Wandel durch Annäherung“ oder „Wandel durch Handel“ ist ein politisches Konzept, das in der Bundesrepublik Deutschland im Kalten Krieg im Zuge der „neuen Ostpolitik“ zum Tragen kam. Die Formulierung und auch die Erarbeitung gehen zurück auf den Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, den SPD-Politiker Egon Bahr. Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Wandel_durch_Ann%C3%A4herung

Zitat: „Als Ostpolitik werden die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Deutschlandpolitik der Bundesrepublik zwischen 1969 und 1989 bezeichnet,[1] die sich auf die Staaten des damaligen Warschauer Paktes bezogen. Der Begriff Neue Ostpolitik bezeichnet insbesondere die Verständigungspolitik und die damit einhergehende Umsetzung des von Egon Bahr, zwischen 1972 und 1974 Bundesminister für besondere Aufgaben unter Brandt, festgelegten politischen Prinzips des „Wandels durch Annäherung“ für den Umgang der Bundesrepublik mit der Deutschen Demokratischen Republik und den osteuropäischen Nachbarstaaten. Sie bezeichnet die durch die Ostverträge schrittweise erfolgte Überwindung des Status quo der Politik beider deutscher Staaten bis zum Beginn der friedlichen Revolution in der DDR im Jahre 1989.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostpolitik_der_Bundesrepublik_Deutschland_bis_1990

Die „Neue Ostpolitik“ beginnt mit dem „Kabinett Kiesinger“ und Willy Brandt:

Zitat: „Unter Kiesinger ließ Willy Brandt von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt von seinem langjährigen Vertrauten und nunmehrigen Ministerialdirigenten und Leiter des Politischen Planungsstabes im Auswärtigen Amt Egon Bahr die „neue Ostpolitik“ im Detail vorbereiten. 1968 gab Kiesinger vor dem Bundestag den ersten Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland ab und begründete damit eine Tradition, die bis zur Wiedervereinigung 1990 anhielt.“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Georg_Kiesinger

Der Alt-Nazi und BRD-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger:

Zitat: „Kurt Georg Kiesinger (* 6. April 1904 in Ebingen, Königreich Württemberg; † 9. März 1988 in Tübingen) war ein deutscher Politiker (CDU) und von 1966 bis 1969 dritter Bundeskanzler der

Bundesrepublik Deutschland. Kiesinger war Rechtsanwalt und privater juristischer Rechtslehrer (Repetitor). **In der NS-Zeit war er ab 1933 NSDAP-Mitglied.** Ab 1940 arbeitete er als Angestellter im Auswärtigen Amt, zuletzt als stellvertretender Leiter der Rundfunkabteilung. Nach 1945 wurde er Politiker als Mitglied der CDU. Er war von 1958 bis 1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, von 1966 bis 1969 Bundeskanzler und von 1967 bis 1971 Bundesvorsitzender der CDU. Kiesinger war der erste deutsche Bundeskanzler, der mit einer Großen Koalition regierte. In seine Amtszeit fielen die Einführung der Notstandsgesetze sowie Gesetze, die zur Verjährung von NS-Kriegsverbrechen führten (Art. 1 Ziffer 6 EGOWiG, Verjährungsskandal) und die Hauptphase der Außerparlamentarischen Opposition. Seine frühere Karriere im Staatsapparat des NS-Regimes wurde während seiner Zeit als Politiker in der Bundesrepublik wiederholt öffentlich kritisiert. (...)

Kiesinger gehörte zu den jungen Akademikern, die „angesteckt von der NS-Ideologie, von einer starken Deutschümelei und einem starken Nationalbewusstsein infiziert waren und sich begeistert den Nationalsozialisten anschlossen“.

Kiesinger – zu dieser Zeit noch Referendar und Repetitor – **trat zum 1. Mai 1933 in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 2.633.930).** (...)

Als er im Jahr 1940 seinen Gestellungsbefehl erhielt, entschloss er sich, um dem Dienst in der Wehrmacht zu entgehen, eine Stellung im Auswärtigen Amt unter von Ribbentrop anzunehmen. Diese Anstellung vermittelte ihm sein Schüler Karl-Heinz Gerstner.[35] Kiesinger stieg dort bis zum stellvertretenden Leiter der Rundfunkpolitischen Abteilung auf, die für die Überwachung und Beeinflussung des ausländischen Rundfunks zuständig war.[36] Unter anderem war er für die Verbindung zum Reichspropagandaministerium von Joseph Goebbels zuständig, mit dem seine Abteilung Kompetenzstreitigkeiten hatte. (...)

Am 30. April 1945 wurde Kiesinger in Benediktbeuern von der amerikanischen Besatzungsmacht verhaftet, weil er in der NSDAP gewesen und verdächtig war, zu den nationalsozialistischen Funktionären gehört zu haben, ohne dass eine konkrete Schuldvermutung vorlag. Kiesinger hatte den Amerikanern zuerst keine Auskünfte zur Person gegeben, so konnte er fälschlicherweise verdächtigt werden, Zuträger des SD gewesen zu sein. Kiesinger saß 18 Monate lang in verschiedenen Internierungslagern in Haft, zum Schluss im Lager 74 in Ludwigsburg. (...)

Im Jahr 1948 entlastete ihn auf sein Betreiben ein Spruchkammergericht vollständig. Anschließend begann er eine Tätigkeit als Rechtsanwalt in Tübingen und Würzburg!“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Kurt_Georg_Kiesinger#Mitglied_in_der_NS_DAP

Waffe „Diplomatie“ im Volleinsatz im Kabinett Willy Brandt und sein Außenminister Walter Scheel: Die „Ostverträge“

Zitat: „**Unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde die Hallstein-Doktrin, die bis dahin in der Außenpolitik galt, aufgegeben.**“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostpolitik_der_Bundesrepublik_Deutschland_bis_1990#cite_note-25

„**Die durch die Hallstein-Doktrin entstandene Verkrampfung wurde gelöst und die innerdeutschen Beziehungen verbesserten sich nachhaltig** (...)**“**

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Wandel_durch_Ann%C3%A4herung

Wer war das NSDAP-Mitglied Walter Scheel?

Zitat: „Walter Scheel (* 8. Juli 1919 in Höhscheid, Landkreis Solingen; † 24. August 2016 in Bad Krozingen) war ein deutscher Politiker (FDP). Er war von 1974 bis 1979 der vierte Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Davor war er von 1961 bis 1966 in Koalitionsregierungen mit der CDU in den letzten zwei Kabinetten Konrad Adenauers (Kabinett Adenauer IV und V) sowie unter Bundeskanzler Ludwig Erhard Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Von 1968 bis 1974 war Scheel Bundesvorsitzender der FDP und führte die Partei in die sozialliberale Koalition. In dieser war er von 1969 bis 1974 Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler unter Willy Brandt. Nach dessen Rücktritt agierte Scheel vom 7. bis zum 16. Mai 1974 als geschäftsführender Bundeskanzler. (...)

Walter Scheel beantragte am 1. Mai 1941 die Aufnahme in die NSDAP und wurde zum 1. Juli 1941 aufgenommen - Mitgliedsnummer 8.757.104. Scheel gilt gemeinsam mit Willy Brandt als „Vater der Entspannungspolitik“ und der neuen Deutschlandpolitik (...)“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Scheel

Die „Ostverträge“ der BRD-Alt-Nazis im Überblick:

Zitat: „Aufgrund der in diesen Verträgen enthaltenen Vereinbarungen auf gegenseitigen Gewaltverzicht werden sie auch mitunter als Gewaltverzichtsverträge bezeichnet.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Ostpolitik_der_Bundesrepublik_Deutschland_bis_1990



Quelle: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-und-fehler-in-der-russland-politik-als-die-sozialdemokraten-konservativ-wurden-a-8792865a-37ab-4422-a6c3-8ede63131e3d>

1. Moskauer Vertrag am 12. August 1970:

Zitat: „Der Moskauer Vertrag wurde am 12. August 1970 zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland im Katharinensaal des Kremls in Moskau geschlossen (BGBl. 1972 II S. 354 ff.). Im Moskauer Vertrag verpflichten sich beide Länder, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und den Entspannungsprozess zu fördern, damit sich die Lage in Europa normalisiert. Insbesondere werden **die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze der Volksrepublik Polen und die Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland als unverletzlich erklärt**. Der Vertrag wurde für die Bundesrepublik von Bundeskanzler Willy Brandt und **Außenminister Walter Scheel (NSDAP-Mitgliedsnummer 8.757.104)**, für die Sowjetunion von Ministerpräsident Alexei Kossygin und Außenminister Andrej Gromyko unterzeichnet. **Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung übergab Scheel seinem sowjetischen Amtskollegen den Brief zur deutschen Einheit. Dieser bestand, abgesehen von der Schlussformel, aus einem einzigen Satz:**

„Sehr geehrter Herr Minister, im Zusammenhang mit der heutigen Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken beehrt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, daß dieser Vertrag nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt. Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. Walter Scheel“

Indem sie dieses Schreiben in Empfang nahm, akzeptierte die sowjetische Führung gewissermaßen, dass die Bundesregierung nach wie vor am Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung der Deutschen festhielt. Der 6. Deutsche Bundestag ratifizierte den Vertrag am 17. Mai 1972 zusammen mit dem Warschauer Vertrag. Nach Austausch der Ratifikationsurkunden trat er am 3. Juni 1972 in Kraft.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Moskauer_Vertrag

Im Zuge dieses diplomatischen Vorgangs wurde eine „Deutsche Einheit“ 1970 an die Führung der UdSSR herangereicht. „So übergab Brandt der sowjetischen Regierung vor dessen Unterzeichnung den „Brief zur deutschen Einheit“, der eine Hintertür offen hielt, in dem darin festgestellt wurde, dass der Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Wandel_durch_Ann%C3%A4herung

2. Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970:

Zitat: „Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag) ist ein bilateraler Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen. Der Vertrag wurde am 7. Dezember 1970 unterschrieben und am 17. Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifiziert (BGBl. 1972 II S. 362 ff.). Darin sicherte die Bundesrepublik die (...) Oder-Neiße-Linie faktisch als Westgrenze Polens zu, indem beide Länder bekräftigten, dass ihre Grenzen unverletzlich sind. Sie verpflichteten sich, keine Gebietsansprüche zu erheben, und bekennen sich zur Gewaltfreiheit im Sinne der Vereinten Nationen.

Um zu signalisieren, dass der Vertrag die Rechte der ehemaligen Alliierten in Bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin nicht berühren würde, da ein Friedensvertrag noch ausstehe, kam es im Vorfeld des Vertragsabschlusses zu einem Notenwechsel der deutschen Bundesregierung mit den westlichen Alliierten Frankreich, Großbritannien und den USA. Dieser Notenwechsel wurde am 20. November der polnischen Regierung zur Kenntnis gebracht. Darin wurde festgestellt, dass die Bundesregierung „nur für die Bundesrepublik“ handle und die Rechte der Siegermächte nicht berührt würden. Der Vertrag wurde schließlich von Bundeskanzler Willy Brandt und dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz sowie den Außenministern beider Länder ((NSDAP-Mitglied) Walter Scheel und Stefan Jędrzychowski) unterzeichnet.“ Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Vertrag_zwischen_der_Bundesrepublik_Deutschland_und_der_Volksrepublik_Polen

3. Viermächteabkommen am 3. September 1971:

Inkrafttreten des Abkommens und der ergänzenden Vereinbarungen am 3. Juni 1972!

Zitat: „Im Viermächteabkommen über Berlin oder Berliner Viermächteabkommen, kurz Berlinabkommen (auch: Berlin-Abkommen), in der DDR als Vierseitiges Abkommen bezeichnet, wurden zwischen den vier Besatzungsmächten, der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika, im Rahmen der beginnenden Entspannung im Ost-West-Konflikt die Grundlagen zum Rechtsstatus der geteilten Stadt, zum Verhältnis des im Text stets Westsektoren Berlins genannten West-Berlins zur Bundesrepublik Deutschland sowie die Verbindungen dorthin festgelegt. Das Abkommen unterzeichneten am 3. September 1971 im Amerikanischen Sektor Berlins im Gebäude des Alliierten Kontrollrates die Außenminister der vier Besatzungsmächte: Maurice Schumann für Frankreich, Andrej Gromyko für die Sowjetunion, Alec Douglas-Home für das Vereinigte Königreich und William Rogers für die Vereinigten Staaten. Es trat mit Unterzeichnung des Viermächte-Schlussprotokolls am 3. Juni 1972 in Kraft und galt bis einschließlich 2. Oktober 1990. Die am 26. März 1970 aufgenommenen Verhandlungen zwischen Frankreich, den USA, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion sollten folgende Berlin-Fragen klären: Fortsetzung des Viermächte-Status zumindest für West-Berlin, d. h. Einbindung und Verpflichtung der Sowjetunion in eine Berlin-Regelung, Sicherung West-Berlins auf Dauer, Ende der Störungen der Zugangswege, Erleichterungen für die Bewohner West-Berlins.

Das Viermächteabkommen war die Voraussetzung für das am 17. bzw. 20. Dezember 1971 unterzeichnete Transitabkommen sowie den am 21. Dezember 1972 unterzeichneten Grundlagenvertrag. Mit dem Berlinabkommen hatte die Sowjetunion die De-facto-Anerkennung der DDR durch die Westmächte und die Bundesrepublik erreicht und erkannte ihrerseits die enge Bindung von West-Berlin an die Bundesrepublik an.

Teil II des Abkommens stellte fest, dass die Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin ausgebaut werden sollten, wobei West-Berlin weiterhin kein Bestandteil im Sinne eines konstitutiven Teils der Bundesrepublik war und auch nicht durch den Bund regiert werden konnte. Als Ergebnis der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt (Aufgabe der Hallstein-Doktrin, Unterzeichnung von Moskauer und Warschauer Vertrag im Jahr 1970) brachte das Berlinabkommen wesentliche Fortschritte für die Berliner Bevölkerung und war zugleich ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Neugestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen, wie es sich im 1972 geschlossenen Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR manifestierte. In der Folge trat eine Entspannung um West-Berlin ein, wenn auch der Grundkonflikt um den Viermächte-Status Berlins weiterbestand.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Vierm%C3%A4chteabkommen_%C3%BCber_Berlin

4. Der Grundlagenvertrag am 21. Dezember 1972 zwischen der BRD und der „DDR“ (Inkrafttreten am 21. Juli 1973)

Zitat: „Grundlagenvertrag oder Grundvertrag ist die Kurzbezeichnung für den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Er wurde am 21. Dezember 1972 geschlossen, am 11. Mai (Bundesrepublik) bzw. 13. Juni 1973 (DDR) ratifiziert und trat am 21. Juni 1973 in Kraft.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Grundlagenvertrag>

Original-Wortlaut: „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

[„Grundlagenvertrag“] vom 21. Dezember 1972

Die Hohen Vertragschließenden Seiten

eingedenk ihrer Verantwortung für die Erhaltung des Friedens,
in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entspannung und Sicherheit in Europa zu leisten,
in dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind,
in der Erkenntnis, daß sich daher die beiden deutschen Staaten in ihren Beziehungen der Androhung oder Anwendung von Gewalt zu enthalten haben,
ausgehend von den historischen Gegebenheiten und unbeschadet der unterschiedlichen Auffassungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu grundsätzlichen Fragen, darunter zur nationalen Frage,
geleitet von dem Wunsch, zum Wohle der Menschen in den beiden deutschen Staaten die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zu schaffen,
sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik entwickeln normale gutnachbarliche Beziehungen zueinander auf der Grundlage der Gleichberechtigung.

Artikel 2

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden sich von den Zielen und Prinzipien leiten lassen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt sind, insbesondere der souveränen Gleichheit aller Staaten, der Achtung der Unabhängigkeit, Selbständigkeit und territorialen Integrität, dem Selbstbestimmungsrecht, der Wahrung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung.

Artikel 3

[1] Entsprechend der Charta der Vereinten Nationen werden die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik ihre Streitfragen ausschließlich mit friedlichen Mitteln lösen und sich der Drohung mit Gewalt oder der Anwendung von Gewalt enthalten.

[2] Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

Artikel 4

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen davon aus, daß keiner der beiden Staaten den anderen international vertreten oder in seinem Namen handeln kann.

Artikel 5

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden friedliche Beziehungen zwischen den europäischen Staaten fördern und zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa beitragen.

Sie unterstützen die Bemühungen um eine Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa, ohne daß dadurch Nachteile für die Sicherheit der Beteiligten entstehen dürfen.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden mit dem Ziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle der internationalen Sicherheit dienende Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, insbesondere auf dem Gebiet der Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, unterstützen.

Artikel 6

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen von dem Grundsatz aus, daß die Hoheitsgewalt jedes der beiden Staaten sich auf sein Staatsgebiet beschränkt. Sie respektieren die Unabhängigkeit und Selbständigkeit jedes der beiden Staaten in seinen inneren und äußeren Angelegenheiten.

Artikel 7

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik erklären ihre Bereitschaft, im Zuge der Normalisierung ihrer Beziehungen praktische und humanitäre Fragen zu regeln. Sie werden Abkommen schließen, um auf der Grundlage dieses Vertrages und zum beiderseitigen Vorteil die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik, des Verkehrs, des Rechtsverkehrs, des Post- und Fernmeldewesens, des Gesundheitswesens, der Kultur, des Sports, des Umweltschutzes und auf anderen Gebieten zu entwickeln und zu fördern. Einzelheiten sind in dem Zusatzprotokoll geregelt.

Artikel 8

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden ständige Vertretungen austauschen. Sie werden am Sitz der jeweiligen Regierung errichtet.

Die praktischen Fragen, die mit der Einrichtung der Vertretungen zusammenhängen, werden zusätzlich geregelt.

Artikel 9

Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik stimmen darin überein, daß durch diesen Vertrag die von ihnen früher abgeschlossenen oder sie betreffenden zweiseitigen und mehrseitigen internationalen Verträge und Vereinbarungen nicht berührt werden.

Artikel 10

Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation und tritt am Tage nach dem Austausch entsprechender Noten in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten der Hohen Vertragschließenden Seiten diesen Vertrag unterzeichnet.

GESCHEHEN in Berlin am [21.12.] 1972, in zwei Urschriften in deutscher Sprache. [...]

Zusatzprotokoll zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik

[Auszug]

Zu Artikel 3:

[1] Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik kommen überein, eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten zu bilden. Sie wird die Markierung der zwischen den beiden Staaten bestehenden Grenze überprüfen und, soweit erforderlich, erneuern oder

ergänzen sowie die erforderlichen Dokumentationen über den Grenzverlauf erarbeiten. Gleichmaßen wird sie zur Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme, zum Beispiel der Wasserwirtschaft, der Energieversorgung und der Schadensbekämpfung, beitragen.

[2] Die Kommission nimmt nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Arbeit auf.

[...]

Erklärungen zu Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zu Protokoll:

"Staatsangehörigkeitsfragen sind durch den Vertrag nicht geregelt worden."

Die Deutsche Demokratische Republik erklärt zu Protokoll:

"Die Deutsche Demokratische Republik geht davon aus, daß der Vertrag eine Regelung der Staatsangehörigkeitsfragen erleichtern wird."

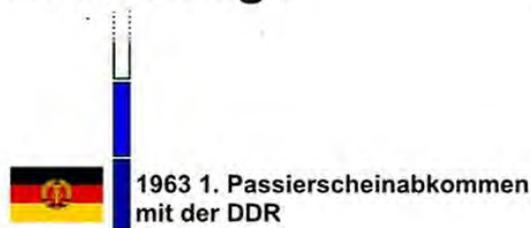
Quelle: <http://www.documentarchiv.de/brd/grundlvertr.html>

Weitere „Ost-Verträge“:

- Protokoll über den Post- und Fernmeldeverkehr am 30. September 1971 (Abkommen am 30. März 1976)
- Transitabkommen am 17. Dezember 1971
- Vertrag über den Reise- und Besucherverkehr am 20. Dezember 1971
- Verkehrsvertrag 26. Mai 1972



Ostverträge



(Quelle: Wikipedia.de - gemeinfrei, Text verändert)

Quelle: https://teachsam.de/geschichte/ges_deu_1945-1989/weg%20zur%20einheit%201990/deu_weg%20zur%20Einheit%201990_6.htm

1973: Wiederbelebung des verdeckt fortgeführten „Alleinvertretungsanspruchs“ der BRD!

Das Bundesverfassungsgericht der BRD legt für sich im Rahmen des großangelegten Identitätsdiebstahls am 31. Juli 1973 fest, dass die Bundesrepublik Deutschland mit dem Staat Deutschland - Deutsches Reich identisch sei:

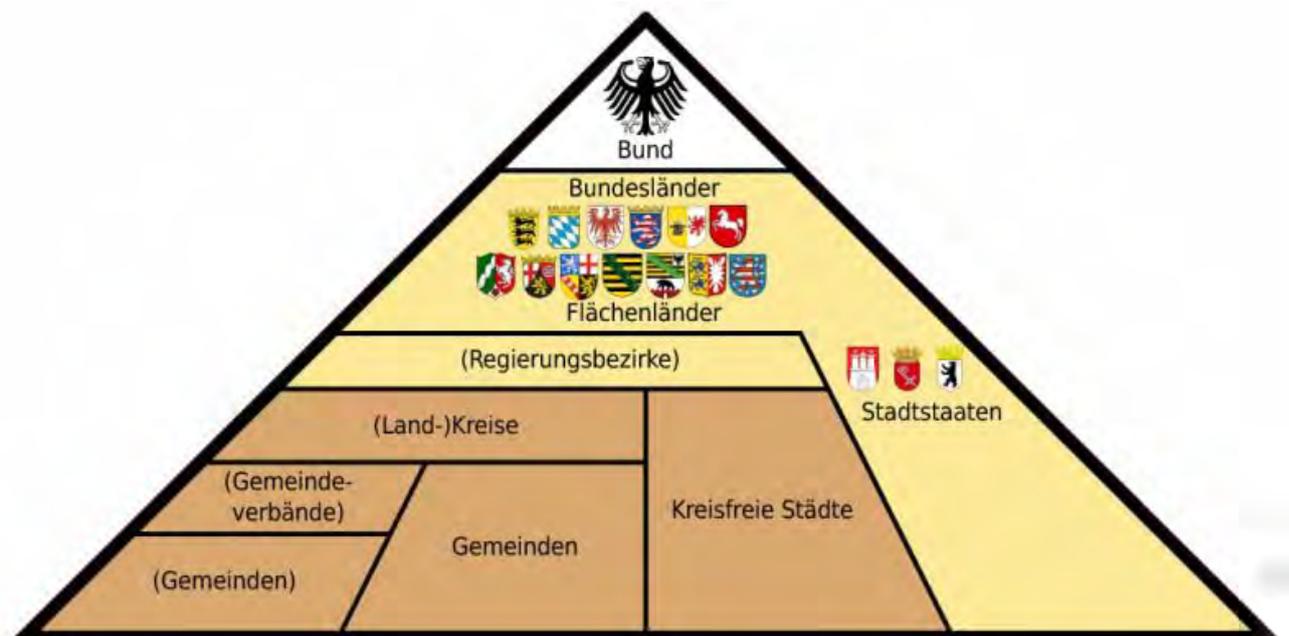
Zitat: „Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) der BRD hat in seinem Urteil zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik Folgendes festgestellt:

„Das Grundgesetz (...) geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; (...) Das Deutsche Reich existiert fort [...], besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig.“

Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, - in Bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘, so dass insoweit die Identität keine Ausschließlichkeit beansprucht.“

Quelle: BVerfG-Urteil vom 31. Juli 1973, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, 36. Band, 1 (15f.) = Neue Juristische Wochenschrift 1973, 1539.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Rechtslage_Deutschlands_nach_1945



13.4 Der absurde Kampf um die Abkürzung „BRD“!



„Wissenschaftlicher Dienst des „Deutschen Bundestages“ der BRD
- Dr. Stefan Schmidt, Fachbereich WD 1, Geschichte, Zeitgeschichte und Politik:

„Die Diskussion um den Gebrauch der Abkürzung BRD

Zitat: „Kritiker des Akronym BRD erkannten in ihm eine „kommunistische Agitationsformel“, die von der DDR aus ideologischen Gründen in den Sprachgebrauch eingeführt worden sei. Mit der Abkürzung – so lautete damals der wesentliche Vorwurf – versuche der SED-Staat, den Begriff „Deutschland“ aus der Staatsbezeichnung der Bundesrepublik Deutschland zu verdrängen und die „Identität der Nation“ zu zerstören. (...)“

In gewissem Umfang war die **Abkürzung BRD** schon in den 1950er Jahren gebräuchlich. Belege für ihre Verwendung lassen sich in diesem Zeitraum insbesondere in einer Reihe von Lexika und im amtlichen Schriftgut finden; der Kleine Brockhaus rechnete sie schon im Jahr 1950 zu den „verbreiteten formelhaften Abkürzungen“. **Ende der sechziger Jahre war das Akronym BRD im öffentlichen Sprachgebrauch der Bundesrepublik Deutschland allgemein vertreten. Der Rechtschreibduden führte es erstmals in seiner 16. Auflage auf, die im Jahr 1967 erschien.** Gegen die Verwendung der Abkürzung waren lange Zeit keine politischen Einwände erhoben worden. **Erst in den vom Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen im Jahr 1965 herausgegebenen „Richtlinien für die Bezeichnung Deutschlands“ wurde empfohlen, die Abkürzung BRD oder die Bezeichnung „Bundesrepublik“, ohne den Zusatz „Deutschland“ nicht zu verwenden.**

Nachdem schon in den siebziger Jahren die Kultusminister einzelner Bundesländer darauf hingewiesen hatten, dass die volle Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ im Schulunterricht benutzt werden sollte, fasste die Kultusministerkonferenz in ihrer 202. Plenarsitzung am 12. Februar 1981 den Beschluss, die Abkürzung in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht nicht mehr zu verwenden.

Nachdem die SED-Führung in den ersten Jahren nach der Gründung der DDR in ihren Verlautbarungen zunächst auf ihren gesamtdeutschen Zielen – der Einheit Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen – beharrt hatte, vertrat sie seit Mitte der 1950er Jahre **die These, dass sich auf dem Boden des untergegangenen Deutschen Reiches zwei deutsche Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen entwickelt hätten. Mit dieser „Zwei-Staaten-Theorie“ verzichtete die SED-Führung zunehmend auf gesamtdeutsche Konzepte und grenzte sich scharf gegen die Bundesrepublik ab. Zum primären außenpolitischen Ziel der DDR wurde es in den folgenden Jahren, auch außerhalb des Ostblocks als souveräner Staat anerkannt zu werden.**

Dem Ringen der DDR um staatliche Anerkennung stellte die Bundesrepublik Deutschland den **Alleinvertretungsanspruch für die Interessen des gesamten deutschen Volkes**, also auch für die der unterdrückten Deutschen in der „Sowjetzone“ **entgegen**, da dem SED-Staat die demokratische Legitimation fehlte. **Gemäß der so genannten „Hallstein-Doktrin“ wurde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR als unfreundlicher Akt gewertet, den die Bundesrepublik mit Sanktionen unterschiedlicher Reichweite bis hin zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen beantwortete.**

Die Existenz der Zweistaatlichkeit sollte zunächst anerkannt werden, um gleichzeitig die Beziehungen zwischen beiden Staaten zu verdichten und die Teilung Deutschlands schließlich in einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu überwinden. Der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen der beiden deutschen Staaten, der am 21. Dezember 1972 unterzeichnet wurde und in dem man sich zu guter Nachbarschaft auf der Basis der Gleichberechtigung und der Unverletzlichkeit der Grenzen verpflichtete, bedeutete den **faktischen Verzicht der Bundesrepublik auf den Alleinvertretungsanspruch und die Anerkennung der DDR. Am 18. September 1973 wurden beide deutsche Staaten in die Vereinten Nationen aufgenommen.**“

Quelle: <https://www.bundestag.de/resource/blob/494506/dae9e4a85e6baeaff1770647ed7250a6/gebrauch-der-abkuerzung-brd-data.pdf>



Quelle: <https://www.facebook.com/tvtotal/videos/brd-nie-geh%C3%B6rt/289689458521984/>

Beispiel der arglistig täuschenden BRD-Propaganda - Operation unter falscher Flagge:



„Bundesrepublik oder BRD? Namensfindung in Ost und West“

„BRD - ja oder nein?“

Zitat: „Die Abkürzung **BRD** für Bundesrepublik war nach ihrer Gründung in den 1950er und 1960er Jahren durchaus üblich. In den 1970er Jahren setzte jedoch eine Diskussion ein, ob dieses Kürzel verwendet werden dürfe. Denn im Osten war nicht nur die Bezeichnung DDR die übliche für das eigene Land, sondern auch der Name BRD wurde üblicherweise dort verwendet.

Nur noch "Bundesrepublik":

Davon wollte man sich im Westen nun abgrenzen. Die beiden deutschen Staaten sollten durch ähnliche Bezeichnungen nicht auf eine Stufe gestellt werden. Die Bundesrepublik sah sich trotz aller Entspannung im deutsch-deutschen Verhältnis als einziger legitimer deutscher Staat und erkannte die DDR völkerrechtlich nicht an.

Das Ziel der „deutschen Wiedervereinigung“ galt für sie weiterhin.

Darum sollte auch das Wort "Deutschland" im Bewusstsein bleiben. Die Bezeichnung BRD sollte ab 1974 nicht mehr in offiziellen Texten verwendet werden.“

Quelle: <https://www.zeitklicks.de/bundesrepublik-ii/politik/die-ostpolitik/bundesrepublik-oder-brd-namensfindung-in-ost-und-west>

Die BRD ist nicht Deutschland!

13.5 Perfekter Staaten-Betrug durch die BRD in der UNO!

1973: Der Irrsinn nimmt weiter seinen Lauf – die DDR und BRD werden Mitglied-Staaten in der UN!



Quelle: <https://www.freiepresse.de/verlag/75-jahre-freie-presse/ZEITSTRAHL/1973-ddr-in-der-un-artikel11484742>

Völlige Verwirrung oder perfekte Kriegslist???

18. September 1973:

Das angloamerikanisch geführte Feindstaatenbündnis gegen Deutschland – „Vereinte Nationen“ („UN“) beteiligt sich am völkerrechtlichen Deutschland-Betrug:

Zitat: „Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland wurden am 18. September 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen.

Durch den Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 haben sich die beiden deutschen Staaten vereinigt und bilden einen souveränen Staat.“

Quelle: <https://unric.org/de/mitgliedstaaten/>

Die BRD wird seither vollständig vom getäuschten Ausland als der Staat „Deutschland“ betrachtet!

Beispiel: Prager Vertrag am 11. Dezember 1973

Die Tschechoslowakische Republik hält die BRD für Deutschland und verlangt von der BRD die Annullierung des Münchner Abkommens von 1938.

Zitat: „Der Prager Vertrag (Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik) aus dem Jahr 1973 wurde zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakei geschlossen. Dieser deutsch-tschechoslowakische Normalisierungsvertrag war Teil der deutschen Ostpolitik, der letzte der Ostverträge, in denen Vereinbarungen über die Nachkriegsgrenzen Deutschlands mit Osteuropa getroffen wurden. Unterzeichnet wurde er am 11. Dezember 1973 (von Seiten Deutschlands von Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel, von Seiten der ČSSR von Ministerpräsidenten Lubomír Štrougal und Außenminister Bohuslav Chňoupek). Der deutsch-tschechoslowakische Vertrag trat mit der abschließenden Ratifizierung 1974 in Kraft. Die Verhandlungen wurden am 12. Oktober 1970 aufgenommen. Prag forderte der Ulbricht-Doktrin folgend zunächst die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO und die vorbehaltlose Anerkennung der DDR. Außerdem beharrte Prag darauf, das Münchner Abkommen von 1938 sei „von Anfang an“ und entsprechend zu annullieren. Erst zwei Jahre später ging die tschechoslowakische Seite in der ausschlaggebenden Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens von der ex-tunc-Formel zur Nullitätsformel über. In drei weiteren Verhandlungsrunden von April bis Mai 1973 wurden schließlich Formulierungen gefunden, die die Nichtigkeit des Abkommen für beide Seiten akzeptabel erklärten. Am 20. Juni 1973 wurde der Vertrag in Bonn paraphiert. Danach traten aber wieder Meinungsverschiedenheiten auf, diesmal in der Frage der Vertretung West-Berlins durch die Bundesrepublik Deutschland. In zwei weiteren Gesprächsrunden im August 1973 gelang es nicht, sie auszuräumen. Strittige humanitäre Fragen und die West-Berlin-Frage wurden schließlich mit einem Briefwechsel von Bundeskanzler Willy Brandt und Außenminister Walter Scheel gelöst, der die Vereinbarungen des Vertrags ergänzte. Am 11. Dezember 1973 konnte der Vertrag schließlich unterzeichnet werden.

Im Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von 1992 wurde der Prager Vertrag von 1973 „auch hinsichtlich einer Nichtigkeit des Münchener Abkommens vom 29. September 1938“ bestätigt.“

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Prager_Vertrag_\(1973\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Prager_Vertrag_(1973))



Quelle: <https://deutsch.radio.cz/prager-vertrag-vor-35-jahren-der-letzte-baustein-brandts-ostpolitik-8589241>

Ergebnis der Bonner „Ostpolitik“:

Die trickbetrügerische Anerkennung der alliierten Besatzungsorganisationen „Bundesrepublik Deutschland“ und „Deutsche Demokratische Republik“ als „zwei deutsche Staaten“ ist völkerrechtlich juristisch unmöglich, unsinnig und verstößt gegen das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945!

Außerdem konnte es keine völkerrechtlichen Prozesse zur Schaffung einer "westdeutschen Staatsnation" oder dergleichen geben!

Es gab und gibt bis heute keine Staats-Angehörigkeit „Bundesrepublik Deutschland“ und auch keine Staats-Angehörigkeit „Deutsche Demokratischen Republik“!

Die arglistig täuschend geführte „Ostpolitik“ der Westalliierten und deren Nazi-Gehilfen hat der internationalen Weltgemeinschaft durch die „**neue Ostpolitik**“ glaubhaft gemacht, dass es „**zwei deutsche Staaten**“ gäbe, die sich zu gegebener Zeit „**wieder-vereinigen**“ sollten – gemäß einem frei-erfundenen und propagierten sog. „Wiedervereinigungsgebot“.

Zitat: „Das Wiedervereinigungsgebot war ein Bestandteil des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 1990. Dieser Verfassungsauftrag fand sich unter anderem in der Präambel des Grundgesetzes.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wiedervereinigungsgebot>

Präambel: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, seine nationale und staatliche Einheit zu wahren und als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat das Deutsche Volk in den Ländern Baden, Bayern, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war.

Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html>

Feststellung:

In der Rechtsrealität und der völkerrechtlichen Rechtsprechung besteht der sog. „Vollstaat“ „Deutsches Reich“ bzw. „Deutschland“ im Rechts- und Gebietszustand vom 31. Dezember 1937 mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ der NSDAP-Adolf Hitler vom 5. Februar 1934 weiter fort!

Der Begriff "Wieder-Vereinigung" ist in Bezug auf Deutschland völlig unsinnig, weil der Staat Deutschland seit dem 23. Mai 1945 als Ganzes niemals geteilt wurde, sondern bis heute einfach handlungsunfähig weiterhin fortbesteht!

Die „Einheit und Freiheit der Deutschen“ hat nichts mit dem „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ zu tun, sondern kann völkerrechtlich nur durch die Erfüllung des Potsdamer Abkommens Teil II und Teil III hergestellt werden!

Gemäß dem völkerrechtlichen Potsdamer Abkommen Teil IX wird die östliche Grenze Deutschlands bzw. die Westgrenze Polens im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens und den in Teil II verbundenen Friedensverträgen völlig neu festgelegt!

Phase 6: Kriegslist BRD-Mega-Kredit an die DDR 1983!

Nazi-Waffe „Verschuldung“ durch Kreditvergabe über die Privatbanken der Rothschild-Mafia:

Nach der erfolgreichen Ostpolitik „Wandel durch Annäherung“ sollte nun ein „politisches Entgegenkommen“ der DDR Richtung BRD bewirkt werden!

Grundsätzliche Nazi-Strategie:

Erst freundliche Annäherung → Erschleichung von Vertrauen → Schaffung wirtschaftlicher Abhängigkeiten mittels Kredite → „politisches Entgegenkommen“ durch Zugeständnisse → direkte „innerstaatliche Einflussnahme“ → feindliche Übernahme!

Die wirtschaftliche Unterwanderung der DDR durch Rothschild-Kreditvergabe hatte „politische Zugeständnisse“ als „Entgegenkommen“ bewirkt!

Zitat: „Von Strauß und Schalck-Golodkowski eingefädelt Bundesrepublik bürgt für einen Milliardenkredit an die nahezu bankrotte DDR“



Quelle: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/von-strauss-und-schalck-golodkowski-eingefaedelt/>

Westliche Kriegsführung gegen die DDR auf handelsrechtlicher Ebene:

Die Hauptakteure der Operation „Verschuldung der DDR“ waren Franz Joseph Strauß und Alexander Schalck-Golodkowski. Die wirtschaftliche Unterwanderung der DDR durch Kreditvergabe hatte Zugeständnisse als „politisches Entgegenkommen“ bewirkt. Theo Weigel nennt es die „Kontinuität des Denkens“: Kredite an „Ostblock-Länder“ zur politischen Einflussnahme.

Zitat: „Die Geschichte beginnt am 5. Mai jenen Jahres mit einer Szene wie aus einem Agententhiller. Ein Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes fliegt den bayerischen Ministerpräsidenten auf dem Gut des mit ihm bekannten Großschlächters Josef März im oberbayerischen Aschau ein. **Dort trifft Strauß auf Alexander Schalck-Golodkowski. Der oberste Devisenbeschaffer der DDR, der März aufgrund dessen Geschäfte mit Ostdeutschland kennt, war kurz zuvor mit einem gepanzerten BMW der bayerischen Staatsregierung aus Thüringen in den Chiemgau chauffiert worden.** (...) 24. Juli 1983, Werbellinsee in Brandenburg: Strauß und Honecker besprechen die Details des Deals. Nach einigen Folge-Meetings wird vereinbart, dass die DDR einen Kredit von einer Milliarde D-Mark erhält. **Abgewickelt wird er über ein westdeutsches Bankenconsortium unter Federführung der Bayerischen Landesbank.** (...) 1984 folgt ein zweiter Kredit. (...)

In einem späteren Interview dazu spricht Weigel sogar von einer **„Kontinuität des Denkens“** bei Strauß, der bereits in den 1960er-Jahren eine Milliardenzahlung an die Sowjetunion vorgeschlagen habe, damit sie sich aus der DDR zurückziehe. **Schon in jener Zeit sprach Strauß von Krediten an Ostblockländer, um diese frühzeitig an das westliche Banken- und Wirtschaftssystem zu**

binden.“ Quelle: <https://www.br.de/nachricht/inhalt/strauss-kredit-ddr100.html>

Aufschlussreiche Informationen zur Feind-Methodik aus den westlichen Medien:

Die handelsrechtliche Waffe „Verschuldung“ sorgt für „politische Zugeständnisse“!

Zitat: „Die DDR erhält 1983 Kredit – **Galgenfrist** für den Klassenfeind

Das Flugzeug hat er selbst geflogen: Franz Josef Strauß auf dem Leipziger Flughafen, im Hintergrund rechts Alexander Schalck-Golodkowski.

In der Führung der SED war man sich seit März 1982 darüber im Klaren, dass – wenn kein Wunder geschehe – die DDR ihre im Westen aufgenommenen Kredite nicht mehr bedienen können. Worin das Wunder bestehen könnte, darüber bestand auch Einigkeit. **In einer internen Mitteilung hieß es am 5. März 1982: „Da es keine Möglichkeiten gibt, weitere Finanzkredite zur Sicherung der Zahlungsbilanz NSW (Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet) aufzunehmen, ist es notwendig, eine Umschuldung durchzuführen. Das hat zur Voraussetzung, dass die DDR im Monat Mai 1982 gegenüber den NSW-Gläubigerbanken ihre Zahlungsunfähigkeit erklärt. Hierzu ist aufgrund der außerordentlichen politischen Auswirkungen eine persönliche Entscheidung des Generalsekretärs des ZK notwendig. - Es ist zu prüfen, ob im Zusammenhang mit einer erklärten Bereitschaft der BRD, einen größeren Kredit an die DDR auszureichen, der mit entsprechenden politischen Zugeständnissen verbunden sein wird, Verhandlungen mit der BRD aufgenommen werden. Hierzu ist gleichfalls eine politische Entscheidung des Generalsekretärs des ZK notwendig.“**

Der Generalsekretär Erich Honecker (1912–1994) gab schnell grünes Licht. **Am 29. Juni 1983 wurde dann einer verblüfften Öffentlichkeit auf beiden Seiten der Mauer verkündet, dass am 1. Juli 1983 ein westdeutsches Bankenconsortium unter der Führung der Bayerischen Landesbank der DDR einen Milliardenkredit gewähren werde. Für den Kredit bürgte die Bundesregierung. Der Betrag, um den es 1983 – offiziell – ging, wirkt heute lächerlich: eine Milliarde DM. Das war auch damals keine Riesensumme. Denn die DDR musste jährlich mindestens fünf Milliarden DM aufbringen, um ihre Schulden tilgen zu können. Man wird vermuten dürfen, dass die eine Milliarde nicht alles war, was über die Mauer ging. Vorbereitet hatten die Aktion Strauß und der Chef der Abteilung Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Ministerium für Außenhandel der DDR, Alexander Schalck-Golodkowski (1932-2015). Für Strauß war der Deal die letzte große Gelegenheit, sich als den wahren Strippenzieher der deutschen Politik darzustellen.“**

Quelle: <https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/klassenfeind-die-ddr-erhaelt-1983-kredit-galgenfrist-fuer-den-92367662.html>

Zitat: „1983 erhielt die DDR einen Milliardenkredit aus dem Westen.

Die finanzielle Lage der DDR zeigte sich 1983 als besonders prekär. Das Land hatte im Westen hohe Schulden, deren Tilgung allein jedes Jahr fünf bis sechs Milliarden D-Mark auffraß. Die Gewinne, die DDR aus dem Exportgeschäft erhielt, wurden dadurch nahezu aufgefressen.

Franz-Josef Strauß, bayerischer Ministerpräsident und erbitterter Gegner der Entspannungspolitik, fädelte den neuen Kredit für die DDR ein. **Eine westliche Privatbank bürgte für den Kredit über eine Milliarde Mark.**

„Zugeständnisse“ der von den Bonner Alt-Nazis erpressten DDR:

Die DDR war im Gegenzug zu Kompromissen bereit. So begann sie, die Selbstschussanlagen abzubauen und minderte Schikanen an der deutsch-deutschen Grenze. Die Familienzusammenführung wurde erleichtert und Kinder vom Mindestumtausch wieder ausgenommen. (...) 1984 folgte dem Milliardenkredit übrigens noch ein zweiter.

Quelle: <https://www.zeitclicks.de/zeitstrahl/1983/milliardenkredit-aus-dem-westen>

Der Bonner Alt-Nazi Franz Joseph Strauß:

Joseph Strauß

Zitat: "Franz Josef Strauß (* 6. September 1915 in München; † 3. Oktober 1988 in Regensburg) war ein deutscher Politiker der CSU, deren Vorsitzender er von 1961 bis zu seinem Tod war.

Strauß wurde Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB). In seiner Freizeit ging Strauß dem Radsport nach und wurde 1937 auf Anraten des Professors Franz Dirlmeier Mitglied des Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps (NSKK) sowie Referent beim NSKK-Sturm 23/M 86 in München. Er hatte dort die Funktion eines Rottenführers inne. Im Juli 1939 trat er aus dem NSKK aus. Diese Mitgliedschaft wurde von der Spruchkammer in Schongau zwar als belastend eingestuft, jedoch gleichzeitig „[...] als zwangsbedingt, um eine Nichtzulassung zum Examen zu vermeiden.“ Sie wurde als nominelle Mitgliedschaft gewertet, die weder propagandistisch noch aktiv ausgeübt wurde.

Am 14. April 1941 wurde er erneut zur Wehrmacht einberufen und nahm ab dem 22. Juni 1941 am Krieg gegen die Sowjetunion teil.

Von September 1941 bis Februar 1942 wurde er zum Offizier ausgebildet, im März 1942 als Leutnant d. R. der Heeresflak zugeteilt und in der Ukraine, auf der Krim sowie vor Stalingrad eingesetzt. Dort erlitt er Erfrierungen an beiden Füßen, weshalb er noch vor dem Untergang der 6. Armee in der Schlacht von Stalingrad ins Reich zurückverlegt wurde. Nach einem weiteren Lehrgang von Januar bis Mai 1943 in Stolpmünde wurde er **Ausbildungs-offizier, Abteilungsadjutant und Offizier für wehrgeistige Führung** bei der Flakartillerieschule Altenstadt bei Schongau.

Schon während seiner Militärzeit wurde Strauß am 8. April 1942 mit Wirkung zum 1. Mai zum außerplanmäßigen Beamten ernannt. Am 20. April 1943 erfolgte die Ernennung zum Studienrat an der Oberschule für Jungen an der Damenstiftstraße in München. Vorarbeiten für eine von ihm begonnene Dissertation verbrannten 1944.“

Ergänzung dazu - Zitat:

„Das Nationalsozialistische Kraftfahrkorps (NSKK) war eine paramilitärische Unterorganisation der NSDAP mit Sitz in München und Berlin.

Die Organisation bestand seit April 1930 unter dem Namen Nationalsozialistisches Automobilkorps (NSAK) und wurde 1931 in NSKK umbenannt. Im August 1934 ordnete Adolf Hitler die Zusammenlegung von Motor-SA und NSKK an und unterstellte es seiner unmittelbaren Führung.

Mit der Verordnung zum „Gesetz zur Sicherung von der Einheit von Partei und Staat“ vom 29. März 1935 wurde das NSKK (wie die SS, SA, Hitler-Jugend, NS-Studentenbund und NS-Frauenbund) zu einer Gliederung der NSDAP.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistisches_Kraftfahrkorps

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB; auch NSD-Studentenbund) war eine 1926 gegründete Gliederung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) für Studenten.[1] Sie sollte im Auftrag der NSDAP die weltanschauliche Schulung der Studenten im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie übernehmen.

Der NSDStB war wie alle Parteigliederungen streng nach dem Führerprinzip aufgebaut, kasernierte die Studenten in Kameradschaftshäusern (mehrheitlich übernommenen Korporationshäusern) und stattete sie ab 1930 mit braun gefärbten Hemden und Hakenkreuzfahne aus. Quelle:

https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Deutscher_Studentenbundhttps://de.wikipedia.org/wiki/Nationalsozialistischer_Deutscher_Studentenbund

Franz Josef Strauß ab 1945

Zitat: „Bei Kriegsende geriet **Strauß** zunächst in Kriegsgefangenschaft; er **wurde schnell (noch 1945) als politisch unbelastet eingestuft**. Ein deutschstämmiger US-Soldat zog ihn aufgrund seiner Englischkenntnisse zur Unterstützung bei Übersetzungen heran. Von der amerikanischen Besatzungsmacht wurde er dann zum **stellvertretenden Landrat des Landkreises Schongau** bestellt. **1946 war er Mitbegründer des Kreisverbandes der CSU Schongau und wurde zum Landrat von Schongau gewählt. Ab 1948 war Strauß Mitglied im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt am Main;**

Strauß war unter Konrad Adenauer Bundesminister für besondere Aufgaben (1953–1955), für Atomfragen (1955–1956) und der Verteidigung (1956–1962), bis er wegen der Spiegel-Affäre zurücktreten musste. In der Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger kam Strauß wieder in die Bundesregierung zurück und war Bundesminister der Finanzen (1966–1969).

Von 1978 bis zu seinem Tod 1988 war er bayerischer Ministerpräsident. Bei der Bundestagswahl 1980 scheiterte er als Kanzlerkandidat der Unionsparteien gegen den Amtsinhaber Helmut Schmidt (SPD). **Strauß unterhielt enge Verbindungen zur Industrie und gehörte zu den Hauptinitiatoren bei der Gründung des Unternehmens Airbus.**

1983 sorgte Strauß durch das Einfädeln eines Milliardenkredits für die DDR für Aufregung auch in den eigenen Reihen, was schließlich zum Parteiaustritt einiger Abgeordneter unter Franz Handlos und zur Gründung der Partei „Die Republikaner“ führte.

In Zusammenhang mit der getarnten **Blaupausen-Lieferung von U-Booten** an das Apartheid-Regime in Südafrika 1984–86, „ein Kurs zu dem [...] Franz Josef Strauß das Kanzleramt [...] drängte“, gab es „Gerüchte, daß Provisionen oder **Schmiergelder aus dem U-Boot-Geschäft** [...] an Unionsfreunde oder auf Parteikonten flossen“.

Eine besondere Freundschaft pflegte er zudem mit **Gnassingbé Eyadéma**, dem Diktator von Togo, mit dem er die **Bayerisch-Togoische Gesellschaft** gründete.

Im Oktober 1987 unternahm er (nach 1975) eine zweite Chinareise. **Am 28. Dezember 1987 flog der Privatpilot, begleitet von Parteifreunden, mit einer Cessna Citation II 151 bei schlechtem Wetter zu einem in der Öffentlichkeit nicht angekündigten Besuch nach Moskau und unterhielt sich zweieinhalb Stunden mit Michail Gorbatschow**, von dessen Reformvorstellungen er sich tief beeindruckt zeigte. **Unter anderem wurde er von Gorbatschow an diesem Treffen gefragt, ob er das erste Mal in der Sowjetunion sei. Strauß antwortete nonchalant:**

„Das zweite Mal, aber das erste Mal kam ich nur bis Stalingrad.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Franz_Josef_Strau%C3%9F



Quelle: <https://www.fjs.de/privates/soldat/>

Wer war Alexander Schalck-Golodkowski?



Die kommerzielle Schlüsselstelle des „ausländischen Agenten“

Alexander Schalck-Golodkowski unter dem **BND-Decknamen „Schneewittchen“**:

Zitat: „Alexander Schalck-Golodkowski (gebürtig Alexander Golodkowski; * 3. Juli 1932 in Berlin-Treptow; † 21. Juni 2015 in Rottach-Egern) war ein deutscher Politiker (SED), Oberst im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Wirtschaftsfunktionär der DDR. Er war Leiter des geheimen Bereichs für Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel, der durch die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) des MfS kontrolliert wurde. **Der Bereich Kommerzielle Koordinierung war zuständig für den (inoffiziellen) Handel mit dem kapitalistischen Ausland. Bekanntheit erlangte er im Nachhinein für die Aushandlung eines Kredits in Höhe von einer Milliarde DM, den ein westdeutsches Bankenkonsortium der DDR 1983 gewährte. Schalck-Golodkowskis Verhandlungspartner auf westdeutscher Seite war der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU).**

Zitat: "Alexander Schalck-Golodkowski (gebürtig Alexander Golodkowski; * 3. Juli 1932 in Berlin-Treptow; † 21. Juni 2015 in Rottach-Egern) war ein deutscher Politiker (SED), **Oberst im Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und Wirtschaftsfunktionär der DDR.**

Er war Leiter des geheimen Bereichs für Kommerzielle Koordinierung im Ministerium für Außenhandel, der durch die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) des MfS kontrolliert wurde. Der Bereich Kommerzielle Koordinierung war zuständig für den (inoffiziellen) Handel mit dem kapitalistischen Ausland. Bekanntheit erlangte er im Nachhinein für die Aushandlung eines Kredits in Höhe von einer Milliarde DM, den ein westdeutsches Bankenkonsortium der DDR 1983 gewährte. Schalck-Golodkowskis Verhandlungspartner auf westdeutscher Seite war der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU).

Berufliche und politische Laufbahn in der DDR

Am 5. März 1953 stellte Schalck-Golodkowski den SED-Aufnahmeantrag und wurde nach der Kandidatenzeit 1955 als Mitglied aufgenommen. Bereits 1956, also noch vor Ende seines Studiums, wurde er **Hauptverwaltungsleiter beim Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel**. Diese Position hatte er bis 1962 inne. 1958 wurde er außerdem zum **Vertreter des Außenhandels in der Ständigen Kommission für Bauwesen des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe ernannt. Von 1962 bis 1966 war er hauptamtlicher Erster Sekretär der SED-Kreisleitung im Ministerium für Außenhandel**. Ab 1966 war er für den neu gegründeten Bereich **Kommerzielle Koordinierung (KoKo)** zuständig, den er maßgeblich mit aufbaute. Dieser Bereich sollte mit verdeckten Geschäften zur Devisenerwirtschaftung die Zahlungsfähigkeit der DDR sichern. Seine Karriere im **Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begann 1967, als er zum Offizier im besonderen Einsatz (OibE) der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK)** ernannt wurde. 1975 wurde Schalck-Golodkowski zum Oberst befördert. Ein weiterer Aufstieg zum General kam nicht in Frage, da dies zwangsweise seine Enttarnung als MfS-Offizier nach sich gezogen hätte; er erhielt zuletzt jedoch das **Gehalt eines Generalleutnants**.

1970 verteidigte er gemeinsam mit seinem Führungsoffizier, MfS-Oberst Heinz Volpert, an der zum Ministerium für Staatssicherheit gehörenden **Juristischen Hochschule in Golm bei Potsdam seine Dissertation zum Thema „Vermeidung ökonomischer Verluste und Erwirtschaftung zusätzlicher Devisen“**. Diese Arbeit war bis zum Ende der DDR geheim. „**Doktorvater**“ war neben zwei **Doktoren des MfS der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke**, der selbst weder Abitur hatte noch einen akademischen Grad besaß.

Von 1967 bis 1975 war Schalck-Golodkowski offiziell einer der stellvertretenden Minister für Außenhandel und im Anschluss daran bis 1989 Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel. Beim Politbüro des ZK der SED war er seit 1976 Mitglied der Wirtschaftskommission, ab 1981 der Kommission zur Koordinierung der ökonomischen,

kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raums. 1981 nahm er an den Verhandlungen zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Jagdhaus Hubertusstock am Werbellinsee teil. In der Folge führte er 1983 die erfolgreichen Verhandlungen mit dem bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß über einen westdeutschen Milliardenkredit für die DDR.

Seit 1986 war Schalck-Golodkowski Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der SED.

Schalck-Golodkowski war zusammen mit Gerhard Schürer, Gerhard Beil, Ernst Höfner und Arno Donda einer der Autoren der Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, einer Vorlage für die Sitzung des Politbüros der SED am 30. Oktober 1989. Dieser auch als „Schürer-Papier“ bekannt gewordene Geheimbericht sprach von Überschuldung und wirtschaftlicher Zerrüttung der DDR. Im Zuge des Zusammenbruchs der DDR wurde Schalck-Golodkowski wegen Pressemeldungen über kriminelle Machenschaften von KoKo-Firmen auf der letzten Sitzung des ZK der SED am 3. Dezember 1989 aus dem ZK und der SED ausgeschlossen. **Er flüchtete daraufhin am 4. Dezember mit seiner Ehefrau Sigrid nach West-Berlin**, wo er sich den Behörden stellte und für circa sechs Wochen in Untersuchungshaft kam. Er gab an, dass er eine Abstempelung als Buhmann und die Beseitigung durch seine ehemaligen Genossen fürchte. Ein Auslieferungsantrag der DDR-Generalstaatsanwaltschaft wurde abgelehnt. **Im Januar 1990 zog das Ehepaar Schalck-Golodkowski nach Rottach-Egern am Tegernsee. Dort betrieb er die Firma Gusimex Handelsgesellschaft GmbH, deren Unternehmensgegenstand als Handel mit Waren aller Art angegeben wurde.** Die Gesellschaft wurde 2015 aufgelöst.

Unter dem Decknamen „Schneewittchen“ machte er beim Bundesnachrichtendienst umfangreiche Aussagen über die kriminellen Wirtschaftsmethoden des Bereichs Kommerzielle Koordinierung und seine Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit. Er erhielt vom BND Straffreiheit und bekam Papiere mit falschem Namen in Aussicht gestellt. Es wird gemutmaßt, dass Schalck-Golodkowski aufgrund dieser Ausweisdokumente in der Lage war, auf zuvor geschaffene Rücklagen in Form von Geheimkonten zuzugreifen. Bestätigt ist nur der Zugriff auf ein West-Berliner Bankschließfach mit unbekanntem Inhalt.

Bei der Auflösung seiner alten Wirkungsstätte Kommerzielle Koordinierung wurden weitere dubiose Einzelheiten seiner Tätigkeiten bekannt, die mehrere Ermittlungsverfahren zur Folge hatten. Unter anderem wurden Schalck-Golodkowski Straftaten gemäß

Betäubungsmittelgesetz, Untreue, Betrug und Spionage vorgeworfen. 1991 wurde öffentliche Kritik an der **Verzögerung der Ermittlungen gegen Schalck-Golodkowski** laut, die in der Presse mit den aus DDR-Zeiten bestehenden **Kontakten zwischen ihm und bedeutenden westdeutschen Politikern und Unternehmern** in Zusammenhang gebracht wurde. **Vermutungen, dass Schalck-Golodkowski von westdeutschen Behörden geschützt würde, widersprach der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel energisch.**

Als Ergebnis wurde Schalck-Golodkowski im Januar 1996 wegen Verstoßes gegen **das als Bundesrecht weitergeltende Militärregierungs-gesetz Nr. 53** zu einer einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Eine Revision gegen das Urteil wurde vom Bundesgerichtshof verworfen. **Die Freiheitsstrafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.** Im Juli 1996 kam es zu einer weiteren Anklageerhebung wegen Embargovergehen. 1998 wurde Schalck-Golodkowski wegen eines Krebsleidens für verhandlungsunfähig erklärt und brauchte zunächst nicht mehr vor Gericht zu erscheinen. Dennoch wurde er im Juli 1998 zu einer erneuten Freiheitsstrafe von 16 Monaten verurteilt; **wiederum wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.**

Im März 2003 erlitt Schalck-Golodkowski **während eines Urlaubs** einen Herzstillstand und musste sich einer Notoperation unterziehen. Nach langem Krebsleiden verstarb er am 21. Juni 2015 **in seinem Haus am Tegernsee.** Er wurde auf dem **Auferstehungsfriedhof** in Berlin-Weißensee beigesetzt.“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Alexander_Schalck-Golodkowski

Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt 1983 zum Kredit an die DDR:

„29. Juni 1983 - Bund bürgt für „Milliardenkredit“ an die DDR

Die Bundesregierung gibt am 29. Juni 1983 bekannt, dass sie die Bürgschaft für einen Kredit über eine Milliarde D-Mark an die DDR übernimmt.“

Quelle: <https://www.welt.de/geschichte/article177223314/Die-Bundesregierung-buergt-fuer-einen-DDR-Kredit.html>

Protokoll-Auszug Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt 1983 zum Kredit an die DDR:

Zitat: „8. Kabinettsitzung am Mittwoch, dem 29. Juni 1983

Beginn: 9.00 Uhr Ende:18.04 Uhr Ort: Bundeskanzleramt Beginn der Kabinettsitzung: 9.05 Uhr.

Der Bundeskanzler begrüßt als Gäste die Vertreter der Deutschen Bundesbank und der Koalitionsfraktionen. (...)

(12.15 Uhr) Kreditbürgschaft für die DDR

StM Jenninger unterrichtet das Kabinett, daß die DDR-Führung sich vor einigen Wochen an die Bundesregierung gewandt und um die Vermittlung eines Finanzkredits in Höhe von 1 Mrd. DM gebeten habe. Sicherheiten seien angeboten worden. Dabei sei wichtig, daß es sich nicht nur um einen wirtschaftlichen, sondern um einen politischen Vorgang handele, der im Gesamtzusammenhang der Beziehungen zu sehen sei. Die DDR habe erkennen lassen, daß auch sie diesen Zusammenhang sehe.

Der Bundeskanzler habe dann ein Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Landesbank mit den notwendigen Verhandlungen beauftragt. Diese Verhandlungen seien nunmehr abgeschlossen. Der Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM solle in zwei Tranchen von je 500 Mio. DM in angemessenem zeitlichen Abstand zu marktüblichen Konditionen abgewickelt werden. Die Bundesregierung solle für den Kredit eine Bürgschaft übernehmen. Ein finanzielles Risiko bestehe nicht; von Bedeutung sei jedoch das politische Risiko. Hier müsse aber Vertrauen gegen Vertrauen gesetzt werden. Er empfehle daher, dem Kredit und der Bürgschaft zuzustimmen.

An der sich anschließenden Aussprache beteiligen sich der Bundeskanzler sowie die BM Stoltenberg, Wörner, Graf Lambsdorff, Blüm, Schwarz-Schilling und Bundesbankpräsident Pöhl. Der Bundeskanzler verdeutlicht dabei, daß es sich zwar um eine sehr schwierige politische Entscheidung handele, die aber im Zusammenhang mit der Gesamtpolitik gesehen und als Botschaft für die Menschen im anderen Teil Deutschlands verstanden werden müsse. Im übrigen stehe hinter der Entscheidung der gemeinsame politische Wille aller Parteiführungen.

BM Stoltenberg und BM Graf Lambsdorff unterstreichen ihrerseits, daß sie trotz gewisser formeller Bedenken (u. a. Präcedenzwirkung eines nicht liefergebundenen Finanzkredits) die Entscheidung für richtig halten. Bundesbankpräsident Pöhl weist insbesondere darauf hin, daß ein Kredit dieser Art von der Bundesbank formell genehmigt werden müsse. Er werde sich in der morgigen Sitzung des Zentralbankrates dafür einsetzen, den Kredit – in Abweichung von der bisherigen Praxis – zu genehmigen. Das Kabinett stimmt zu und beschließt folgende Erklärung: „Zwischen einem Bankenkonsortium der Bundesrepublik Deutschland unter Führung der Bayerischen Landesbank und der Außenhandelsbank der DDR steht ein Vertrag über die Gewährung eines Finanzkredits vor dem Abschluß. Der Kredit beträgt 1 Mrd. DM und wird in zwei Tranchen zu je 500 Mio. DM in angemessenem zeitlichen Abstand zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

Die Bundesregierung hat diesem Vertrag zugestimmt und übernimmt dafür eine Bürgschaft. Belastungen für den Bundeshaushalt sind hieraus nicht zu erwarten. Die Bundesregierung betrachtet ihre Entscheidung als einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Beziehungen zur DDR.“

Quelle: <https://kabinettsprotokolle.bundesarchiv.de/protokoll/ded6a538-2e4d-4e76-afa5-0675c3ffbab5>

Feststellung:

Die von „Ost und West“ völlig ausgeblutete DDR konnte aus eigener Leistung heraus die „Auslandsschulden“ des Rothschilds-Bankensystems nicht begleichen!

Zitat: „Der offiziell veröffentlichte Staatshaushalt wies in jedem Jahr einen leichten Überschuss aus.[5] Die Zahlungsbilanz unterlag strenger Geheimhaltung und war vor der Wende öffentlich nicht bekannt.

1970 hatte die DDR zwei Milliarden West-Mark Schulden. Am 1. November 1989 teilte Egon Krenz Michail Gorbatschow mit, die DDR habe etwa 49 Milliarden West-Mark Schulden im Ausland. Allein 1989 überstiegen die Ausgaben (umgerechnet etwa 18 Mrd. US-Dollar) die Einnahmen (5,9 Mrd. USD) um das Dreifache. Gerhard Schürer korrigierte 1990 selbst seine Analyse vom Oktober 1989:

„Die Auslandsverschuldung der DDR war mit 20,3 Milliarden DM um mehr als die Hälfte niedriger, als wir im Oktober 1989 ausgewiesen haben.“ Die Deutsche Bundesbank gibt die Verschuldung der DDR gegenüber westlichen Ländern zum Ende des Jahres 1989 mit 19,9 Milliarden DM an.“

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Staatshaushalt_\(DDR\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Staatshaushalt_(DDR))

Waffe Verschuldung



Zitat: „Gemeinsam mit Gerhard Beil, Ernst Höfner, Arno Donda und Alexander Schalck-Golodkowski verfasste er die Politbürovorlage Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen für die Politbürositzung vom 30. Oktober 1989, die vom Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz in Auftrag gegeben worden war. In dieser wurde aus der hohen Staatsverschuldung gegenüber den westlichen Ländern (Auslandsverschuldung) in Höhe von 49 Mrd. Valutamark die unmittelbar bevorstehende Zahlungsunfähigkeit der DDR gefolgert.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Sch%C3%BCrger#cite_note-Sch%C3%BCrger_Bericht_cdm-3

Auszug-Zitat: „Dokument: SED-Politbürovorlage: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, 30. Oktober 1989 „

Um ein ungeschminktes Bild unserer wirtschaftlichen Lage zu geben, muß im Zusammenhang mit der insgesamt positiven Entwicklung auf bedeutsame Probleme der Sicherung der Akkumulation, der Proportionalität, des Entwicklungstempos und der Verwirklichung des Leistungsprinzips hin-gewiesen werden.

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück. Im Einsatz des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen besteht ein Mißverhältnis zwischen dem gesellschaftlichen Überbau und der Produktionsbasis.

Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt. (...)

Die Verbindlichkeiten des Staatshaushaltes gegenüber dem Kreditsystem entwickelten sich auf-grund der höheren Ausgaben gegenüber den erreichten Einnahmen von rd.: 12 Mrd. M 1970 auf 43 Mrd. M 1980 und 123 Mrd. M 1988.

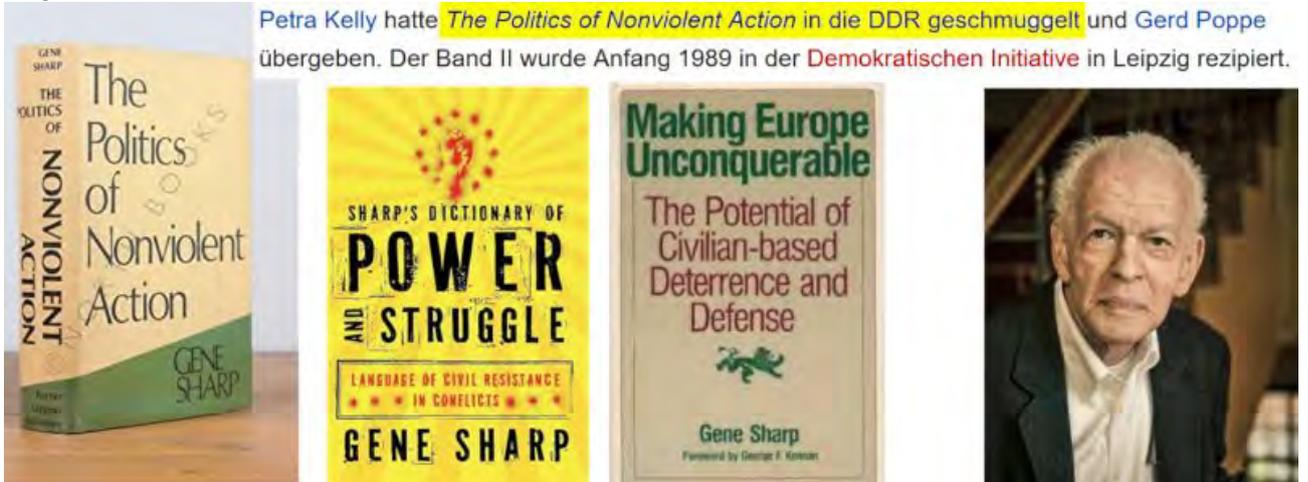
In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so daß die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt. Geldumlauf und die Kre-ditaufnahme des Staates, darunter wesentlich aus den Spareinlagen der Bevölkerung, sind schneller gestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung. Die ungenügende Erhöhung der Ef-fektivität im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozeß, die Angleichung der Industrieabgabe-preise an den im internationalen Vergleich zu hohem Aufwand sowie die wachsende Verschul-dung des Staatshaushaltes hat zu einer Schwächung der Währung der DDR geführt. (...)

Quelle: <https://www.chronik-der-mauer.de/material/178898/sed-politbuerovorlage-analyse-der-oekonomischen-lage-der-ddr-mit-schlussfolgerungen-30-oktober-1989>

13.7 Phase 4: Gene Sharp-Farbrevolution „Mauerfall“ 1989!

Waffe „Konspiration, Intrige und Infiltration“:

Das hocheffiziente und in der Praxis bewährte US-CIA-Übernahme-Modell „Gene Sharp“- organisierte friedliche Revolutionen wurde ab 1989 in der DDR verbreitet und angewendet!



Die Nazi-Wunderwaffe „Gene-Sharp“:

Zitat: „Gene Sharp (* 21. Januar 1928 in North Baltimore, Ohio; † 28. Januar 2018 in Boston[1]) war ein US-amerikanischer Politikwissenschaftler und Gründer der Albert Einstein Institution, die sich mit Studien zur und der Verbreitung von gewaltfreien Aktionen beschäftigt.

Seit 1965 war er Forscher am Center for International Affairs der Harvard-Universität. Ab 1972 hatte er einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität von Massachusetts in Dartmouth inne. 1983 gründete er die Albert Einstein Institution, die das Studium gewaltfreier Aktionen fördert. Für das Einstein Institut reiste er legal und illegal in Länder, wo Widerstandsbewegungen von unten entstanden. So war er im Mai/Juni 1989 während der Tian'anmen-Proteste in Peking.

2009 und 2012 wurde er für den Friedensnobelpreis nominiert. 2011 entstand ein Dokumentarfilm „How to start a revolution“ über seinen globalen Einfluss, der mehrere Preise gewann.

Sein bekanntestes Buch *The Politics of Nonviolent Action* (1973) liefert einen handlungsorientierten Ansatz zu Gewaltfreier Aktion. Er hat ihre Methoden in folgende Untergruppen klassifiziert:

Gewaltfreier Protest und Überzeugung, Soziale Nichtzusammenarbeit, Wirtschaftliche Boykottaktionen, Streikaktionen, Politische Nichtzusammenarbeit, Gewaltfreie Intervention

Vgl. auch dazu die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit dem Politikwissenschaftler Theodor Ebert, der die gewaltfreie Aktion (1968) in seiner Dissertation systematisierte.

Wirkungsmacht:

Petra Kelly hatte *The Politics of Nonviolent Action* in die DDR geschmuggelt und Gerd Poppe übergeben. Der Band II wurde Anfang 1989 in der Demokratischen Initiative in Leipzig rezipiert.

Konkreten Einfluss versuchte Sharp in Myanmar zu nehmen, wo 1992 seine Handlungsanweisungen für Befreiungsbewegungen *From Dictatorship to Democracy* verteilt wurden, die inzwischen in über 30 Sprachen übersetzt worden sind und 2012 in der 4. Auflage erschienen.

Sharps Theorien beeinflussten mehrere Befreiungsbewegungen in Osteuropa: Otpor in Serbien, Kmara in Georgien, Pora! in der Ukraine, KelKel in Kirgisistan und Subr in Belarus. Als sein Verbindungsmann zu diesen Bewegungen gilt der US-Oberst a. D. Robert Helvey. Auch die Initiatoren der Revolution in Ägypten 2011, die im Februar 2011 zum Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak führte, beriefen sich auf ihn. Eine der mit je 50.000 Euro dotierten Auszeichnungen des Alternativen Nobelpreises ging 2012 an Sharp. In der Begründung hieß es, seine Studien zum gewaltfreien Widerstand seien im Dschungel von Burma genauso angewandt worden wie auf dem Kairoer Tahrir-Platz. **Er hat auch Regierungen darüber beraten, wie man gewaltlosen Widerstand bei einer militärischen Invasion organisieren könnte.**“ Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Gene_Sharp

Die Verschwörer Egon Krenz und Günter Schabowski:

Eine weitere Kriegsführung des Westens gegen die DDR erfolgte durch den Komplott gegen Erich Honecker und eine präzise durchgeführte Verschwörung gegen die DDR einerseits – und andererseits durch die konkreten organisierten Ereignisse seit Oktober 1989.

Zitat: „16. Oktober 1989 - Auf dem Weg zur Deutschen Einheit 120.000 demonstrieren in Leipzig "Die Mauer muss weg".“ Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/deutsche-einheit/120-000-demonstrieren-in-leipzig-419680>

Verschwörer Egon Krenz zum Vorabend des Putsches gegen Erich Honecker:

„Egon Krenz: Mit Honecker vor dem Fernseher“

Egon Krenz – Zitat: „Ich fürchtete, dass er (Honecker) irgendwelche Administrativen Maßnahmen planen würde. Brief: Er möge bitte keine eigenständigen Aktionen auslösen! (Notstand) Jede Aktion könnte einen Flächenbrand auslösen. Und deshalb bitte ich ihn, jede Sache doch auch kollektiv zu besprechen. (..)

Ich war in menschlichen Nöten an diesem Abend. Wir haben noch zusammengesessen (...) ich habe immer überlegt: Sagst Du ihm jetzt etwas, dass wir ihn morgen auffordern zurückzutreten? Oder sagst Du ihm nichts? (...) Die Gesetze in der Politik sind sehr hart (...) Und so habe ich im Sinne des Erfolges darauf verzichtet, ihn vorzubereiten.“

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=tlFPYBr2HV0>

Verschwörer Günter Schabowski zum Putsch gegen Erich Honecker:

„Honecker war gegen Gorbatschow (...) Deswegen gehörte Mielke zu denjenigen auch Männern die bereit waren Honecker zu stürzen (...) Er hat ja gegen ihn gestimmt in der Debatte zur Absetzung Honeckers, hat er (Mielke) sich zu Wort gemeldet und hatte Honecker Vorwürfe gemacht ... im Übrigen ich kann ja mal auspacken“

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=JUaDFiyRm7w>



Die Verschwörer Egon Krenz und Günter Schabowski

Quelle: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article13538417/Eine-deutsche-Angelegenheit.html

Der Putsch gegen Erich Honecker zwecks Öffnung der Grenze:

Film: "Günter Schabowski: Die Absetzung Erich Honeckers im Oktober 1989"

Frage Reporter: Wie lief das konkret ab (Die Absetzung Honeckers)?

„Wir wussten, wir brauchten nicht mit allen zu sprechen. **Man musste sich schon genau überlegen, an wen man herantritt. Und da war eben eine qualifizierte Minderheit von etwa acht oder zehn Leuten ausreichend zu sein, um alle anderen sozusagen mitzuziehen. Mit diesen Zehn ist geredet worden (...) darunter befand sich auch Mielke. (...)**

Und so kam es dann an diesem Dienstag, den 16. Oktober zu einer Sitzung des Politbüros, die zunächst mal von Honecker vorbereitet war mit einer Tagesordnung. (...)

Honecker rief Leute auf, jeder den er aufrief erklärte dann Honecker, er müsse abtreten (..) es war auch etwas eine schauerlich-widerliche Situation zum Teil, weil wir annehmen konnten sie würden nicht unbedingt alle mitmachen bei der Konspiration (...) und so kam es dann: Alle ohne Ausnahme ihm bescheinigten, er müsse zurücktreten. (...)“

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=HlxKrYqo0B4&list=PL8Pfc-KfblbcS913ypSrnGONo6-cfJGPX&index=12>

Das Ziel des Putsches gegen Erich Honecker war die Öffnung die Grenze!

„Günter Schabowski: Zitat: „**Natürlich war die Öffnung der Grenze unser Ziel, deswegen ist Honecker abgesetzt worden (...) deswegen ist die Reiseregulung zustande gekommen.**“

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=v7GEexp6T-q&list=PL8Pfc-KfblbcS913ypSrnGONo6-cfJGPX>



Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/berlin/wie-erich-honecker-entmachtet-wurde-5037451.html>

13.8 Die Öffnung der Grenze: Der „Mauerfall“ oder ein „Komplex an Besonderheiten“!

US-Chefreporter Tom Brokaw war bereits am 06. November 1990 aus den USA eingeflogen! Eine US-Fernsehstation wurde bereits seit dem 07. November 1990 auf der Westseite gegenüber dem Brandenburger Tores aufgebaut!



Zitat: „**Tom Brokaw** steht kurze Zeit später vor dem Brandenburger Tor, wo NBC am Vortag eine Direktleitung nach New York aufgebaut hat.

Vor fast menschenleerer Kulisse berichtet er live nach Amerika: "Tom Brokaw an der Berliner Mauer. Dies ist eine historische Nacht. Die ostdeutsche Regierung hat soeben erklärt, dass die ostdeutschen Bürger von morgen früh an die Mauer durchqueren können - ohne Einschränkungen."

Quelle: <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/geschichte/17-november-1989-millionenansturm-zum-wochenende-erwartet-2657695.html>

Zitat: „Offizieller Auslöser zu den Ereignissen am 09. November 1989 („Mauerfall“)
- ca. 18 Uhr ist die Pressekonferenz mit Günter Schabowski:



Wagenknechts Ex-Mann Niemeyer stellte bei Schabowskis Mauerfall-Pressekonferenz 1989 die entscheidende Frage

Die "Saarbrücker Zeitung" (Freitagausgabe) hat jetzt ein historisches Rätsel über den Mauerfall gelöst. Bisher war strittig, wer am Abend des 9. November 1989 in der Pressekonferenz von SED-Politbüromitglied Günter Schabowski die entscheidende Frage stellte: "Ab wann gilt das?"

Bekanntlich antwortete Schabowski mit: "Das tritt nach meiner Kenntnis... ist das sofort, unverzüglich..." Das löste noch am gleichen Abend den Ansturm auf die Grenze aus.

Das Blatt machte jetzt dem nähe Heidelberg lebenden Journalisten Ralph T. Niemeyer als den entscheidenden Fragesteller ausfindig.

Niemeyer, der von 1997 bis 2013 mit der Linken Spitzenpolitikerin Sahra Wagenknecht verheiratet war, bestätigte der Zeitung den Sachverhalt.

"Es gab ein großes Durcheinander. Schabowski kannte mich und blickte wohl deshalb zu mir, als ich rief: Ab wann gilt das?"

Der mutmaßliche ausländische Agent Ralph Thomas Niemeyer - ein gebürtiger West-Berliner - arbeitete damals für den "Deutschen Auslands-Pressedienst Bonn".

Auf Fernsehaufzeichnungen ist er nicht zu sehen, seine Stimme nur undeutlich zu hören. Bisher hatten der italienische Journalist Ricardo Ehrmann und der damalige Bild-Reporter Peter Brinkmann die Urheberschaft für sich beansprucht."

Quelle: https://www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/wagenknechts-ex-mann-niemeyer-stellte-bei-schabowskis-mauerfall-pressekonferenz-1989-die-entscheidende-frage_aid-1366703

Ca. 19.45 Uhr: Während Schabowskis Presse-Konferenz dauert die Tagung des Zentralkomitees unerwartet lange – Es wird über die Auslandsverschuldung debattiert.

Zitat: „Währenddessen ist die Tagung des SED-Zentralkomitees nicht wie vorgesehen um 18.00 Uhr beendet, sondern fortgesetzt worden. (...) Mit einer Zwischenfrage nach den Ursachen der Westverschuldung, die Egon Krenz am Vortag in seinem Referat auf rund 20 Milliarden US-Dollar beziffert hat, treibt die Debatte auf einen dramatischen Höhepunkt.



Die Antwort gibt der ZK-Abteilungsleiter für Finanzen, Günter Ehrensperger:
Zitat: „Wir haben mindestens seit 1973 Jahr für Jahr über unsere Verhältnisse gelebt. ... Und wenn wir aus dieser Situation herauskommen wollen, müssen wir 15 Jahre mindestens hart arbeiten und weniger verbrauchen als wir produzieren.“

Quelle: <https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/ year1989/ month11/?month=11&year=1989&openid=181758&moc=1>

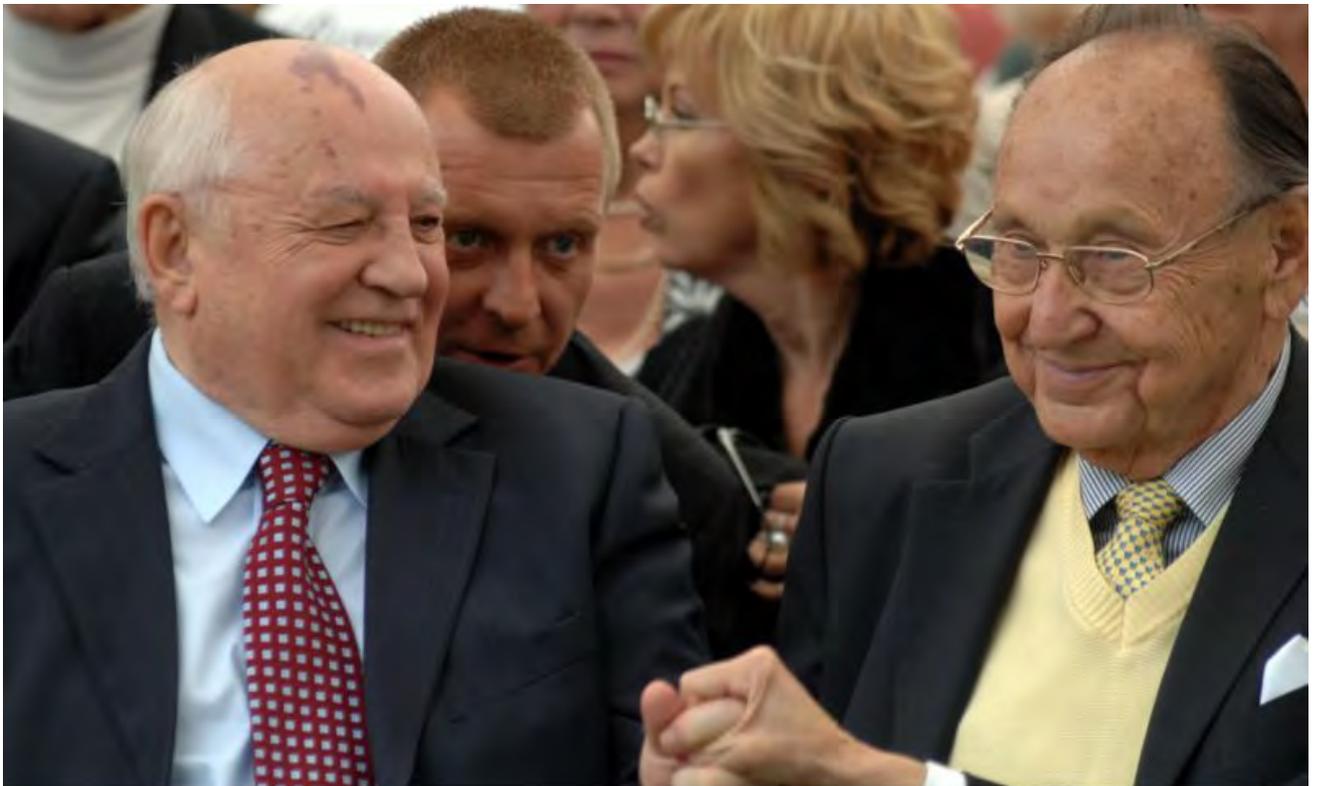
In der Nacht des „Mauerfalls“ - „Gorbatschow hat durchgeschlafen...“



Zitat: **Er habe in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 durchgeschlafen und sei nicht geweckt worden**, sagte der 82-jährige Michail Gorbatschow der neuen Ausgabe des Magazins «Stern» laut Vorabbericht.

Es war die Nacht, als in Berlin die Mauer fiel. Es sei «ja auch nicht nötig» gewesen, wachzubleiben - so Gorbatschow. **«Ich erfuhr die Details am frühen Morgen. Denn unsere Position war von Anfang an klar.»**

Quelle: <https://www.tagesanzeiger.ch/gorbatschow-schlieft-als-die-mauer-fiel-131289978521>



Michail Gorbatschow (l.) und Hans-Dietrich Genscher 2008 in Köln-Thielenbruch.

ARD-Tagesthemen vom 9. November 1989:

Eine Liveschaltung zum Grenzübergang Invalidenstraße zeigt das Gegenteil! Der Grenzübergang war noch geschlossen!

Erst nach den Tagesthemen setzt ein durch BRD-Agenten provozierter Massenansturm auf die Grenzübergänge ein.

Eine von den Medien verbreitete Fiktion ergreift die Massen - und wird dadurch zur Realität. Das westliche ARD-Feindsender unterstützt die Operation Gene-Sharp:

Zitat: „22.42 Uhr Moderator Hanns Joachim Friedrichs eröffnet die ARD-Tagesthemen mit folgenden Worten: „Guten Abend, meine Damen und Herren. Im Umgang mit Superlativen ist Vorsicht geboten, sie nutzen sich leicht ab, aber heute Abend darf man einen riskieren: Dieser neunte November ist ein historischer Tag: die DDR hat mitgeteilt, daß ihre Grenzen ab sofort für jedermann geöffnet sind, **die Tore in der Mauer stehen weit offen.**“ **Eine Liveschaltung zum Grenzübergang Invalidenstraße zeigt das Gegenteil – er ist noch geschlossen. Doch nach den Tagesthemen setzt ein Massenansturm auf die Grenzübergänge ein. Eine von den Medien verbreitete Fiktion ergreift die Massen - und wird dadurch zur Realität.**

22.30 Uhr In der Bornholmer Straße wird die Lage gegen 23.00 Uhr für die Kontrolleure bedrohlich. Tausende Menschen drücken auf den Grenzübergang. Die Ventillösung hat sich als unklug erwiesen. Als einige ausreisen dürfen, verstärkt sich das Gedränge derjenigen, die noch warten müssen. Als der Drahtgitterzaun vor dem Grenzübergang beiseite geschoben wird, bangen die Grenzwächter um ihr Leben. Oberstleutnant Harald Jäger beschließt, alles aufzumachen und die Kontrollen einzustellen. Tausende von Menschen strömen in die Grenzanlage, überrennen die Kontrolleinrichtungen, laufen über die Brücke und werden auf der West-Berliner Seite begeistert begrüßt. **Bis gegen Mitternacht wird die Öffnung aller Berliner Übergänge erzwungen, teilweise von West-Berlinern (zum Beispiel am Übergang Invalidenstraße).**“

Quelle: https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/_year1989/_month11/?month=11&year=1989&opennid=181758&moc=1



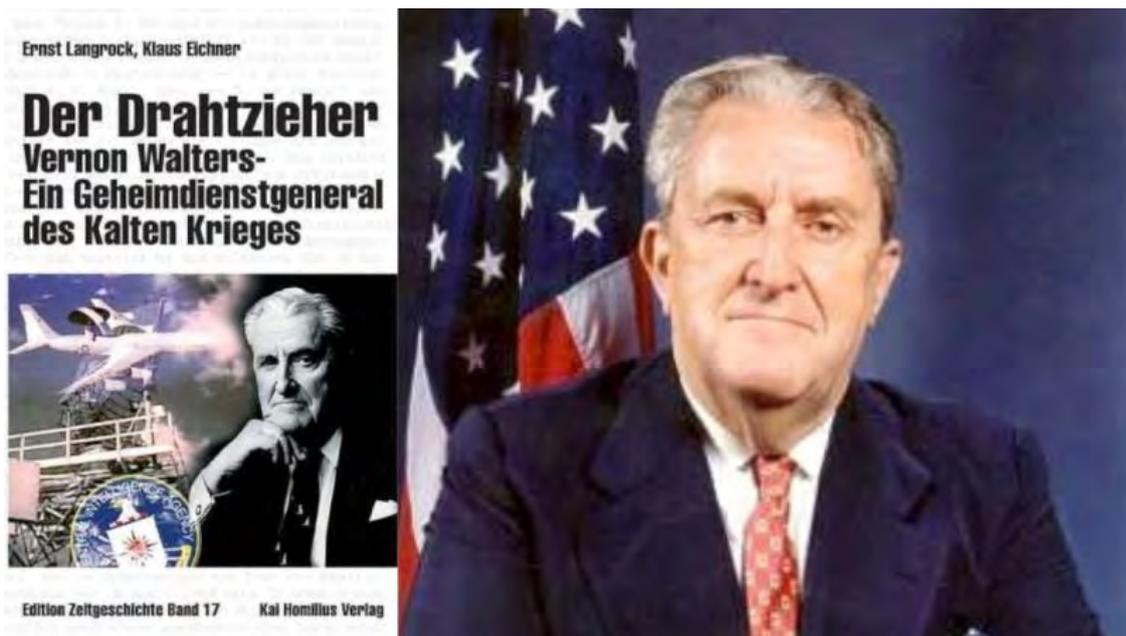
Die Tore in der Mauer stehen weit offen, Berichte von Robin Lautenbach und Christine Kolmar (Quelle: Tagesthemen vom 9. November 1989)

Bild: V-Leute der BRD in Aktion!

Zitat: „**DIE Tore in der Mauer stehen weit offen**, Berichte von Robin Lauterbach und Christine Kolmar (Tagesthemen vom 9. November 1989)“

Quelle: https://www.chronik-der-mauer.de/chronik/_year1989/_month11/?month=11&year=1989&opennid=181758&moc=1#anchornid171997

Drahtzieher Vernon Walters - ein CIA-Geheimdienstgeneral des „Kalten Krieges“:



Quelle: <https://www.weltbild.de/artikel/buch/der-drahtzieher-vernion-walters-ein-geheimdienstgeneral-des-14779556-1>

Zitat: "Kurz vor Neujahr rief der gewählte Präsident mich persönlich zu sich und drängte mich, die Botschaft in Deutschland zu übernehmen. Dann fügte er die geradezu prophetischen Worte hinzu: **'Dort wird es ums Ganze gehen. Dick, willst du mir helfen oder wirst du mich im Stich lassen?'**", so Vernon Walters in seinen Memoiren über jene Zeit. Im April 1989 wird Walters US-Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. Es war die letzte Aufgabe, die er - 72jährig - übernahm. Doch mit welcher Mission, was war das "Ganze"?

Quelle: https://www.buecher.de/shop/kalter-krieg/der-drahtzieher-vernion-walters-ein-geheimdienstgeneral-des-kalten-krieges/eichner-klaus-langrock-ernst/products_products/detail/prod_id/14186834/

Zitat: „Vernon Anthony Walters (* 3. Januar 1917 in New York; † 10. Februar 2002 in West Palm Beach, Florida) war ein US-amerikanischer Soldat, Nachrichtendienstler und Diplomat. Er diente über fünf Jahrzehnte lang acht verschiedenen US-Präsidenten als antikommunistischer Kämpfer im Kalten Krieg, zunächst in ausführender Rolle, später als Planer von offenen und verdeckten Aktionen und Verhandlungen in aller Welt.

In die öffentliche Wahrnehmung geriet Walters erst im letzten Drittel seiner Karriere, vor allem 1972–1976 als **stellvertretender Direktor der Central Intelligence Agency (CIA)**, 1985–1989 als **Botschafter bei den Vereinten Nationen** und 1989 - 1991 als **Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland** während der deutschen Wiedervereinigung. Anfang 1989 wurde **George H. W. Bush** als Präsident der USA vereidigt, der 1976 als **Direktor der CIA** und von 1981 bis 1988 als **Vizepräsident und Koordinator der Außenpolitik unter Reagan Walters Vorgesetzter war. Er entsandte Walters als Botschafter der USA in der Bundesrepublik Deutschland nach Bonn.**

Laut seinen Erinnerungen war die Stelle nicht als ruhiger Posten gedacht. Der designierte **Außenminister James Baker** habe ihm die Stelle mit den Worten „Dort wird es ums Ganze gehen“ angeboten, weil seit dem Amtsantritt Gorbatschows Veränderungen im Ostblock absehbar waren und **die US-Botschaft in Bonn traditionell sowohl in politischer wie in nachrichtendienstlicher Hinsicht führend für die Beziehungen zu den ost-europäischen Satellitenstaaten war.**

Walters führt in seinen Erinnerungen an, dass er nicht nur den Zusammenbruch der DDR, sondern auch die Möglichkeit einer schnellen Wiedervereinigung wesentlich früher erkannt habe als seine Vorgesetzten in Washington, als die deutsche Bundesregierung und insbesondere Moskau.

Am 4. September 1989 machten seine Äußerungen eine Schlagzeile in der International Herald Tribune „Walters: **German Unity Soon.** Die Öffnung der „Mauer“ am 9. November 1989 überraschte ihn nicht besonders. **Am nächsten Morgen organisierte er ein Flugzeug für Bundeskanzler Helmut Kohl, damit dieser nach Berlin kommen konnte, war selbst vor Ort und besichtigte die Lage von einem Hubschrauber aus, bevor er an die Glienicker Brücke fuhr und dort mit Ost- und Westdeutschen sprach.“** - Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Vernon_A._Walters



Beispiele möglicher Gene-Sharp-Szenarien gegen Russland:

- Eine zahlenmäßig starke BRD-Protestbewegung bestehend aus Querdenkern, Q-Anon-Anhängern, Druschba-FM, Pegida und Ablegern, die BRD-Partei „Freie Sachsen“, patriotische Russland-Deutsche, NGO „Deutschland-steht-auf“, dutzende Reichsbürgergruppierungen, YouTuber-TikTok-Facebook-X-Blogger einer BRD-„Wahrheitsbewegung bzw. „Alternative Medien“ - einschließlich das gesamte gewaltige AfD-Netzwerk, dazu die „Die Linke“, „Die Rechte“, die „Antifa“, die BRD-Partei „Bündnis Sarah Wagen-Knecht“ („BSW“), die kommunistischen BRD-Parteien MLPD, DKP und weitere BRD-NGOs stoppen problemlos jede militärische Sonderoperation zur Entnazifizierung und Entmilitarisierung durch bewährte psychologische Kampfführung: „Druschba - Freundschaft - „Friede - Freude - Eierkuchen“ - Deutschland - Deutschland - Deutschland (über alles!) - oder sonstige Parolen des nazifizierten und verwirrten BRD-Feindpersonals“
- inszeniert organisierter Generalstreik „systemrelevanter Berufsgruppen“ zur Ausrufung des Notstandrechtes!
- bewaffnete „Reichsbürger-Aktionen“ als Steilvorlage für politische Säuberungsaktionen in der BRD
- Der falsch verstandene Artikel 146 Grundgesetz für die BRD: Inszenierte Kampagnen und Massenproteste, um das BRD-Grundgesetz in eine Schein-Verfassung zu überführen.
- „Montagsspaziergänge“ in jeder deutschen Stadt zwecks Rekrutierung einer BRD-Bürgerarmee zur Bildung von paramilitärischen als auch zivilen Unterstützungseinheiten usw.

Ergebnis:

Das CIA-Erfolgsmodell „Gene-Sharp“ („organisierte friedliche Menschen-Massen“) im Verbund mit den heutigen Medien bzw. den gesteuerten „sozialen Netzwerken“ („Social Media“) ermöglichen jedes Szenario zum Putsch gegen legitime Regierungen! BRD-Nazi-Turbo-Protesteinheiten im „Satt und Sauber“-Modus im Dauereinsatz gegen die Erfüllung des Potsdamer Abkommens:

Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Deutschland muss absolut unbeirrt durchgesetzt werden!

13.9 Phase 6: Der Mega-Betrug "Deutsche Einheit" vom 3. Oktober 1990!

„Juristische Unmöglichkeiten“

Kurzfassung:

Das propagierte "vereinte Deutschland" ist in Wirklichkeit nur eine irreführende Bezeichnung für das bis 1994 schrittweise territorial auf das Gebiet der DDR ausgedehnte „Bundesrecht“ der angloamerikanischen Besatzungsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“!

Dem vorausgegangen war u. a. ein wegen Formmangels nichtiger Volkskammerbeschluss zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich Artikel 23 des „Grundgesetzes für die BRD“ in der Nacht vom 22. zum 23. August 1990 durch eine offenkundig begangene und bezeugte Urkundenfälschung.

Die Deutsche Demokratische Republik ist am 3. Oktober 1990 ausdrücklich nicht der BRD oder dem Geltungsbereich Artikel 23 des „Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland“ beigetreten! Die Verwaltungstätigkeit der „Bundesrepublik Deutschland“ bzw. die Annahme des „Bundesrechtes“ auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ist durch Betrug - sog. „juristische Unmöglichkeiten“ und Rechtsverstöße ab dem 3. Oktober 1990 illegal bzw. vollkommen rechtswidrig „erwirkt“ worden.

Gemäß Gesetzesbeschluss der DDR-Volkammer vom 22. Juli 1990 werden die fünf „neuen Länder“ erst am 14. Oktober 1990 gebildet!

In allen fünf Ländern haben am 14. Oktober 1990 Wahlen von BRD-Parteien stattgefunden, woraufhin sich Länderregierungen gebildet haben.

Die am 3. Oktober 1990 noch nicht gebildeten „Länder“ konnten gemäß Artikel 23 Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“ keinem BRD-Geltungsbereich beitreten, weil diese Länder zu diesem Zeitpunkt weder organisiert („gebildet“) noch handlungsfähig waren.

Mittels einer gewaltigen Medien-Propaganda einer sog. „Deutschen Einheit“ wurde 1990 der gesamten Menschheit ein „Beitritt“ der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD im Rahmen einer völkerrechtlich völlig unmöglichen „Wieder-Vereinigung“ Deutschlands vorgegaukelt!

Es gab demnach offiziell keinen Beitritt der DDR zur BRD am 3. Oktober 1990 (!), sondern das „BRD“-„Bundesrecht“ wurde einfach ab dem 14. Oktober in den „neuen Ländern“ der DDR auf Grundlage vorangegangener, arglistiger Täuschungen und Rechtsbrüche nach und nach angenommen!

Zusätzlich konnten diese bis dahin rein fiktiven Länder am 3. Oktober 1990 keinem „BRD“-Geltungsbereich beitreten, weil dieser Artikel 23 im „Grundgesetz für die BRD“ am selben Tag ersatzlos gelöscht („aufgehoben“) worden ist!

In der Praxis bzw. Rechtsrealität hat es mit der planmäßigen Bildung der Länder ab dem 14. Oktober 1990 gemäß dem Ländereinführungsgesetz der DDR-Volkammer vom 22. Juli 1990 in der Deutschen Demokratischen Republik nur eine schrittweise Verwaltungs-Okkupation der BRD auf dem DDR-Gebiet gegeben!

Annahme des "Bundesrechtes" durch arglistig getäuschte DDR-Bürger!

Beispiel zur abschließenden Einführung des "Bundesrechtes" im Land „Mecklenburg-Vorpommern“ am 12. Juni 1994:

Zitat: „Die einzige bisher in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführte Volksabstimmung fand am 12. Juni 1994 statt. Dabei handelte es sich um ein von der Landesregierung und dem Landtag initiiertes Referendum, mit dem die Landesverfassung des neu gegründeten Bundeslandes angenommen wurde.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Volksentscheid_%C3%BCber_die_Gerichtsstrukturereform_in_Mecklenburg-Vorpommern#Volksentscheid

Es folgt eine Auswahl gerichtsverwertbarer Beweise, offenkundiger Tatsachen und offizielle Feststellungen, welche den "Beitritt" der Deutschen Demokratischen Republik zur BRD am 3. Oktober 1990 zweifelsfrei widerlegen!

I. Erste offenkundige Tatsache und juristische Unmöglichkeit:

Feststellung: Der Beschluss der DDR-Volkskammer zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich Artikel 23 des „Grundgesetzes für die BRD“ ist „nichtig durch Formmangel“! **Urkundenfälschung beim entsprechenden Volkskammerbeschluss - damit Betrug und „Nichtigkeit wegen Formmangels“!**

Zitat: „Offizielle und offenkundige Urkundenfälschung im entsprechenden Volkskammerbeschluss durch handschriftlich-nachträgliche Ergänzung durch Vizepräsidenten der DDR-Volkskammer Reinhard Höppner „der Deutschen Demokratischen Republik.“ Zeuge: Dr. Gregor Gysi Rede 93. Sitzung Deutscher Bundestag 18.03.2015

Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=3NqSrSCfjJE> und <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18093.pdf>

VOLKSKAMMER

DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

10. Wahlperiode - 30. Tagung (Sondertagung) - Mittwoch, den 22. August 1990

Auszug aus dem Protokoll der DDR-Volkskammer-Sitzung 30. Tagung der 10. Wahlperiode (Sondertagung) in der Nacht vom 22. zum 23. August 1990. Protokoll-Auszug - Zitat: Beginn der Tagung: 22. August 1990 21.10 Uhr

Zitat: „Die Volkskammer erklärt den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes mit der Wirkung vom 3. Oktober 1990.“ Das liegt Ihnen in der Drucksache Nr. 201 vor. Abgegeben wurden 363 Stimmen. Davon ist keine ungültige Stimme abgegeben worden. Mit Ja haben 294 Abgeordnete gestimmt. (Starker Beifall der CDU/DA, DSU, F.D.P., teilweise der SPD - die Abgeordneten der genannten Fraktionen erheben sich von den Plätzen) Mit Nein haben 62 Abgeordnete gestimmt, und sieben Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. „Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist ein wirklich historisches Ereignis. Wir haben uns die Entscheidung alle sicher nicht leicht gemacht, aber wir haben sie heute in Verantwortung vor den Bürgern der DDR in der Folge ihres Wählerwillens getroffen. Ich danke allen, die dieses Ergebnis im Konsens über Parteiengrenzen hinweg ermöglicht haben.“ „Ende der Tagung: 03.00 Uhr“ (23. August 1990) Quelle: <http://volkskammer.bundestag.de/dokumente/protokolle/1030.pdf>

Der Zeuge Gregor Gysi tätigte am 18. März 2015 im BRD-Bundestag öffentlich folgende Aussage: Zitat: "Daraufhin beging Reinhard Höppner in gewisser Sicht eine kleine von ihm später eingestandene Urkundenfälschung, indem er nach dem Wort "Beitritt" handschriftlich „der Deutschen Demokratischen Republik" einfügte, so dass dann Volkskammer-Präsidentin Frau Pohl den Text als beschlossen verlas, der so aber gar nicht beschlossen wurde. Mit anderen Worten: Der Beitritt und damit die Einheit sind formal-rechtlich nicht wirklich von der Volkskammer beschlossen worden.“
Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=3NqSrSCfjJE>



Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) § 125 Nichtigkeit wegen Formmangels
 „Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form ermangelt, ist nichtig. Der Mangel der durch Rechtsgeschäft bestimmten Form hat im Zweifel gleichfalls Nichtigkeit zur Folge.“
 Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/bgb/_125.html

Feststellung:

Der nichtige Volkskammerbeschluss verstößt zusätzlich gegen den Artikel 65 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik wegen nicht erfolgter rechtsverbindlicher zwingend-notwendiger Unterbreitung und fehlender Volksdiskussion (Volksabstimmung/ Referendum):

Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968
 (in der Fassung vom 7. Oktober 1974) Artikel 65 Absatz 3: Zitat: „Entwürfe grundlegender Gesetze werden vor ihrer Verabschiedung der Bevölkerung zur Erörterung unterbreitet. Die Ergebnisse der Volksdiskussion sind bei der endgültigen Fassung auszuwerten.“
 Quelle: <http://www.documentarchiv.de/ddr/verfddr.html>

Der „Formmangel durch Nichtigkeit“ des entsprechenden Volkskammerbeschlusses und der DDR-Verfassungsbruch machen den "Beitritt" der Deutschen Demokratischen Republik zur „Bundesrepublik Deutschland“ in den nachfolgenden Artikeln des „Einigungsvertrages“ („Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands“) vom 31. August 1990 rechtlich unwirksam!

Zitat: „Art 1 Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend. Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf>

**Der Satz (1) im Artikel 1 stellt eine juristische Unmöglichkeit dar:
Aufgrund der genannten Urkundenfälschung beim entsprechenden
Volkskammerbeschlusses und dem DDR-Verfassungsbruch ist ein „Beitritt“ von noch
nicht bestehenden „Ländern“ zum Artikel 23 Geltungsbereich des „Grundgesetzes für
die BRD“ rechtlich unwirksam.**

**Es hat demnach kein „Beitritt“ der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober
1990 zum Geltungsbereich des „Grundgesetzes für die BRD“ gegeben!**

Art 3 Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf>

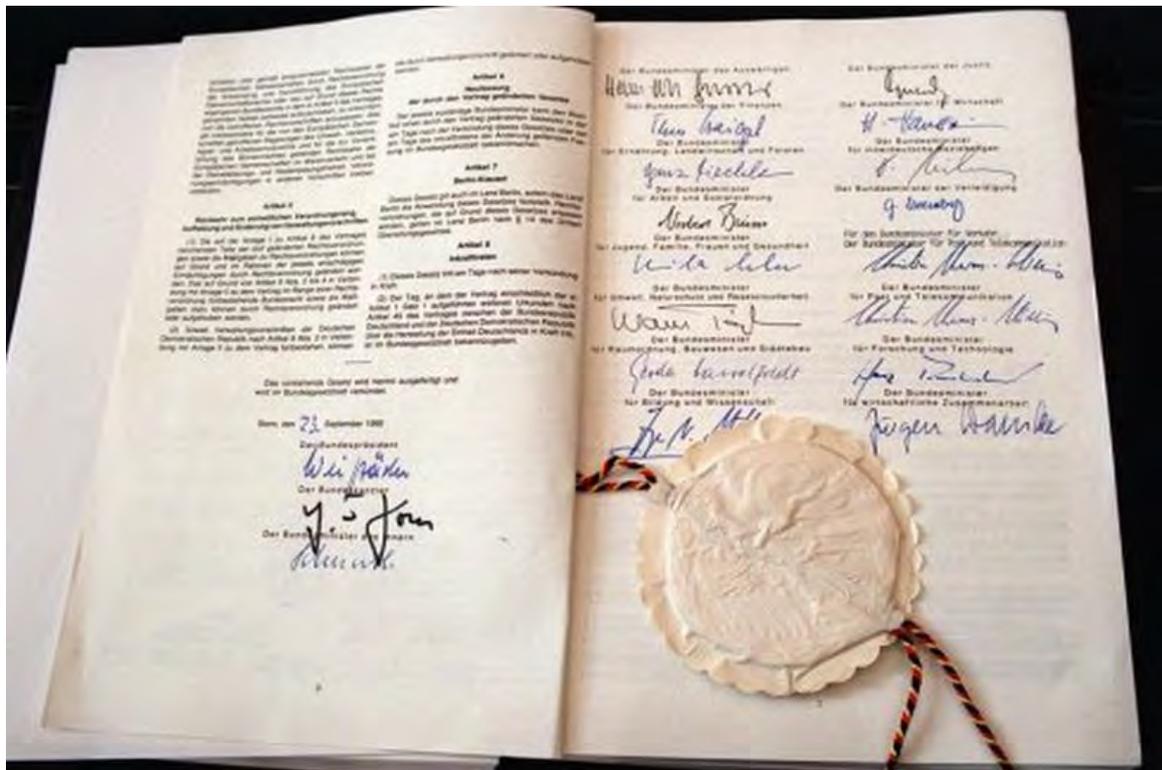
Die Unwirksamkeit dieses Schein-„Beitritts“ zum Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes ergibt sich aus dem Artikel 4 des „Einigungsvertrages“ durch die gleichzeitige vollständige Löschung (Aufhebung) des Artikel 23 im Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“!

Zitat: „Artikel 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:(...)

2. Artikel 23 wird aufgehoben.“ Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/EinigVtr.pdf>

Der „Einigungsvertrag“ zwischen der BRD und der DDR und die damit nichtige Formulierung:
„(...) mit dem Wirksamwerden des Beitritts (...)“, mangels Beitritts zum gelöschten
Geltungsbereich Artikel 23 des BRD-Grundgesetzes!



Quelle: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/einigungsvertrag/>

II. Zweite offenkundige Tatsache und juristische Unmöglichkeit:

Feststellung:

Aus dem zweiten Satz im Artikel 1 des Einigungsvertrages geht eindeutig hervor, dass die Länder gemäß dem am 22. Juli 1990 durch die DDR-Volkskammer verabschiedete Ländereinführungsgesetz gebildet wurden.

Die Länder wurden gemäß dem „Einigungsvertrag“ Artikel 1 bzw. auf das darin verwiesene Ländereinführungsgesetz offiziell erst ab dem 14. Oktober 1990 gebildet! Die Länder konnten demnach nicht am 3. Oktober 1990 dem gleichzeitig gelöschten Geltungsbereich - Artikel 23 Grundgesetz für die BRD beigetreten sein!

Art 1 Länder

(1) Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend. Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>

Zitat-Wiederholung: „Für die Bildung und die Grenzen dieser Länder untereinander sind die Bestimmungen des Verfassungsgesetzes zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990 - Ländereinführungsgesetz - (GBl. I Nr. 51 S. 955) gemäß Anlage II maßgebend.“ Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>

Zitat: "Das am 22. Juli 1990 durch die Volkskammer verabschiedete Ländereinführungsgesetz stellte in der Deutschen Demokratischen Republik die Länder wieder her, die mit der Verwaltungsreform von 1952 abgeschafft worden waren. (...) Ursprünglich sollte das Gesetz erst am 14. Oktober in Kraft treten, (...)" Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/L%C3%A4ndereinf%C3%BChrungsgesetz>

Es wurde also am 22. Juli 1990 von der DDR-Volkskammer beschlossen, dass die Länder am 14. Oktober gebildet werden. So wurde es auch verwirklicht!

Das Ländereinführungsgesetz:

Zitat: „Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik - Ländereinführungsgesetz - vom 22. Juli 1990

Territoriale Gliederung

§ 1. (1) **Mit Wirkung vom 14. Oktober 1990 werden in der DDR folgende Länder gebildet:**

- Mecklenburg-Vorpommern (...)
- Brandenburg (...)
- Sachsen-Anhalt (...)
- Sachsen (...)
- Thüringen (...)

Quelle: <https://www.verfassungen.de/ddr/laendereinfuehrungsgesetz90.htm>

Feststellung:

Am 3. Oktober 1990 waren die besagten „neuen Länder“ noch nicht gebildet. Daher konnten diese Länder zu dem Zeitpunkt keinem BRD-Geltungsbereich beitreten, welcher zudem auch noch ersatzlos gelöscht bzw. „aufgehoben“ worden ist. Die „Länder“ wurden gemäß Ländereinführungsgesetz vom 22. Juli 1990 offiziell erst am 14. Oktober über Wahlen von BRD-Parteien gebildet!

Land „Mecklenburg-Vorpommern“:

"Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1990 war die erste Wahl des Landtags seit der Wiederbegründung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (...). Sie fand am 14. Oktober 1990 statt.

Die erste freie und demokratische Wahl des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern, wie auch die am selben Tag stattfindenden Landtagswahlen in den übrigen neuen Bundesländern, wurde auf der Grundlage des von der Volkskammer am 22. Juli 1990 verabschiedeten Gesetzes über die Wahlen zu den Landtagen in der Deutschen Demokratischen Republik gewählt. Dieses orientierte sich am Bundeswahlgesetz und wies ebenfalls eine personalisierte Verhältniswahl mit Erst- und Zweitstimme auf, mit denen jeweils zur Hälfte Direkt- und Listenkandidaten gewählt wurden."

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Mecklenburg-Vorpommern_1990

Zitat: „Landtagswahl am 14. Oktober 1990 in Mecklenburg-Vorpommern Wahlberechtigte 1 417 861 Wähler/Wahlbeteiligung 64.8 %“

Quelle: <https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Landtagswahlen/1990/>

Land „Brandenburg“:

Zitat: „Landtagswahl in Brandenburg 1990

Am 14. Oktober 1990 wählten die Brandenburger bei einer Wahlbeteiligung von 67,07 % die SPD als stärkste Kraft in den Landtag. Die konstituierende Sitzung fand am 26. Oktober 1990 statt.

Für die SPD kandidierte der ehemalige Konsistorialpräsident Manfred Stolpe, für die CDU Peter-Michael Diestel. Brandenburg war das einzige neue Bundesland, bei dessen Wahl sich die SPD an diesem Tag als stärkste Kraft durchsetzen konnte, in den anderen vier neuen Bundesländern musste sie Niederlagen einstecken. Stolpe bildete eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90 und wurde am 1. November 1990 zum Ministerpräsidenten gewählt.“ Quelle:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahlen_in_Brandenburg#1._Wahlperiode_\(1990%E2%80%931994\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahlen_in_Brandenburg#1._Wahlperiode_(1990%E2%80%931994))

Land „Sachsen“:

Zitat: „Wahl zum 1. Sächsischen Landtag 14. Oktober 1990

Zur Landtagswahl 1990 war das Gebiet des Freistaates Sachsen in 60 Wahlkreise unterteilt. Auf Leipzig entfielen die acht Landtagswahlkreise 5 bis 12. Sie wurden von einem gemeinsamen Wahlausschuß unter Leitung des Leipziger Wahlleiters betreut. Wählerbeteiligung am 14. Oktober 1990 in der Stadt Leipzig und im Freistaat Sachsen (Listenstimmen) (...) 72,8 %“

Quelle: [https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-](https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen-1990)

[leipzig/landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen-1990](https://www.leipzig.de/buergerservice-und-verwaltung/wahlen-in-leipzig/landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen/ergebnisse-der-landtagswahlen-1990)

Land „Sachsen-Anhalt“:

Zitat: „Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 1990 war die erste Wahl zum Landtag von Sachsen-

Anhalt seit der Rekonstituierung des Landes Sachsen-Anhalt nach der Wiedervereinigung Deutschlands-(Einwand vom Verfasser: „Irreführung“). Sie fand am 14. Oktober 1990 statt. Es waren 2.234.994 Einwohner wahlberechtigt; die Wahlbeteiligung lag bei 65,1 %.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Sachsen-Anhalt_1990

Land "Thüringen":

Zitat: “Die Landtagswahl in Thüringen 1990 war die erste Wahl zum Thüringer Landtag seit der Wende. Sie fand am 14. Oktober 1990 gemeinsam mit den Landtagswahlen der anderen neuen Länder statt.“

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Landtagswahl_in_Th%C3%BCringen_1990

Beispiele für den Zeitpunkt der vollendeten „Verfassung“ (Konstitution) für das „Land Mecklenburg-Vorpommern“:

Zitat: **„Volksentscheid am 12. Juni 1994 in Mecklenburg-Vorpommern über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Der Volksentscheid über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern fand zusammen mit den Kommunalwahlen und der Europawahl am 12. Juni 1994 statt. Dabei wurde den Bürgern des Landes folgende Frage zur Abstimmung gestellt: „Stimmen Sie der vom Landtag beschlossenen Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. Mai 1993 zu?“.

Unter der Abstimmungsfrage befanden sich die Worte „Ja“ und „Nein“ mit jeweils einem Kreis für die Stimmabgabe. Die Verfassung ist durch den Volksentscheid angenommen, wenn im Land mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen mit „Ja“ abgegeben wurden. Diese Regelung gilt unabhängig von der Höhe der Wahlbeteiligung.“

Quelle: <https://www.laiv-mv.de/Wahlen/Volksabstimmungen/Volksentscheide/1994/Methodik-und-Begriffe/>

Zitat: „Volksentscheid über die Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern am 12. Juni 1994

Ja: 60,1

Nein: 39,9“

Quelle: https://web.archive.org/web/20160304142833/http://sisonline.statistik.mv.de/sachgebiete/B714501K_Volksentscheid_ueber_die_Verfassung_des_Landes_MV

Feststellung:

Der gesamte Vorgang der „Überleitung des Bundesrechtes“ auf das Gebiet der DDR (propagiert als „Deutsche Einheit“ bzw. „Wiedervereinigung“) hat ohne Beteiligung der DDR-Bevölkerung stattgefunden!

Erst Jahre danach wurde die getäuschte DDR-Bevölkerung dazu befragt!

Zum Beispiel per Volksabstimmung bzw. Referendum am 12. Juni 1994 in

„Mecklenburg-Vorpommern“, wo damals immerhin noch rund 40 Prozent der Menschen dagegen waren.

Dem voraus gegangen war eine gewaltige Medien-Propaganda einer sog. „Deutschen Einheit“, die es offenkundig so nicht gab!

Das BRD-„Bundesrecht“ konnte sich nur durch die hier aufgedeckten arglistigen Täuschungen-Betrügereien auf dem Gebiet der DDR etablieren!

Auszug aus der „Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern“:

„Artikel 4

(Bindung an Gesetz und Recht)

Die Gesetzgebung ist an das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und an die Landesverfassung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.

Artikel 6

(Datenschutz, Informationsrechte)

(2) Jeder hat das Recht auf Auskunft über ihn betreffende Daten, soweit nicht Bundesrecht, rechtlich geschützte Interessen Dritter oder überwiegende Interessen der Allgemeinheit entgegenstehen.“

Quelle: VERFASSUNG DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN Herausgeber: Landtag Mecklenburg-Vorpommern Abteilung Parlamentarische Dienste Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

III. Dritte offenkundige Tatsache und juristische Unmöglichkeit:

Feststellung:

Auf der Grundlage von Betrug, Heimtücke und arglistiger Täuschung wurde für die fünf (5) „neuen Länder“ in der DDR das BRD-„Bundesrecht“ angenommen, während das verfassungsmäßige Recht der handlungsunfähigen DDR unbeachtet parallel bis heute völkerrechtlich weiter fortbesteht!

Siehe dazu die „Überleitung des Bundesrechtes“ in die Länder der bis heute weiter bestehenden, handlungsunfähigen Deutschen Demokratischen Republik:

Artikel 8 und 9 des „Einigungsvertrages“:

Zitat: „Art 8 Überleitung von Bundesrecht

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt in dem in Artikel 3 genannten Gebiet Bundesrecht in Kraft, soweit es nicht in seinem Geltungsbereich auf bestimmte Länder oder Landesteile der Bundesrepublik Deutschland beschränkt ist und soweit durch diesen Vertrag, insbesondere dessen Anlage I, nichts anderes bestimmt wird.

Löschung des Geltungsbereichs der BRD zur "Überleitung des Bundesrechts":

Der „Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990 hob den Geltungsbereich des „Grundgesetzes für die BRD“ auf und ermöglichte dadurch handelsrechtlich die Einführung bzw. „Überleitung des Bundesrechtes“ auch außerhalb der westalliierten „Trizone“.

Zitat – „Einigungsvertrag“ Artikel 3 und 4:

„Art 3 Inkrafttreten des Grundgesetzes

Mit dem Wirksamwerden des Beitritts tritt das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1481), in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie in dem Teil des Landes Berlin, in dem es bisher nicht galt, mit den sich aus Artikel 4 ergebenden Änderungen in Kraft, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

Artikel 4 Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert: (...)

2. Artikel 23 wird aufgehoben. (...)

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/einigvtr/BJNR208890990.html>

Seit dem 3. Oktober 1990 bis heute hat das Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“ keinen Geltungsbereich mehr und ist seitdem maximal nur noch im Handelsrecht gültig!

IV. Vierte offenkundige Tatsache und juristische Unmöglichkeit:

Offener Bruch des Völkerrechts!

Feststellung:

Bei den juristischen Vorgängen bzgl. der „Deutschen Einheit“ kam es zu völkerrechtlichem Bruch und zu fatalen Folgen auf allen Ebenen für die Deutschen und die gesamte Menschheit!

Nicht nur die Löschung („Aufhebung“) des Artikel 23 - Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland - ist völkerrechtlich illegal, sondern auch das übergeleitete BRD-„Bundesrecht“ auf das Gebiet der DDR ist wegen heimtückisch-arglistiger Täuschung rechtswidrig - nichtig!

Der gesamte „juristische Vorgang“ einer „Überleitung von Bundesrecht“ in den gebildeten Ländern der Deutschen Demokratischen Republik erfolgte aus den genannten zahlreichen Rechtsbrüchen, arglistige Täuschungen, juristischen Unmöglichkeiten im Zusammenhang des 3. Oktober 1990 und der heimtückischen Meinungsbildung in der Öffentlichkeit.

Wie (in III.) beschrieben, wurden die ersten völkerrechtlichen und demokratischen Volksabstimmungen bzw. Referenden in den neuen Ländern erst 1994 zur Annahme der Landesverfassung bzw. die darin enthaltene Annahme des Bundesrechtes abgehalten!

Der eilig zuwege gebrachte Einigungsvertrag wurde ohne völkerrechtlich korrekte Beteiligung der DDR-Bevölkerung einfach zu Wege gebracht, ähnlich dem vorangegangenen Volkskammerbeschluss am 22. August mit besagter Urkundenfälschung.

Fünf von Lothar de Maizière ernannte „Landessprecher“ konnten gemäß Völkerrecht nicht für die fünf Länder völkerrechtlich tätig sein.

Zitat: "Landessprecher war der Titel der designierten kommissarischen Regierungschefs der neuen Bundesländer kurz nach der deutschen Wiedervereinigung. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung trat die Deutsche Demokratische Republik am 3. Oktober 1990 als fünf neue Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland bei. Die Landtagswahlen dieser neuen Bundesländer fanden jedoch erst am 14. Oktober statt und die Wahl der Ministerpräsidenten durch die neu gewählten Landtage geschah von Ende Oktober bis Anfang November.

Bis dahin fungierten Landessprecher als die kommissarischen Regierungschefs der jeweiligen Länder. Sie wurden am 3. August von dem Ministerpräsidenten der DDR Lothar de Maizière ernannt, teils mit politischer Kontroverse unter den Bezirken.

Die Landessprecher, in dieser Funktion ab 3. Oktober Landesbevollmächtigte genannt, übernahmen wie im Einigungsvertrag vorgeschrieben die Funktion der Regierungschefs. Zudem bestand die Aufgabe der Landessprecher in dem Aufbau der Verwaltung, insbesondere der Zusammenführung der Verwaltung der ehemaligen Bezirke." Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Landessprecher>

Der getäuschten gesamtdeutschen Bevölkerung und der internationalen Öffentlichkeit wurde ein „Beitritt“ der DDR lediglich nur glaubhaft gemacht, obwohl juristisch nur eine „Überleitung von Bundesrecht“ der BRD auf die neuen Länder in der DDR erfolgte.

Aus diesem Grund liegt zusätzlich die völkerrechtlich verbotene „Heimtücke“ vor. Die BRD-Wahlen und die Annahme des BRD-Bundesrechtes auf die Länder der DDR erfolgten unter arglistiger Täuschung und unter der Anwendung von völkerrechtlich verbotener arglistiger Heimtücke durch Missbrauch des Vertrauens der getäuschten deutschen Bevölkerung!

Zitat: „Heimtücke bedeutet in der deutschen Sprache eine hinterlistige Bösartigkeit (...) Ähnliche Begriffe sind Tücke, List, Arglist, Hinterlist, Hinterhalt, Täuschung und Überlistung sowie heimlich, klammheimlich und klandestin.“ Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Heimt%C3%BCcke>

Völkerrechtlich verbotene Heimtücke:

Zitat: „Als Heimtücke (oder Perfidie, perfide Kriegshandlung) gelten Handlungen, durch die ein Gegner in der Absicht, sein Vertrauen zu missbrauchen, verleitet wird, darauf zu vertrauen, dass er nach den Regeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts Anspruch auf Schutz hat oder verpflichtet ist, Schutz zu gewähren. Beispiele für heimtückische Handlungen sind: Das Vortäuschen der Absicht, unter einer Parlamentärflagge zu verhandeln oder sich zu ergeben, das Vortäuschen von Kampfunfähigkeit infolge Verwundung oder Krankheit, das Vortäuschen eines zivilen oder Nichtkombattantenstatus sowie das Vortäuschen eines geschützten Status durch Benutzung von Abzeichen, Emblemen oder Uniformen der Vereinten Nationen oder neutraler oder anderer nicht am Konflikt beteiligter Staaten. Kriegslisten sind anders als Heimtücke nicht völkerrechtlich verboten, sondern erlaubt. Kriegslisten sind Handlungen, die einen Gegner irreführen oder ihn zu unvorsichtigen Handlungen veranlassen sollen, die aber keine Regel des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts verletzen und nicht heimtückisch sind, weil sie den Gegner auch nicht verleiten sollen, auf den sich aus diesem Recht ergebenden Schutz zu vertrauen. Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt: Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.“ Quelle: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>

Konkreter Bruch des Völkerrechts bezüglich des Potsdamer Abkommens in Bezug auf Deutschland:

Feststellung:

Die Überleitung des BRD-„Bundesrechtes“ auf das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verstößt gegen das völkerrechtlich-verbindliche Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 in Bezug auf Deutschland!

Die illegal-eroberte Verwaltungstätigkeit der BRD auf dem Gebiet der DDR stellt einen groben Verstoß gegen die politischen Grundsätze der völkerrechtlich-verbindlichen Maßnahmen in Bezug auf den völkerrechtlichen Staat „Deutschland“ vom 2. August 1945 und weiteres internationale Völkerecht dar!

Die Re-Nazifizierung auf dem Gebiet der DDR durch das „BRD“-Bundesrecht:

Feststellung: Verstoß durch illegale Anwendung und Fortführung des Nazismus durch nazifiziertes „Bundesrecht“ in Form der aktiven Anwendung der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 der NSDAP - Adolf Hitler auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und weiterer nazistischer Gesetzgebung (Beispiel: NS-Justizbeitreibungsgesetz (JBeitrG) „JBeitrG Ausfertigungsdatum: 11.03.1937“
Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/jbeitro/BJNR002980937.html>

Verstoß gegen die völkerrechtlichen Grundsätze der Entnazifizierung:

Zitat aus dem rechtsverbindlichen Beschluss vom 2. August 1945 in Bezug auf Deutschland: „4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.“

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Zitat: „Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934
Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl.
I. S. 75) wird folgendes verordnet:
§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).“
Quelle: <https://www.verfassungen.de/de33-45/staatsangehoerigkeit34.htm>

Artikel 116 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Zitat: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher
Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt (Ergänzung: vom 05.02.1934 von Adolf Hitler)
oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder
Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937
Aufnahme gefunden hat.“ Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

Reichsgesetzblatt der NSDAP über die Verordnung der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ am 5.
Februar 1934 vom damaligen „Reichsminister des Innern“ Wilhelm Frick Quelle:
RGBl_1934_I_85_VO_Staatsangehoerigkeit
https://www.servat.unibe.ch/dns/RGBl_1934_I_85_VO_Staatsangehoerigkeit.pdf

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) der „BRD“
Zitat: „§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“
Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/stag/_30.html

„**Gesetze aus der NS-Zeit, die bis heute gelten – Wo Adolf noch regiert!**“ <https://taz.de/Gesetze-aus-der-NS-Zeit-die-bis-heute-gelten/!5068958/> Siehe dazu auch: http://ns-quellen.at/gesetze_anzeigen.php

Ab 1949 wurde die Entnazifizierung gestoppt und der Aufbau der „BRD“ mit über Fünfzigtausend (50.000!) Nationalsozialisten vorgenommen!

Hinweis: Beweis und Quelle: ARD-Dokumentarfilm: „Akte D - Das Versagen der Nachkriegsjustiz“
Quelle: <https://www.youtube.com/watch?v=Xulim0aJqps>

Reaktivierung der NS-Beamten und deren Nachfolger im BRD-Verwaltungssystem:

Zitat: „Das Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen war ein Bundesgesetz zur Ausführung des Regelungsauftrags in Art. 131 GG aus dem Jahr 1951. Es regelte die Rechtsverhältnisse von Beamten in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland, die vor dem 8. Mai 1945 in das Beamtenverhältnis berufen wurden und danach ausgeschieden waren, ohne seitdem wiederverwendet oder versorgt worden zu sein. Der durch das Gesetz begünstigte Personenkreis wurde umgangssprachlich *131er* genannt. Zu den „verdrängten Angehörigen des öffentlichen Dienstes und aufgelöster Dienststellen“ gehörten gem. § 1 bis 4 des Gesetzes u. a. Beamte, Hochschullehrer und Richter aus den Vertreibungsgebieten, Beamte in nicht mehr existierenden Verwaltungen und Berufssoldaten sowie alle Personen, die wegen ihrer Betätigung im Deutschen Reich 1933 bis 1945 nach dem Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zunächst nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet wurden und keine entsprechende Versorgung mehr erhielten. Dazu gehörten auch Angestellte und Arbeiter sowie ihre Hinterbliebenen.“ Quelle:
https://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zur_Regelung_der_Rechtsverh%C3%A4ltnisse_der_unter_Artikel_131_des_Grundgesetzes_fallenden_Personen

Die bekanntesten Beispiele der Rekrutierung von ideologisierten hochrangigen Nazis in den höchsten und wichtigsten Posten in der BRD-Besatzungsverwaltung sind der NS-Jurist Hans Maria Globke und der NS-Geheimdienstchef der „Fremde Heere Ost“

Reinhard Gehlen im Bundesnachrichtendienst der „BRD“. Dem angloamerikanischen Besatzungsregime „BRD“ wurden über Fünfzigtausend (50.000!) NS-Beamte für eine Reorganisation der NS-Struktur zur Verfügung gestellt!

Siehe dazu Beweise und Quellen:

ARD-Dokumentarfilm: „Akte D - Das Versagen der Nachkriegsjustiz“

Quellen: <https://www.youtube.com/watch?v=Xulim0aJgps>

+ https://de.wikipedia.org/wiki/Organisation_Gehlen

und: <https://taz.de/NS-Kontinuitaeten-im-Bundeskanzleramt!/5739735/>

Liste NSDAP-Mitglieder, die nach 1945 in der BRD völkerrechtswidrig tätig waren:

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_ehemaliger_NS_DAP-Mitglieder,_die_nach_Mai_1945_politisch_t%C3%A4tig_waren

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) der BRD

Zitat: „§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/stag/_30.html

„Gesetze aus der NS-Zeit, die bis heute gelten – Wo Adolf noch regiert!“

Quelle: <https://taz.de/Gesetze-aus-der-NS-Zeit-die-bis-heute-gelten!/5068958/> Siehe dazu auch:

http://ns-quellen.at/gesetze_anzeigen.php

Völkerrechtlich-verbotene Heimtücke und Machtmissbrauch der 1990 aktiven Alt-Nazis als Regierungsvertreter der BRD-Regierung z. Bsp. durch den „BRD“-Außenminister **Hans-Dietrich Genscher der verbotenen NSDAP-Partei. Hans-Dietrich Genscher NSDAP-Mitgliedsnummer 10.123.636 20. April 1944.**

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_NS_DAP-Parteimitgliedsnummern

Gemäß der Rechtsprechung der „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“), insbesondere gemäß dem Artikel 25 Grundgesetz für die BRD, gehen die Gesetze des Völkerrechts dem „Bundesrecht“ vor.

Damit einher geht die völkerrechtlich-verbindlichen fortgeltenden

Entnazifizierungsvorschriften gemäß Artikel 139 Grundgesetz für die BRD, aus denen die

fortgeltende Gültigkeit der völkerrechtlichen Beschlüsse des Potsdamer Abkommens vom 2.

August 1945 hervorgeht.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 139

„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html

13.10 Die Re-Militarisierung auf deutschem Boden!

Verstoß gegen den völkerrechtlichen verbindlichen Grundsatz der Entmilitarisierung in Bezug auf Deutschland:

Zitat: „3. Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind: (I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann oder deren Überwachung.“ Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Völkerrechtswidrig illegale Wiederbewaffnung der BRD:

Siehe dazu die Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Wiederbewaffnung>

Beispiele von militärischer Beteiligung der BRD an völkerrechtlich illegalen

Angriffskriegen:

Illegale militärische Beteiligung der BRD am NATO-Krieg gegen Jugoslawien im Jahr 1999!

„Der NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien“

Zitat: „Die westlichen Staaten entschlossen sich aufgrund der fortschreitenden Eskalation durch die jugoslawische Führung im März 1999 zum Luftkrieg gegen Jugoslawien und seine Truppen im Kosovo, um es zum Einlenken zu zwingen. Die Bundeswehr bekämpfte dabei die jugoslawische Luftverteidigung, überwiegend mit ECRElectronic Combat Reconnaissance-Tornados. Es war der erste Kampfauftrag für die Armee im Einsatz. Doch ein Mandat der Vereinten Nationen lag nicht vor.“
Quelle: <https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/geschichte-bundeswehr/armee-einsatz>

Illegale Beteiligung der BRD am NATO-Krieg in Libyen im Jahr 2011:

Das zugehörige UN-Mandat wurde von der NATO missbräuchlich überschritten, um einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Staat Libyen zu führen.

Siehe u.a. folgende Beweis-Quellen:

- https://de.wikipedia.org/wiki/Internationaler_Milit%C3%A4reinsatz_in_Libyen_2011
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/nato-einsatz-in-libyen-offene-unterstuetzung-und-heimliche-hilfe-1.1135552>
- <https://www.spiegel.de/politik/ausland/libyen-einsatz-und-voelkerrecht-glueckwunsch-nato-aber-bitte-leise-jubeln-a-783548.html>
- <https://www.derstandard.at/story/2000125060104/als-die-nato-in-libyen-die-sache-in-die-hand>
- <https://www.siper.ch/frieden/infografiken/illegale-kriege-der-nato-l%C3%A4nder.html>
- <https://www.siper.ch/frieden/infografiken/illegale-kriege-der-nato-l%C3%A4nder.html>

Völkerrechtswidrige militärische Unterstützungsleistung der BRD für die Kriegsparteien NATO/ Ukraine gegen die alliierte Hauptsiegermacht Russische Föderation auf Kosten und zum Nachteil der Deutschen und aller Völker - in Folge Völkermord durch Krieg, Terrorismus, Militarismus und Nazismus!

Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

„NATO 75 Jahre - Langzeitkrieg gegen Russland!“

Zitat: „Vor 75 Jahren wurde das westliche Kriegs Bündnis gegründet.“

Quelle: <https://www.jungewelt.de/artikel/472615.nato-75-jahre-langzeitkrieg-gegen-russland.html>

Illegale Kriegsführung der „BRD“ gegen Russland:

Zitat: "Insgesamt hat Deutschland (die BRD!) inzwischen **Militärhilfen in Höhe von etwa 28 Milliarden Euro** für die Unterstützung der Ukraine zur Verfügung beziehungsweise für die kommenden Jahre bereitgestellt." Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

Militärausgaben im Vergleich „Drittes Reich“ zur BRD in US-Dollar!

„Gesamtkosten und geschätzter Anteil des Rüstungsausgaben im Zweiten Weltkrieges nach Staaten von 1945 (in Milliarden US-Dollar)

Militärausgaben im Dritten Reich in MRD. US-Dollar:

272 Mrd. davon 156 Mrd. reine Rüstungsausgaben“

272 Milliarden US-Dollar! (272.000.000.000 US-Dollar)

Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1116515/umfrage/gesamt-und-ruistungskosten-des-zweiten-weltkrieges-nach-staaten/>

Völkerrechtswidrige Wiederbewaffnung und Aufrüstung der BRD ab 1953!

Militärausgaben der BRD von 1953 bis 2023 = 1 Billion 833,7 Milliarden US-Dollar!

1.833,7 Milliarden US-Dollar von 1953 bis 2023!

Militärausgaben der BRD nur von 2007 bis 2023 = 799,4 Milliarden US-Dollar!

„Militärausgaben von Deutschland (der BRD) von 1953 bis 2023 (in Milliarden US-Dollar)“ Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/183064/umfrage/militaerausgaben-von-deutschland/>

Militärische Unterstützung der BRD für die Ukraine

„Krieg in der Ukraine“

Zitat: „Diese Waffen und militärische Ausrüstung liefert Deutschland an die Ukraine: Deutschland unterstützt die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen – aus Beständen der Bundeswehr und durch Lieferungen der Industrie, die aus Mitteln der Ertüchtigungshilfe der Bundesregierung finanziert werden. (...)“

Insgesamt hat Deutschland inzwischen Militärhilfen in Höhe von etwa **28 Milliarden Euro** für die Unterstützung der Ukraine zur Verfügung beziehungsweise für die kommenden Jahre bereitgestellt.“ Quelle: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/krieg-in-der-ukraine/lieferungen-ukraine-2054514>

Deutscher Bundestag 2024 - Verteidigung

„Verteidigungsetat umfasst knapp 52 Milliarden Euro“

Zitat: „Deutschland (die BRD!) wird in diesem Jahr rund **72 Milliarden Euro** für Verteidigung ausgeben. Davon entfallen 51,95 Milliarden Euro auf den regulären Verteidigungshaushalt und weitere rund 20 Milliarden Euro, die aus dem Sondervermögen für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung ausgegeben werden sollen. Der Bundestag billigte den Regierungsentwurf des Einzelplans 14 des Bundeshaushaltes 2024 (20/7800, 20/7802) am Donnerstag, 31. Januar 2024, in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (20/8614, 20/8661) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen das Votum der CDU/CSU, der AfD und der fraktionslosen Abgeordneten der aufgelösten Linksfraktion.“

Quelle: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw05-de-verteidigung-977670>

1.933,7 Milliarden US-Dollar von 1953 bis 2024! (1.933.700.000.000 US-Dollar!)

Ergebnis:

Verwaltungstechnischer Machtmissbrauch auf dem völkerrechtlich nicht untergegangenem "Nazi-Deutschland" auf allen Ebenen!

Die Verwaltungstätigkeit der "BRD" auf dem Gebiet der DDR hat sich nur durch arglistige

Täuschung der Bevölkerung, juristische Unmöglichkeiten, Betrugerei und verbotene Heimtücke im Bewusstsein der Menschen etablieren können.

Währenddessen besteht die Deutsche Demokratische Republik als Rechtssubjekt desorganisiert einschließlich dessen fortgeltendem Recht bis heute weiter!

Die kriminellen Rechtsbrüche auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik sind völkerrechtlich und moralisch weder akzeptabel noch in irgendeiner Art und Weise zu billigen bzw. blind zu gehorchen! Die Beteiligung an „BRD“-Wahlen stellt im gesamten Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufgrund der offenkundigen völkerrechtlichen Bestimmungen und der offenkundigen Rechtsverstöße im Rahmen der Ereignisse um den 3. Oktobers 1990 ein Verbrechen bzw. den „Versuch der Beteiligung“ auch gemäß § 30 Strafgesetzbuch (StGB) in der Rechtsordnung der „Bundesrepublik Deutschland“ dar!

In diesem Zusammenhang ist zu beachten:

§ 123 Anfechtbarkeit wegen Täuschung oder Drohung - Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Zitat: „(1) Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch **arglistige Täuschung** oder widerrechtlich durch Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.

(2) Hat ein Dritter die Täuschung verübt, so ist eine Erklärung, die einem anderen gegenüber abzugeben war, nur dann anfechtbar, wenn dieser die Täuschung kannte oder kennen musste. Soweit ein anderer als derjenige, welchem gegenüber die Erklärung abzugeben war, aus der Erklärung unmittelbar ein Recht erworben hat, ist die Erklärung ihm gegenüber anfechtbar, wenn er die Täuschung kannte oder kennen musste.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/bgb/_123.html

Zitat: „§ 30 Versuch der Beteiligung

(1) Wer einen anderen zu bestimmen versucht, ein Verbrechen zu begehen oder zu ihm anzustiften, wird nach den Vorschriften über den Versuch des Verbrechens bestraft. Jedoch ist die Strafe nach § 49 Abs. 1 zu mildern. § 23 Abs. 3 gilt entsprechend.(2) Ebenso wird bestraft, wer sich bereit erklärt, wer das Erbieten eines anderen annimmt oder wer mit einem anderen verabredet, ein Verbrechen zu begehen oder zu ihm anzustiften.“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_30.html

Ergebnis:

Alle Aktivitäten von zivilen und militärischen BRD-Organisationen/ Verwaltungen aller Art, Einzelpersonen der BRD einschließlich deren gesamten nazifizierten „Deutschen Wirtschaft“, der Nazi-Rüstungskonzerne auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sind aus den zuvor genannten, schwerwiegenden Gründen als völkerrechtlich illegal zu bewerten!

Kein nachweislich-bekennender DDR-Bürger ist demnach und insgesamt gezwungen das Bundesrecht der BRD anzuerkennen, wenn der betreffende Mensch fortgeführte Verbrechen wie den deutschen Nazismus, Militarismus, Kriegstreiberei, Beteiligung an völkerrechtlich illegalen militärischen Aktionen/ Interventionen (Angriffskriegen), Nazi- und Kriegsverbrechen, Völkermord, Versklavung, Ausplünderung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Vernichtung der göttlichen Schöpfung, arglistige Täuschung/ Betrug, Korruption usw. ablehnt und seine Beteiligung verweigert!

Gemäß den internationalen und nationalen Rechtsgrundlagen und den offenkundigen Tatsachen besteht in Bezug auf die DDR die Möglichkeit durch Anwendung des Notstandsrechtes die Handlungsfähigkeit der DDR wiederherzustellen!

Michail Gorbatschow, Eduard Schewardnadse und der „2+4-Vertrag“!

Wie eine als Staat getarnte angloamerikanische Besatzungsverwaltung „BRD“ die sowjetische Besatzungszone (DDR) erfolgreich eroberte:

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 - (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland; kurz Regelungsvertrag):

Dieser völkerrechtliche Generalbetrug wurde den Bonner Nazis nur durch Teilnahme der Regierung der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR ermöglicht!



Quelle: https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/30920464_wegmarken_einheit7-202422



Quelle: <https://www.br.de/nachricht/25-jahre-2plus4-vertrag-100.html>

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Pour la République Fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германия

Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Lothar de Maizière

Für die Französische Republik
For the French Republic
Pour la République française
За Французскую Республику

Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes
soviétiques
За Союз Советских Социалистических Республик

Mikhail Gorbachev

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien
und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and
Northern Ireland
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et
d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и
Северной Ирландии

Douglas Hurd

Die Tatbeteiligten:

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland: **Douglas Hurd**

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: **Eduard Schewardnadse**

Für die Französische Republik: **Roland Dumas**

Für die Vereinigten Staaten von Amerika: **Baker**

Für die Deutsche Demokratische Republik: **Lothar de Maizière**

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Hans-Dietrich Genscher NSDAP-Mitgliedsnummer 10.123.636 (20. April 1944)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_NSADAP-Parteimitgliedsnummern

Die „öffentliche Meinung“ zum „2+4“-Vertrag:

Zitat: „Der Zwei-plus-Vier-Vertrag (vollständiger amtlicher Titel: Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland; daher auch kurz als Regelungsvertrag bezeichnet) ist ein Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (den namensgebenden zwei deutschen Staaten) einerseits sowie Frankreich, der Sowjetunion, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika andererseits.

Er machte den Weg für die Wiedervereinigung Deutschlands frei, wurde am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet und trat am 15. März 1991, dem Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde durch die Sowjetunion, mit einer offiziellen Zeremonie in Kraft.

Die hiermit verbundene endgültige Beendigung der Rechte und Verantwortlichkeiten dieser vier Mächte und ihrer entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse teilten die Regierungen der Vier Mächte durch entsprechende Verbalnoten vom 5. April 1991 dem Generalsekretär der Vereinten

Nationen in einer Bekanntmachung an alle Staaten mit. Die beiden deutschen Staaten wiederum erklärten mit der im Regelungsvertrag zum Ausdruck gebrachten Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, dass das **vereinte Deutschland** endgültig auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete und damit auf etwa ein Viertel des früheren deutschen Staatsgebietes verzichten werde.

Als Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Deutschen wurde der Umstand angesehen, dass es keine „Viermächtekonferenz über Deutschland“ gab, also ohne deutsche Beteiligung.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag gilt deswegen als die endgültige Friedensregelung mit Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und markiert somit das Ende der Nachkriegszeit. Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen werden als ein Meisterstück der internationalen Diplomatie beurteilt. Innerhalb kürzester Zeit wurden Probleme gelöst, die eine ganze Epoche geprägt und gestaltet hatten.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Zwei-plus-Vier-Vertrag>

Feststellung:

Keine deutsche Regierungsbeteiligung!

Die Verträge zwischen den Alliierten Siegermächten und deren hauseigenen Besatzungsregimen BRD und DDR sind alliierte „In-Sich-Vereinbarungen“ und haben nichts mit den indigenen Deutschen zu tun!

Weder die Regierungen der BRD noch die der DDR sind deutsche Regierungen im Sinne des Staats- und Völkerrechts gemäß dem Potsdamer Abkommen Teil II vom 2. August 1945!

Der völkerrechtliche Rechtstitel für die ethnischen Deutschen mit der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 zur Erfüllung des Potsdamer Abkommens bleibt bestehen.

Zitat:

„VERTRAG ÜBER DIE ABSCHLIESSENDE REGELUNG IN BEZUG AUF DEUTSCHLAND

Die Bundesrepublik Deutschland, die Deutsche Demokratische Republik, die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika –

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß ihre Völker seit 1945 miteinander in Frieden leben,

EINGEDENK der jüngsten historischen Veränderungen in Europa, die es ermöglichen, die Spaltung des Kontinents zu überwinden,

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und der entsprechenden Vereinbarungen und Beschlüsse der Vier Mächte aus der Kriegs- und Nachkriegszeit,

ENTSCHLOSSEN, in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen,

EINGEDENK der Prinzipien der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa,

IN ANERKENNUNG, daß diese Prinzipien feste Grundlagen für den Aufbau einer gerechten und dauerhaften Friedensordnung in Europa geschaffen haben,

ENTSCHLOSSEN, die Sicherheitsinteressen eines jeden zu berücksichtigen,

ÜBERZEUGT von der Notwendigkeit, Gegensätze endgültig zu überwinden und die Zusammenarbeit in Europa fortzuentwickeln,

IN BEKRÄFTIGUNG ihrer Bereitschaft, die Sicherheit zu stärken, insbesondere durch wirksame Maßnahmen zur Rüstungskontrolle, Abrüstung und Vertrauensbildung; ihrer Bereitschaft, sich gegenseitig nicht als Gegner zu betrachten, sondern auf ein Verhältnis des Vertrauens und der Zusammenarbeit hinzuarbeiten, sowie dementsprechend ihrer Bereitschaft, die Schaffung geeigneter institutioneller Vorkehrungen im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa positiv in Betracht zu ziehen,

IN WÜRDIGUNG dessen, daß das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa ist,

MIT DEM ZIEL, die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland zu vereinbaren,

in Anerkennung dessen, daß dadurch und mit der Vereinigung Deutschlands als einem demokratischen und friedlichen Staat die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes ihre Bedeutung verlieren,

VERTRETEN durch ihre Außenminister, die entsprechend der Erklärung von Ottawa vom 13. Februar 1990 am 5. Mai 1990 in Bonn, am 22. Juni 1990 in Berlin, am 17. Juli 1990 in Paris unter Beteiligung des Außenministers der Republik Polen und am 12. September 1990 in Moskau zusammengetroffen sind –

sind wie folgt übereingekommen:

ARTIKEL I

(1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.

(3) Das **vereinte Deutschland** hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.

(4) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des **vereinten Deutschland** keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind. Dies gilt dementsprechend für die Bestimmungen, die in der Präambel und in den Artikeln 23 Satz 2 und 146 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland niedergelegt sind.

(5) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen die entsprechenden Verpflichtungen und Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik förmlich entgegen und erklären, daß mit deren Verwirklichung der endgültige Charakter der Grenzen des **vereinten Deutschland** bestätigt wird.

ARTIKEL 2

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärung, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der

Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das **vereinte Deutschland** keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.

ARTIKEL 3

(1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen. Sie erklären, daß auch das **vereinte Deutschland** sich an diese Verpflichtungen halten wird. Insbesondere gelten die Rechte und Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968 für das **vereinte Deutschland** fort.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat in vollem Einvernehmen mit der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik am 30. August 1990 in Wien bei den Verhandlungen über Konventionelle Streitkräfte in Europa folgende Erklärung abgegeben:

"Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet sich, die Streitkräfte des vereinten Deutschland innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) zu reduzieren. Diese Reduzierung soll mit dem Inkrafttreten des ersten KSE-Vertrags beginnen. Im Rahmen dieser Gesamtbergrenze werden nicht mehr als 345.000 Mann den Land- und Luftstreitkräften angehören, die gemäß vereinbartem Mandat allein Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa sind. Die Bundesregierung sieht in ihrer Verpflichtung zur Reduzierung von Land- und Luftstreitkräften einen bedeutsamen deutschen Beitrag zur Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa. Sie geht davon aus, daß in Folgeverhandlungen auch die anderen Verhandlungsteilnehmer ihren Beitrag zur Festigung von Sicherheit und Stabilität in Europa, einschließlich Maßnahmen zur Begrenzung der Personalstärken, leisten werden."

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat sich dieser Erklärung ausdrücklich angeschlossen.

(3) Die Regierungen der Französischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Kenntnis.

ARTIKEL 4

(1) **Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken erklären, daß das vereinte Deutschland und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in vertraglicher Form die Bedingungen und die Dauer des Aufenthalts der sowjetischen Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins sowie die Abwicklung des Abzugs dieser Streitkräfte regeln werden, der bis zum Ende des Jahres 1994 im Zusammenhang mit der Verwirklichung der Verpflichtungen der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, auf die sich Absatz 2 des Artikels 3 dieses Vertrags bezieht, vollzogen sein wird.**

(2) Die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika nehmen diese Erklärung zur Kenntnis.

ARTIKEL 5

(1) Bis zum Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins in Übereinstimmung mit Artikel 4 dieses Vertrags werden auf diesem Gebiet als Streitkräfte **des vereinten Deutschland** ausschließlich deutsche Verbände der Territorialverteidigung stationiert sein, die nicht in die Bündnisstrukturen integriert sind, denen deutsche Streitkräfte auf dem übrigen deutschen Territorium zugeordnet sind. Unbeschadet der Regelung in Absatz 2 dieses Artikels werden während dieses Zeitraums Streitkräfte anderer Staaten auf diesem Gebiet nicht stationiert oder irgendwelche andere militärische Tätigkeiten dort ausüben.

(2) Für die Dauer des Aufenthalts sowjetischer Streitkräfte auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins werden auf deutschen Wunsch Streitkräfte der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage entsprechender vertraglicher Vereinbarung zwischen der Regierung des **vereinten Deutschland** und den Regierungen der betreffenden Staaten in Berlin stationiert bleiben. Die Zahl aller nichtdeutschen in Berlin stationierten Streitkräfte und deren Ausrüstungsumfang werden nicht stärker sein als zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Vertrags. Neue Waffenkategorien werden von nichtdeutschen Streitkräften dort nicht eingeführt. Die Regierung **des vereinten Deutschland** wird mit den Regierungen der Staaten, die Streitkräfte in Berlin stationiert haben, Verträge zu gerechten Bedingungen unter Berücksichtigung der zu den betreffenden Staaten bestehenden Beziehungen abschließen.

(3) Nach dem Abschluß des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte vom Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik und Berlins können in diesem Teil Deutschlands auch deutsche Streitkräfteverbände stationiert werden, die in gleicher Weise militärischen Bündnisstrukturen zugeordnet sind wie diejenigen auf dem übrigen deutschen Hoheitsgebiet, allerdings ohne Kernwaffenträger. Darunter fallen nicht konventionelle Waffensysteme, die neben konventioneller andere Einsatzfähigkeiten haben können, die jedoch in diesem Teil Deutschlands für eine konventionelle Rolle ausgerüstet und nur dafür vorgesehen sind. Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt.

ARTIKEL 6

Das Recht **des vereinten Deutschland**, Bündnissen mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten anzugehören, wird von diesem Vertrag nicht berührt.

ARTIKEL 7

(1) **Die Französische Republik, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.**

(2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

ARTIKEL 8

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das **vereinte Deutschland**.

(2) Die Ratifikations- oder Annahmearkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmearkunde.

ARTIKEL 9

Dieser Vertrag tritt für das **vereinte Deutschland**, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika am Tag der Hinterlegung der letzten Ratifikations- oder Annahmearkunde durch diese Staaten in Kraft.

ARTIKEL 10

Die Urschrift dieses Vertrags, dessen deutscher, englischer, französischer und russischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt, die den Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten beglaubigte Ausfertigung übermittelt. (...)

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig Bevollmächtigten diesen Vertrag unterschrieben.

GESCHEHEN in Moskau am 12. September 1990

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries, duly authorized thereto, have signed this Treaty.

DONE AT MOSKOW this twelfth day of September 1990

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités à cet, ont signé le présent Traité.

FAIT À MOSCOU, le 12 septembre 1990

В УДОСТОВЕРЕНИЕ ЧЕГО нижеподписавшиеся, должным образом уполномоченные, подписали настоящий Договор.

СОВЕРШЕНО в Москве, 12 сентября 1990 г.

Für die Bundesrepublik Deutschland

For the Federal Republic of Germany
Pour la République fédérale d'Allemagne
За Федеративную Республику Германию
Hans-Dietrich Genscher

Für die Deutsche Demokratische Republik
For the German Democratic Republic
Pour la République démocratique allemande
За Германскую Демократическую Республику

Für die Französische Republik
Für the French Republic
Pour la République française
За Французскую Республику
Roland Dumas

Für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
For the Union of Soviet Socialist Republics
Pour l'Union des Républiques socialistes soviétiques
За Союз Советских Социалистических Республик
Эдуард Шеварднадзе

Für das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Pour la Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
За Соединенное Королевство Великобритании и Северной Ирландии
Douglas Hurd

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Pour les Etats-Unis d'Amérique
За Соединенные Штаты Америки
Baker

Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0046_zwe&object=translation&st=&l=de

Vollständiger Verstoß gegen die völkerrechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Teil II und Teil III in Bezug auf Deutschland!

Die völkerrechtliche Friedensregelung zur Beendigung des Kriegszustandes in Bezug auf Deutschland ist das Potsdamer Abkommens Teil II vom 2. August 1945!

Der Wortlaut der völkerrechtlich-verbindlichen Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister - Zitat:

„Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika. (...) **Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.**“

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Zitat H.D.-Genscher: „Friedensvertrag bzw. Friedensregelung nicht beabsichtigt“

Protokoll-Auszug: Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier 17.07.1990 Anlage Protokoll des französischen Vorsitzenden. **Hans-Dietrich Genscher (20. April 1944) mit der NSDAP-Mitgliedsnummer 10.123.636** Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_NSdap-Parteimitgliedsnummern

Aussage des Tatbeteiligten und Zeugen Hans Dietrich Genscher:

„Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland weist darauf hin, dass er zur Kenntnis genommen hat, dass diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die „BRD“ stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, dass die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d.h., dass ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind.“

Quellen dazu: „Deutsche Einheit“ Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 Oldenbourg Verlag <https://wiedervereinigung.bundesarchiv.de/dokumente.html>

Feststellung:

Die Volksrepublik Polen hat bis heute keine völkerrechtliche Garantie in Bezug auf ihre Westgrenze! Die neue Staatsgrenze zwischen Polen und dem Staat „Deutschland“ kann offiziell erst mit der Erfüllung des Potsdamer Abkommens völkerrechtlich endgültig festgelegt werden! Die heutigen Grenzen sind lediglich die Grenzen der verschiedenen Verwaltungsgebiete auf dem Staatsgebiet des weiter existierenden Staates Deutschland von 1937.

Original-Wortlaut - Potsdamer Abkommen Teil IX (Teil 9):

„Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

Die Häupter der drei Regierung bekräftigen ihre Auffassung, dass **die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt** werden soll.“

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Ergebnis:

Die völkerrechtliche Sachlage ist nach wie vor seit dem 2. August 1945 offenkundig und unverändert!

Die BRD ist nur ein angloamerikanisches Besatzungsinstrument und hat außer Okkupation, Piraterie und Machtmissbrauch nichts mit dem handlungsunfähigen Staat Deutschland zu tun! Die Vertreter des BRD-Besatzungsregimes sind aus sich selbst heraus völkerrechtlich nicht befugt eine deutsche Regierung für den Staat Deutschland zu bilden und darzustellen! Nur der Rat der Außenminister der alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ kann eine geeignete Regierung für Deutschland ermächtigen, Friedensverträge mit allen am Krieg beteiligten Nationen zu schließen. Damit verbunden sind die politischen Grundsätze der Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Deutschland!

Wer war der damalige sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse?



Zitat: „Hans Dietrich Genscher (links) und Eduard Schewardnadse am 5. Dezember 1989 in Moskau.

"Der ehemalige sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse wird nach seinem Tod weltweit als Brückenbauer zum Westen gewürdigt. Der Georgier hatte zusammen mit Michail Gorbatschow die Öffnung der Sowjetunion eingeleitet - und die deutsche Wiedervereinigung massgeblich unterstützt."

Quelle: <https://www.srf.ch/audio/srf-4-news-aktuell/exklusiv-genscher-ueber-seinen-verstorbenen-freund-schewardnadse?id=10367817>

Eduard Schewardnadse (georgisch ედუარდ შევარდნაძე; russisch Эдуард Амвросиевич Шеварднадзе *Eduard Amwrossijewitsch Schewardnadse*; * 25. Januar 1928 in Mamati, Gurien, Georgische SSR, Transkaukasische SFSR; † 7. Juli 2014 in Tiflis) war ein sowjetischer und georgischer Politiker. Er war von 1985 bis 1990 sowie Ende 1991 Außenminister der Sowjetunion. Von 1992 bis 1995 war er Staatsratsvorsitzender Georgiens und bis 2003 dessen zweiter Präsident.

Nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU im März 1985 berief Michail Gorbatschow Schewardnadse überraschend im Juli 1985 zum Nachfolger des seit 1957 amtierenden Außenministers Andrei Gromyko. Zusammen mit Gorbatschow leitete Schewardnadse eine außenpolitische Wende ein und blieb bis 1990 im Amt. Vom 19. November bis zum 26. Dezember 1991 hatte er das Amt nochmals inne.

Sein Entgegenkommen bei der deutschen Wiedervereinigung und folgend bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen (1990) sowie die Unterstützung der Westorientierung der baltischen Sowjetrepubliken und osteuropäischer Verbündeter brachte ihm den Titel „Totengräber des Sowjetreiches“ ein.

Schewardnadse war der zweite Präsident Georgiens nach dem Zerfall der Sowjetunion. 1992 wurde der georgische Präsident Swiad Gamsachurdia durch einen Putsch der Nationalgarde abgelöst. Die Putschisten riefen Schewardnadse ins Land und ernannten ihn zum Vorsitzenden des georgischen Staatsrates. Er trat das Amt am 10. März 1992 an. „Ich wusste, dass ich nicht legitimiert war, das Amt des Staatschefs zu übernehmen“, sagte Schewardnadse später: „Aber ich war mir sicher, dass nur ich Georgien aus Chaos und Krise herausholen und zur Demokratie würde führen können.“

Auf Eduard Schewardnadse wurden drei Attentate verübt, das erste von russischen Militärs im Krieg in Abchasien 1992-1993 am 3. Oktober 1992. Am 29. August 1995 wurde er bei einem Bombenanschlag in Tiflis leicht verletzt.^[2] Im November 1995 wurde Schewardnadse mit 70 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Am 9. Februar 1998 wurde er erneut Ziel eines Anschlags, bei dem sein ihm **von der deutschen Bundesregierung geschenkter gepanzerter Dienstwagen** mit Maschinengewehren und Panzerfaust angegriffen wurde.^[4] Bei den Präsidentschaftswahlen 2000 wurde er in seinem Amt bestätigt.

1993 erhielt er den *Immanuel-Kant-Preis* der Hamburger *Alfred Toepfer Stiftung F.V.S.* 1999 wurde er mit dem *W. Averell Harriman Democracy Award* des US-amerikanischen *National Democratic Institute* (NDI) und am 15. Oktober desselben Jahres unter Protesten georgischer Oppositioneller mit dem Ehrendoktor der *Friedrich-Schiller-Universität Jena* ausgezeichnet. Ebenfalls 1999 wurde ihm die *Ehrenbürgerschaft* der Stadt *Jerewan* verliehen.^[7] **In den USA wurden ihm sieben Ehrendokortitel verliehen. Er war Ehrenmitglied des Club of Rome.**

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Eduard_Schewardnadse

Zitat: „Moskau Gorbatschow droht politischer Prozess

Moskau- Russische Abgeordnete wollen den früheren Präsidenten für den Untergang der Sowjetunion bestrafen.“



Quelle: <https://rp-online.de/info/consent/>

Russland 11.04.2014 Auflösung der UdSSR: Parlamentarier wollen Gorbatschow verklagen

Zitat: „Weil er den Zerfall der Sowjetunion einleitete, wollen russische Duma-Abgeordnete Ex-Präsidenten Michail Gorbatschow verklagen

Mehrere Abgeordnete des russischen Parlaments wollen Ex-Präsident Michail Gorbatschow wegen der Auflösung der Sowjetunion verklagen. In einer an Generalstaatsanwalt Juri Tschaika verfassten Anfrage fordern die Parlamentarier, ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen die politische Führung der damaligen Zeit einzuleiten.“



Quelle: <https://www.badenertagblatt.ch/international/aufloesung-der-udssr-parlamentarier-wollen-gorbatschow-verklagen-id.1830867>

13.11 Ergebnisse der feindlichen Übernahme der DDR durch die BRD!

1. Ergebnis: Die Vollprivatisierung der BRD ab 1990.

Juristisches Ergebnis der feindlichen Übernahme der sowjetischen Besatzungszone ab dem 3. Oktober 1990:

Durch den General-Betrug am 3. Oktober 1990 wurde die angloamerikanische Besatzungsverwaltung „BRD“ zu einem Phantom-Staat „Deutschland“ auf den vier alliierten Besatzungszonen umgewandelt!

Es erfolgte die schrittweise Einführung einer privatrechtlichen Herrschaft: Voll-Privatisierung ab 1990 bzw. Piraterie des DDR-Volleigentums durch private Interessensorganisationen!

Das „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ wurde mit Löschung des Geltungsbereiches am 3. Oktober 1990 völkerrechtlich einfach beseitigt!

Heute wird dieses BRD-Grundgesetz wie eine Vereinsverfassung im privaten Handelsrecht bedarfsweise verwendet und geändert.

In der Rechtsrealität besteht die „Bundesrepublik Deutschland“ bis heute als eine vollprivatisierte angloamerikanische Besatzungs- und Treuhandverwaltung ohne Geltungsbereich AUF dem handlungsunfähigen Staat Deutschland („Deutsches Reich“) von 1937!

Seit 1990 wird der Begriff "Deutschland" von allen nationalen und internationalen Medien unablässig propagandistisch in die Köpfe der Menschen gehämmert!

Fast alle Menschen und Regierungen auf der Erde sind vor allem durch diese unablässige Medienpropaganda der fatalen Täuschung zum Opfer gefallen, dass diese „BRD“ der Staat „Deutschland“ sei.

Auf diesem gigantischen Betrug basiert heute auf internationaler Ebene bei nahezu allen verantwortlich tätigen Personen eine grundlegende irreführende Rechtsauffassung in Bezug zum völkerrechtlichen Zustand von Deutschland!

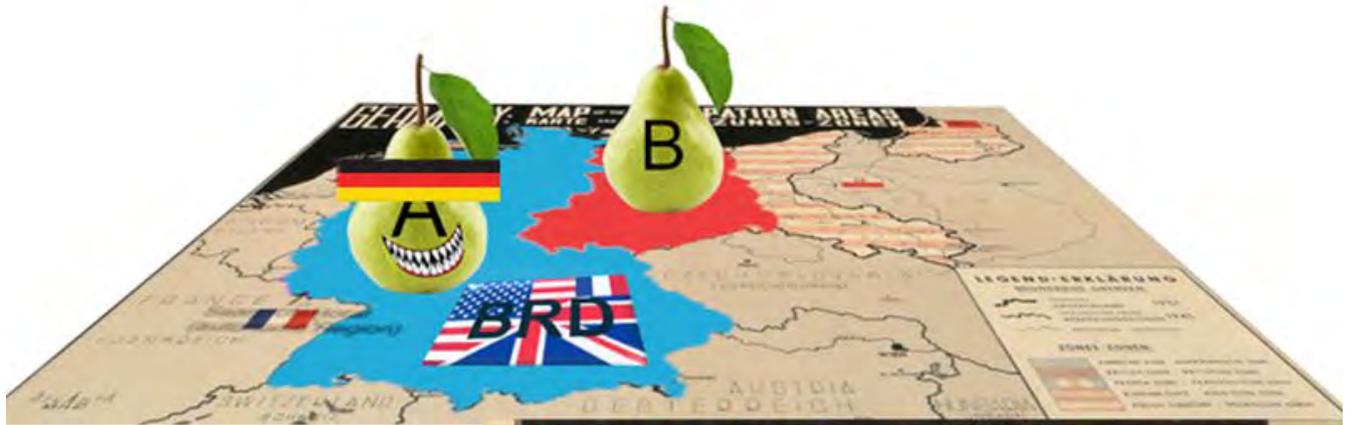
In Wahrheit wurden alle „BRD“-Regierungs- und Verwaltungsstrukturen ab 1990 vollständig zu handelsrechtlichen Unternehmen privatisiert.

Heute bestimmen nur noch über Geheimbünde der „Freimaurerei“ organisierte, private Mafiagruppen im Auftrag der Hintergrundmächte aus London, Washington und Paris diesen Phantomstaat „Deutschland“!

Diese Privatpersonen verhindern bis heute die Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates Deutschland.

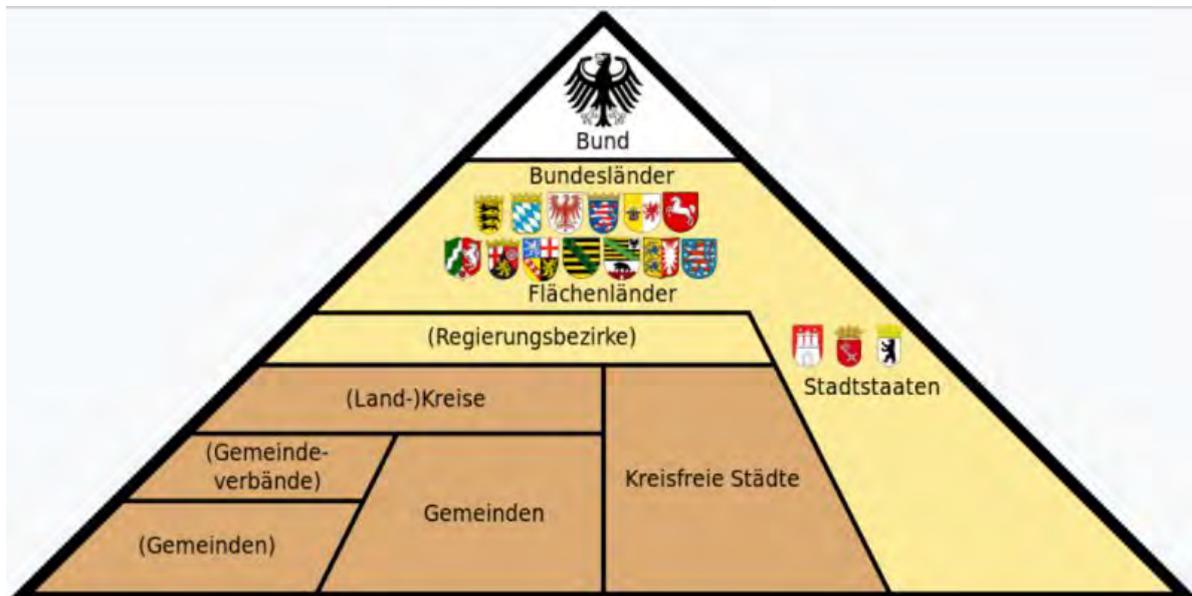
Diese böartigen Kreaturen tätigen nur betrügerisch-organisierten Machtmissbrauch und zerstören einfach alles, was gut und schön ist!

Die „BRD“-Politiker auf deutschem Boden sind keine deutschen Vertreter des völkerrechtlichen Staates Deutschland, sondern nur bezahlte Marionetten der internationalen Hochfinanz- und Konzernmafia - die Plutokratie!



Die privatisierte Verwaltungsstruktur der „BRD“ auf deutschem Boden!

Die Bundesebene (auch Bund genannt) ist in der „BRD“ die oberste Ebene in der Hierarchie des Verwaltungssystem.



Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Der „Bund“ ist eine private „Gebietskörperschaft“, der seine Verwaltungskompetenz an untergeordnete angeschlossene private Gebietskörperschaften abgibt.

Diese dem „Bund“ untergeordneten „Gebietskörperschaften“ werden als „Bundesländer“ bezeichnet, welche die Verwaltungsaufgaben wiederum über viele einzelne „Gemeinden“ organisieren, die ebenfalls private „Gebietskörperschaften“ sind.

Zitat: „Die mit dem Bund verbunden Unternehmen: Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen.

Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Mit dem Bund verbundene Unternehmen, gegenüber denen der Bund als herrschendes Unternehmen anzusehen ist, unterliegen damit bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen der Berichtspflicht nach § 312 AktG. Zur Erleichterung der Erfüllung einer etwaigen Berichtspflicht nach § 312 AktG ist hier eine alphabetische Zusammenstellung der mit dem Bund im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen und rechtlich unselbstständigen Einrichtungen eingestellt.“

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html

Zitat: „Die einzelnen Bundesländer besitzen zwar eine eigene Landesregierung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit, ihre Kompetenzen leiten sich jedoch vom Bund ab, dem die Kompetenz-Kompetenz zugestanden wird.“

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Bundesebene_(Deutschland))

Zitat: „Als **Kompetenz-Kompetenz** (auch *Kompetenzkompetenz*) wird in den Staatswissenschaften die Kompetenz verstanden, sich selbstständig neue Entscheidungskompetenzen zu geben.

Ausgehend von dem Begriff der Kompetenz als der Fähigkeit und der Befugnis sozialer Akteure, durch eigene Handlungen bestehende normative Verhältnisse zu ändern, bedeutet *Kompetenz-Kompetenz* - so viel wie die Rechtsmacht und die Legitimation zur Begründung eigener Kompetenzen.“

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Kompetenz-Kompetenz>

Zitat: „Verwertungsgesellschaften sind private Einrichtungen, denen zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in vielen Ländern eine gesetzliche Monopolstellung zugewiesen wurde. Ihr Geschäftsmodell liegt zwischen der quasi-gewerkschaftlichen Funktion einer Solidargemeinschaft des ihr angeschlossenen Kollektivs an Urhebern gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Rechteverwertern

und einer quasi-amtlichen Funktion, die Einhaltung der Meldepflicht bei der Nutzung von Werken, z. B. bei öffentlichen Aufführungen, Vervielfältigungen, Rundfunk- und Fernsehausstrahlungen sowie Verbreitung im Internet, zu kontrollieren.

Beweis-Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Verwertungsgesellschaft>

Siehe dazu auch: Veräußerung/Verwertung von Bundesunternehmen

Quelle: www.bundesfinanzministerium.de/privatisierungspolitik

„Die Gemeinde (oder Kommune) ist im politischen System der Bundesrepublik Deutschland **als Gebietskörperschaft** die unterste Stufe des Verwaltungsaufbaus und Verwaltungsträgerin der kommunalen Selbstverwaltung.

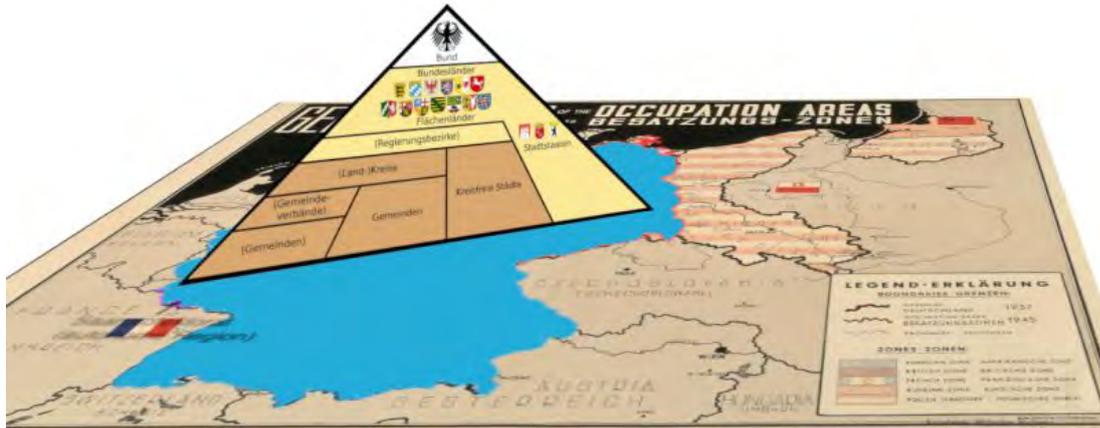
Städte sind (zumeist einwohnerstarke) Gemeinden mit Stadtrecht.

Stand Januar 2024 gibt es 10.753 Gemeinden (...)

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde_\(Deutschland\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Gemeinde_(Deutschland))

Die einzelnen 10753 „Gebietskörperschaften“ des „öffentlichen Rechtes“ sind einzelne angloamerikanische Besatzungs-Einheiten, die ihr zugeordnetes Territorium AUF dem handlungsunfähigen Staat Deutschland = Deutsches Reich verwalten.

Zitat: „Eine Gebietskörperschaft ist eine Körperschaft, deren Zuständigkeit und Mitgliedschaft territorial bestimmt sind. Ihre Gebietshoheit ist jeweils auf einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes beschränkt. Sie grenzt sich dadurch von solchen Körperschaften ab, deren Mitgliedschaft durch persönliche Eigenschaften bestimmt wird.“ Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gebietsk%C3%B6rperschaft>



Jede „BRD“- „Gemeinde“ ist in internationalen Handelsregistern als Firma eingetragen!

Diese privatisierten „Gebietskörperschaften“ üben auf dem Staatsgebiet des handlungsunfähigen Staates Deutschland hoheitliche Rechte aus und werden dort als handelsrechtliche Unternehmen für den Machtmissbrauch privater Interessen der Piraten instrumentalisiert!

Die „BRD“-Gemeinden genehmigen der multinationalen Konzernmafia nahezu jedes Projekt!

Gemeinde Wittendörp

D-U-N-S® Nummer: 314274967

Unternehmensadresse: Molkereistr. 4 19243 Wittenburg

Quelle: <https://www.dnb.com/de-de/upik.html>

Amt Wittenburg

D-U-N-S® Nummer: 312898874

Unternehmensadresse: Molkereistr. 4 19243 Wittenburg

Quelle: <https://www.dnb.com/de-de/upik.html>



- UPIK®-Suche
- D-U-N-S® Nummer anfordern
- eUpdate
- Mein UPIK®
- UPIK®-Basics

Bisnode

UPIK® ist ein Produkt von Bisnode Deutschland. Bisnode ist einer der führenden europäischen Anbieter für digitale Wirtschaftsinformationen. Erfahren Sie mehr über unser Unternehmen und unsere Angebote unter www.bisnode.de

» UPIK® » UPIK® GARTEN

UPIK® Datensatz - L

L	Eingetragener Firmenname	Bundesrepublik Deutschland
W	Nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	BRD
L	D-U-N-S® Nummer	341611478
L	Geschäftssitz	Platz der Republik 1
L	Postleitzahl	11011
L	Postalische Stadt	Berlin
	Land	Germany
W	Länder-Code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	0302270
W	Fax Nummer	03022736740
W	Name Hauptverantwortlicher	Joachim Gauck
W	Tätigkeit (SIC)	9199

Weitere Optionen:

Der völkerrechtliche Staat „Deutschland“ existiert mit der „deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 handlungsunfähig im Kriegszustand mit Russland weiter fort. Artikel 24 Haager Landkriegsordnung: „Kriegslisten (...) sind erlaubt.“



Seit dem 3. Oktober 1990 und der Übernahme der russischen Besatzungszone können die Nazis „flächendeckend“ in den vier Besatzungszonen ihren verdeckten Völkermord gegen die Deutschen vollziehen!

Die einzelnen Gemeinden der „BRD“ ohne Geltungsbereich(!) agieren als privatisierte „Sub-Unternehmen“ des sog. „Bundes“ und üben im Rahmen der stillschweigenden Zustimmung einer getäuschten Bevölkerung, die mehrheitlich aus Migranten besteht die öffentliche Verwaltung aus. Diese verhängnisvollen Strukturen ermöglichen Machtmissbrauch und Korruption auf allen Ebenen: Weil die „BRD“-Gemeindevertreter im Geschäfts-, Wohlstands- und Konkurrenzdenken erzogen sind, haben die multinationalen Konzernkartelle und andere

private Investoren bei den Gemeinde-Vertretern ein „leichtes Spiel“!
Über die heimtückisch vollzogene Privatisierung der „BRD“-Verwaltung und den Machtmissbrauch im Handelsrecht funktionieren die internationalen Großkonzerne als private Waffensysteme gegen die ethnischen Deutschen!



Ergebnis:

Die ethnischen Deutschen sind der satanisch-bösartigen Fremdherrschaft der Hochfinanz-Mafia - „Plutokratie“ vollständig hilflos ausgeliefert!

Die Deutschen können sich nicht selbst vom Nazismus und Militarismus der unmenschlichen Satane befreien, sondern sind vollständig vom Wohlwollen der alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ abhängig!

Solange der völkerrechtliche Staat Deutschland im Rechts- und Gebietszustand von 1937 handlungsunfähig ist, bleiben die ethnischen Deutschen im Bannfluch der „Deutschen Staatsangehörigkeit“ vom 5. Februar 1934 gefangen und werden vernichtet!

Die Praxis hat gezeigt, dass die westalliierten Siegermächte nie versucht haben, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen, sondern nur verdeckt ihre eigenen imperialen Interessen verfolgt haben!

Im Gegenteil:

Die alliierten West-Mächte haben sich durch die Kollaboration mit den neuen Nazis selbst nazifiziert!

Daher muss sich das antifaschistische Staatenbündnis neu organisieren, um den wiedererstarkten deutschen Nazismus und Militarismus endgültig ausrotten zu können!

**Das provisorische Besatzungsregime „BRD“ auf „Deutschland“
als völkerrechtlicher Sicherungsriegel zum Aufbau der imperialen Herrschaft der
Hochfinanz über das Handelsrecht!**



Feststellung:

Vollständiger Machtmissbrauch und Bruch des Völkerrechts durch die Westmächte: Unter der Schirmherrschaft der Westalliierten hat zur Durchsetzung imperialer Interessen im angloamerikanischen Besatzungsregime „BRD“ eine verdeckte „Totenbeschwörung“ („Nekromantie“) der NSDAP-Herrschaft stattgefunden! Durch die Reorganisation der Nazi-Führung und die Kollaboration mit den angloamerikanischen Mächten zum imperialen Ausbau ihrer Hochfinanz-Strukturen ist die gesamte Menschheit in äußerster existenzieller Gefahr!

Das angloamerikanische Kontroll-Instrument und Kriegsbündnis gegen das handlungsunfähige „Deutschland“, die „Vereinten Nationen“ („UN“) bzw. deren Sonderorganisationen „Internationaler Währungsfonds“ („IWF“) und die „Weltbank“ profitieren als dauerhafter Kreditgeber für „kriegsverwüstete Staaten“ im nicht beendeten „Zweiten Weltkrieg“.

Die Hochfinanz ist immer die vollumfängliche Triebfeder der Nazi-Kriegsführung. Mittels der Fiktion und Real-Abstraktion „Geld“ ergaunern die modernen Nazis die Rohstoffe und Lebensgrundlagen der aus ihrer Sicht „minderwertigen Völker“ zur Realisierung ihrer satanischen Machenschaften!

Das nicht untergegangene „Dritte Reich“ im fortgeführten „Zweiten Weltkrieg“ ermöglicht den Meister der Lüge und seinen Zöglingen zweifelsfrei die weltweite satanische Geld-Herrschaft.

Beachte Artikel 24 der Haager Landkriegsordnung (HLKO)!

„**Kriegslisten** und die Anwendung der notwendigen Mittel, um sich Nachrichten über den Gegner und das Gelände zu verschaffen, **sind erlaubt.**“

Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&st=&l=de

Zitat: „Demnach sind Kriegslisten - anders als Heimtücke - nicht völkerrechtlich verboten, sondern ausdrücklich erlaubt. Kriegslisten sind Handlungen, die einen Gegner irreführen oder ihn zu unvorsichtigen Handlungen veranlassen sollen!

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt: Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.“

Quelle: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>

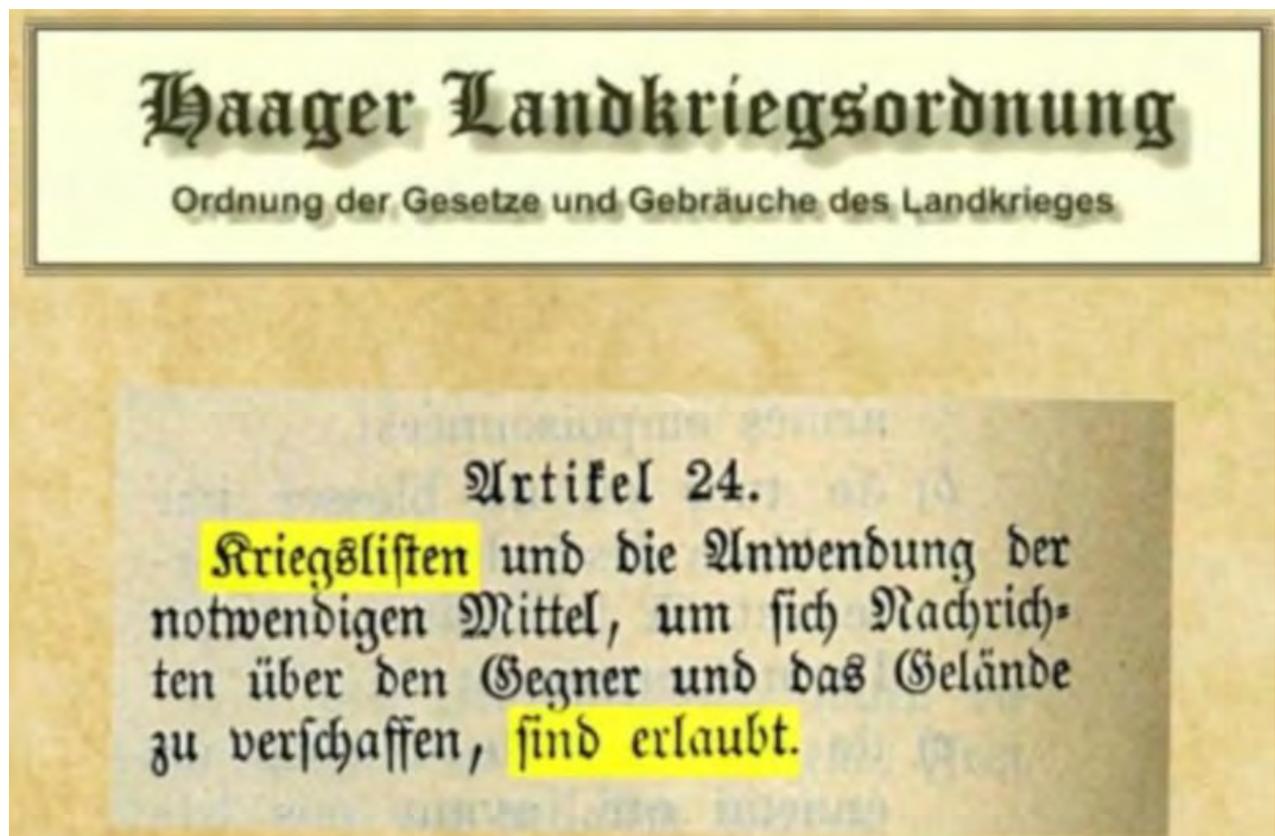
Feststellung:

Da völkerrechtlich der Kriegszustand mit dem sog. „Nazi-Deutschland“ fortbesteht, gelten die Regeln des allgemeinen Kriegsvölkerrechts.

Das bedeutet, dass alle am „Zweiten Weltkrieg“ beteiligten 54 Nationen und ihre heute 193 UN-Nachfolgerstaaten, insbesondere die Russische Föderation als Rechtsnachfolgerin der UdSSR, weiterhin mit Kriegslisten der Naziteufel konfrontiert werden!

Diese angloamerikanischen Kriegslisten sind aufgrund der Heimtücke völkerrechtlich verboten!

Diese vollzogenen Täuschungsaktionen haben schon die alliierte Siegermacht UdSSR vollständig in die Irre geführt und letztendlich vernichtet!



13.12 Die vernichtenden Folgen der feindlichen Übernahmen der DDR!

Die DDR-Führung und die UdSSR unterlagen den Kriegslisten der Nazis!

Die UdSSR unter Stalin (und auch die Kommunisten) wollten für den notwendigen Abschluss von Friedensverträgen eine gesamtdeutsche Regierung für Deutschland bilden.

Ihnen war nicht bekannt, dass das Deutsche Reich im Zustand vom 31.12.1937 nicht untergegangen und lediglich handlungsunfähig war!

Die Nazis haben offensichtlich von Anfang an auf die Möglichkeit hingearbeitet, ihren Verwaltungsbereich auf das Gebiet vom 31. Dezember 1937 auszudehnen (siehe dazu die sog. "Hallstein-Doktrin" und den "Alleinvertreteranspruch").

Obwohl die Treuhandverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) nicht dazu befugt ist, haben sich die reorganisierten Nazis ab 1954 als „Deutschland“, also als das Deutsche Reich, täuschend ausgegeben und die BRD (Trizone) für sich als "neuen Kernstaat" dafür missbräuchlich nutzbar gemacht.

Ab 1990 haben die Nazis die Neuorganisation des Deutschen Reiches durch die Einverleibung (Eingemeindung) der DDR mittels Anwendung von Kriegslisten (fast) vollendet.

Die BRD ist selbstverständlich nicht Deutschland = das „Deutsche Reich“, sondern täuscht es nur simulierend vor! (Imitation)

In der Rechts-Realität ist die BRD eine westalliierte Besatzungs- und Treuhandverwaltung auf dem Gebiet des Feindstaates Deutschland.

Nur eine handlungsfähige Regierung des Staates „Deutschland“, kann die Entnazifizierung und Entmilitarisierung von Deutschland einleiten und Friedensverträge mit den heutigen 192 kriegsbeteiligten UN-Nationen abschließen.

Einzig und allein die ethnischen Deutschen sind dazu befugt, den völkerrechtlichen Staat Deutschland durch die Erfüllung des Potsdamer Abkommens Teil II wieder handlungsfähig zu machen, wenn sie unablässig ihren Willen dazu zeigen!

(Siehe dazu die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 02.08. 1945 (römisch Teil III Deutschland und das Grundgesetz für die BRD - Artikel 139 und 146.)

Forscher vergleichen erstmals erfolgreich Äpfel mit Birnen



Quelle: <https://www.der-postillon.com/2017/05/aepfel-birnen.html>

Zersetzung und Auflösung der UdSSR zusammen mit den gesamten „Warschauer Vertrag“ = Start NATO-Ostexpansion!

Chronologie der Unabhängigkeitserklärungen auf dem Gebiet der UdSSR [Bearbeiten]

Quelltext bearbeiten]

Gebiete, die nur teilweise als Staaten anerkannt werden, sind *kursiv* gesetzt.

Vor dem Augustputsch [Bearbeiten] Quelltext bearbeiten]

-  Litauen: 11. März 1990
-  Estland: 30. März 1990
-  Lettland: 4. Mai 1990
-  Armenien: 23. August 1990
-  *Transnistrien*: 2. September 1990
-  *Georgien*: 9. April 1991 / Diese Flagge gilt erst seit 2004



Die provisorischen Unabhängigkeitserklärungen Estlands und Lettlands traten während des Augustputsches am 20. bzw. 21. August 1991 endgültig in Kraft. Als einzige ehemalige Sowjetrepublik hat Russland keine Unabhängigkeitserklärung abgegeben, sondern den Anspruch erhoben, Rechtsnachfolger der Sowjetunion zu sein.

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Zerfall_der_Sowjetunion

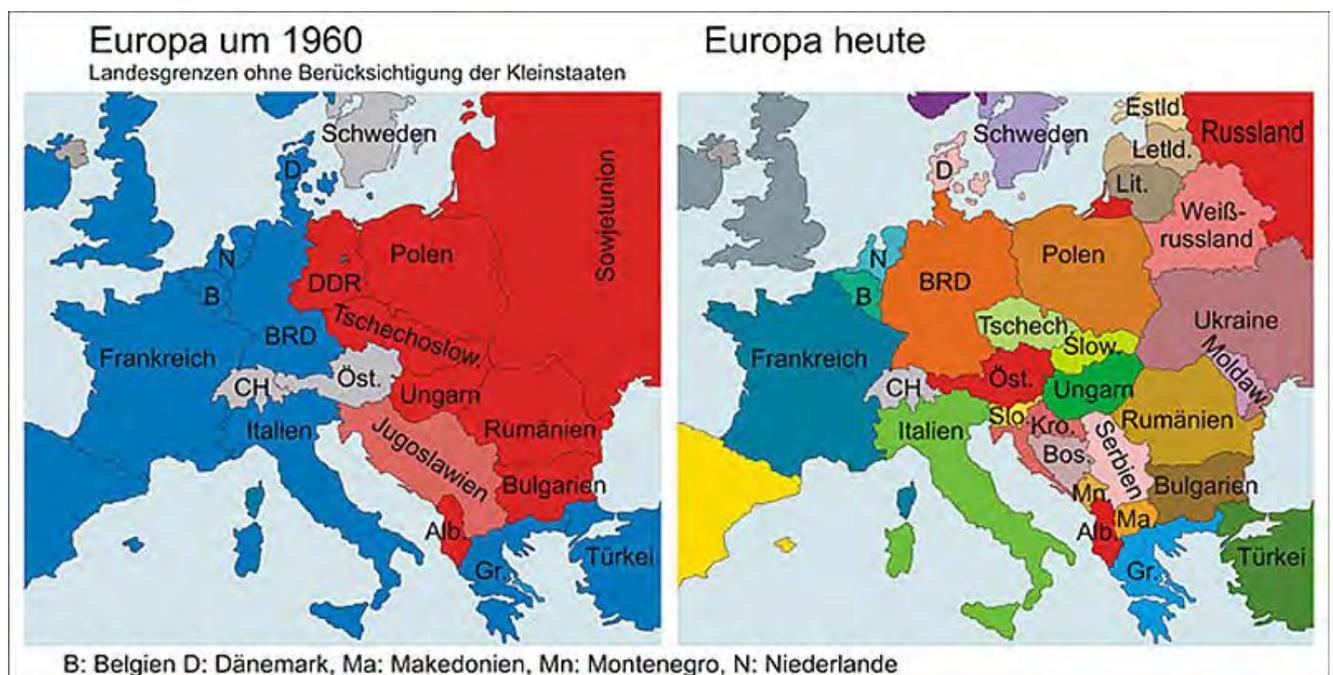


Bild-Quelle: <https://www.demokratiewebstatt.at/thema/die-oeffnung-des-eisernen-vorhangs/der-eiserne-vorhang-oeffnet-sich-der-ostblock-zerfaellt>

Gorbatschow und der Zerfall der Sowjetunion

Mit dem Rücktritt von Präsident Michail Gorbatschow am 25.12.1991 zerfiel die UdSSR in 15 eigenständige Staaten



Nachfolgestaaten und ihre Unabhängigkeitserklärung

1 Estland 20.8.1991	6 Moldawien 27.8.1991	11 Turkmenistan 7.10.1991
2 Lettland 21.8.1991	7 Georgien 9.4.1991	12 Usbekistan 31.8.1991
3 Litauen 11.3.1990	8 Armenien 21.9.1991	13 Tadschikistan 9.9.1991
4 Belarus (Weißrussland) 26.8.1991	9 Russ. Föderation 12.6.1990	14 Kirgistan 31.8.1991
5 Ukraine 24.8.1991	10 Aserbaidtschan 18.10.1991	15 Kasachstan 16.12.1991

info.BILD.de | Quelle: bpb | Kartenbasis: Maps4News.com/@HERE

Bild-Quelle: <https://www.bild.de/bild-plus/politik/ausland/politik-ausland/russlands-suedgrenze-im-konflikt-so-zerfaellt-putins-reich-81381544.bild.html>

Bruno Bandulet



BEUTE LAND

**Die systematische Plünderung
Deutschlands seit 1945**

KOPP

Michael Wolski

1989

Mauerfall Berlin
Zufall oder Planung?



Feindliche Übernahme nach Stalins Tod? Der CIA begann nach Stalins Tod ab 1953 Sowjetunion erfolgreich systematisch zu unterwandern...

Befragt man das Internet, warum 1991 die UdSSR zerfiel, erhält man sehr unterschiedliche Antworten.

Der Berliner Michael Wolski, der von 1991–1997 in Moskau lebte, beschreibt erstmals diese – bisher unbekannt – Verbindungen markanter Ereignisse der deutsch-russischen Geschichte.

- **1986 Moskau** – Planungsbeginn der deutschen Einheit
- **1989 Berlin** – Mauerfall durch eine verdeckte sowjetische Aktion
- **1989 Moskau** – sechs Wochen nach Mauerfall Ungültigkeitserklärung der deutsch-sowjetischen Verträge von 1939. Baltische Politiker fordern sofort den Austritt aus der Sowjetunion
- **1990 Berlin** – Wiedervereinigung Deutschlands
- **1991 Moskau** – Zerfall der Sowjetunion

Begleiten Sie den Autor auf seinen Stationen der Zeitreise.

Hier können Sie mehr erfahren:

www.1989Mauerfall.Berlin

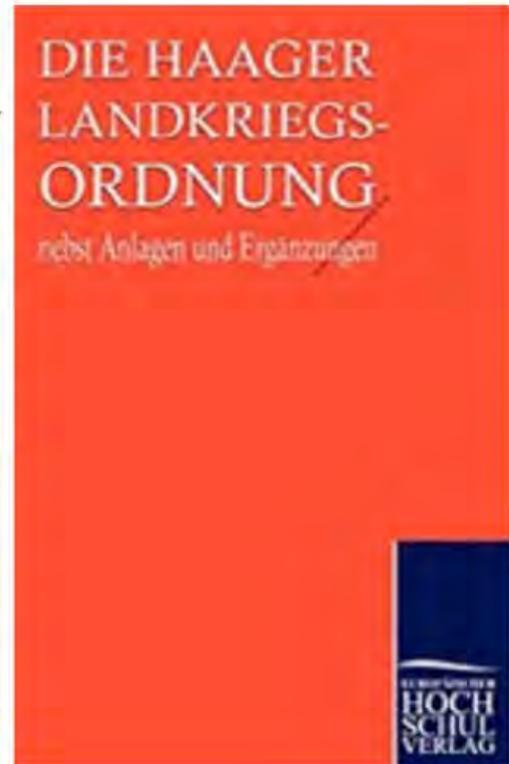


14. Die angloamerikanische Tarnorganisation/ Okkupationsverwaltung „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“)!

Erlaubte Kriegslisten

Kriegslisten sind anders als Heimtücke nicht völkerrechtlich verboten, sondern erlaubt. Kriegslisten sind Handlungen, die einen Gegner irreführen oder ihn zu unvorsichtigen Handlungen veranlassen sollen, die aber keine Regel des in bewaffneten Konflikten anwendbaren Völkerrechts verletzen und nicht heimtückisch sind, weil sie den Gegner auch nicht verleiten sollen, auf den sich aus diesem Recht ergebenden Schutz zu vertrauen.

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt: Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



Quelle: <https://www.bmvg.de/de/themen/friedenssicherung/humanitaeres-voelkerrecht>



"Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?"

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bundes, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Deutsche Reich nicht untergegangen, sondern bestand ohne einheitliche Staatsgewalt zunächst als besetzter Staat, später als BRD und DDR fort. Seit der Wiedervereinigung gibt es nur noch ein Deutschland, das aber völkerrechtlich immer noch mit dem Deutschen Reich identisch ist. Daher muss die Bundesrepublik auch für alle Verpflichtungen des Deutschen Reichs einstehen."

Kriegslist (Artikel 24 HLKO) : Irreführende Falschinformationen

Die Deutschland-Attrappe



Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



14.1 Installation der BRD-„Deutschland“-Attrappe ab 1990:



Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus238831993/Bundestag-Ampel-Plan-fuer-eine-Ersatzstimme-bei-Bundestagswahlen.html><https://www.google.de>

Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat ihr Verwaltungsgebiet ab 1990 auf die DDR ausgedehnt. (Vereintes Wirtschaftsgebiet GG Art. 133!)

Die DDR hat ihr Nutznießrecht und Verwaltungsrecht an die BRD im Rahmen des Einigungsvertrages ab 1990 übertragen. Das Besatzungsstatut ist weiter aktiv und Deutschland soll besetzt bleiben, bis das gültige Potsdamer Abkommen erfüllt ist. (GG Art. 139)

Die BRD verwaltet hoheitlich selbstständig mittels voll privatisierte Gebietskörperschaften West- und Mitteldeutschland. Die mittlerweile völlig verselbständigten Verantwortlichen der BRD üben privatwirtschaftlichen Machtmissbrauch für die Multinationalen Banken- und Konzernkartelle aus.

Die BRD operiert hoheitlich über die private Interessengemeinschaft bzw. Vereinigung „Europäische Union“ als auch innerhalb der BRD auf Deutschland über ihre Gebietskörperschaften. Das alliierte Grundgesetz für die BRD wird von derselben nur nach Bedarf angewendet.

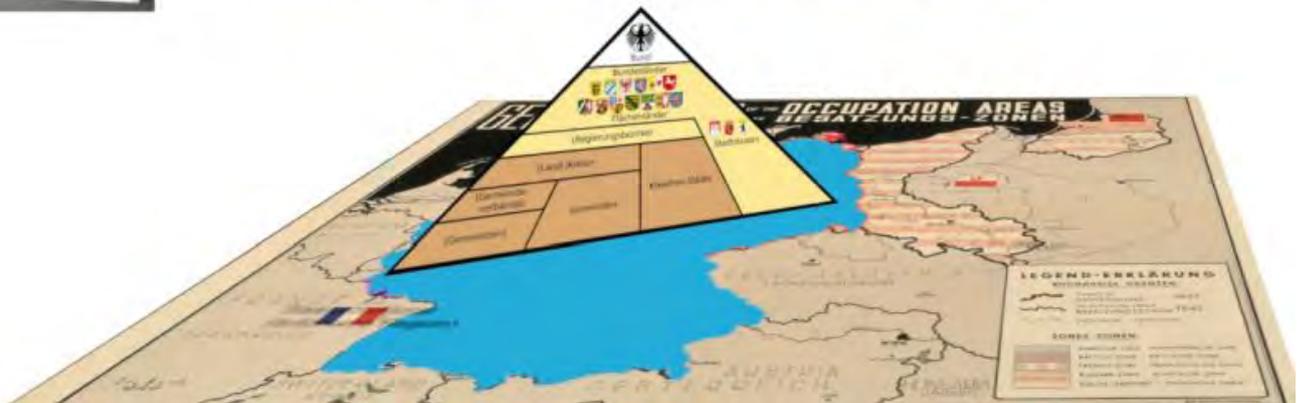
Die völlig verselbständigten Verantwortlichen der BRD wollen den Zustand der Debellatio über deren Deutschland-Attrappe verewigen. (ewiges Grundgesetz)

Die sog. „deutschen Ostgebiete“ werden von Polen hoheitlich verwaltet.



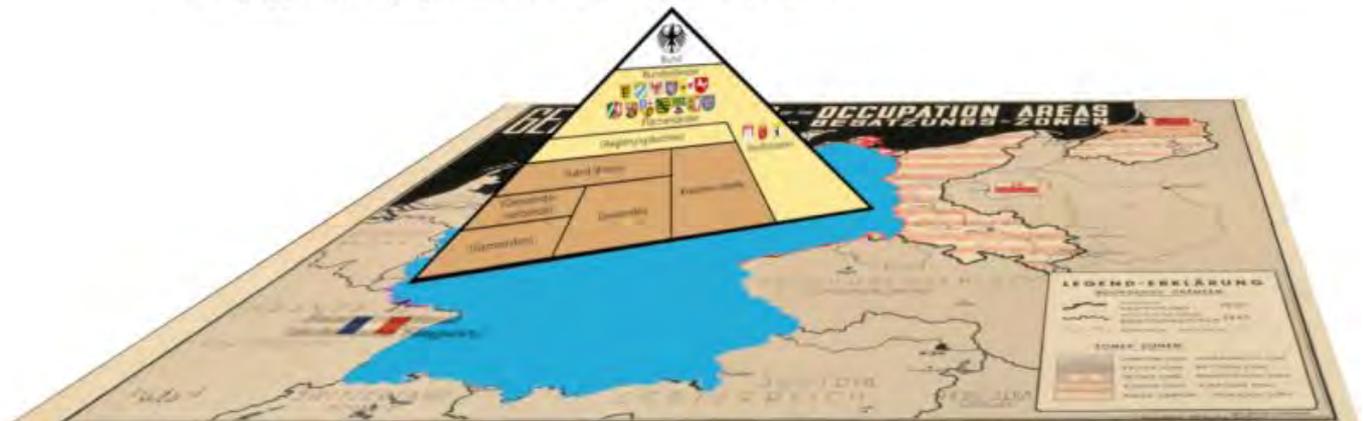
¹⁶ Staatsrechtlich ist die Bundesrepublik Deutschland somit eine juristische Person des öffentlichen Rechts – eine Gebietskörperschaft –, die Träger von Rechten und Pflichten ist und durch ihre Organe handelt.

Quelle: <https://www.amazon.de/Staatsrecht-I-Staatsorganisationsrecht-Academia-Iuris/dp/3800665506>



Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Quelle: https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Bundesvermoegen/Privatisierungs_und_Beteiligungspolitik/Beteiligungspolitik/Beteiligungsberichte/liste-mit-bund-verbundene-unternehmen.html



Gebietskörperschaften sind keine Staaten

"Eine Gebietskörperschaft ist eine Körperschaft, deren Zuständigkeit und Mitgliedschaft territorial bestimmt sind.[1] Ihre Gebietshoheit ist jeweils auf einen räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes beschränkt. Sie grenzt sich dadurch von solchen Körperschaften ab, deren Mitgliedschaft durch persönliche Eigenschaften bestimmt wird."

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Gebietsk%C3%B6rperschaft>

Kommentar der Bundeskanzlerin Angela Merkel 20 Jahre später anlässlich des Festaktes am 31. August 2000 im Kronprinzenpalais in Berlin: *“Der Einigungsvertrag sollte uns ein gutes Beispiel sein für weitere Verträge, die auf*

**der Welt zu schließen sind.“ (Die Täuschung gilt als eine Art
“Handlungsgrundlage” für künftiges Vorgehen bei Staatsverträgen)**

Die Bundeskanzlerin würdigte den Einigungsvertrag als „*etwas Wegweisendes, etwas Fundamentales*“. „*Es waren unendlich viele Probleme zu lösen*“, sagte sie in ihrer Ansprache. Sie erinnerte an den unglaublichen Gewinn an Lebensqualität, den wir heute, 20 Jahre später, verzeichnen könnten.

„*Die Lasten der Einheit waren in Wirklichkeit Lasten von 40 Jahren verfehlter sozialistischer Wirtschaftspolitik*“, betonte Hans Dietrich Genscher.

Schäuble resümierte: „*Es ist uns manches richtig gut gelungen*.“

Artikel 23 Grundgesetz für die BRD

„Zur Verwirklichung eines vereinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit (...)

(...)Der Bund kann hierzu durch Gesetz mit Zustimmung des Bundesrates Hoheitsrechte übertragen“



Die Nazis haben den Staat Deutschland ab 23. Mai 1945 im Kriegszustand eingefroren, dann ab 1949 ein Besatzungsregime installiert und als Staat „Deutschland“ getarnt!

In Folge hat dieses Besatzungsregime „Deutschland“ als Werkzeug der internationalen Finanz-Plutokratie fast die gesamte Erde erobert - 5. Römisches Welt-Reich!

Tarnung, Scheinstellung und irreführende Information als angewendete Kriegslisten:

Die irreführende Bezeichnung „Bundesrepublik Deutschland“ täuscht der internationalen Weltgemeinschaft vor, dass die angloamerikanische Besatzungs-Treuhandverwaltung „Bundesrepublik DEUTSCHLAND“ der deutsche Vollstaat "Deutschland" (= das Deutsche Reich) sei.

Zwecks dieser Täuschung werden auch staatliche Symbole und Hoheitszeichen, wie z. Bsp. die Schwarz-Rot-Goldene Staatsflagge und Hoheitsadler des Deutschen Reiches = Deutschland missbräuchlich eingesetzt.

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.



Deutsches Reich
Weimarer Republik

1918–1933



Flagge



Wappen

Amtssprache	Deutsch
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	Semipräsidentieller Bundesstaat
Verfassung	Weimarer Reichsverfassung
Staatsoberhaupt	Reichspräsident Friedrich Ebert (1919–1925) Paul von Hindenburg (1925–1934)

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Bundeswappen_Deutschlands



Bundesrepublik Deutschland



Flagge



Wappen

Amtssprache	Deutsch ¹
Hauptstadt	Berlin
Staats- und Regierungsform	parlamentarischer Bundesstaat (Bundesrepublik)
Verfassung	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland



Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Deutschland>

Einführungsgesetz BGB

2. Teil - Verhältnis des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu den Reichsgesetzen (Art. 50 - 54)



Art. 50

¹Die Vorschriften der Reichsgesetze bleiben in Kraft. ²Sie treten jedoch insoweit außer Kraft, als sich aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder aus diesem Gesetz die Aufhebung ergibt.

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/EGBGB/50.html>

GG

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 146

[Geltungsdauer des Grundgesetzes]

**Original-Text
bis 1990**

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

**Abgeänderter
Text ab 1990**

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Quelle: <https://xgesetze.de/gg/AN-EV>

Definition „Besatzungsregime“:

Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>



Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager



Geschaffen worden war das **Grundgesetz** als Provisorium „in großer heilsam provinzieller Bescheidenheit“, wie der Rechtsgelehrte **Peter Häberle** schreibt. Dass daraus eine „Erfolgsgeschichte“ wurde, lässt sich auch an der Wirkung des Grundgesetzes weit über die Grenzen Deutschlands hinaus ablesen.



Hallstein-Doktrin

Grundlage der Doktrin war der **Alleinvertretungsanspruch**, d. h. die Auffassung, wonach die Bundesrepublik die einzige legitime **Vertretung des deutschen Volkes** sei.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hallstein-Doktrin>



Mitglied des NS-Rechtswahrerbundes, der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt, des NS-Luftschutzbundes und des NS-Dozentenbundes.



https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers/walter-hallstein_de (Zitat-Quelle)

UN - Länderkennzahl für die Wortmarke Deutschland 00

2. Alphabetischer Gebietsschlüssel
Stand: 01.01.2011

Staat/Gebiet/Gebietsgruppe	ISO 2stellig	ISO 3stellig	K*	Schlüssel	
				Gebiet	Staatsang.
C					
<i>Cabinda</i>	AO	AGO	A	223	223
<i>Caicosinseln</i>	TC	TCA	A	395	168
<i>Ceuta</i>			A	297	161
<i>Chafarinas</i>			A	297	161
Chile	CL	CHL	S	332	332
<i>Chilenisch abhängige Gebiete in Australien, Ozeanien, Antarktis</i>			A	589	332
<i>Chilenische Antarktis</i>	AQ	ATA	A	589	332
China	CN	CHN	S	479	479
<i>Christmasinsel</i>	CX	CXR	A	594	523
<i>Clipperton</i>	CP	CPT	A	598	129
<i>Colón</i>	EC	ECU	A	336	336
<i>Comino</i>	MT	MLT	A	145	145
Cookinseln	CK	COK	S	527	527
<i>Costa Rica</i>	CR	CRI	A	334	334
<i>Côte d'Ivoire</i>	CI	CIV	S	231	231
<i>Crozetinseln</i>	TF	ATF	A	598	129
<i>Curaçao</i>	AN	ANT	A	392	148
D					
<i>Daötoinseln</i>	JP	JPN	A	442	442
Dänemark	DK	DNK	S	126	126
<i>Dänisch abhängige Gebiete in Amerika</i>			A	396	126
<i>Dänisch abhängige Gebiete in Europa</i>			A	196	126
<i>Désirade</i>	GP	GLP	A	398	129
Deutschland	DE	DEU	S	000	000
<i>Dhekelia</i>			A	181	181
Dominica	DM	DMA	S	333	333
Dominikanische Republik	DO	DOM	S	335	335
Dschibuti	DJ	DJI	S	230	230
<i>Dubai</i>	AE	ARE	T	469	469
<i>Ducie</i>	PN	PCN	A	595	168



Quelle: Staatsangehörigkeits- und Gebietsschlüssel

<https://statistik.arbeitsagentur.de> › Klassifikationen: PDF Seite 7/35

Die
Bundesrepublik Deutschland
ist nicht
Deutschland

Die Deutschland-Attrappe



Staat
"Deutsches Reich"
= Deutschland



angloamerikanische
Treuhand-Verwaltung
BRD



14.1 Das perverse „SATT und SAUBER“ - Programm der Nazi-Teufel!

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

"Deutsche Demokratische Republik" = Treuhand- und Besatzungsverwaltung der Russischen Föderation. handlungsunfähig



Herr Pfeiffer



Frau Schmidt



Rechtswidriges Insich-Geschäft: Ab 1990 hat das angloamerikanische Besatzungskonstrukt „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD) einfach das sowjetische Besatzungskonstrukt „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) mittels Täuschung im Rechtsverkehr (Betrug) rechtswidrig eingemeindet bzw. einverleibt!



Die menschlichen Bedürfnisse



Warum verschwinden zum Jahresende immer wieder Menschen von staatenlos.info?

Problemstellung:

Dem kapitalistischen BRD-Gesellschaft geht es ausschließlich nur um die Befriedigung der niederen menschlichen Grundbedürfnisse.

Das BRD-Personal ist grundsätzlich im satanischen Geist der Münze geprägt und lebt entsprechend ungehemmt die Todsünden aus.

Dementsprechend haben die Nazi-Teufel ein nahezu konkurrenzloses, imperiales „Satt und Sauber“-Unterhaltungsprogramm installiert und halten damit ihr Personal gefangen.

Das Denken und Handeln der „satt und sauber“ versklavten BRD-Bewohner dreht sich ausschließlich nur darum das gewohnte Dasein wie den Arbeitsplatz, Familie, Urlaub, Spiel und Spaß in der „Bundesrepublik Deutschland“ („BRD“) abzusichern.

Die Grundregel im satanischen „Geld“-Denken: „Jeder ist käuflich!“

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info ist die einzige Organisation auf deutschem Boden, wo es um die Eigenverantwortlichkeit zur pflichtgemäßen Erfüllung des Potsdamer Abkommens geht.

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info bewegt sich in der Wirklichkeit und kann daher den Menschen keine „Wunder“ versprechen!

Deren Angebot lautet lediglich unablässig eigene Anstrengungen zu tätigen, um das hohe Ziel des Potsdamer Abkommens Teil III Befreiung vom römisch-satanischen Nazismus zu erreichen!

Das ist selbstverständlich völlig unattraktiv für die kapitalistisch- indoktrinierten, „satt und sauber“ gehaltenen BRD-Bewohner.

Gewöhnlich verirren sich BRD-Bürger bei staatenlos.info, weil sie unzufrieden sind, Angst um ihren gefühlten „Wohlstand“ haben und deswegen eine neue soziale Zugehörigkeit suchen.

Diese Gruppe der Gesellschaft wird auch als das „Jammertal der Unzufriedenen“ bezeichnet. Wenn die ungeduldigen, egoistisch geprägten Menschen über die Zeit keinen Erfolg sehen können, tauchen sie in der Regel ohne Angabe von Gründen einfach ab und sind einfach nur „verschwunden“.

Eine beliebte Masche für deren Unverantwortlichkeit ist es darüber hinaus Rüdiger Hoffmann

die Schuld für das eigene Versagen anzulasten.

Typische Verhaltensmuster des Verrats:

Zuvor fielen diese Personen auf, dass sie sich feige und träge vor der eigenen Verantwortung zu drücken begannen.

Auch spielt dabei die ständige feindlich- negative Einflussnahme durch das kapitalistisch-nazistisch vergiftete soziale Umfeld eine maßgebliche Rolle.

Dazu kommt, dass die meisten Menschen mangels geistiger Weitsicht keine positive Zukunft erkennen und daher keinerlei Sieges-Bewusstsein entwickeln können.

Darum kann kaum ein kapitalistischer „Bundesbürger“ einen langjährigen Abnutzungskampf mit dem gewaltigen, teuflischen BRD-Regime durchhalten.

Man muss davon ausgehen das heutzutage auch in der ebenfalls fort bestehenden, handlungsunfähigen DDR die meisten Menschen vom satanisch- kapitalistischen Ungeist geprägt sind.

35 Jahre satanische BRD-NATO-Okkupation hat die DDR-Bevölkerung fast vollständig aufgerieben und zertrümmert!

Die Erlebnisgeneration der DDR altert und stirbt nun auch bereits langsam aus.

Deren Nachgeborenen werden von der satanisch- kapitalistischen Gesellschaftsordnung der BRD geprägt!

Diese NATO-Generationen sind bereits vollständig dem Satan verfallen und gelten als verloren!



Problemlösung:

Die Beendigung des Problems erfolgt durch die konsequente Durchsetzung des Potsdamer Abkommens mit einer entsprechenden Regierung aus entlastet-geeigneten Deutschen.

In dem Zuge wird die Ausrottung des imperialistisch-satanischen Kapitalismus und die Befreiung aller Nationen vom Nazismus und Militarismus sofort eingeleitet!

Ohne die Erfüllung des Potsdamer Abkommens- die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands - ist die Menschheit verloren!

Russland steht daher in der göttlichen Verantwortung sich selbst und die gesamte Menschheit durch die konsequente Erfüllung der höchsten völkerrechtlichen Norm des Potsdamer Abkommens zu retten!

Man beachte dazu die universale Regel:

Wenn ein Volk aus der Vergangenheit nicht lernt, verliert dieses Volk seine göttlich-naturgesetzliche Existenzberechtigung.

Wenn die letzten Deutschen vernichtet werden, wird der satanische Nazi-Weltkriegszustand verewigt!

In Folge würden auch alle anderen Völker früher oder später der satanischen Vernichtung hoffnungslos anheimfallen!

Nur die wahren Deutschen können den bis heute andauernden, weltweiten Kriegszustand beenden, der durch „Nazi-Deutschland“ einst ab dem 1. September 1939 entfesselt wurde! Der Welt-Frieden bedeutet den endgültigen Sieg über die satanische Nazi-Herrschaft auf der Erde!

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info ist für die völkerrechtliche Verantwortungsübernahme absolut geeignet und bereit!

Wird diese einmalige Gelegenheit zur Rettung der Schöpfung angenommen, entsteht eine positiv-paradiesische Zukunft für alle Völker, welche sich künftig auf der Basis ihrer eigenen Kulturpfeiler im Frieden ungestört weiter entwickeln können!

Folgende Beispiele für erlaubte Kriegslisten werden im Völkerrecht ausdrücklich genannt:

Tarnung, Scheinstellungen, Scheinoperationen und irreführende Informationen. Als erlaubte Kriegslisten gelten ferner die Benutzung der Funkschlüssel des Gegners, das Einschleusen falscher Befehle sowie psychologische Kampfführung.





FOCUS



Natalia Wörner, Heiko Maas

Der Justizminister und die Liebe



Österreich € 4,30 - Belgien € 4,40 - Kanada € 4,40 - Lateinamerika € 4,40 - Luxemburg € 4,40 - Mexiko € 4,40 - Norwegen € 4,40 - Portugal (Conti) € 5,30 - Spanien & Südkorea € 5,30 - Schweden CHF 6,80 - Schweiz CHF 6,80 - Dänemark € 5,30 - Finnland € 5,30 - Frankreich € 5,30 - Griechenland € 5,30 - Island € 5,30 - Italien € 5,30 - Japan € 5,30 - Kanada € 5,30 - Korea € 5,30 - Mexiko € 5,30 - Niederlande € 5,30 - Österreich € 5,30 - Polen € 5,30 - Rumänien € 5,30 - Schweiz CHF 6,80 - Slowakei € 5,30 - Slowenien € 5,30 - Spanien € 5,30 - Taiwan € 5,30 - Thailand € 5,30 - Tschechien € 5,30 - Ungarn € 5,30 - USA € 5,30 - Vereinigte Staaten € 5,30 - Vietnam € 5,30 - Westbank € 5,30 - Zentralamerika € 5,30



Wer hinter dieser Flagge lächelt, lesen Sie auf Seite 5

Deutschland, wer bist du?

Psychogramm einer verunsicherten Nation

Mit Beiträgen u. a. von Wolfgang Schäuble, Peter Sloterdijk, Boris Becker, Ursula von der Leyen, Gregor Gysi, Martin Walser, Sarah Wiener und Volker Schlöndorff





Vom Provisorium zum deutschen Exportschlager



Quelle :
https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2013/46502424_kw44_grundgesetz_export-213394



15. Kein Welt-Frieden! „Zweiter Weltkrieg“ nicht beendet! Feindstaat Deutschland = international andauernder Kriegszustand!



welt Abonnement Ticker Suche

Die große Reise- und Erlebnisauktion [JETZT MITBIETEN](#)

HOME » GESCHICHTE » Seit 1945 unverändert: Deutschland für UN noch "Feindstaat"

GESCHICHTE

ERSTER WELTKRIEG ZWEITER WELTKRIEG KALTER KRIEG MITTELALTER ARCHÄOLOGIE

GESCHICHTE SEIT 1945 UNVERÄNDERT

Deutschland für UN noch "Feindstaat"

Veröffentlicht am 19.09.2012 | Lesedauer: 3 Minuten



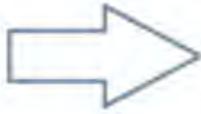
Seit 1945 befindet sich Deutschland in einer bizarren Situation: Als großer UN-Geldgeber und verlässlicher Partner ist es nach der UN-Charta noch immer "Feindstaat". Die Politik sieht es gelassen.

SAMMLUNG
der
Gesetze,
Verordnungen, Anweisungen und
Anordnungen
der
Militärregierung - Deutschland
(Englischer und deutscher Text)

Authorized for Publishing by Military Government

Druck von Albert Höntges Söhne, Krefeld, Petersstraße 63
Zu beziehen durch:
Verlag Albert Höntges Krefeld, Petersstraße 63 und durch den Buchhandel

Militärregierung – Deutschland
Kontrollgebiet des Obersten Befehlshaber



Gesetz Nr. 3

Begriffsbestimmung des Ausdrucks „United Nations“ (Vereinigte Nationen)

I. Der Ausdruck „United Nations“ (Vereinigte Nationen), wie er in Proklamationen, Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen und Verfügungen der Militärregierung gebraucht wird, bedeutet, vorbehaltlich einer abweichenden Bestimmung, Nationen, welche die „Erklärung der Vereinigte Nationen“ vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben, und Staaten, welche mit diesen Nationen in diesem Kriege verbunden sind

- | | |
|--|--|
| 1. Australien | 24. Indien |
| 2. Belgien | 25. Persien |
| 3. Bolivien | 26. Irak |
| 4. Brasilien | 27. Liberia |
| 5. Kanada | 28. Luxemburg |
| 6. Chile | 29. Mexiko |
| 7. China | 30. Holland |
| 8. Kolumbien | 31. Neuseeland |
| 9. Costa-Rica | 32. Nicaragua |
| 10. Kuba | 33. Norwegen |
| 11. Tschechoslowakei | 34. Panama |
| 12. Dänemark | 35. Paraguay |
| 13. Dominikanische Republik | 36. Peru |
| 14. Ecuador | 37. Philippinen |
| 15. Egypten | 38. Polen |
| 16. Abessinien | 39. Salvador |
| 17. Frankreich | 40. Südafrikanische Union |
| 18. Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland | 41. Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| 19. Griechenland | 42. Vereinigten Staaten von Amerika |
| 20. Guatemala | 43. Uruguay |
| 21. Haiti | 44. Venezuela |
| 22. Honduras | 45. Jugoslawien |
| 23. Island | |



Kriegszustand

Kriegszustand ist

- im völkerrechtlichen Sinne ein durch mit oder ohne Abgabe einer Kriegserklärung geschaffener Zustand zwischen zwei oder mehreren Staaten, siehe [Krieg](#)
- im Staatsrecht ein [Ausnahmezustand](#)



In den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 begann der Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen mit dem Beschuss polnischer Befestigungen auf der Westerplatte vor der Freien Stadt Danzig durch das Linienschiff "Schleswig-Holstein".

Vorangegangen waren verschiedene anti-polnische Berichterstattungen der NS-Propaganda und der fingierte Überfall auf den Sender Gleiwitz, der als Rechtfertigung für die deutsche Aggression dienen sollte.

Die Kampfhandlungen dauerten bis zum 6. Oktober 1939 an und endeten mit der Kapitulation der polnischen Streitkräfte. Der Angriffskrieg stellt den Beginn des Zweiten Weltkrieges dar.

Pariser Friedenskonferenz 1946

Die **Pariser Friedenskonferenz** war eine Konferenz in **Paris** vom 29. Juli bis zum 15. Oktober 1946 der im **Zweiten Weltkrieg** **alliierten und assoziierten Mächte** einerseits sowie **Italien** und den ehemaligen **Verbündeten der Achsenmächte** andererseits.^{[1][2][3][4][5]}

Der Abschluss von **Friedensverträgen mit Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland** war im Sommer 1945 auf der **Potsdamer Konferenz** im Hinblick auf eine Aufnahme in die **Organisation der Vereinten Nationen** vereinbart^[6] und das Verfahren in einem **Kommuniqué des Rats der Außenminister** vom Dezember 1945 konkretisiert worden.^{[7][8]}

Da an der Konferenz 33 Staaten teilnahmen, von denen 21 stimmberechtigt waren, wird sie auch **Konferenz der 21 Nationen** genannt.^{[9][10]} Die Konferenz gab den Staaten, die sich aktiv am Krieg gegen die Achsenmächte beteiligt hatten, Gelegenheit, zu den Vertragsentwürfen der Großmächte Stellung zu nehmen.^[11]

Die **Anti-Hitler-Koalition**, vor allem die **Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Großbritannien**, verhandelten auf dieser Konferenz die Friedensbedingungen mit den europäischen Kriegsgegnern **Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland**. Italien blieb von den Beratungen ausgeschlossen. Ähnlich wie bei der **Londoner Vorkonferenz** durfte Ministerpräsident **Alcide De Gasperi** lediglich eine Ansprache halten.^[12]

Die am 10. Februar 1947 in Paris unterzeichneten Verträge beendeten den Kriegszustand zwischen den Vertragsparteien, regelten den Abzug der alliierten Besatzungstruppen und die Repatriierung* der Kriegsgefangenen.

*von spätlateinisch repatriare „ins Vaterland zurückkehren“)
steht für: Zurückführung von Kriegs- oder Zivilgefangenen in die Heimat

Quelle: https://de.wikipedia.org/wiki/Pariser_Friedenskonferenz_1946



Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs

Artikel 53

(1) Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch. Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrats dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.

(2) Der Ausdruck "Feindstaat" in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.



Völkerrechtssubjekt...
 Völkerrechtssubjekt...
 Völkerrechtssubjekt...
 Völkerrechtssubjekt...

Wortbedeutung.info

**Zweiter Weltkrieg/
 Kriegszustand
 nicht beendet!**

"(...) Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt (...)"

"Sie ist das wichtigste der im Rahmen dieser Konferenzen entstandenen Haager Abkommen und damit neben den Genfer Konventionen ein wesentlicher Teil des humanitären Völkerrechts. Die Haager Landkriegsordnung enthält für den Kriegsfall Festlegungen zur Definition von Kombattanten, zum Umgang mit Kriegsgefangenen, zu Beschränkungen bei der Wahl der Mittel zur Kriegsführung, zur Verschonung bestimmter Gebäude und Einrichtungen von sozialer und gesellschaftlicher Bedeutung, zum Umgang mit Spionen, für Kapitulationen und Waffenstillstandsvereinbarungen sowie zum Verhalten einer Besatzungsmacht in einem besetzten Territorium."



WIKIPEDIA



Der Geheimdiplomate Egon Bahr

"Es wäre langsam an der Zeit, dass einmal grundsätzlich geklärt wird, welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immernoch. Die Änderungen 1955 waren gleich Null... Und das, was 1990 dann draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."



Filmausschnitt-Quelle:

Egon Bahr: NSA, Snowden, Souveränität, Europa als Lachnummer.

<https://www.youtube.com/watch?v=44FxpH7eBUk>



E plurius unum
= (Mach) Aus
vielen ein Einziges

Deutsche Einheit

Sonderedition aus den Akten
des Bundeskanzleramtes
1989/90



http://books.google.de/books?id=ogSXmnh4KtMC&pg=PA222&lpq=PA222&dq=protokoll+m+354+b+anlage+2&source=bl&ots=8todqymi7g&sig=vQgNa3kiUl-egUEGm67ErWjcffU&hl=de&sa=X&ei=uhV0T6_3FMf44QS67viwDg&ved=0CEsQ6AEwBg#v=onepage&q=protokoll%20m%20354%20b%20anlage%202&f=false

Zwei-plus-Vier-Vertrag 223

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Als die Außenminister am 17. Juli zu ihrer dritten Konferenz in Paris zusammentreten,⁷⁹¹ können die übrigen Mächte im wesentlichen nur noch die in Moskau und im Kaukasus vereinbarten deutsch-sowjetischen Verhandlungsergebnisse zur Kenntnis nehmen. Am Nachmittag legt Skubiszewski erstmals in dieser Runde seine Haltung dar. Dem Text zu den Grenzfragen stimmt er zu, fordert aber, im ersten Absatz die Bestätigung hinzuzufügen, die Grenzen Deutschlands stellen einen wesentlichen Beitrag zur Friedensordnung in Europa dar. Dafür muß er sich mit der Erklärung Bundesminister Genschers einverstanden erklären, daß der Grenzvertrag erst nach der Vereinigung unterzeichnet wird. Damit rückt die polnische Regierung von ihrer Forderung ab, eine Regelung müsse vor der Vereinigung in Kraft treten. Sie fordert zwar die Fortsetzung der Verhandlungen, gibt dies aber nicht förmlich zu **Protokoll**. Außerdem will Skubiszewski in einer Protokollerklärung festgelegt haben, daß die Grenzen des vereinigten Deutschlands weder durch äußere noch durch innere Umstände in Frage gestellt werden. Daraufhin gibt Genscher zu **Protokoll**, dies bedeute keine Grenzgarantie der Vier Mächte, und ein **Friedensvertrag** oder eine **Friedensregelung** sei nicht beabsichtigt.

H.-D. Genscher spricht im Auftrag der 4 Mächte - der eigentlichen Macht hinter der BR und zementiert im Namen der 4 Mächte die ewigliche Kriegsgefangenschaft der Deutschen, Österreicher und Japaner

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106

ISBN 3-486-56360-2

Protokollauszug Die BRD ist keine Heimat

In der Sitzung der Arbeitsgruppe am 1. März übergibt Schäuble ein Diskussionspapier, das im Bundesinnenministerium entstanden ist. Es enthält erste Überlegungen zur Positionsbeschreibung für eine Überleitungsgesetzgebung. Ausgangspunkt ist das Staatsverständnis der Bundesrepublik Deutschland. Nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts existiert erst dann ein vollständiger Staat, wenn der Bundesrepublik die anderen Teile des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 angehören. Das Deutsche Reich, das 1945 nicht untergegangen und 1949 in der Bundesrepublik Deutschland neu organisiert worden ist, stellt den Kernstaat dar, dem nunmehr die DDR beitrifft. Alternativ wird der Beitritt nach Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz entweder durch den Beitritt des Staatsgebiets der DDR, oder durch den Beitritt der Länder der DDR vollzogen. Relevant ist vor allem, daß die Erklärung durch...

Quelle: Dokumente aus dem Kanzleramt S. 106 ISBN 3-486-56360-2

Am Ziel vorbei

Deutsche Einheit : Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 / Bearb. von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hofmann. – München : Oldenbourg, 1998. – 1667 S. (Dokumente zur Deutschlandpolitik)
ISBN 3-486-56360-2 kart. - ISBN 3-486-56361-0 Gewebe

Umfangreiche Auswahl offizieller, interner und vertraulicher Dokumente aus dem Bundeskanzleramt, die den nationalen und internationalen Weg zur (Wieder-)Vereinigung belegen.

Dokumente aus dem Kanzleramt S. 117

Protokollauszug Kein Friedensvertrag

Schnell geht das Gespräch auf die bevorstehenden Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen. Beide sind sich darüber einig: **Einen Friedensvertrag anzustreben macht keinen Sinn**, wenn an den Verhandlungen 110 Länder teilnehmen, die mit dem Deutschen Reich im Krieg gestanden haben.

Nr. 354B
Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden

Zusammenkunft der Außenminister
Frankreichs,
Polens,
Der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,
Der Vereinigten Staaten von Amerika,
Großbritanniens,
Der Bundesrepublik Deutschland
und der Deutschen Demokratischen Republik
in Paris am 17. Juli 1990

Protokoll I

1. Das Prinzip Nr. 1 hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen, auf das sich die sechs Mitgliedstaaten der in Ottawa eingesetzten Gruppe geeinigt haben, wird durch folgenden Satz ergänzt: »Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen wird einen wesentlichen Bestandteil der Friedensordnung in Europa darstellen.«
2. Der Wortlaut des 2. Prinzips hinsichtlich der Frage der deutschen Grenzen wird wie folgt geändert: Die Worte »die bestehende Westgrenze Polens« werden durch die Worte »die zwischen ihnen bestehende Grenze« ersetzt.
3. Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, erklärt, daß »der Vertrag über die deutsch-polnische Grenze innerhalb der kürzestmöglichen Frist nach der Vereinigung und der Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands unterzeichnet und dem gesamtdeutschen Parlament zwecks Ratifizierung unterbreitet werden wird.«
Der Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Markus Meckel, hat darauf hingewiesen, daß sein Land dieser Erklärung zustimmt.
4. Die vier Siegermächte erklären, daß die Grenzen des vereinigten Deutschland einen endgültigen Charakter haben, der weder durch ein äußeres Ereignis noch durch äußere Umstände in Frage gestellt werden kann.
Der Außenminister Polens, Krzysztof Skubiszewski, weist darauf hin, daß nach Ansicht der polnischen Regierung diese Erklärung keine Grenzgarantie durch die vier Mächte darstellt.
Der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, weist darauf hin, daß er zur Kenntnis genommen hat, daß diese Erklärung für die polnische Regierung keine Grenzgarantie darstellt. Die BRD stimmt der Erklärung der vier Mächte zu und unterstreicht, daß die in dieser Erklärung erwähnten Ereignisse oder Umstände nicht eintreten werden, d. h., daß ein Friedensvertrag oder eine Friedensregelung nicht beabsichtigt sind. Die DDR stimmt der von der BRD abgegebenen Erklärung zu.

[Nr. 354: Drittes Treffen der Außenminister der Zwei plus Vier, 17. 7. 1990] Nr. 354B: Anlage 2
Protokoll des französischen Vorsitzenden, 17. 7. 1990. Deutsche Einheit, S. 4069 (vgl. Dt. Einh., S. 1369-1370) (c) Oldenbourg Verlag]



HANS-DIETRICH GENSCHER UND KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI



PARIS - DRITTES TREFFEN DER AUSSENMINISTER
DER ZWEI-PLUS-VIER VERTRETER
UNTER ZEITWEILIGER BETEILIGUNG POLENS VOM 17. JULI 1990

**"DIE VIER MÄCHTE ERKLÄREN,
DASS DER ENDGÜLTIGE CHARAKTER DER GRENZEN
DEUTSCHLANDS DURCH KEINE AUSWÄRTIGEN UMSTÄNDE
ODER EREIGNISSE IN FRAGE GESTELLT WERDEN KANN."**

DER AUSSENMINISTER POLENS, KRZYSZTOF SKUBISZEWSKI,
WEIST DARAUFG, DASS NACH
ANSICHT DER POLNISCHEN REGIERUNG
DIESE ERKLÄRUNG KEINE GRENZGARANTIE
DURCH DIE VIER MÄCHTE DARSTELLT.

DER AUSSENMINISTER
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
HANS-DIETRICH GENSCHER SAGTE:

DIE BRD STIMMT DER ERKLÄRUNG DER VIER MÄCHTE ZU
UND UNTERSTREICHT,
DASS DIE IN DIESER ERKLÄRUNG
ERWÄHNTEN EREIGNISSE ODER
UMSTÄNDE NICHT EINTRETEN WERDEN, D.H.,

**DASS EIN FRIEDENSVERTRAG
(WIE IM POTSDAMER ABKOMMEN VOM 2. 8. 1945 VORGEGEHEN)
ODER EINE FRIEDENSREGELUNG
NICHT BEABSICHTIGT SIND.**

Adenauer und Polen

Beharrlich verfocht Adenauer, obwohl er privat ganz andere Ansichten hegte, die Notwendigkeit des Abschlusses eines Friedensvertrages und den Rechtsanspruch Deutschlands auf die Gebiete, die 1937 zum Deutschen Reich gehörten.

"Die Bundesrepublik Deutschland hatte in den ersten Jahren kein Mandat um offizielle Beziehungen zu anderen Staaten aufzubauen. Bis zur Erlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 ging es ihr vor allem um den Aufbau von Beziehungen zum Westen, sie trat dem nordatlantischen Verteidigungsbündnis (NATO) bei. Gewöhnlich wird behauptet, Adenauer habe es als seine wesentliche Aufgabe angesehen, außenpolitisch die Versöhnung mit Frankreich, die Wiedergutmachung am jüdischen Volk und dem Staat Israel und die Verständigung mit Polen zu regeln. In der operativen Politik richtete Adenauer jedoch seine ganze Energie auf die Erreichung der ersten beiden Ziele. **Adenauers Politik in Richtung Osteuropa behauptete vor allem den Alleinvertretungsanspruch deutscher Interessen. Ohne Friedensvertrag, behauptete Adenauer, sei ein Schlußwort über Deutschlands Grenzen von 1937 nichtgesprochen".**

https://www.deutscheundpolen.de/themen/thema_jsp/kev=adenauer_und_polen.html

In Art. 53 + 107 der UN-Charta steht sinngemäß:

UN-Mitglieder dürfen nur dann gegen andere Staaten Krieg führen, wenn sie dafür vorher die Zustimmung vom UN-Sicherheitsrat erhalten haben. Lediglich gegen „Feindstaaten“ dürfen jederzeit kriegerische Maßnahmen auch ohne UN-Zustimmung geführt werden.

„Feindstaat“ ist jeder Staat, der während des Zweiten Weltkriegs Feind der Alliierten war.

Die UN-Charta ist im Bundesgesetzblatt 1973, Teil II, Seite 431, als „amtliche Fassung der Bundesrepublik Deutschland“ völkerrechtliche Grundlage geworden.

Immer noch: Feindstaat Deutschland

Interview mit Karl Albrecht Schachtschneider

Wie wird Deutschland wieder souverän? Der Staatsrechtler Karl Albrecht Schachtschneider über Geheimverträge und die Notwendigkeit eines Austritts aus NATO und EU.

Laut UN-Satzung könnte es in Deutschland eines Tages ähnlich aussehen. Foto: wikipedia

Kein Geheimvertrag hat irgendeine völkerrechtliche Verbindlichkeit.

Zu den Gründungselementen der UNO gehört die «Feindstaatenklausel» gegen die Verliererstaaten des Zweiten Weltkrieges. Ist diese Klausel heute nur noch völkerrechtliche Folklore? Oder, anders gefragt: Inwiefern ist ihr Fortbestehen immer noch ein Hindernis für die deutsche Souveränität?

Grundsätzlich ist das kein Widerspruch, Feindstaatenklausel und Souveränität. Auch ein Feind ist souverän. Deutschland als früherer Feind – viele halten das natürlich für obsolet, die Feindstaatenklausel – aber als früherer Feind, nach der UNO-Charta, ist souverän. Souveränität ergibt sich; auch, wenn man frühere Auffassungen von der Staatssouveränität zugrunde legt, einfach aus der Staatseigenschaft Deutschlands. Und insbesondere daraus, dass Deutschland eben freie Bürger hat. Das wird nicht in jeder Weise gelebt, aber ist vom politischen und rechtlichen Anspruch her so zu sehen. Also: Ich sehe keinen Widerspruch zwischen Feindstaatenklausel und Souveränität.

Waffe gegen Neutralität

Nehmen wir einmal an, ein künftiges Deutschland tritt aus der NATO aus – da müssten wir sowieso mit Gegenmaßnahmen des Großen Bruders rechnen. Würde die Feindstaatenklausel ein blockfreies Deutschland leichter machen?

Allemaal würde es das erleichtern, wenn man einen Austritt aus der NATO als einen feindlichen Akt einstuft.

Aber wer definiert das, der UN-Sicherheitsrat?

Nein, das definieren die früheren Feinde.

Gemeinsam oder einzeln?

Jeder einzeln. Jeder Einzelne, der die Macht dazu hätte – das sind insbesondere die USA, die meisten anderen hätten ja gar nicht die militärischen Fähigkeiten. Die haben die Möglichkeit, ganz eigenständig, unabhängig – ganz erklärtermaßen unabhängig – von den Gremien der Vereinten Nationen, sich dann zu verteidigen. Das heißt also, die entsprechenden Maßnahmen zu treffen, um diese Gefährdung durch den Feindstaat abzuweh-

KULTUR

LITERATUR KINO MEDIEN & TV POP STÜTZEN DER GESELLSCHAFT ROLLING STONE MUSIKEXPRESS METAL HAMMER

GESCHICHTE VÖLKERRECHT

Deutschland, Feindstaat der Vereinten Nationen

Von Berthold Seewald | Veröffentlicht am 25.09.2012 | Lesedauer: 3 Minuten



New York erwartet die Vertreter von 193 Staaten: Traditionell findet die Vollversammlung der Vereinten Nationen im September statt.
Quelle: picture alliance / dpa/af ed is

Die Bundesregierung strebt einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat an. Dabei gelten Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten des Zweiten Weltkriegs laut UN-Charta immer noch als Feindstaaten.

Russischer Historiker über vier Einschränkungen der deutschen Souveränität durch 2+4-Vertrag

In der Potsdamer Konferenz in 1945 haben sich die Alliierten auf einheitliche Lösungsformel in Bezug auf besiegtes Deutschland geeinigt. Es sind vier "D" - Demilitarisierung, Demokratisierung, Denazifizierung und Demonopolisierung.

Diese Vereinbarung zwischen Alliierten sollte die Grundlage des zukünftigen Friedensvertrages mit Deutschland werden.

Danach fand die Pariser Konferenz in 1947 statt, wo jedoch der Friedensvertrag mit Deutschland von Alliierten nicht unterzeichnet worden war.

1:37 / 8:07

Kriegserklärungen gegen Deutschland

*

2. Weltkrieg 1939 - 1945 > Kriegserklärungen gegen Deutschland:

*

- 1.) 1. September 1939 — Polen
- 2.) 3. September 1939 — Großbritannien
- 3.) 3. September 1939 — Australien
- 4.) 3. September 1939 — Neuseeland
- 5.) 3. September 1939 — Frankreich
- 6.) 6. September 1939 — Südafrikanische Union
- 7.) 10. September 1939 — Kanada
-
- 8.) 9. April 1940 — Norwegen
- 9.) 9. April 1940 — Dänemark
- 10.) 10. Mai 1940 — Niederlande
- 11.) 10. Mai 1940 — Belgien
- 12.) 10. Mai 1940 — Luxemburg
-
- 13.) 6. April 1941 — Jugoslawien
- 14.) 6. April 1941 — Griechenland
- 15.) 22. Juni 1941 — UdSSR (Sowjetunion)
- 16.) 9. Dezember 1941 — China (Chungking-Regierung)
- 17.) 9. Dezember 1941 — Frankreich (De Gaulle-Komitee)
- 18.) 11. Dezember 1941 — USA (nach deutscher Kriegserklärung)
- 21.) 11. Dezember 1941 — Kuba
- 22.) 11. Dezember 1941 — Dominikanische Republik
- 23.) 11. Dezember 1941 — Guatemala
- 24.) 11. Dezember 1941 — Nicaragua
- 25.) 11. Dezember 1941 — Haiti
- 26.) 12. Dezember 1941 — Honduras
- 27.) 12. Dezember 1941 — El Salvador
- 28.) 17. Dezember 1941 — Tschechoslowakei (Exilregierung rückwirkend ab 15. März 1939)
-
- 29.) 19. Januar 1942 — Panama
- 30.) 22. Mai 1942 — Mexiko
31. August 1942 — Brasilien
- 32.) 1. Dezember 1942 — Äthiopien
-
- 33.) 16. Januar 1943 — Irak
- 34.) 7. April 1943 — Bolivien
- 35.) 9. September 1943 — Iran

- 36.) 13. Oktober 1943 — Italien (Badoglio-Regierung)
- 37.) 27. November 1943 — Kolumbien
-
- 38.) 27. Januar 1944 — Liberia
- 39.) 21. August 1944 — San Marino
- 40.) 25. August 1944 — Rumänien (nach Sturz Antonescus)
- 41.) 8. September 1944 — Bulgarien
- 42.) 31. Dezember 1944 — Ungarn (Gegenregierung)
-
- 43.) 2. Februar 1945 — Ecuador
- 44.) 8. Februar 1945 — Paraguay
- 45.) 12. Februar 1945 — Peru
- 46.) 15. Februar 1945 — Uruguay
- 47.) 16. Februar 1945 — Venezuela
- 48.) 26. Februar 1945 — Ägypten
- 49.) 26. Februar 1945 — Syrien
- 50.) 27. Februar 1945 — Libanon
- 51.) 28. Februar 1945 — Saudi Arabien
- 52.) 1. März 1945 — Türkei
- 53.) 3. März 1945 — Finnland (rückw. ab 15. Sept. 1944)
- 54.) 27. März 1945 — Argentinien

.....
 (Quelle: Der große Ploetz, Verlag Ploetz , Freiburg 1991)

*

Die Aufstellung zeigt Tatsachen ganz deutlich, dass die Verantwortung für die Ausweitung eines lokalen Krieges zum Weltkrieg bei den Alliierten liegt.

Im Jahre 1945 existierten nur 60 Nationen auf der Erde! Von diesen hatten 54 Deutschland den Krieg erklärt. Mit diesen 54 Nationen wurden bis heute keine Friedensverträge abgeschlossen. Der Kriegszustand mit Deutschland wurde somit zementiert.

1948 wurde die UNO (United Nations Organisation) von 50 Nationen gegründet. Diese beschlossen die Anwendung der Feindstaatenklausel auf Deutschland.

Die alliierten Besatzungstruppen haben Deutschland nie verlassen. Die alliierte Vorbehaltsrechte sind u.a. im Artikel 139 GG festgelegt. Ferner unterhalten die Alliierten Atomwaffen auf deutschen Boden. Ergebnis: Deutschland hat bis heute keine Souveränität, die deutsche Demokratie ist eine Täuschung und die regierenden Politiker sind nur

 Marionetten.

BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Völkerrechtliche Praxis der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959

<http://www.zaoerv.de>

© 1961 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

worden ... und wird darüber hinaus von zahlreichen anderen Staaten respek-
tiert. Auch Staatssekretär Herter hat dieses Recht der Bundesregierung in der
Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz am 14. Mai 1959¹¹²⁾ erneut mit
der Erklärung bekräftigt, nur die Bundesregierung könne für das deutsche Volk
sprechen, weil nur sie aus freien Wahlen hervorgegangen sei.

Dieses Recht hat zum Inhalt, daß die Bundesregierung berechtigt und ver-
pflichtet ist, die politischen Interessen aller Deutschen wahrzunehmen. Sie hat
dies bisher getan und wird es auch weiterhin tun. Dessen ungeachtet kann die
Bundesregierung jedoch angesichts der derzeitigen Teilung Deutschlands keine
völkerrechtlich wirksamen Verpflichtungen eingehen, die eine Friedensregelung
für Gesamtdeutschland zum Gegenstand hätten. Derartige Regelungen könnten
– wie die Bundesregierung wiederholt ausdrücklich erklärt hat – nur mit einer
Regierung getroffen werden, die durch das gesamte deutsche Volk legitimiert
ist¹¹³⁾.

die Bundesregierung am 28. Juni 1956¹²¹⁾ und am 31. Januar 1957¹²²⁾ Erklärungen abgegeben, die auch heute noch gültig sind. Ich zitiere aus diesen Erklärungen: Die Bundesregierung hat sich niemals mit der Teilung Deutschlands abgefunden. In voller Übereinstimmung mit dem erklärten Willen des ganzen deutschen Volkes hat sie immer wieder darauf hingewiesen, daß das Deutsche Reich in seinen Grenzen von 1937 fortbesteht und daß einseitige Entscheidungen, die in den Jahren nach dem völligen Zusammenbruch getroffen wurden, vom deutschen Volk nicht anerkannt werden.

Gleichzeitig aber hat die Bundesregierung versichert, daß sie ihren Rechtsanspruch niemals mit Mitteln der Gewalt, sondern ausschließlich auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verwirklichen will.

Zuständig für Vereinbarungen dieser Art kann nur eine gesamtdeutsche Regierung sein, die das Mandat des ganzen deutschen Volkes besitzt. Und eine solche Regelung kann nur in einem Friedensvertrag gefunden werden, der das Ergebnis freier Verhandlungen sein muß. Die Bundesregierung hofft dabei, daß es möglich sein wird, eine gemeinsame Lösung zu finden und damit die Grundlage einer dauerhaften Verständigung und Freundschaft, auch mit den Völkern des Ostens, zu schaffen¹²³⁾.

“Die Bundesrepublik Deutschland ...
unterstreicht, ... daß ein Friedensvertrag
oder eine Friedensregelung *nicht*
beabsichtigt sind.“

Bundeskanzleramt-Protokoll Nr. 354 B II vom
17.07.1990

Quelle: Dissertation von Dr. Michael Rensmann: „Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland“

15.1 Das von der BRD-Treuhand abgelehnte Friedensangebot der UdSSR von Josef Stalin!



„Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam zu machen, daß, obwohl seit Beendigung des Krieges in Europa bereits sieben Jahre vergangen sind, immer noch kein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen wurde.

Um diesen unnormalen Zustand zu beseitigen, wendet sich die Sowjetregierung, die das Schreiben der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der an die vier Mächte gerichteten Bitte um Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland unterstützt, ihrerseits an die Regierung der Vereinigten Staaten und an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs mit dem Vorschlag, unverzüglich die Frage eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erwägen, damit in nächster Zeit ein vereinbarter Friedensvertragsentwurf vorbereitet und einer entsprechenden internationalen Konferenz unter Beteiligung aller Interessierten Staaten zur Prüfung vorgelegt wird.

Es versteht sich, daß ein solcher Friedensvertrag unter unmittelbarer Beteiligung Deutschlands, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, ausgearbeitet werden muß. Hieraus folgt, daß die UdSSR, die USA, Großbritannien und Frankreich, die in Deutschland Kontrollfunktionen ausüben, auch die Frage der Bedingungen prüfen müssen, die die schnellste Bildung einer gesamtdeutschen, den Willen des deutschen Volkes ausdrückenden Regierung fördern.

Um die Vorbereitung des Entwurfs eines Friedensvertrages zu erleichtern, legt die Sowjetregierung ihrerseits den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs den beigefügten Entwurf für die Grundlagen eines Friedensvertrages mit Deutschland zur Prüfung vor.

Die Sowjetregierung schlägt vor, diesen Entwurf zu erörtern, und erklärt sich gleichzeitig bereit, auch andere eventuelle Vorschläge zu dieser Frage zu prüfen.

Die Regierung der UdSSR rechnet damit, in kürzester Frist eine Antwort der Regierung der USA auf den obenerwähnten Vorschlag zu erhalten.

Gleichlautende Noten hat die Sowjetregierung auch an die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs gerichtet.“





Friedensvertrag · Einheit · Freiheit · Frieden



GEGEN Remilitarisierung-
FÜR Abschluß eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951

BRUNNEN
Werbung



Beteiligt Euch alle
am großen Friedensmarsch
10. JUNI 1951!

Vorwärts zu den III. Weltfestspielen der Jugend und Studenten
für den Frieden vom 5.-19. August 1951 in Berlin!



Die westalliierten Siegermächte haben kein Interesse am Welt-Frieden!

WEB.DE - [Ticket# 10062399] Zwei-plus-Vier-Vertrag - 2. Anfrage

Seite 1 von 2



[Ticket#: 10062399] Zwei-plus-Vier-Vertrag - 2. Anfrage

Von: Bürgerservice <buergerservice@auswaertigesamt.de>
An: Andre.Liebig@web.de
Datum: 30.01.2015 15:14:26

AUSWÄRTIGES AMT
Bürgerservice

Sehr geehrter Herr Liebig,

vielen Dank für Ihre Anfrage, die dem Bürgerservice des Auswärtigen Amtes zur Beantwortung weitergeleitet wurde.

Ein Friedensvertrag ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, die Verhältnisse nach Kriegshandlungen einer Regelung zuzuführen. Aufgrund der Teilung in Zeiten des Kalten Krieges hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg **keinen Friedensvertrag mit den einstigen Siegermächten geschlossen**. Die Aufnahme friedlicher Beziehungen, die Rückführung von Kriegsgefangenen, die Aufhebung des Besatzungsstatus, territoriale Fragen als klassische Gegenstände eines Friedensvertrages wurden stattdessen in einer Reihe von Vertragswerken zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den ehemaligen Kriegsgegnern geregelt. Voraussetzung war die einseitige Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland durch die ehemaligen Feindstaaten in den ersten Jahren nach dem Krieg, wodurch die Beziehungen wieder uneingeschränkt dem Friedensvölkerrecht unterstellt wurden.

Mit dem Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland vom 12. September 1990 (sog. 2 + 4 – Vertrag) wurden die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Einheit geregelt. Der Vertrag bildet den Schlusspunkt der europäischen Nachkriegsgeschichte. Das vereinte Deutschland ist nicht mit offenen Fragen belastet. Vor diesem Hintergrund gilt: Mit dem "2 + 4 – Vertrag" hat sich nach Einschätzung der beteiligten Mächte auch die Frage einer friedensvertraglichen Regelung erledigt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Bürgerservice im Auswärtigen Amt

Antworten auf die 200 häufigsten Bürgeranfragen finden Sie hier:

<http://www.auswaertigesamt.de/ced_3476770A33788512677700500030026/PA6/FAQ/katalog_mide.html>

Adressen deutscher Vertretungen im Ausland finden Sie hier:
<http://www.auswaertigesamt.de/DE/Laendernformationen/DtschaendvertretungenA-2-Laenderauswahlseite_node.html>

Adressen ausländischer Vertretungen in Deutschland finden Sie hier:
<http://www.auswaertigesamt.de/DE/Laendernformationen/AuslaendischeVertretungenA-2-Laenderauswahlseite_node.html>

Auswärtiges Amt, Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, Deutschland
Tel. (+49)-(0)30-5000-2000, Fax (+49)-(0)30-5000-3402
<<http://www.auswaertigesamt.de>>
<mailto:buergerservice@diplo.de>

Haftungsausschluss:

<https://3c.web.de/mail/client/mail/print;jsessionid=4F451AE47A26103D20E2AE74A...> 05.02.2015

Die Auskünfte des Bürgerservice beruhen auf den zum angegebenen Zeitpunkt verfügbaren Informationen. Diese wurden nach bestem Wissen und unter Beachtung größtmöglicher Sorgfalt erstellt. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit sowie eine Haftung für eventuell eintretende Schäden kann dennoch nicht übernommen werden. Gesetzliche Vorschriften eines Landes können sich ändern, ohne dass der Bürgerservice hiervon unterrichtet wird.

Die in manchen Fällen übermittelten Links zu Inhalten von Internet-Seiten Dritter sollen Ihnen helfen, die die in Ihrer E-Mail/Ihrem Schreiben erbetenen Informationen einfacher zu finden. Da jedoch der Inhalt von Internetseiten dynamisch ist und sich jederzeit ändern kann, ist eine ununterbrochene Überwachung dieser Inhalte durch den Bürgerservice nicht möglich. Der Bürgerservice macht sich deshalb den Inhalt von Internet-Seiten Dritter, auf die per Link hingewiesen wird, insoweit nicht zu eigen.

>
>
> -----Ursprüngliche Nachricht-----
> Von: Andre Liebich [mailto:Andre.Liebich@web.de]
> Gesendet: Donnerstag, 29. Januar 2015 10:26
> An: Poststelle des AA
> Betreff: Zwei-plus-Vier-Vertrag - 2. Anfrage
> Wichtigkeit: Hoch
>
> Zwei-plus-Vier-Vertrag - 2. Anfrage
>
> Sehr geehrte Damen und Herren!
>
> Bitte beantworten Sie mir folgende Frage einfach mit JA oder NEIN:
> Ist der sogenannte "Zwei-plus-Vier-Vertrag" ein völkerrechtlich
> verbindlich gültiger Friedensvertrag?
> JA oder NEIN?
>
> Vielen Dank,
>
> André Liebich
> Landsberger Allee 545
>
> | 12679 | Berlin
>
> +49 30 65770340
> +49 151 31371609
>
>



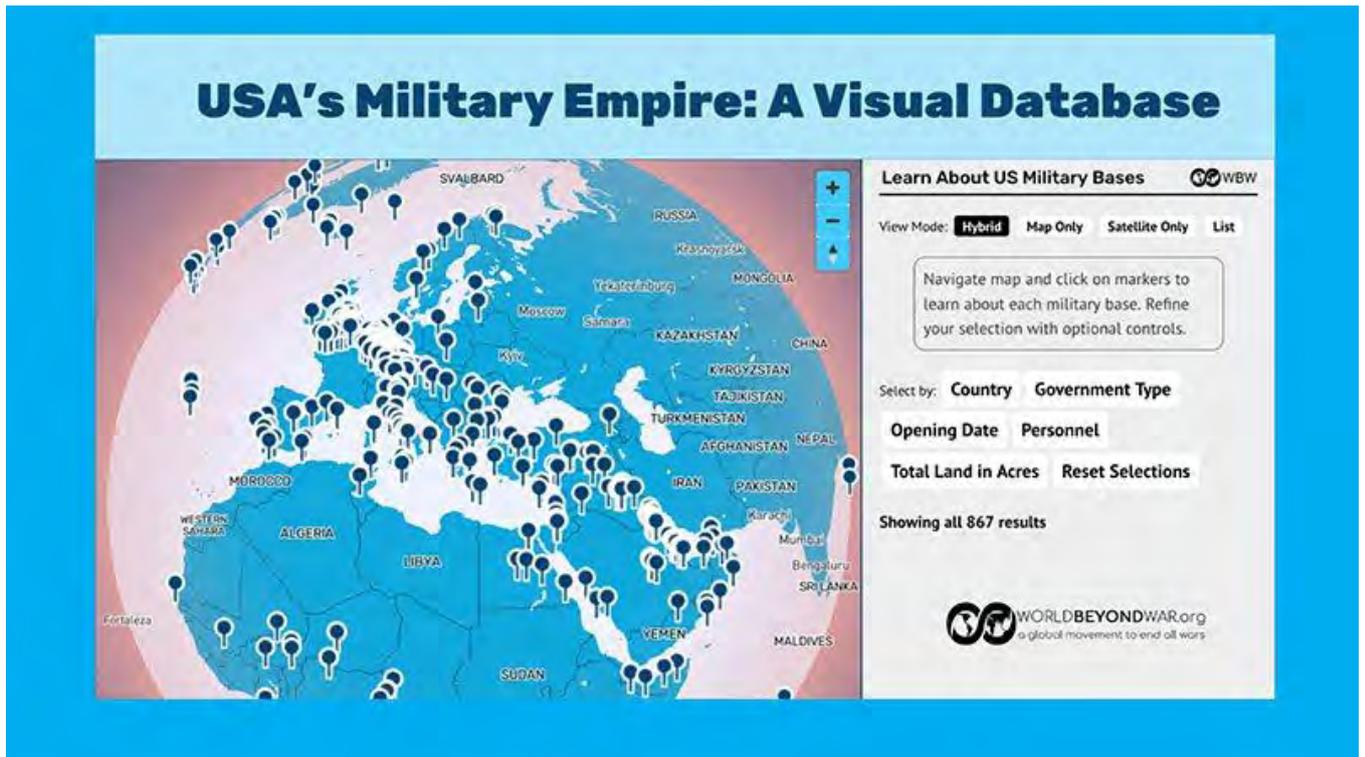
Kriegsdrehscheibe Deutschland



Die BRD ist nicht Deutschland!



**WENN ZWEI DAS
GLEICHE SAGEN...**



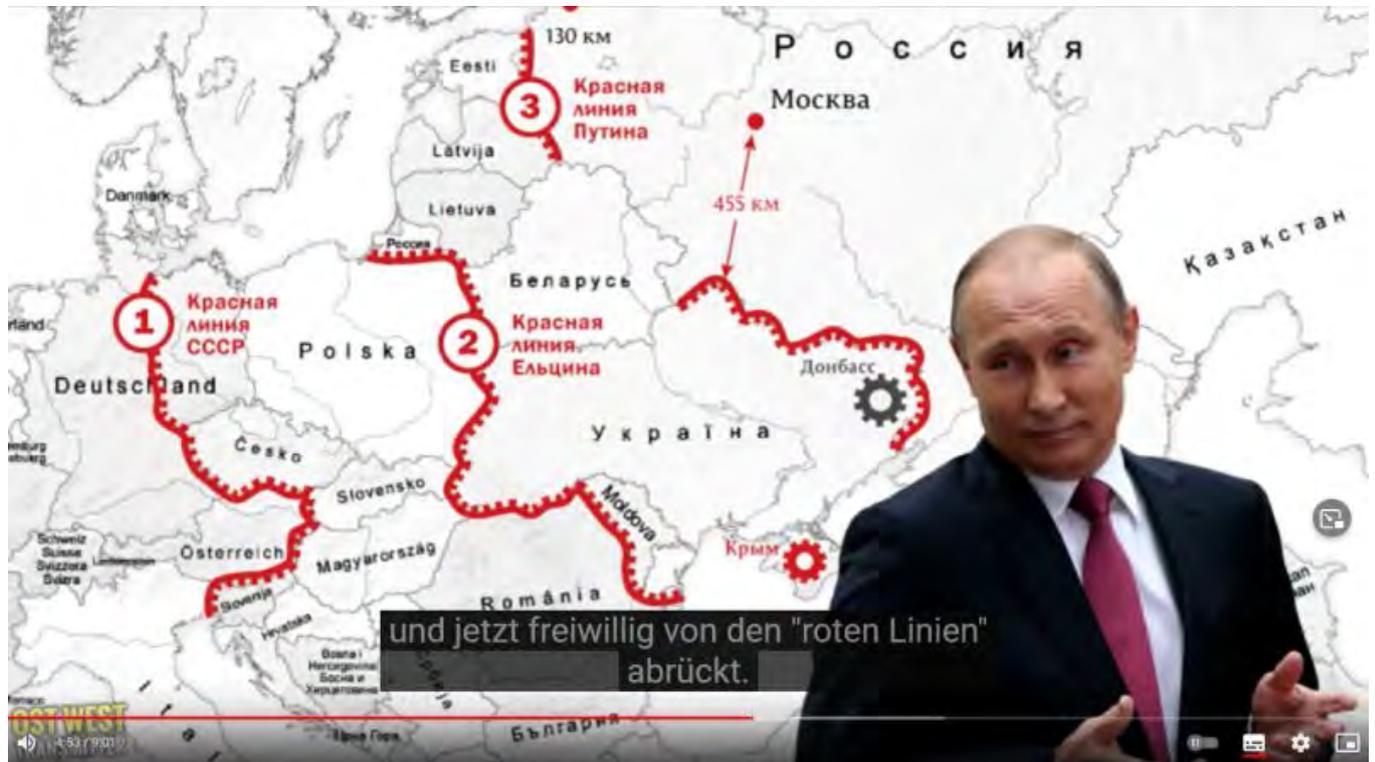
Das römische Militär-Imperium der USA!

Eine visuelle Datenbank - World BEYOND War; Die USA unterhalten ein riesiges Netzwerk ausländischer Militärstützpunkte (835!) auf der ganzen Erde!

Quelle: <https://worldbeyondwar.org/de/no-bases/>



**15.2 Ergebnis des andauernden „Zweiten Weltkrieges“:
NATO-Osterweiterung ab 1990 und Krieg gegen Russland
ab 2022!**



**„Zweiter Welt-Krieg“ nicht beendet -
Der „römische Centurio“ Boris Pistorius verkündet April 2023:**



UKRAINE-KRIEG

POLITIK

PANORAMA

EINTRACHT

FRANKFURT

MEINUNG



Russlands Ex-Präsident Dimitri Medwedew (l.) hat auf Twitter auf eine Aussage von Boris Pistorius bei „Maybrit Illner“ reagiert.
© Imago (Montage)

Pistorius im ZDF: Begrenzte Angriffe auf Russland „völlig normal“

Quelle: <https://www.fr.de/politik/panzer-ukraine-news-krieg-deutschland-russland-pistorius-illner-zdf-maybritillner-angriff-nachfrma-0222R1R3.html>

04.07.2023 □ 12:40 Uhr **Britischer Außenminister: Beschleunigtes Verfahren für NATO-Beitritt der Ukraine möglich**



James Cleverlylan Davidson / SOPA Images / Sipa USA / Legion-media.ru

Die Ukraine könnte ohne den üblichen bürokratischen Aufwand NATO-Mitglied werden, sagte der britische Außenminister James Cleverly in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La Repubblica*. Als Beispiel führte er die Beitrittsgesuche Schwedens und Finnlands an.

Zugleich gab er an, dass man derzeit nicht genau sagen könne, wann dies möglich sein werde. In dem Zusammenhang sagte Cleverly, es sei unbekannt, wie lange die Kampfhandlungen in der Ukraine dauern würden. Zumindest hätten die ukrainischen Streitkräfte inzwischen Erfahrungen mit Waffen, Standards und Ausbildung, welche im Bündnis üblich seien, so der britische Minister.

Quelle: <https://de.rt.com/international/174349-nuklearkatastrophe-als-letzte-chance-kiew/>





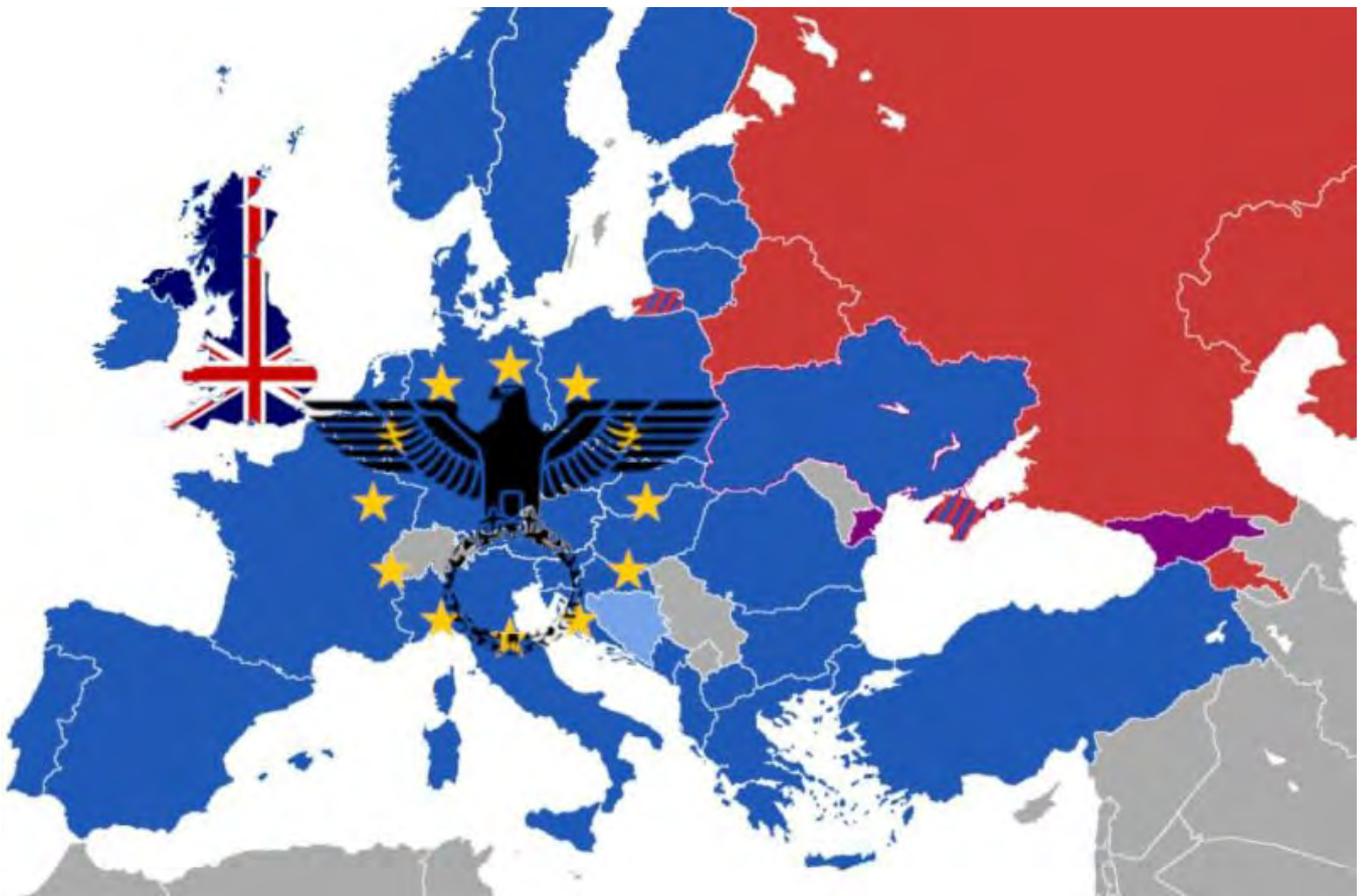
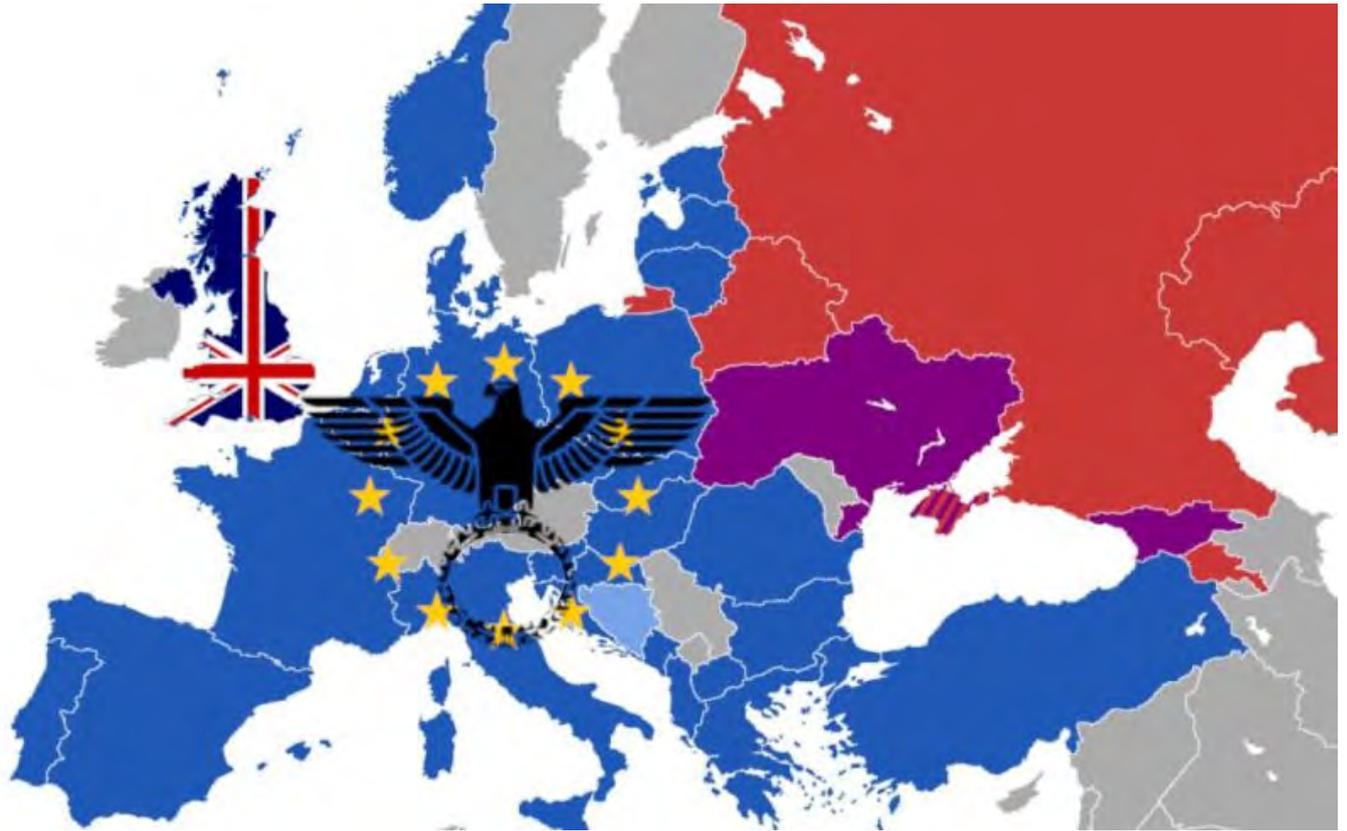
30.06.2015 Auswärtiges — Antwort — hib 340/2015
Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964



Deutscher Bundestag



16. Die Nazi-Wunderwaffe „Staatsangehörigkeit“!



<p>Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870</p>	<p>Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz vom 22. Juli 1913</p>	<p>Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz vom 22. Juli 1913 nach dem Stande der Gesetzgebung vom 8. Mai 1945</p>	<p>Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz vom 22. Juli 1913 nach dem Stande der Gesetzgebung vom 3. Oktober 1990</p>
<p><i>in Kraft getreten für den Norddeutschen Bund am 1. Januar 1871</i></p> <p>geändert durch Reichsgesetz vom 22. April 1871 (RGBl. S. 87), Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896</p>	<p>geändert durch <u>Versailler Vertrag</u> vom 28. Juni 1919 (RGBl. S. 687), <u>Gesetz</u> vom 5. November 1923 (RGBl. I. S. 1077), <u>Verordnung</u> vom 27. Juni 1924 (RGBl. I. S. 659), <u>Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit</u> vom 14. Juli 1933 (RGBl. I. S. 480), <u>Verordnung</u> vom 5. Februar 1934 (RGBl. I. S. 85), <u>Gesetz</u> vom 15. Mai 1935 (RGBl. I. S. 593), <u>Wehrgesetz</u> vom 21. Mai 1935 (RGBl. I. S. 699), <u>Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen</u> vom 20. Januar 1942 (RGBl. I. S. 40),</p>	<p>geändert für die Bundesrepublik Deutschland durch <u>Bundesbeamtengesetz</u> vom 14. Juli 1953 (BGBl. I. S. 551), <u>Drittes Gesetz zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit</u> vom 19. August 1957 (BGBl. I. S. 1251), <u>Gesetz</u> vom 30. August 1960 (BGBl. I. S. 721), <u>Gesetz</u> vom 19. Dezember 1963 (BGBl. I. S. 982), bereinigte Fassung veröffentlicht im Bundesgesetzblatt III. Gliederungsnummer 102-1, <u>Gesetz</u> vom 8. September 1969 (BGBl. I. S. 1581), <u>Kostenermächtigungs-Änderungsgesetz</u> vom 23. Juni 1970 (BGBl. I. S. 805), <u>Gesetz</u> vom 20. Dezember 1974 (BGBl. I. S.</p>	<p>geändert durch <u>Gesetz zur Änderung asylverfahrensrechtlicher, ausländer- und staatsangehörigkeitsrechtlicher Vorschriften</u> vom 30. Juni 1993 (BGBl. I. S. 1062), <u>Justizmitteilungsgesetz</u> vom 18. Juni 1997 (BGBl. I. S. 1430), <u>Gesetz zur Änderung kostenrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze</u> vom 18. Juni 1997 (BGBl. I. S. 1430), <u>Beistandsgesetz</u> vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I. S. 2942), <u>Gesetz</u> vom 15. Juli 1999 (BGBl. I. S. 1618),</p>

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de67-18/rustag13.htm>

NS- Zwangsverordnung der „deutsche Staatsangehörigkeit“ („DEUTSCH“) von 1934

GLEICHSCHALTUNGS - GESETZ v. 05.02.1934

83

Reichsgesetzblatt

Teil I

1934	Ausgegeben in Berlin, den 6. Februar 1934	Nr. 14 ✓
------	---	----------

A. 2. 34 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit..... 85

∴ Berlin, den 6. Februar 1934 85

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit.
Vom 5. Februar 1934.

R 34,85
rechts
aufgeh
99,1623

§ 1

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

1934 Gleichschaltung **StAG = R**

1934 Gleichschaltung **R = StAG**

Herausgegeben von E. Schaeffer, Oberlandesgerichtsrat i. R.

Heft 131

Neues Staatsrecht

von

a) Die Reichsangehörigkeit wird fortan nicht mehr mittelbar durch
zuvorigen Erwerb der Landesangehörigkeit, sondern **unmittelbar als
„deutsche Staatsangehörigkeit“** erworben.

Leipzig 1936

Verlag W. Kehlhammer · Abteilung Schaeffer

Österreich wird 1945 entnazifiziert!!!

Österreich befreit aus der Zwangsangehörigkeit

1.79
1945
1945
1945

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich.
Vom 3. Juli 1945.

Auf Grund von Artikel III des Gesetzes über die Wiedereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 237) wird folgendes bestimmt:

§ 1

(1) Die bisherige österreichische Bundesbürgerschaft und die Bundesbürgerschaft in den ehemaligen österreichischen Bundesländern sollen fort.

(2) Es gibt nur die deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

(3) Soweit nach geltendem österreichischen Bundes-

(4) Deutsche Staatsangehörige, die die deutsche Staatsangehörigkeit seit dem 7. März 1938 durch Einbürgerung oder Anstellung im öffentlichen Dienst erworben und dadurch die österreichische Bundesbürgerschaft verloren haben, sind rechtlich so zu behandeln, als ob der Verlust der österreichischen Bundesbürgerschaft nicht eingetreten wäre.

§ 2

(1) Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Widerruf der Einbürgerung oder Aberkennung der Staatsangehörigkeit auf Grund des Gesetzes vom

Die Österreicher wurden 1945 von der
deutschen Staatsangehörigkeit
befreit

STAATSGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1945 Ausgegeben am 14. Juli 1945 16. Stück

89. Gesetz: Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft. (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

89. Gesetz vom 10. Juli 1945 über die Überleitung in die österreichische Staatsbürgerschaft (Staatsbürgerschafts-Überleitungsgesetz — St-ÜG.).

Die Provisorische Staatsregierung hat beschlossen:

§ 1. (1) Österreichische Staatsbürger sind ab 27. April 1945

a) die Personen, die am 13. März 1938 die österreichische Bundesbürgerschaft besaßen haben;

bürgerschaft, wenn sie nicht eine Verurteilung erlitten haben, die nicht gerügt und gesetzlich nicht tilgbar ist.

(2) Durch das Bekenntnis des Mannes erlangt die Ehegattin die Staatsbürgerschaft des Mannes, sofern die Ehe zu Recht besteht und nicht gerichtlich von Tisch und Bett geschieden ist. Dem Vater oder der unehelichen Mutter folgen auch die nicht eigenberechtigten Kinder.

(3) Der ordentliche Wohnsitz im Sinne dieses Gesetzes wird durch eine lediglich durch Heranziehung zu einer militärischen oder anderen per-



Die deutsche Staatsangehörigkeit ist eine Zwangsangehörigkeit

suche

 [Thematische Suche](#)[Regionale Suche](#)[Volltextsuche](#)

recherche

[Archivbestände](#)[Bestände](#)[Bestandsgruppen](#)[Quellentypen](#)[Gesetze](#)[thematisch](#)[vollständig](#)[Nachschlagewerke](#)[Institutionen](#)[Grundbuch](#)[Literaturhinweise](#)[Allgemeine Hinweise](#)[Impressum](#)[English Info](#)

Kundmachung der Provisorischen Staatsregierung vom 29. Mai 1945 über die Aufhebung der deutschen Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit (2. Kundmachung über die Aufhebung von Rechtsvorschriften des Deutschen Reiches)

**Datum:** 09.06.1945**Referenz:** [StGBI](#) Nr. 16/1945[Gesetz im Original](#)

Mit der Kundmachung werden auf Basis des Rechts-Überleitungsgesetzes (vgl. [StGBI Nr. 6/1945](#)) etliche Gesetze und Verordnungen des Deutschen Reiches über die deutsche Staatsangehörigkeit für den Bereich der Republik Österreich per 27.4.1945 für aufgehoben erklärt. Dies betrifft neben einer Reihe weiterer Gesetze u.a.

a) die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich (vgl. [RGI I 1938, S. 790f](#)),

b) die 2. Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Landes Österreich (vgl. [RGI I 1939, S. 1072](#)),

c) die Verordnung über die Aberkennung der Staatsangehörigkeit und den Widerruf des Staatsangehörigkeitserwerbes in der Ostmark (vgl. [RGI I 1939, S. 1235](#)).

Durchführungsverordnungen, Novellen etc.:**BGBl Nr. 24/1946**

Verordnung der Bundesregierung vom 24. Jänner 1946 über die Registrierung der Nationalsozialisten (4. Durchführungsverordnung zum Verbotsgesetz)

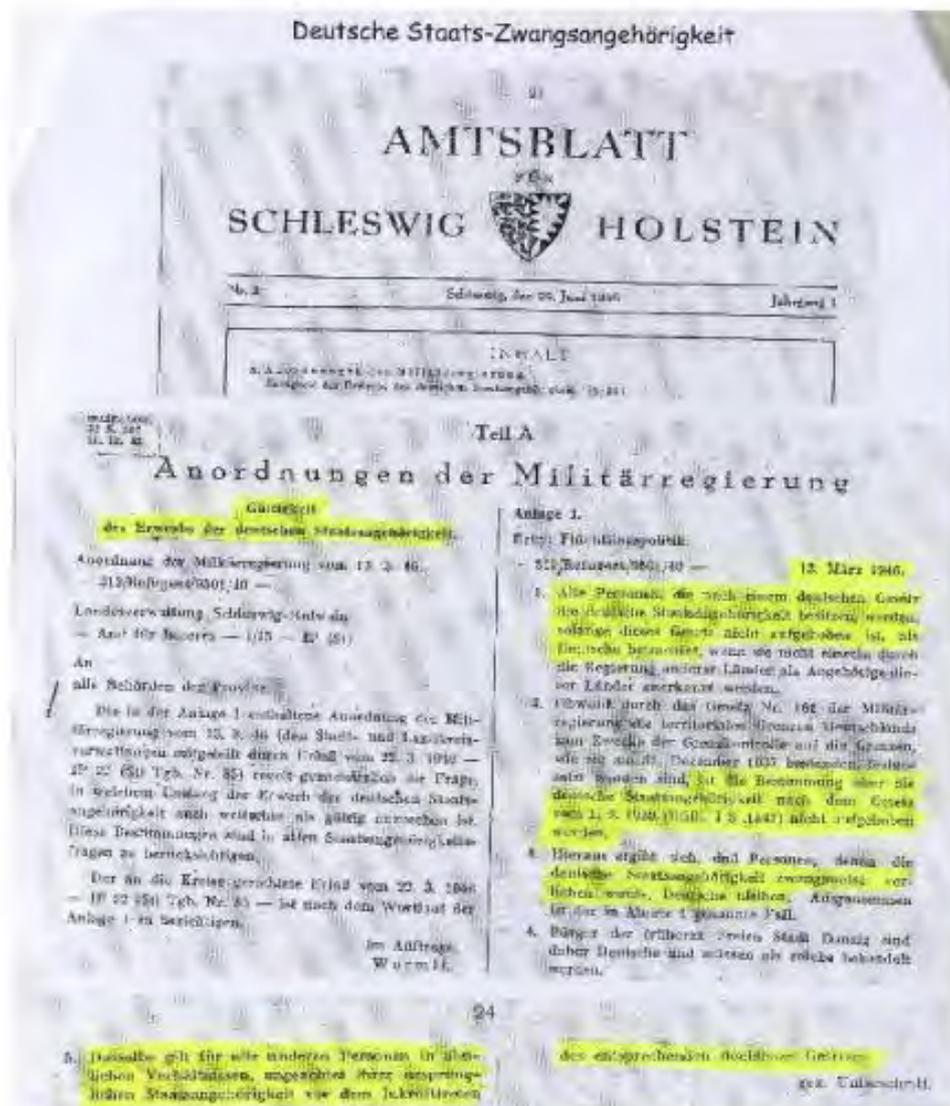
Der Staat Deutschland wird ab 1945 NICHT entnazifiziert!

Die Zwangsangehörigkeit R=StAG deutsche Staatsangehörigkeit

Die Methode der Nazifizierung wird auch in der EU angewendet. Zuerst wird ein Gesetz sprachlich installiert, und dann kommen die Durchführungsgesetze (z. B. ESM).

Die EU-Bewohner werden genau nach dieser Gleichschaltungsstruktur verarbeitet und entmachtet. Die BRD-EU-Gleichschalter täuschen immer nach der gleichen Tothschild-Methode.

Die vierseitigen Verträge der Alliierten schafften keine Friedensverträge



Die Zwangsangehörigkeit wurde (nicht) aufgehoben

AMTSBLATT

FÜR



SCHLESWIG HOLSTEIN

Nr. 3 Schleswig, den 29. Juni 1946 Jahrgang 1

INHALT	
A. Anordnungen der Militärregierung.	
Gültigkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. (S. 23.)	(S. 23.)
B. Gesetze des Landtags.	
C. Verordnungen.	
D. Bekanntmachungen und Erlasse.	
I. Landesverwaltung.	
1. Amt für Inneres.	
Veröffentlichungen im Amtsblatt. (S. 24.)	
Wahlberechtigung. (S. 25.)	
Gliederung und Besetzung der Kreisverwaltungen. (S. 25.)	
2. Amt für Wirtschaft.	
Altpapier. (S. 26.)	
E. Stellenausschreibungen.	

46 S. 23
11. 3. 46
aufgehoben.
32 S. 501
11. 12. 32

Teil A

Anordnungen der Militärregierung

Gültigkeit

des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit.

Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46.
— 312/Refugees/9501/40 —

Landesverwaltung Schleswig-Holstein
— Amt für Inneres — 1/13 — 1P (St)

An
alle Behörden der Provinz.

Die in der Anlage 1 enthaltene Anordnung der Militärregierung vom 13. 3. 46 (den Stadt- und Landkreisverwaltungen mitgeteilt durch Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgh. Nr. 85) regelt grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit auch weiterhin als gültig anzusehen ist. Diese Bestimmungen sind in allen Staatsangehörigkeitsfragen zu berücksichtigen.

Der an die Kreise gerichtete Erlaß vom 22. 3. 1946 — IP 22 (St) Tgh. Nr. 85 — ist nach dem Wortlaut der Anlage 1 zu berücksichtigen.

Im Auftrage:
Wormit.

Anlage 1.

Betr.: Flüchtlingspolitik.

— 312/Refugees/9501/40 — 13. März 1946.

1. Alle Personen, die nach einem deutschen Gesetz die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden, solange dieses Gesetz nicht aufgehoben ist, als Deutsche betrachtet, wenn sie nicht einzeln durch die Regierung anderer Länder als Angehörige dieser Länder anerkannt werden.
2. Obwohl durch das Gesetz Nr. 161 der Militärregierung die territorialen Grenzen Deutschlands zum Zwecke der Grenzkontrolle auf die Grenzen, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden, festgesetzt worden sind, ist die Bestimmung über die deutsche Staatsangehörigkeit nach dem Gesetz vom 1. 9. 1939 (RGBl. I S. 1547) nicht aufgehoben worden.
3. Hieraus ergibt sich, daß Personen, denen die deutsche Staatsangehörigkeit zwangsweise verliehen wurde, Deutsche bleiben. Ausgenommen ist der in Absatz 1 genannte Fall.
4. Bürger der früheren Freien Stadt Danzig sind daher Deutsche und müssen als solche behandelt werden.

Sammlung des Bundesrechts
Bundesgesetzblatt
 Teil III

Bücherei
des Landgerichts Kuld
15. SEP. 1959

Postverlagsort Berlin 1. August 1959 Folge 6

Sachgebiet 1 Staats- und Verfassungsrecht

Zwei getrennte Staatsangehörigkeiten

RoStAG Kolonien oder Heimat Seite - 64 -

Unmittelbare Kolonieangehörigkeit oder Staatsangehörigkeit Bundesstaat

102-1 Staatsangehörigkeitgesetz

102-1 Reichs- und Staatsangehörigkeitgesetz*

102-1 Vom 22. Juli 1913

Reichsgesetzl. S. 587

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1*

Deutscher ist, wer die ... unmittelbare Reichsangehörigkeit ... besitzt.

§ 6*

(1) Eine Ausländerin, die mit einem Deutschen die Ehe schließt, hat einen Anspruch auf Einbürgerung, solange die Ehe besteht und der Ehemann die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Endet die Ehe durch Tod oder wird sie ohne Verschulden der Ehefrau geschieden, so steht der Ehefrau der Anspruch auf Einbürgerung noch bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tode ihres Mannes oder nach Rechtskraft der schließlichen Scheidung zu.

Gleichgeschaltete einheitliche Staatsangehörigkeit

R=StAG Kolonie Deutschland Seite - 67 -

Reichsangehörigkeit / Zwangsangehörigkeit

Die Kolonieangehörigkeit ist die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit

Verordnung
über die deutsche Staatsangehörigkeit

102-2

Vom 5. Februar 1934

Reichsgesetzl. I S. 65, verk. am 8. 2. 1934

Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neureich des Reichs vom 30. Januar 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1

(1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.

§ 2

(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit).

Die Landesregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechts im Namen und Auftrage des Reichs.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art. 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

(2) Frühere deutsche Staatsangehörige, denen zwischen dem 30. Januar 1933 und dem 8. Mai 1945 die Staatsangehörigkeit aus politischen, rassistischen oder religiösen Gründen entzogen worden ist, und ihre Abkömmlinge sind auf Antrag wieder einzubürgern. Sie gelten als nicht ausgebürgert, sofern sie nach dem 8. Mai 1945 ihren Wohnsitz in Deutschland genommen haben und nicht einen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben.

Beweisquelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_116.html

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 | 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 | 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

Die BRD ist nicht Deutschland!

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz für das Deutsche Reich "RuStAG" vom 22. Juli 1913:

Zitat:

§ 1 "Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat ..., oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt."

Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vom 5. Februar 1934:

Zitat:

"Auf Grund des Artikels 5 des Gesetzes über den Neuaufbau des Reichs vom 30. Januar 1934 (RGBl. I. S. 75) wird folgendes verordnet:

§ 1. (1) Die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fällt fort.
(2) Es gibt nur noch eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)."

Art 116 "GG":

Zitat:

"(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt"

Organigramm der Staatsangehörigkeitsregelungen:

Ober: Regelung aus der Zeit des Kaiserreiches,

Mitte: Regelung von Adolf Hitler aus der Zeit des sogen. "Dritten Reiches",

Unten: Regelung im "BRD"-System, Artikel 116 "Grundgesetz".

Die "BRD" übernimmt die illegale Staatsangehörigkeitsdefinition des "Dritten Reiches". Das heißt, die "BRD" wendet nationalsozialistisches Recht von Adolf Hitler an und verwaltet nach ihren eigenen Regeln die Angehörigen des sogenannten "Dritten Reiches", ohne eine eigene Staatsangehörigkeit zu definieren bzw. zu vergeben.

Nebenbei: Die "BRD" ist damit eine nationalsozialistische Folgeorganisation!

Grundgesetz

XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)

Art. 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.

LANDKREIS DEMMIN DER LANDRAT



HAUPTVERWALTUNGSBÜRO
Hauptstadt
Auch-Prager Straße 12 - 11
17109 Demmin

Postfach 12 34 Vermittlung (0 39 98) 4 14-4
17102 Demmin Telefax (0 39 98) 4 14-2 80

NEU: www.landkreis-demmin.de

Landkreis Demmin - Der Landrat - PF 12 34 - 17102 Demmin

Frau

Amt	
Ordnungsamt	
Ihr Ansprechpartner	Zimmer
Frau Affeldt	319
Sie finden uns:	☎ Tel.-Nr.:
Hanseufer 3	(0 39 98) 4 34-3 85
E-Mail-Adresse	

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Mein Zeichen

Ort

Datum

33.30.20

Demmin

1. März 2006

Antrag auf Einbürgerung vom 24. November 2005

Sehr geehrte Frau

eine Grundvoraussetzung für eine Antragstellung auf Einbürgerung ist, dass der Antragsteller Ausländer ist.

Sie geben an, Staatsbürgerin der DDR zu sein und die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland erwerben zu wollen.

Personen, die die Staatsangehörigkeit der ehemaligen DDR besaßen, waren aber auch deutsche Staatsangehörige. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 21. Oktober 1987 – 2BvR 373/83 – BVerfGE 77, 137 Ausführungen zum Fortbestand der einheitlichen deutschen Staatsangehörigkeit gemacht. Daraus ergibt sich, dass der Erwerb der Staatsbürgerschaft der DDR zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit geführt hat. Grundsätzlich sind alle Personen, die bis zum Ablauf des 2. Oktober 1990 die Staatsbürgerschaft der DDR besaßen haben, mit der Herstellung der Einheit Deutschlands – in den Grenzen des *ordre public* – deutsche Staatsangehörige geblieben. Die Bundesrepublik Deutschland hatte am Fortbestand einer für alle Deutschen geltenden gemeinsamen deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes (RuStAG jetzt StAG) von 1913 stets festgehalten. Aus dem Grundsatz des Fortbestandes des deutschen Staatsvolkes folgt, dass es eine Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland, deren Erwerb Sie anstreben, nicht gibt.

AMTSENTELE ALTERNREPPIN

Bismarck 6
17067 Alternreppin
Verwaltung
Telefax

Postfach 11 49
17067 Alternreppin
(0 39 91) 2 30 0
(0 39 91) 2 30 2 00

AMTSENTELE MALCHIN

Erika-Berter Platz 7
17179 Malchin
Umzugsamt
Zugang
Telefax

Postfach 12 67
17177 Malchin
(0 39 94) 2 99 08 88
(0 39 94) 21 08 90
(0 39 94) 21 08 70

KONTO DER KREISKASSE

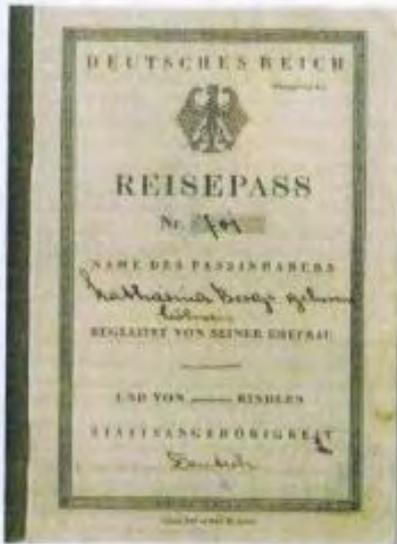
Sparkasse Nordbrandenburg-Demmin
Kto.-Nr. 31007305
(BLZ: 100 300 00)

Die Wahrheit ist einsam solange die Lüge regiert

1934 R=StAG

DEUTSCH

Deutsch



Deutsch

15.6.1934

R=StAG Gleichschaltung



Kolonie Staats Angehörigkeit

Vergleich

1919-1933 StA-Ausweis **Weimarer-Republik**

besitzt die StA im Freistaat Bayern



1934 Verordnung über die deutsche StA v. 5.II.1934 **R=StAG**

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit**



Der Staatsangehörigkeitsausweis **BRD** wird beantragt im
Ordnungsamt Abteilung **Ausländerbehörde**
..... ist **deutsche(r) Staatsangehörige(r)**



Status 1913

uRoStAG

am 1. Januar 1914 in Kraft getreten.

Die **unmittelbare Reichsangehörigkeit** beseitigte die Staatlosigkeit an den Reichsbürger in den deutschen Kolonien (Kolonieangehörigkeit). Die Reichsangehörigkeit in den Bundesstaaten war am 1. Januar 1914 außer Kraft getreten. Der Status **uR** war nur in den Reichskolonien gültig.

1913 Status § 1. Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate **oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit** besitzt.

Die Statusbezeichnung RuStAG von 1913 und 1934 ist falsch und täuscht den Rechtsunkundigen.

NS-Status 1934

uR=dStAG

der Gleichschaltungs-Status trat am 5.2.1934 in Kraft

Die **deutsche StaatsAngehörigkeit** (1933 NS-Gesetz) wurde mit der **unmittelbaren Reichsangehörigkeit** von 1913 gleichgeschaltet. Gleichschaltung ist ein Begriff aus der Machteroberungsphase der NS-Zeit. Die Krönung der Gleichschaltung war der NS-Status von 1934. Die Deutschen ... Sache und Gegenstand, das Deutsche Reich ... eine Kolonie. Der Führer hatte mit dem NS-Status uR=dStAG die Deutschen und ihre Heimat verwaltungstechnisch besiegt.

1934 § 1 (2) Es gibt nur noch **eine** deutsche Staatsangehörigkeit (=unmittelbare Reichsangehörigkeit).

IM NAMEN DES VOLKES	LANDGERICHT	Urteil mit Gründen ?
URTEIL	KOBLENZ	Gesch. Stelle gelangt am 18 JULI 2008
2010 Js 10101/04 – 13 Ns –	In der Strafsache	<i>[Signature]</i>
gegen		
K [redacted] r, geboren am [redacted] in Siegen, wohnhaft: [redacted], erster Wohnsitz: [redacted], <u>Staatsbürger des Deutschen Reiches, ledig,</u>	Vorsitzender Richter am Landgericht Weller, als Vorsitzender, Manfred Steinhauer, Forst, Bernd Weber, Koblenz, als Schöffen, Staatsanwalt do Paco Quesado, als Beamter der Staatsanwaltschaft, Rechtsanwalt Kölzsch, Koblenz,	
hat die 13. kleine Strafkammer des Landgerichts Koblenz in der Sitzung vom 16. Juni 2008 an der teilgenommen haben:		<i>Das Urteil wurde heute ihrem Verteidiger zugestellt.</i>



17. Die NAZI-Wunderwaffe „Staatenlosigkeit“!

Das angloamerikanische Besatzungsregime „Bundesrepublik Deutschland“ AUF den Staat Deutschland ab 1990!



Herzlich willkommen in der Staatenlosigkeit der zu einem Unternehmenskartell vollprivatisierten, provisorischen, angloamerikanischen Treuhandverwaltung - Verwertungsgesellschaft mit den Bezeichnungen „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD), „Deutschland“, „Deutschland AG“ und der Handelsmarke „Germany“ mit dem alliierten Militär- „Grundgesetz (GG) für die Bundesrepublik Deutschland“ ohne Geltungsbereich.





Spruchwort: „Wer solche „Freunde hat, braucht keine Feinde mehr!“

Abendpost

UNABHÄNGIG KOSTENLOS INVESTIGATIV

Home Politik Wirtschaft Gesellschaft Verkehr Internet Rezepte Paranormal Plus ≡ Menü

Trotz Strafanzeigen keine Ermittlung gegen Bundespräsidentenfrau Bettina Wulffs Hitlergruß



Januar 7, 2011

Trotz vorliegender Strafanzeige gegen Bundespräsidentenfrau Bettina Wulff wird es keine Ermittlung wegen Bettina Wulffs Hitlergruß geben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Hitlergruß in Deutschland verboten. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Verwendung des Hitlergrußes durch § 86a des Strafgesetzbuches (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) sowie § 130 (Volksverhetzung) unter Strafe gestellt.

Grundgesetz, Artikel 3: "(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich."

Doch manche Personen ist offenbar "gleicher"

Bekannt wurde das Foto von Bettina Wulff, Frau des damaligen Bundespräsidenten Christian Wulff (CDU), und ihrem Hitlergruß.

Sie hat es wirklich getan! Quelle: <http://www.abendpost.net/gesellschaft/keine-ermittlung-gegen-frau-bundespraesidentin-bettina-wulffs-hitlergruss.php>

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit = die deutsche Staatsangehörigkeit.
Beides ist ein und dasselbe!!!

Die sog. "deutsche Staatsangehörigkeit" vom 5.02.1934 ist ein
Verpackungsbegriff der sog. unmittelbaren Reichsangehörigkeit.

Die Beseitigung („Bereinigung“) dieser Reichsangehörigkeit beseitigt die Basis
der "Deutschen Staatsangehörigkeit"!



Gesetz zur Reform des Staatsangehörigkeitsrechts

Vom 15. Juli 1999

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 1997 (BGBl. I S. 2942), wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefaßt:

„Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)“

würde sonst staatenlos. Die Rechtsfolge nach Satz 1 tritt nicht ein, wenn der deutsche Elternteil die Geburt innerhalb eines Jahres der zuständigen Auslandsvertretung anzeigt. Sind beide Elternteile deutsche Staatsangehörige, so tritt die Rechtsfolge des Satzes 1 nur ein, wenn beide die dort genannten Voraussetzungen erfüllen.“

4. § 7 wird wie folgt gefaßt:

„§ 7

Ein Deutscher im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes, der nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, erwirbt mit der Ausstellung der Bescheinigung gemäß § 15 Abs. 1 oder 2 des Bundesvertriebenengesetzes die deutsche Staatsangehörigkeit. Der Erwerb der deutschen Staatsange-

Ein Service des Bundesministeriums der Justiz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH - www.juris.de

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Volltext:

„Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist“

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1988 +++)

Überschrift: Langüberschrift idF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

§ 1

Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.

§ 2 Deutscher ist, wer die ... unmittelbare RANG. besitzt.
(weggefallen)

§ 10

Änderung des Bundesvertriebenengesetzes

§ 4 Abs. 3 Satz 3 des Bundesvertriebenengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 (BGBl. I S. 829), das zuletzt durch Artikel 30 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594) geändert worden ist, wird aufgehoben.

Artikel 4**Außerkräftreten bisherigen Rechts**

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes treten außer Kraft:

1. die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-2, veröffentlichten bereinigten Fassung,

2. die Verordnung zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-4, veröffentlichten bereinigten Fassung.

Artikel 5**Inkrafttreten**

(1) Am Tage nach der Verkündung treten in Kraft:

Artikel 1 Nr. 3 hinsichtlich § 4 Abs. 3 Satz 3 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes, Artikel 1 Nr. 10 und Artikel 3 § 9.

(2) Am 1. August 1999 treten in Kraft:

1. Artikel 1 Nr. 2 Buchstabe a und b, Nr. 4, Artikel 3 § 1 Nr. 1 und
2. Artikel 1 Nr. 11 hinsichtlich § 40a des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

(3) Im übrigen tritt dieses Gesetz am 1. Januar 2000 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Berlin, den 15. Juli 1999

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG)

StAG

Ausfertigungsdatum: 22.07.1913

Vollzitat:

"Staatsangehörigkeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 102-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist"

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 8.12.2010 I 1864

Fußnote

(+++ Textnachweis Geltung ab: 1.1.1980 +++)

Überschrift: Langüberschrift IdF d. Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000; Buchstabenabkürzung eingef. durch Art. 1 Nr. 1 G v. 15.7.1999 I 1618 mWv 1.1.2000

Die Bedeutung der Begriffe "Reichs- und Staatsangehörigkeit" im Sinne dieses G hat sich geändert. An die Stelle der "Reichsangehörigkeit" ist gem. § 1 V v. 5.2.1934 102-2, Art. 116 Abs. 1 GG 100-1 die deutsche Staatsangehörigkeit getreten. Die die "Reichsangehörigkeit" vermittelnde "Staatsangehörigkeit" in den Bundesstaaten - seit der Weimarer Verfassung in den deutschen Ländern - ist durch § 1 V v. 5.2.1934 beseitigt worden

RuStaG-1913 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz

Erster Abschnitt. Allgemein Vorschriften.

§ 1.

Deutscher ist, wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

§ 1.

Weggefallen am 28. Juni 1919 / 11. August 1919

Deutscher ist, wer die ~~Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat~~ (§§ 3 bis 32) oder die unmittelbare Reichsangehörigkeit (§§ 33 bis 35) besitzt.

§ 1.

Weggefallen am 28. Juni 1919 / 11. August 1919

Deutscher ist, wer die ~~Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat~~ (§§ 3 bis 32) oder die ~~unmittelbare Reichsangehörigkeit~~ (§§ 33 bis 35) besitzt.

Weggefallen am 01.01.2000 / 08.10.2010

Reichsangehörigkeit

Heimat RuStAG 1871

1884 Kolonien unmittelbar

Unmittelbare KolonieAng.

Heimat RoStAG 1914

1919 Kolonie Sprachliche Einführung

Heimat **Urkunde 146**

1933 Kolonie Sprachliche Einführung

deutsche Staatsangehörigkeit

Kolonie Deutschland
Gleichschaltung

R=StAG 1934
unmittelbare deutsche StaatsAng.

1946 Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen
unm. deutsche Staatsangehörigkeit

Militärische Anordnung

1949 Kolonie BRD

unm. deutsche Staatsangehörigkeit

1959 BGBI. III Sprachliche Einführung

RoStAG 1914

III. Reich unm. deut. StAng.

→

Tauschen **R=StAG** 1934

Kolonie EU
*Globale Weltbürgerschaft

UuStAG 1992
Unionsbürgerschaft*

Staatlos Gleichschaltung

08.12. **StAG** 2010

Unmittelbare *Staatlosigkeit

III. Reich **U=StAG** 2010

BRD-Bewohner sind der Meinung, das Grundgesetz sei das Beste in der ganzen Welt.
Das stimmt: der Schlußartikel 146 macht das Militär GrundGesetz ungültig.

Setzt den Art. 146 GG um und befreit das deutsche Volk von der NaZi-Tyrannie.

Immanuel Kant und der kategorische Imperativ
Wenn der Gegner etwas sagt, meint er das Gegenteil
Die BRD vermeidet Staatenlosigkeit

*Unionsbürgerschaft = Globale Weltbürgerschaft =
= Nichtstaatsangehörigkeit = Staatlosigkeit

Föderalismus = Faschismus

Bundesgesetzblatt ⁴⁷

Teil II

Z 1998 A

1976	Ausgegeben zu Bonn am 22. April 1976	Nr. 22
------	--------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
12. 4. 76	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen	473
31. 3. 76	Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung des Internationalen Instituts für Führungsaufgaben in der Technik	501
2. 4. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Sambia über Kapitalhilfe	502

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen

Vom 12. April 1976

Artikel 27

Personalausweise

Die Vertragsstaaten stellen jedem Staatenlosen, der sich in ihrem Hoheitsgebiet befindet und keinen gültigen Reiseausweis besitzt, einen Personalausweis aus.

Information: Personalausweise werden nur an Staatenlose ausgegeben!

Vernichtendes Ergebnis:

Mit dem Inkrafttreten ab dem 1. Januar 2000 entstand ein neuer Status aller einheimischen Deutschen und der eingebürgerten Migranten-Massen in der BRD - die Staatlosigkeit im Totalitarismus = völlige Entrechtung und Entmachtung der Menschen!

Der Naci-Ausweis



Aus dem Verborgenen in die Öffentlichkeit





Übersicht Reichsbürger

Status

- 1871 **Reichsangehörigkeit** und StaatsAng. in einem Bundesstaate RuStAG
- 1889 Beginn der **Staatlosigkeit** in den Reichskolonien
- 1913 Beseitigung der Reichsangehörigkeit / Kolonie-Staatlosigkeit RuStAG
... oder **Unmittelbare Reichsangehörigkeit / Koloniestatus** uRoStAG
- 1920 Abgabe der Kolonien - der Status blieb weiter gültig
- 1933 **NS-Gesetz** Einführung der deutschen StaatsAngehörigkeit dStA
... Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit ?
... Aberkennung der unmittelbaren Reichsangehörigkeit
- 1934 **NS-Gleichschaltungs-Status ... Kolonie Deutsches Reich** uR=dStAG
unmittelbare Reichsangehörigkeit = deutsche Staatsangehörigkeit
- 1945 **Waffenstillstand** Kriegslisten sind nach HLKO erlaubt
- 1946 **Militärische Anordnung** Entlassung aus der dStA nach RuStAG 1913 ?
Militärische Anordnung dStA bleibt weiter gültig
- 1949 Teil - Kolonie BRD übernimmt **NS-Status** uR=dStAG
- 1958 BRD **Neu Bereinigungsgesetz** BGBl. Teil III (Kriegslist)
- 1959 BGBl. III Fußnote 1913 Status-Verfälschung (Kriegslist) uR=dStAGoStAG
- 1999 BRD-Gesetz **Bereinigung** von RuStAG auf StAG 1913
... § 40a Status-**Deutscher** = **deutsche StaatsAng.** = uR
- 2000 **Beseitigung** NS-Status 1934 / **BRD-Massenstaatlosigkeit** uR=dStAG
- 2004 **Zuwanderungsgesetz** Status 1913 **Endbereinigung** uR=dStAGoStAG
- 2005 **NS-Status-Leiche** von 1934 im Status von 1913 uR=dStAG
§ 1. Deutscher ist, wer die ~~deutsche StaatsAng.~~ besitzt.

17.1 Vernichtende Folgen der Staatenlosigkeit!

Der Status Vogelfrei bedeutet Acht und Bann - Ausgestoßen sein, völlige Recht- und Schutzlosigkeit, Ächtung, Gesetzlosigkeit, keine Rechte und kein Eigentum besitzend, Vogelfreie können überall verfolgt und getötet werden, dazu der bürgerliche Tod.

Der bürgerliche Tod (**französisch** *mort civile*) bedeutet den Verlust der persönlichen **Rechtsfähigkeit**.

Der bürgerliche Tod war bereits im **römischen Recht** eine Folge der *capitis deminutio maxima*, des Verlustes der persönlichen Freiheit bei Gefangennahme oder als **Nebenfolge** bei **Kapitalverbrechen**. Auch das **gemeine Recht** kannte eine direkte Vernichtung der Persönlichkeit (*consumtio famae*) in der **Friedlosigkeit** als Folge der **Oberacht**.

- siehe z. Bsp. Quellen wie: <https://www.wortbedeutung.info/vogelfrei/> + <https://de.wikipedia.org/wiki/Vogelfreiheit> + <https://de.wiktionary.org/wiki/Vogelfreiheit> + https://de.wikipedia.org/wiki/B%C3%BCrgerlicher_Tod

Definition: sog. „Roma und Sinti-Status“ vogelfrei:

= ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend.

Bedeutungen:

[1] im Mittelalter: als Strafe von **Reichsacht** betroffen; **ausgestoßen, keine Rechte und kein Eigentum mehr besitzend**

Herkunft:

[1] Zusammengesetzt aus Nomen Vogel und Adjektiv frei. Fälschlicherweise wird diese Kombination oft mit der Redewendung „frei wie ein Vogel sein“ gleichgesetzt, die aber etwas völlig anderes aussagt. Vogelfrei ist so zu verstehen, **dass der Ausgestoßene so wie ein Vogel von jedem frei gejagt und getötet** werden durfte. Das Wort ist ein feststehender Ausdruck seit dem 16. Jahrhundert.[1]

Sinnverwandte Wörter:

[1] **ausgestoßen, geächtet, rechtlos, schutzlos**

Beispiele:

[1] Seit er vogelfrei ist, wird er **überall verfolgt**.

[1] **Vogelfreie Menschen konnten ungestraft getötet werden. (Mordacht)**

[1] „Und kurz darauf beschließt er, heim zureiten, obwohl er nun vogelfrei ist.“

Vernichtende Ergebnisse:

Kataklystische Prozesse gegen die Menschheit wie Massentötungen, Völkermord (Genozid), Flucht und Vertreibung bis hin zum Corona-Masterplan - 4. industrielle Revolution - Menschheitsreduzierung - Eugenik der satanischen Transhumanisten:

Seit 1945 wurden etwa 300 Kriege geführt, die 25 Millionen Opfer forderten, über 85 % davon Zivilisten (1). Allein im Jahre 1992 wurden 52 Kriege verzeichnet.

Die moderne Völkermorddefinition umfasst bereits die Planung, eine Gruppe von Menschen zu vernichten, auch die Vernichtung einer Führungselite.

Es gibt ein ganzes Lexikon der Völkermorde -

Quelle: <https://wir-hn.de/lesecke/mordplanungen-und-massenmorde-im-20-jahrhundert/>

Weitere Folgen der Staatenlosigkeit für die ethnischen Deutschen und Migranten:

totalitäre Diktatur, straffreie Piraterie, Acht und Bann, Zwangsarbeit, Versklavung, straffreie Polizeigewalt, Überwachung, Zensur, Zwangsmaßnahmen wie Zwangshaft, Zwangsimpfung, Sterilisation, Prostitution, politische Schauprozesse, Meinungsdictatur, Rechtsbankrott, Enteignung, Mord und Totschlag, Raub, Vergewaltigung, Kindesentzug, Straffreiheit bzw. BagatelStrafen für Verbrechen gegen Menschen, Haftungsausschluss und organisierte Unverantwortlichkeit, Korruption, Vetternwirtschaft-Korruption, Geheimgesellschaften, Verschwörungen, Satanismus, Bandenunwesen usw.



17.2 Beispiel Nazi-Wunderwaffe „Massen-Migration“ zur ethnischen Vernichtung der Völker“!







Fik-ti-on

/Fik-ti-Ńn/

Substantiv, feminin [die]

1. BILDUNGSSPRACHLICH

etwas, was nur in der Vorstellung existiert; etwas Vorgestelltes; Erdachtes
"eine politische, literarische Fiktion"

2. PHILOSOPHIE

bewusst gesetzte widerspruchsvolle oder falsche Annahme als methodisches Hilfsmittel bei der Lösung eines Problems



--- L 0000000 --- L 0000000

Die Inhaberin/des Inhabers dieser Bescheinigung hat die die unten genannten Fiktionen der Erstellung/Verlangung einer Aufenthaltserlaubnis zugestimmt.

Wozu Erteilung der Aufenthaltserlaubnis dient einem Antrag?

der Aufenthalt als tourist (§ 11 Abs. 3 Satz 1 AufenthG),

die Fiktionsstellung als Ausgewanderte (§ 11 Abs. 3 Satz 2 AufenthG),

der Aufenthaltstitel als beschränkt (§ 11 Abs. 4 AufenthG).

*Nicht zutreffendes bitte streichen.

Diese Bescheinigung wird mit Ablauf des in Felder 10) angegebenen Tages abgelaufen.

Die Inhaberin/des Inhabers genehmigt mit dieser Bescheinigung nicht die Personifizierung.

L 0000000

Eintrag: _____ Datum: _____

Stadt Ulm

ulm

Ja! zur deutschen Staatsbürgerschaft!



Ghergishu Tesfu-Merkke

seit 1986 in Deutschland

geboren in Eritrea

seit 1993 deutsche Staatsangehörige

sozial engagiert in der Oase Wiblingen

www.einbuerbung.ulm.de





Bildquelle: Zukunftswerkstaat Hollywood. <https://www.moviebreak.de/stories/9811/multi-pass-das-fuenfte-element-kehrt-am-10-punkt-08-mit-4k-zurueck-ins-kino>



Quelle: <https://www.moviebreak.de/stories/9811/multi-pass-das-fuenfte-element-kehrt-am-10-punkt-08-mit-4k-zurueck-ins-kino>



**Ist das staatenlose BRD-Personal völlig „auf den Hund gekommen“?
Selbst Haustiere sind in der BRD personalisiert, gechipt und überwacht!**

Viele Menschen wissen nicht, was sie tun sollen, wenn sie ein entlaufenes Tier finden.

Mit dem TierPerso haben diese Menschen alle nötigen Informationen, um deinen Liebling zu dir zurückzubringen.

Wie funktioniert es?

Wenn jemand deinen Liebling findet, kann er ihm auf 5 Wegen nach Hause helfen:

-  **Anruf direkt bei dir**
(Nummer auf Wunsch nicht sichtbar)
-  **Anruf bei der 24h Hotline von TASSO / Deutsches Haustierregister und Identifikation anhand der Transponder-Nr**
Kein aufwändiges Auslesen der Transponder-Nr bei Tierarzt oder Polizei mehr nötig. So ist dein Liebling schneller wieder bei dir!
-  **Anruf bei unserer 24h Hotline für entlaufene Tiere**
Wir sind immer für dich da.
-  **Scannen des QR-Codes**
Du wirst sofort per Email benachrichtigt.
-  **Aufrufen der individuellen Webadresse**
Du wirst sofort per Email benachrichtigt.



Quelle: <https://wissen-hund.de/ein-personalausweis-fur-hunde/>

Mehrheit der Staatenlosen lebt schon länger in Deutschland

Die Zahl der als staatenlos registrierten Menschen hat sich seit 2014 verdoppelt. Ein Viertel der Staatenlosen ist unter 18 Jahre. Da viele Personen hierzulande geboren sind, fordert die Linksfraktion einen unkomplizierten Zugang zur **deutschen Staatsbürgerschaft**.
(Anmerkung Verfasser: Bürgerschaft der Nichtstaatsangehörigkeit!)



In Syrien geborenen Menschen stellen die größte Gruppe unter den Staatenlosen Getty Images/Sebastian Condeia

Mehr als die Hälfte der in Deutschland lebenden Ausländer mit ungeklärter Staatsangehörigkeit lebt schon seit mehr als fünf Jahren in der Bundesrepublik. Wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, verfügt die Mehrheit von ihnen über eine Aufenthalts- oder Niederlassungserlaubnis.

Laut Bundesregierung hielten sich Ende Februar knapp 95.000 Menschen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit in Deutschland auf. Von ihnen sind rund 57.000 Menschen schon mehr als fünf Jahre im Land. Viele dieser Ausländer sind in Syrien, in Deutschland, im Libanon, in Libyen, dem Irak, Saudi-Arabien, der Ukraine, Afghanistan oder Israel geboren.

Zum Stichtag 28. Februar waren im Ausländerzentralregister zudem mehr als 29.600 Menschen erfasst, die als staatenlos gelten. Mehr als 23.000 dieser Ausländer halten sich bereits fünf Jahre und länger in Deutschland auf. Auch hier stellen die in Syrien geborenen Menschen die größte Gruppe.

Auf die Frage, wie Staatenlosigkeit in Deutschland festgestellt und dokumentiert werde, verwies die Bundesregierung in ihrer Antwort, die der Deutschen Presse-Agentur vorliegt, auf die Zuständigkeit der Ausländerbehörden.

Ein Kind ausländischer oder staatenloser Eltern erwirbt durch Geburt in Deutschland nur dann die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt.

„Mindestens jede zehnte staatenlose Person in Deutschland ist hier geboren. Bei Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit könnte es sich nach Angaben der Bundesregierung bis zu einem Drittel um Menschen handeln, die hier geboren sind“, sagte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Gökay Akbulut. Für diese „faktischen Inländerinnen und Inländer“ brauche es Regelungen zur schnellen Klärung ihres Status und einen unkomplizierten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft.

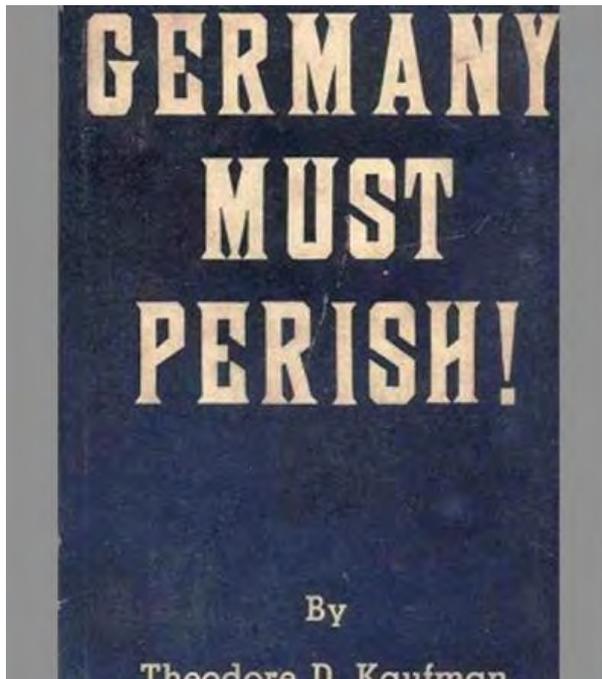
Quelle: <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/mehrheit-der-staatenlosen-lebt-schon-l%C3%A4nger-in-deutschland/ar-AA1airix?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=134ecec073004644e2b4820350769cd8&ei=9>

800 000 Flüchtlinge könnten in diesem Jahr in die Republik kommen, und der Zustrom wird nicht abreißen. Die Menschen sind eine Belastung, aber auch eine Chance: Sie zwingen das Land, weltoffener zu werden, großzügiger – und ein bisschen chaotisch.

Von **Melanie Amann, Jan Friedmann, Christiane Hoffmann, Horand Knaup, Martin Knobbe, Peter Müller, Conr
Neumann, René Pfister, Maximilian Popp, Cornelia Schmergal, Christoph Schult und Michael Sontheimer**
28.08.2015, 13.00 Uhr • aus **DER SPIEGEL 36/2015**



Werden konkrete Planungen zum Völkermord aus dem Hooton- und Kaufmann-Plan umgesetzt?



Der Hooton Plan

1. Den Deutschen das Nationalgefühl rauben
2. Geburtenzahl der Deutschen verringern
3. Deutschland mit Millionen Fremdlingen fluten (Irmaier hat dies vorausgesehen)
4. Möglichst viele der Fremdlinge, sollen männlich sein
5. Das Deutsche Blut bis zur vollkommenen Auslöschung ausdünnen

„**Als Kaufman-Plan**“ wird der Anfang 1941 von dem damals 31jährigen Juden Theodore Newman Kaufman in einer im Selbstverlag unter dem Titel „Germany Must Perish“ (dt. etwa „Deutschland muss zugrunde gehen“ oder „Deutschland muss sterben“) veröffentlichten Broschüre dargelegte Plan bezeichnet, die Deutschen u. a. durch Zwangssterilisation zu vernichten und Angehörige anderer Völker zu ersetzen.

Kaufman und sein „Plan“ wurden am 24. März 1941 vom Time Magazin, dem ältesten und auflagenstärksten Wochenmagazin der USA, in einer Buchvorstellung der breiten amerikanischen Öffentlichkeit vorgestellt.“

Quellverweis: <https://www.amazon.de/Hooton-Plan-weitere-Pl%C3%A4ne-Vernichtung-Deutschlands-ebook/dp/B07PPJSMD9>



MORGENTHAU'S PLAN TO DIVIDE GERMANY

PROPOSED PARTITIONS

By Evan Thwaites

Suggested Post-Surrender Program for Germany

1. Demilitarization of Germany.

It should be the aim of the Allied Forces to accomplish the complete demilitarization of Germany in the shortest possible period of time after surrender. This means completely disarming the German Army and people (including the removal or destruction of all war material), the total destruction of the whole German armament industry, and the removal or destruction of other key industries which are basic to military strength.

2. Partitioning of Germany.

(a) Poland should get that part of East Prussia which doesn't go to the U.S.S.R. and the southern portion of Silesia as indicated on the attached map, (Appendix A).

(b) France should get the Saar and the adjacent territories bounded by the Rhine and the Moselle Rivers.

(c) As indicated in part 3 an International Zone should be created containing the Ruhr and the surrounding industrial areas.

(d) The remaining portion of Germany should be divided into two autonomous, independent states, (1) a South German state comprising Bavaria, Württemberg, Baden and some smaller areas and (2) a North German state comprising a large part of the old state of Prussia, Saxony, Thuringia and several smaller states.

There shall be a custom union between the new South German state and Austria, which will be restored to her pre-1938 political borders.

3. The Ruhr Area. (The Ruhr, surrounding industrial areas, as shown on the attached map, including the Rhineland, the Kell Canal, and all German territory north of the Kell Canal.)

Here lies the heart of German industrial power, the caldron of wars. This area should not only be stripped of all presently existing industries but so weakened and controlled that it can not in the foreseeable future become an industrial area. The following steps will accomplish this:

(a) Within a short period, if possible not longer than 6 months after the cessation of hostilities, all industrial plants and equipment not destroyed by military action shall either be completely dismantled and removed from the area or completely destroyed. All equipment shall be removed from the mines and the mines shall be thoroughly wrecked.

It is anticipated that the stripping of this area would be accomplished in three stages:

GERMANY IS OUR PROBLEM

A Plan for Germany
by
Henry Morgenthau Jr.
FORMER SECRETARY of the TREASURY

Here is "The Morgenthau Plan" for Germany, now released for the first time in complete form. It differs in important respects from the interim plan announced from Potsdam and is of particular importance now — when the long-term policies for Germany must be determined.

-MAP SHOWING POSSIBLE DISSECTION OF GERMANY AND APPORTIONMENT OF ITS TERRITORY-



„Als Kaufman-Plan wird der Anfang 1941 von dem damals 31jährigen Theodore Newman Kaufman in einer im Selbstverlag unter dem Titel „Germany Must Perish“ (dt. etwa „Deutschland muss zugrunde gehen“ oder „Deutschland muß sterben“) veröffentlichten Broschüre dargelegte Plan bezeichnet, die Deutschen u. a. durch Zwangssterilisation zu vernichten und Angehörige anderer Völker zu ersetzen.

Kaufman und sein „Plan“ wurden am 24. März 1941 vom Time Magazin, dem ältesten und auflagenstärksten Wochenmagazin der USA, in einer Buchvorstellung der breiten amerikanischen Öffentlichkeit vorgestellt.“

Quellverweis: <https://www.amazon.de/Hooton-Plan-wettere-P5%3%A4rne-Vernichtung-Deutschlands-ebook/dp/B07FPJSMDS>

Völkermord als das Wesen der USA!

Von Indianern besiedelte Gebiete in rot



Lass dir ruhig von Amis erklären,
dass die Russen die Krim besetzt haben

PORTRAITS OF PRIDE They're made war, peace, cultural attitudes—and history

NATIONAL GEOGRAPHIC

What is Indian Country? For five centuries the western has been an American landscape, populated by Congress, and isolated in chambers — just behind the Arizona desert with its fire. The U.S. government generally defines Indian Country as the roughly 56 million acres that he writes the hundreds of reservations and other lands in managed as belonging to American Indians and Alaska Natives. But the history that under a sense of daily mourning and conflict that continues. Also celebrating the present, one is to allow people now living themselves only as Indians or Alaska Natives, but of whom the land the center of reservation. As they gain economic and political voice, they're changing the face of the nation.

Indian Country

LONG HISTORY OF LOSING GROUND

The Forced Exodus

The Last Stand

Der Morgenthau-Plan - eine Idee mit Sprengkraft

21. September 2019, 11:27 Uhr | Lesezeit: 6 min



US-Finanzminister Henry Morgenthau (Mitte) war 1944 auch treibende Kraft hinter der Schaffung von Internationalem Währungsfonds und Weltbank. Hier bei einem informellen Gespräch mit Kanadas Finanzminister J. L. Lesley (links) und dem sowjetischen Delegierten M. S. Stepanow am Rande einer Tagung. (Foto: dpa)

Er wollte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zur Tagesordnung übergehen. Deshalb entwickelte US-Finanzminister Henry Morgenthau 1944 die Idee, die Industriekraft Hitler-Deutschlands zu zerstören.

Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/politik/morgenthau-plan-1.4609175>

**„Als Kaufman-Plan wird der Anfang 1941
von dem damals 31jährigen Theodore
Newman Kaufman in einer im
Selbstverlag unter dem Titel
„Germany Must Perish“**

**(dt. etwa „Deutschland muss zugrunde
gehen“ oder „Deutschland muß sterben“)
veröffentlichten Broschüre dargelegte
Plan bezeichnet, die Deutschen u. a.
durch Zwangssterilisation zu vernichten
und Angehörige anderer Völker zu
ersetzen.**

**Kaufman und sein „Plan“ wurden am 24.
März 1941 vom Time Magazin, dem
ältesten und auflagenstärksten
Wochenmagazin der USA, in einer
Buchvorstellung der breiten
amerikanischen Öffentlichkeit
vorgestellt.“**

Quellverweis: <https://www.amazon.de/Hooton-Plan-weitere-PI%C3%A4ne-Vernichtung-Deutschlands-ebook/dp/B07PPJSMD9>

DER SPIEGEL

C 7007 CX
Nr. 25
34. Jahrgang DM 3,-
15. Juni 1980



Die Ausländer Asyl Deutschland

ÖZLEM TOPÇU – ALICE BOTA – KHUÊ PHAM

WIR **NEUEN** DEUTSCHEN

Wer wir sind, was wir wollen



Quelle: <https://www.rowohlt.de/buch/alice-bota-khue-pham-wir-neuen-deutschen-9783644022119>

Berlins Schulen in Not. Hier ein besonders drastischer Fall

Ich bin Hauptschulrektor in Kreuzberg. In meiner Schule gibt es kein einziges deutsches Kind mehr

Von NIGGZ BUCHNER

BERLIN - An der Eberhard-Klein-Schule in Kreuzberg sind die Lehrer die einzigen Deutschen. Die Hauptschule an der Kaditzer Straße ist besonders weil die erste mit einem Ausländeranteil von 100 Prozent.

„Es gibt kein einziges deutsches Kind mehr an meiner Schule“, sagt Rektor Bernd Böllig, 55. „Das halte ich für sehr bedenklich.“ 80 Prozent der 142 Mädchen und Jungen sind Türken, 11 Prozent Araber. Die restlichen sind Prozent Araber, Japanesen, Afrikaner, Vietnamesen.

Die meisten von ihnen sprechen nur sehr schlechtes Deutsch. Das ver-

stärkt Väter erwarten, dass ich einen Übersetzer zum Elterngespräch dazu stelle. Sie sind nicht in der Lage, mir zu erklären, was sie von mir wollen.“

Dabei war das eine Backsteingebäude im ehemaligen SO 36 eine Vorkriegsschule in Sachsen-Anhalt.

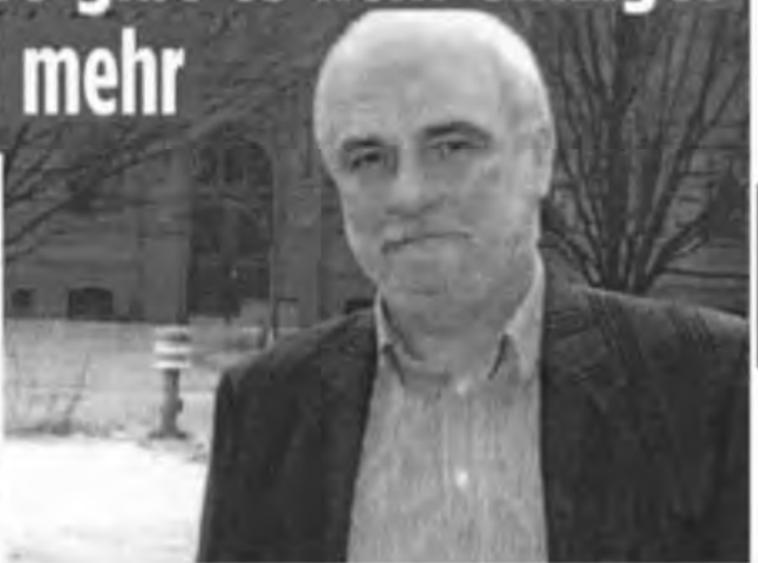
Vor 20 Jahren kamen die ersten türkischen Kinder zu uns. Sie lernten wesentlich schneller Deutsch als die westdeutschen Schüler konnte. Wir dachten, in

der zweiten Generation hätten sich der Sprachproblem erledigt.“ – so Böllig.

„Aber, die türkischen Zuwanderer sollten sich über Partner aus der Türkei. Denn Kinder wachsen

Deutsche Eltern melden ihre Kinder sofort wieder ab

66



Fünf erste Klassen, nur ein Kind spricht zu Hause deutsch



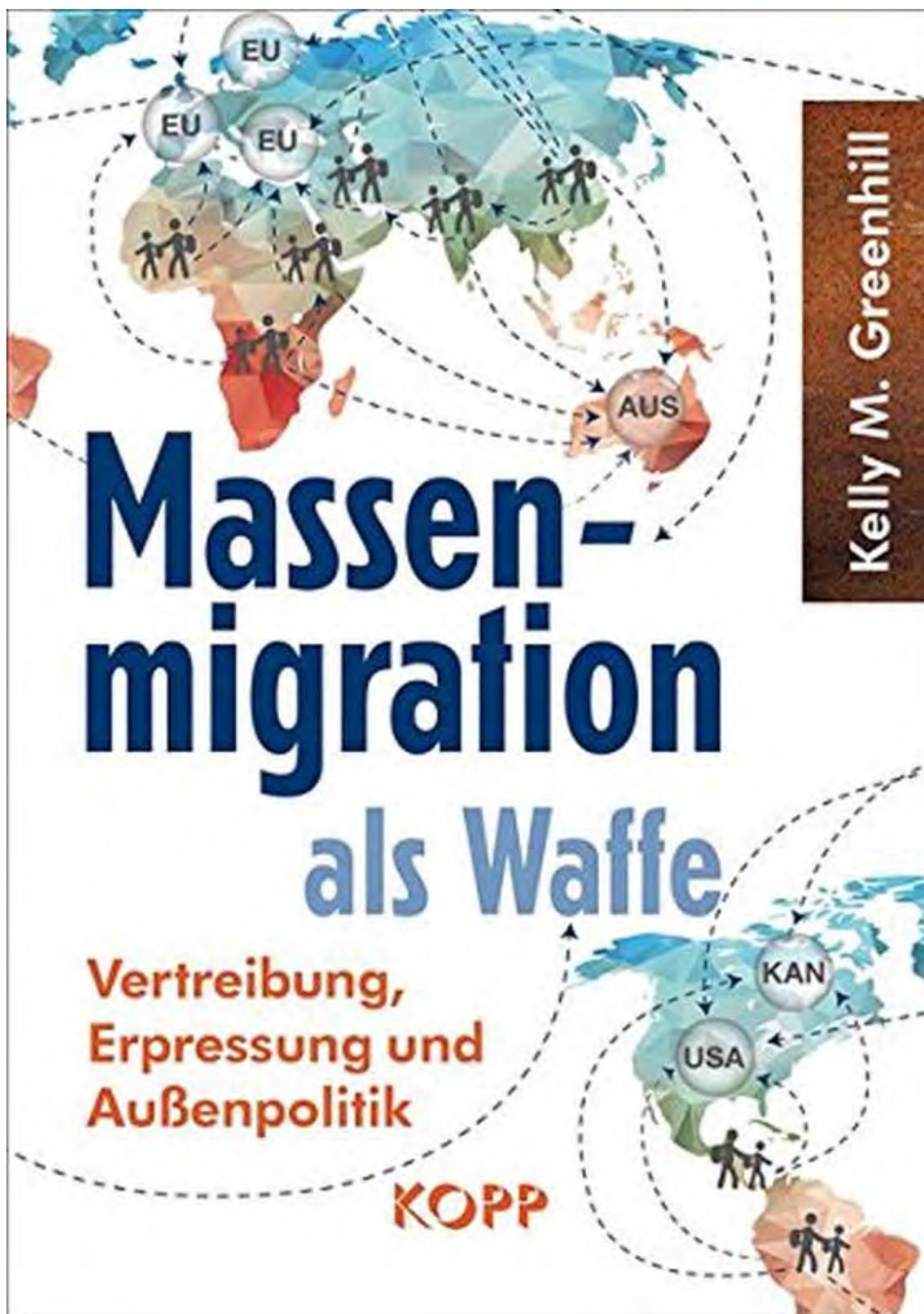
Hermann H. Mitterer

Bevölkerungs- austausch in Europa



Wie eine globale Elite die Massen-
migration nutzt, um die einheimische
Bevölkerung zu ersetzen

KOPP



Grob geschätzt 90 Prozent Migrantenanteil an der Gesamt-Bevölkerung in Deutschland.

Grob geschätzt existieren eine halbe Milliarde Menschen auf engstem Siedlungsraum und der tägliche Zustrom reißt nicht ab!

Fleischwolf „DEUTSCH-Land“ = ALLES und JEDER wird verwertet!



Verwertungsgesellschaft

Eine **Verwertungsgesellschaft** ist eine Einrichtung, die Urheberrechte oder verwandte Schutzrechte treuhänderisch für eine große Anzahl von Urhebern oder Inhabern verwandter Schutzrechte zur gemeinsamen Auswertung kollektiv wahrnimmt. Verwertungsgesellschaften sind private Einrichtungen, denen zur Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben in vielen Ländern eine gesetzliche Monopolstellung zugewiesen wurde.

Ihr Charakter liegt zwischen der quasi-gewerkschaftlichen Funktion einer Solidargemeinschaft des ihr angeschlossenen Kollektivs an Urhebern gegenüber den wirtschaftlich stärkeren Rechteverwertern und einer quasi-amtlichen Funktion, die Einhaltung der Meldepflicht bei der Nutzung von Werken, z. B. bei öffentlichen Aufführungen, Vervielfältigungen, Rundfunk- und Fernsehausstrahlungen sowie Verbreitung im Internet, zu kontrollieren.

Liste der mit dem **Bund** verbundenen Unternehmen

Auch Gebietskörperschaften wie der Bund sind nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs als Unternehmen i. S. d. § 15 Aktiengesetz (AktG) anzusehen. Für Unternehmensbeteiligungen des Bundes gelten daher grundsätzlich die aktienrechtlichen Vorschriften über verbundene Unternehmen.

Mit dem Bund verbundene Unternehmen, gegenüber denen der Bund als herrschendes Unternehmen anzusehen ist, unterliegen damit bei Vorliegen der weiteren Voraussetzungen der Berichtspflicht nach § 312 AktG. Zur Erleichterung der Erfüllung einer etwaigen Berichtspflicht nach § 312 AktG ist hier eine alphabetische Zusammenstellung der mit dem Bund im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen und rechtlich unselbstständigen Einrichtungen eingestellt.

Gebietskörperschaft

Eine **Gebietskörperschaft** ist eine **Körperschaft**, deren Zuständigkeit und Mitgliedschaft territorial bestimmt sind.^[1] Ihre **Gebietshoheit** ist jeweils auf einen **räumlich abgegrenzten Teil des Staatsgebietes beschränkt**. Sie grenzt sich dadurch von solchen Körperschaften ab, deren Mitgliedschaft durch persönliche Eigenschaften bestimmt wird.^[2]



Seelenverkäufer Bundesrepublik DEUTSCH-LAND_9000



Waffe Staatsangehörigkeit

BGBI. Teil III Fälscherwerkstatt

1933 RGBl. I S. 450 NS-Gesetz ... Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit

Dr. B. Lösener Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerrecht Seite -17- Status R=StAG

1934 RGBl. I S. 85 v. 05.02.1934 Gleichschaltungs-Status R=StAG

Die unmittelbare Reichsangehörigkeit R=StAG ist die deutsche Staatsangehörigkeit

1946 Anordnung der Militärregierung: deutsche Staatsangehörigkeit bleibt bestehen

Fälschungen (Bereinigungen BGBI. Teil III) veröffentlicht im BGBI. Teil I

1963	982	19. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1969	1581	08. Sept	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1871 RuStAG 01 RuStAG
1970	805	23. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1914 RuStAG 02 RoStAG
1974	3714	20. Dez	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	1934 RuStAG 03 R=StAG
1975	685	10. März	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	
1976	1758	02. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 Status 03 R=StAG
1977	1101	29. Juni	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	2000 U=NSStAG Staatlos
1986	1154	25. Juli	R=StAG	BGBI. I	BGBI. III 102-1	

1992 Maastricht Vertrag

Unionsbürger / Staatlos

UuR=StAG

EU / BRD

1993	1073	30. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	1433	18. Juni	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2849	04. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1997	2950	16. Dez	R=StAG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
1999	1618	15. Juli	Beseitigung Ru	BGBI. I	RoStAG 02	1914 BGBI. III 102-1
1999	1623	15. Juli	Status R=StAG	BGBI. I	RuStAG-03	1934 BGBI. III 102-2
2000	In Kraft	01. Jan	BRD-Massenversklavung	§ 1 Staatlos		
Die BRD hat den Gleichschaltungs-Status beseitigt und tauscht über 80 Mio. Staatlose						
2000	Unmittelbare Unionsbürgerschaft / Doppelte Staatlosigkeit			U=NSStAG	EU / BRD	
2001	271	16. Feb	LPartEDiskrG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2001	3308	03. Dez	EuroEG	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2002	1946	20. Juni	ZuwandGesetz	BGBI. I		0000-00-00
2002	3329	21. Aug	VwVfRändG 3	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2004	1996	30. Juli	ZuwandGesetz	BGBI. I	RoStAG 02	1914 BGBI. III 102-1
			Status StAG-02		§ 1 Staatlos	
2005 Glaubhaftmachung in § 1 StAG: Darunter ist im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt						
2005	727	14. März	AufenthGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	138	19. Feb	PStRGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2007	2003	19. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2008	2692	17. Dez	FGG-RGesetz	BGBI. I		BGBI. III 102-1
2009	158	05. Feb	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2009	Umsetzung Art. 146 GG Signal an die Hohe Hand im In- und Ausland			Urkunde 146		
2010	1864	08. Dez	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
StAng.-Gesetz: Korrektur (Streichung der Fußnote) in der Bundesrechtsdatenbank						
19.06.2011 Presse Anzeiger ? Nazi-Staatsangehörigkeitgesetz stillschweigend in Kraft gesetzt ?						
2011	2266	22. Nov	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2012	1228	01. Juni	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1
2013	3458	28. Aug	Status StAG-02	BGBI. I	§ 1 Staatlos	BGBI. III 102-1

Die BRD ist nicht meine Heimat - die deutsche Staatsangehörigkeit ist ein NS-Gesetz!

Die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit = Reichsangehörigkeit

Kolonieangehörigkeit Naci-Staatsangehörigkeit Zwangsangehörigkeit

1919 **Sprachliche Einführung** Verleihung **Landesangehörigkeit (Kolonie)** 

1933 **Sprachliche Einführung** der **deutschen Staatsangehörigkeit**
RGL I S 480 / 538 / 539 vom 14.07 **GLEICHSCHALTUNG** 

1934 Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit v. 05.02. RGL I S. 85
GLEICHSCHALTUNG 

Es gibt nur noch eine **deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit)** **StAG = R**

Auflage 1936 Neues Staatsrecht Seite - 54 - II 1. a) **R = StAG**

Die **Reichsangehörigkeit** wird **unmittelbar** als **deutsche Staatsangehörigkeit** erworben.

1946 Amtsblatt für Schleswig-Holstein Anordnung der Militärregierung
Seite 23 Die Zwangsangehörigkeit bleibt bestehen. 

1949 Grundgesetz für die BRD
Art. 16 Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. 
Art. 116 (1) ... wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt ...

1959 BGBl. Teil III Nichtamtlicher Teil **BEREINIGUNG**
100 - 1 Grundgesetz für die BRD 23.05.1949
102 - 1 RuStAG 1913
102 - 2 R = StAG 1934
102 - 3 Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit 1935

1999 **ÄNDERUNG** der Überschrift RuStAG 1913 BGBl. I S. 1618 v. 15. Juli 
BGBl. Teil III 102 - 1 **BEREINIGUNG** RuStAG 1913 § 1 a.F. 

2010 Staatsangehörigkeitsgesetz (RuStAG 1913) BGBl. I S. 1864 v. 08.12.2010
BGBl. Teil III 102 - 2 **R = StAG 1934** Reichsangehörigkeit = unmittelbare deutsche
Staatsangehörigkeit, ist **BEREINIGT**
BGBl. Teil III 102 - 1 StAG 1913 § 1 a.F. ~~deutsche Staatsangehörigkeit~~ 
§ 1 Deutscher im Sinne dieses Gesetzes ist, wer die ~~deutsche~~ Staatsangehörigkeit besitzt.

Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit
1934 Reisepass DR / Deutsch 1949 BPA DEUTSCH

Ab 1934 Naci-Staatsangehörigkeit Ab 08.12.2010 Staatenlos

BRD - Staatsangehörigkeitsausweis ... ist ~~deutsche/r~~ Staatsangehörige/r

Die Anlagen zur unmittelbaren deutschen Staatsangehörigkeit auf GG146.de heruntergeladen



18. Das Völker- und Besatzungsrecht bzgl. Deutschland!

Bis zum heutigen Tage gültige rechtlich-gesetzliche Grundlagen, Vorschriften, Verträge und Abläufe



Abgeordnete Ausschüsse Texte Webarchiv (2005-2016)

Auswärtiges/Antwort - 30.06.2015 (hib 340/2015)

Berlin: (hib/AHE) Das Bundesverfassungsgericht hat in ständiger Rechtsprechung festgestellt, dass das Völkerrechtssubjekt „Deutsches Reich“ nicht untergegangen und die Bundesrepublik Deutschland nicht sein Rechtsnachfolger, sondern mit ihm als Völkerrechtssubjekt identisch ist. Darauf verweist die Bundesregierung in ihrer Antwort ([□ 18/5178](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zum Potsdamer Abkommen von 1945 ([□ 18/5033](#)). Die Abgeordneten hatten sich unter anderem nach der „These von der Fortexistenz des Deutschen Reiches“ erkundigt und gefragt, ob die Bundesregierung diese als öffentlich als unhaltbar zurückweisen werde, „damit diese Behauptung nicht von Neonazis und der so genannten Reichsbürgerbewegung für ihren Gebietsrevisionismus gegenüber den EU-Nachbarländern instrumentalisiert werden kann“.

Quelle: https://www.bundestag.de/webarchiv/presse/hib/2015_06/380964-380964

*

Ein **Völkerrechtssubjekt** ist ein **Rechtssubjekt** im **Völkerrecht**, also ein Träger völkerrechtlicher Rechte und Pflichten, dessen Verhalten unmittelbar durch das Völkerrecht geregelt wird.^[1]

Herausgeber

Deutscher Bundestag, Parlamentsnachrichten

Verantwortlich: Christian Zentner (V.i.S.d.P.)

Redaktion: Lisa Brüßler, Claudia Heine, Alexander Heinrich, Nina Jeglinski, Claus Peter Kosfeld, Hans-Jürgen Leersch, Johanna Metz, Elena Müller, Sören Christian Reimer, Sandra Schmid, Michael Schmidt, Helmut Stoltenberg, Alexander Weinlein

> Herausgeber "heute im bundestag" (hib)

Abonnement

> Newsletter abonnieren

> RSS-Dienste

INTERNATIONAL COURT OF JUSTICE

YEAR 2012

3 February 2012

JURISDICTIONAL IMMUNITIES
OF THE STATE

(GERMANY v. ITALY: GREECE intervening)

2012
3 February
General List
No. 143

Was hat die Bundesrepublik denn mit dem Dritten Reich zu tun?

Die Völkerrechtswissenschaft geht davon aus, dass Bundesrepublik und Drittes Reich rechtlich identisch sind. Der deutsche Staat besteht demnach ununterbrochen seit 1867 mit der Gründung des Norddeutschen Bunds, der 1871 zum Deutschen Reich erweitert wurde. Alle späteren Regierungsformen (Weimarer Republik, NS-Diktatur) sind nur unterschiedliche Ausprägungen dieses Staates.

Quelle: <https://www.urteilsbesprechungen.de/2015/10/21/internationaler-gerichtshof-igh-urteil-vom-03-02-2012-no-143/>

**Erfüllung des Potsdamer Abkommens = Vertrag = Verträgen
= Frieden & Freiheit!**

Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin
("Potsdamer Abkommen")
vom 2. August 1945

III.

Deutschland

Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die es unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt, und denen es blind gehorcht hat, begangen hat. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle. Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland.

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.

Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wieder aufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.

Quellverweis: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Die Rechtsgrundlage für die Befreiung von Deutschland und in Folge aller Nationen aus der faschistischen Gleichschaltungskolonie ist die bis heute offenbar volle Gültigkeit des alliierten Besatzungsrechts/ Besatzungsstatuts in Deutschland.

Das bedeutet die Umsetzung Artikel 139 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland: Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung aus *SHAEF und *SMAD:
„Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Verfassung des BRD- Landes Hessen vom 1. Dezember 1946 -

zum 26.07.2014 aktuelle verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Artikel 159: „Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigen deutschen Recht bleibt unberührt.“

www.rv.hessenrecht.hessen.de/jportal/portal/t/ffo/page/bshesprod.psm?action=controls.jw.PrintOrSave

Hessenrecht Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Einzelnorm

juris-Abkürzung: Verf HE	Quelle: 
Fassung vom: 01.12.1946	Gliederungs-Nr: 10-1
Textnachweis ab: 01.01.2004	
Dokumenttyp: Gesetz	

**Verfassung des Landes Hessen
Vom 1. Dezember 1946**

Artikel 159

Der vom Kontrollrat für Deutschland und von der Militärregierung für ihre Anordnungen nach Völker- und Kriegsrecht beanspruchte Vorrang vor dieser Verfassung, den verfassungsmäßig erlassenen Gesetzen und sonstigem deutschem Recht bleibt unberührt.

© juris GmbH

Verfassung Land Berlin vom 23. November 1995

Artikel 98

„Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieser Verfassung nicht berührt.“



Artikel 98

Die zur Befreiung vom Nationalsozialismus und Militarismus und zur Beseitigung ihrer Folgen erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieser Verfassung nicht berührt.

Beweis-Quelle: <https://www.berlin.de/rbmskzl/regierender-buergermeister/verfassung/artikel.41498.php>

Beweis Banken AGB:

„...Die Finanzagentur haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt,... Verfügung von

Hoher Hand im In- und Ausland eintreten.“

Quelle: https://bankenverband.de/media/file/AGB-Banken_40.000_Fassung_07_14.pdf

Schluss - Artikel 146 Geltungsdauer - Laufzeit alliiertes Militär- Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland:

“Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”



The screenshot shows the website **dejure.org** with a search bar and navigation tabs for Gesetze, Bundesgesetzblatt, Rechtsprechung, Nachrichten, and Stellenma. A red notification bar at the top reads: "Neue Suchfunktion: Probieren Sie die neue dejure.org-Browsererweiterung aus". The main content area is titled "Grundgesetz" and displays "XI. Übergangs- und Schlußbestimmungen (Art. 116 - 146)". Below this, "Art. 146" is highlighted, and the text of the article is shown: "Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Alle nationalsozialistischen Gesetze und Rechtsgrundlagen wurden durch die Alliierten im rechtsgültigen SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III strafbewehrt verboten und aufgehoben: Beweis SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III „...Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“

e

aktuell konsolidiert - alle Fassungen seit 2006

Vorschriftensuche suchen

Volltextsuche suchen

§ / Artikel Gesetz nur in BRBG 2010

Sie sind hier: [Start](#) > [Inhaltsverzeichnis BRBG 2010](#) > **Artikel 108** [Mail bei Änderungen](#)

Artikel 108 - Gesetz über die weitere Bereinigung von Bundesrecht (BRBG 2010) k.a.Abk.)

G. v. 08.12.2010 BGBl. I S. 1864 (Nr. 63); Geltung ab 15.12.2010
 63 Änderungen | Drucksachen / Entwurf / Begründung | wird in 50 Vorschriften zitiert

[Artikel 107](#) ← → [Artikel 109](#)

Artikel 108 Aufhebung des Gesetzes über die Sozialversicherung

(VIII-25, VIII-34, VIII-35, X-33, X-35, X-2, X-5)

Das Gesetz über die Sozialversicherung vom 28. Juni 1990 (GBl. I Nr. 38 S. 486), das zuletzt durch das Gesetz vom 25. Juli 1991 (BGBl. I S. 1606) geändert worden ist, wird aufgehoben.

[Artikel 107](#) ← [Inhaltsverzeichnis](#) → [Artikel 109](#)

Durch den juristischen Taschenspieler-Trick der doppelten Aufhebung wurde der alliierte Vorbehalt / das Besatzungsrecht in Deutschland offiziell "durch die Hintertür" wieder eingeführt.

- Beweis: Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht im Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums der Justiz (2. BMJBBG) vom 23.11.2007

Geltung ab 30.11.2007 Artikel 4 Gesetz vom 23.11.2007 BGBl. I S. 2614

Gesetz zur Bereinigung des Besatzungsrechts (BRBG)

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht § 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht § 3 Folgen der Aufhebung

§ 1 Aufhebung von Besatzungsrecht

(1) Die von Besatzungsbehörden erlassenen Rechtsvorschriften (Besatzungsrecht), insbesondere solche nach Artikel 1 Abs. 3 des Ersten Teils des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (BGBl. 1955 II S. 301, 405) (Überleitungsvertrag), werden aufgehoben, soweit sie nicht in Bundes- oder Landesrecht überführt worden sind und zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens Regelungsgebiete betrafen, die den Artikeln 73, 74 und 75 des Grundgesetzes zuzuordnen waren.

(2) Von der Aufhebung ausgenommen ist das Kontrollratsgesetz Nr. 35 über Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten vom 20. August 1946 (Amtsblatt des Kontrollrats S. 174), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 9. Februar 1950 (Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland S. 103).

§ 2 Aufhebung bundesrechtlicher Vorschriften über die Bereinigung von Besatzungsrecht
 Es werden aufgehoben: 1. das Erste Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 437; BGBl. III 104-1), 2. das Zweite Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 (BGBl. I S. 446; BGBl. III 104-2), 3. das Dritte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 23. Juli 1958 (BGBl. I S. 540; BGBl. III 104-3) und

4. das Vierte Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 19. Dezember 1960 (BGBl. I S. 1015; BGBl. III 104-4).

§ 3 Folgen der Aufhebung

Rechte und Pflichten, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsbehörden oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen nach Artikel 2 Abs. 1 Satz 1 des Ersten Teils des Überleitungsvertrages fort.

Dazu zählen u. a. die Entnazifizierungsvorschriften aus alliierten SHAEF & SMAD, weil alle Deutschen und eingebürgerten Migranten bis zum heutigen Tag mit der *Deutschen Staatsangehörigkeit*/ *DEUTSCH* vom 5.02.1934 gegen ihren Willen juristisch Nazifiziert sind – Beweis Artikel 139 GG für die BRD -

und die Übernahme der Kriegsfolge- und Besatzungskosten - Artikel 120 GG für die BRD Das mangels Geltungsbereich ab 1990 erloschene Grund-Gesetz erhielt durch die vollständige Privatisierung der BRD einen AGB-Status. Basic Law II.

Wie bereits ausgeführt wurde der Geltungsbereich des BRD-Grundgesetzes 1990 ersatzlos gelöscht und damit das Grundgesetz als höchste Rechtsnorm für die BRD als Staatsfragment in der Rechtsrealität nichtig.

Beweis: Artikel 23 Grundgesetz FÜR die Bundesrepublik Deutschland: (Auszug- siehe weiter oben)

Die BRD und deren Verwaltungsunternehmen fungieren als **Gebietskörperschaften fortan nach dem internationalen See- und Handelsrecht (UCC) vergleichbar wie ein modernes (Sklaven-) Schiff.**

Der gesamte Personalbestand des Seelenverkäufers SMS „DEUTSCH-Land“ befindet sich in einem juristischen Sklavenstatus.

Wie bereits erwähnt, ist das deutsche Kolonie-Personal NICHT wahl- und demzufolge nicht mitbestimmungsberechtigt.

Diese entscheidende Einschränkung spiegelt sich in der bundesdeutschen Herrschaftspraxis konkret wider. (Z. Bsp. TTIP, die EU- NATO- Verträge)

Die Anwendung des alliierten Militär-Grundgesetzes für die BRD wird wie bereits ausgeführt gemäß dem neu geschaffenen Europa-Artikel 23 GG auf das koloniale Unternehmen - NGO „Europäische Union“ schweigend ausgedehnt.

Durch die augenscheinliche Nazifizierung der Deutschen wird offenbar weiterhin an dem alliierten Besatzungsrecht zur Entnazifizierung/ engl. „Denacifikation“ in Deutschland und an den UN-Feindstaatenklauseln gegen Deutschland - das sog. „3. Reich“ festgehalten.

BERICHTE UND URKUNDEN

VÖLKERRECHT

Völkerrechtliche Praxis
der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1959

<http://www.zaoerv.de>

© 1961 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Artikel 8

- (1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation oder Annahme, die so bald wie möglich herbeigeführt werden soll. Die Ratifikation erfolgt auf deutscher Seite durch das vereinte Deutschland. Dieser Vertrag gilt daher für das vereinte Deutschland.
- (2) Die Ratifikations- oder Annahmeerkunden werden bei der Regierung des vereinten Deutschland hinterlegt. Diese unterrichtet die Regierungen der anderen Vertragschließenden Seiten von der Hinterlegung jeder Ratifikations- oder Annahmeerkunde.

- (c) " Property " shall mean and include all moveable and immoveable property and all legal, equitable or economic rights and interests in or claims to such property whether present or future, and shall include, but shall not be limited to, land and buildings, money, stocks, shares, patent rights or licenses thereunder, or other evidences of ownership, and bonds, bank balances, claims, obligations and other evidences of indebtedness, and works of art and other cultural materials;
- (d) A " national " of a state or government shall mean and include a subject or citizen and any partnership, corporation, or other juridical person existing under the laws of, or having a principal office in the territory of, such state or government;
- (e) " GERMANY " shall mean the area constituting " Das Deutsche Reich " as on 31 December 1937.

ARTICLE VIII

PENALTIES

10. Any person violating any of the provisions of this law shall, upon conviction by a Military Government Court, be liable to any lawful punishment, including death, as the Court may determine.

ARTICLE IX

EFFECTIVE DATE

11. This Law shall become effective upon the date of its first promulgation.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

Björn Hansen <bjhansen82@gmail.com>

Re: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Von: Heinrich Lorenz <Buergerservice@bmi.bund.de>
An: Björn Hansen <bjhansen82@gmail.com>

21.11.2016 um 12:35:14 MEZ

Betreff: Ihre Anfrage vom 21. November 2016 – Privatisierung des Grundgesetzes

Unser Zeichen: O3-12007/1#1 – [REDACTED]
Ihr Zeichen: AV 1012309, 21. November 2016
Datum: 21. November 2016

Sehr geehrter Herr H [REDACTED],

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 21. November 2016.

Das Bundesministerium des Innern beantwortet keine weiteren Fragen zu den Thesen der sogenannten Reichsbürgerbewegung. Ein weiteres Antwortschreiben erfolgt daher nicht.

Das Grundgesetz ist entgegen Ihrer Behauptung weiterhin vorhanden und seit dem 01. Januar 1991 fester Bestandteil des bundesdeutschen Privatrechts und somit fester Bestandteil des Rechtsstaates innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

→ Sofern es der deutschen Rechtsprechung nicht widerspricht, ist das Grundgesetz auch heute noch partiell in Anwendung ←

Unter Hinweis auf die Stellungnahme der Bundesregierung vom 20. Dezember 2013 (Bundestagsdrucksache 17/11970) zur Reichsbürgerbewegung wird auf weitere Ausführungen zu diesem Thema verzichtet.

Die Argumente der Reichsbürgerbewegung werden bis ins Detail von der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem unten angegebenen Link und den weiterführenden Links auf der Seite 28 widerlegt. Schon vor diesem Hintergrund bedarf es keiner weiteren zusätzlichen Stellungnahme durch das Bundesministerium des Innern.

http://www.amadeu-antonia-stiftung.de/wir/es/pdf/reichsbuerger_web.pdf

http://buch.winnensstaatland.com/vorwaerts_in_die_vergangenheit.pdf

<http://www.km-faq.net/faq.php>

Halten die westalliierten Siegermächte das „Deutschland“ = das „Deutsche Reich“ bis heute mit Hilfe deren Treuhandverwaltung/ Besatzungsregime „BRD“ einfach okkupiert?

Hält die USA das „Deutsche Reich“ = Deutschland und damit Europa gefangen?

 **DEUTSCHES REICH** - 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA

 **HANDELSREGISTERNUMMER**
NV20031304121 NV

 **FIRMENSTATUS**
EINGETRAGEN

 **PROTOKOLLIERTER SITZ**
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US



LAND
US

BUNDESTAAT
Nevada

GRÜNDUNGSDATUM
2003-03-24

REGISTRIERTER VERTRETER
CORPORATION MAKERS, INC.
1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144
US

ALTER DER FIRMA
14 Jahre



Firmen Details für DEUTSCHES REICH wurden direkt oder indirekt von offiziellen Handelsregistern bezogen.

Sie befinden sich hier: Deutsches Reich - 1100 SALEM ROSE LAS VEGAS NV 89144, USA





BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



Egon Bahr spricht über die

KANZLERAKTE

„Lebenslüge der Bundesrepublik“

Lange galt sie als Verschwörungstheorie: Die „Kanzlerakte“, ein geheimer alliierter Machtvorbehalt, den die Bundeskanzler zu unterzeichnen hatten. Inzwischen bestätigt Egon Bahr deren Existenz

Von einem „Unterwerfungsbrief“ sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: „Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger.“ So schilderte es Egon Bahr 2009 in der „Zeit“ und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten „Kanzlerakte“ öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung.

In der *Zeit* habe ich geschildert, wie dem frisch gewählten Bundeskanzler Willy Brandt bei Amtsantritt „drei

drei Militärgouverneure unterschrieben hatte, was dann Erhard und Kiesinger wiederholt hatten. – Dann könne er das auch machen, entschied Brandt. Helmut Schmidt konnte sich nicht erinnern, einen entsprechenden Brief vorgelegt bekommen zu haben. Kohl habe ich nicht gefragt. Nachdem ich die Leitung des Planungsstabes im Auswärtigen Amt 1967 übernommen und gefragt habe, welche Papiere zur Regelung der Deutschen Einheit existierten, erhielt ich zur Antwort: Keine. Das ist nicht unsere Kompetenz.

Außerdem war Brandt bewußt, daß seit dem Bau der Mauer, der im stillschweigenden Konsens der vier Sieger vollzogen worden war, Versuche, Risse in diese zu bekommen, nur unterhalb

Dieser Markstein der Nachkriegsgeschichte war der Augenblick, als die vier Mächte nur mit den beiden deutschen Regierungen diesen Vertrag in Kraft setzen konnten. Das Modell Vier plus Zwei, aus dem 17 Jahre später das Modell Zwei plus Vier wurde. Die Vier konnten gar nicht mehr anders, als am 15. März 1991 die Souveränität, die mit der bedingungslosen Kapitulation des Reiches am 8. Mai 1945 untergegangen war, dem kleineren Deutschland zurückzugeben.

Seit diesem völkerrechtlichen Akt, nicht dem staatsrechtlichen Tag der Einheit am 3. Oktober 1990, gibt es nur noch ein Relikt der deutschen Teilungsjahrzehnte: In der Charta der Vereinten Nationen existieren noch immer

VS-Verschlusssache

NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

Handwritten signature

BUNDESNACHRICHTDIENST
Kontroll-Abt. II/OP

Handwritten initials

NUR FÜR MINISTER

S t r e n g s t e V e r t r a u l i c h k e i t

Vorgang: Geheimer Staatsvertrag vom
21.05.1949

Hier: Verlust der Kopie Nr. 4

Sehr geehrter Herr Minister!

Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages zwischen den Alliierten Mächten und der provisorischen Regierung Westdeutschlands vom 21.05.1949 ist endgültig abhandengekommen.

Der geheime Staatsvertrag offenbart u.a.:

- die Medienhoheit der alliierten Mächten über deutsche Zeitungs- und Rundfunkmedien bis zum Jahr 2099,
- die sog. "Kanzlerakte", also jenes Schriftstück, das jeder Bundeskanzler Deutschlands auf Anordnung der Alliierten vor Ablegung des Amtseides zu unterzeichnen hat,
- sowie die Pfändung der Goldreserven der Bundesrepublik durch die Alliierten.

Sofern die Kopie Nr. 4 des geheimen Staatsvertrages in falsche Hände gelangen sollte, empfehle ich dringend, die Echtheit abzuleugnen.

Hochachtungsvoll

Handwritten signature: Dr. Rickermann
Dr. Rickermann
Staatsminister

*Original
bitte vernichten!
Mk.*

*Original
bitte vernichten!
Mk.*

Original erhalten am: 6
z.d.A. am: 14.9.92
WV1 am:

Hilfe vom "großen Bruder": Hauptbahnhof in Nürnberg soll künftig vom US-Militär patrouilliert werden

28. Mai 2023 22:00 Uhr

US-Militär, das in Bayern stationiert ist, soll künftig der Bundespolizei beim Patrouillieren des Hauptbahnhofs in Nürnberg helfen. Das ergibt sich Medienberichten zufolge aus dem **neuen Sicherheitskonzept**, das der CSU-Bürgermeister der Stadt angesichts gestiegener Kriminalität ausarbeiten ließ.



Quelle: Gettyimages.ru © Roland Holschneider/picture alliance via Getty Images

Das US-Militär in Deutschland übte insbesondere vor der Wende Polizeifunktionen aus. Eine mit einem Maschinengewehr bewaffnete US-Militärpatrouille auf Kontrollfahrt an der Berliner Mauer, Januar 1986.

Quelle: <https://de.rt.com/inland/171218-hilfe-vom-grossen-bruder-hauptbahnhof-wird-von-us-militaer-patrouilliert/>

Hinweis: BRD ist NICHT Deutschland!



18.1. Was ist der „Kapitalismus“ wirklich?

Die dauerhafte Blockade der konkreten Erfüllung des Potsdamer Abkommens Teil II und Teil III verhütet die Handlungsfähigkeit der deutschen Staatlichkeit im Zentrum von Europa. Durch die Nicht-Staatlichkeit existiert keine staatliche Kontroll-Möglichkeit für das niederrangige Handelsrecht.

Durch die Blockade des Potsdamer Abkommens werden der profitable Kriegszustand und die BRD-Staatenlosigkeit, für die Banken- und deren heutigen nationalsozialistischen militärisch-industriellen Komplex aufrechterhalten.

Die zentralen Hintergrundmächte üben mittels der Ideologie des Monopol-Kapitalismus im Zentrum von Europa die konzeptuelle Macht über fast alle Nationen aus.

Der „Kapitalismus“ ist das absolute Herrschaftsinstrument einer absolutistischen Macht-Elite. Diese Macht-Elite übt über die Ideologie des "Kapitalismus" die übergeordnete Steuerung fast aller Nationen aus.

„Geld regiert die Welt, aber wer regiert das Geld?“

Quelle: <https://www.amazon.de/SPIEGEL-50-2011-Geld-regiert/dp/B00AU2JZR2>

Die Grundlage der Herrschafts-Ideologie „Kapitalismus“ ist das sog. „Kapital“, welches seine Wurzeln in der abstrakten Idee bzw. Fantasie „Geld“ hat.

Die Wirkung des Kapitalismus auf die Völker ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf der Idee des Kapitals bzw. des „Geldes“!

Die Ideologie des Kapitalismus ist die Basis des Nazismus, Militarismus und Satanismus.

Die übergeordnete Konzeption und Steuerung durch die Ideologie „Kapitalismus“ ist daran zu erkennen, dass alle Vertreter von Nationen, Vertreter der Judikative, Exekutive, Legislative, Geheimdienstmitarbeiter usw. für ihre „Arbeit“ bezahlt werden!

Damit sind diese bedeutsamen Personenkreise und sog. „Entscheidungsträger“ nicht unabhängig, sondern werden durch die übergeordnete Ideologie des Geldes gesteuert. Der Kapitalismus sorgt zur Steuerung der breiten Masse in seiner Wirkungsform für die Befriedigung der niederen Grundbedürfnisse „satt und sauber“. Darüber hinaus befriedigt der Kapitalismus auch die höheren menschlichen Bedürfnisse wie die soziale Zugehörigkeit durch den „Arbeitsplatz“ und Anerkennung durch die Lohn-Auszahlung.

Zum Schutz der ausführenden Macht-Elite hinter dieser satanischen Ideologie sind alle öffentlich zugänglichen Kapitalismus-Definitionen unzureichend, weil der tatsächliche Kern und die Urheberschaft der fantastischen Idee „Geld“ verschwiegen wird.

Was ist das „Kapital“ oder „Kapitalismus“ gemäß der öffentlichen Meinung?

Zitat: „In der Wirtschaft werden mit Kapital finanzielle Ressourcen bezeichnet. Diese werden zur Investition in Unternehmen, Projekte oder Vermögenswerte verwendet. Kapital kann in Form von Bargeld, Bankguthaben, Vermögenswerten wie Aktien oder Anleihen sowie anderen finanziellen Instrumenten vorliegen.“

Mit Kapital kann folgendes erzielt werden: - Einkommen erzeugen - Wachstum fördern
Schulden bedienen - finanzielle Risiken abfedern

Das Kapital spielt eine wesentliche Rolle, da es Unternehmen bei der Finanzierung von Betriebskosten, Investitionen in Innovationen und Expansionen unterstützt. Kapital ist also maßgeblich für die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung von Infrastruktur und die Förderung des wirtschaftlichen Wohlstands.

In der Kfz-Branche bezieht sich Kapital auf die finanziellen Mittel, die in die Entwicklung, Herstellung und Vermarktung von Fahrzeugen investiert werden. Automobilunternehmen

benötigen erhebliche Kapitalressourcen, um Forschung und Entwicklung, Produktionsanlagen, Marketing und vieles mehr zu finanzieren.

Ein wesentlicher Aspekt des Kapitals ist die Unterscheidung zwischen Eigenkapital und Fremdkapital:

Eigenkapital: Dies bezieht sich auf Mittel, die Eigentümer oder Aktionäre in ein Unternehmen einbringen. Eigenkapital ist grundlegend für die Gründung und das Wachstum eines Unternehmens. Es repräsentiert den Wert, den die Eigentümer im Unternehmen halten. Der Vorteil von Eigenkapital ist, dass es keine Rückzahlungsverpflichtung birgt, allerdings bedeutet es auch eine Teilung der Kontrolle und möglicher Gewinne.

Fremdkapital: Im Gegensatz dazu steht Fremdkapital für Mittel, die von externen Quellen wie Banken oder anderen Finanzinstitutionen geliehen werden. Dies kann in Form von Krediten oder Anleihen erfolgen. Der Vorteil von Fremdkapital liegt in der Erhaltung der Unternehmenskontrolle. Allerdings müssen Zinsen gezahlt und das Kapital letztendlich rückerstattet werden.

Quelle: <https://www.porschebank.at/finanzlexikon/kapital/>

Zitat: "Kapitalismus" bezeichnet eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Darin besitzen einige wenige Menschen - die Unternehmer - das Kapital. So nennt man alles, was zur Herstellung von Waren nötig ist: Geld, Werkzeuge, Maschinen, Fabrikhallen... Was die Unternehmer mit ihrem Kapital machen, bestimmen sie selbst. Es gibt also nur die Waren zu kaufen, die Unternehmer von sich aus anbieten. Weil sie möglichst gut verdienen wollen, stellen sie aber genau die Produkte her, die viele Leute kaufen möchten. Angebot und Nachfrage regeln also den Markt.

(...) Die Arbeiter in den Werften an der Themse, in den Druckereien, Seifensiedereien und Streichholzfabriken von London, ebenso ihre Kollegen in den Eisenhütten und Walzwerken an der Ruhr, an den Hochöfen in den USA - sie alle macht der Industriekapitalismus zu Teilnehmern einer unendlichen Zirkulation von Werten, deren Antrieb das rastlose Streben nach Gewinn ist, von dem die Proletarier jedoch nicht profitieren.

Der Kapitalismus, so Marx, ist ein Zwangssystem, das kein Beteiligter wirklich durchschaut, dem kein Unternehmer, kein Fabrikarbeiter entrinnen kann, es sei denn bei Strafe des eigenen Bankrotts. Und das doch irgendwann unter seiner eigenen Last, dem Elend, der Knechtung und Ausbeutung, die es hervorbringt, einstürzen werde. (...)"

Quelle: <https://www.geo.de/geolino/wissen/18873-rtkl-weltanschauung-im-schnellcheck-der-kapitalismus>

Die Bedeutung des „Geldes“:

Zitat: „Das Wort stammt vom althochdeutschen **gelt**, das soviel bedeutete wie „Entgelt, **Zins**, Lohn, **Opfer**, Einkommen, **Wert**, gelten“ und erstmals im Jahre 790 auftauchte.[1][2] Später übernahm es das Mittelhochdeutsche als **geld/gelt** (bereits in der Bedeutung Geld und Zahlungsmittel), wie es noch mit den Begriffen Entgelt oder abgelten geläufig ist. (...) Aus juristischer Sicht ist Geld das vom Staat vorgeschriebene gesetzliche Zahlungsmittel mit vorgegebenen Denominationen, ein „Geschöpf der Rechtsordnung.(...)“ (...),

Anfänglich gab es bis in die Gegenwart hinein Stammes- und Volkswirtschaften, die ohne Geld auskamen. Solche Wirtschaftsformen sind als Naturalwirtschaft oder Subsistenzwirtschaft bekannt. In diesen herrscht entweder eine Verteilwirtschaft (in Stammeskulturen wird die Ernte gemeinschaftlich eingebracht und nach bestimmten Regeln an die Stammesmitglieder verteilt), oder es herrscht weitgehende Selbstversorgung, bei welcher kaum Handel und dann nur Tauschhandel getrieben werden.

Quelle: Auszüge von: <https://de.wikipedia.org/wiki/Geld>

Zitat: „**Moneta** (lat. „Mahnerin“) ist der Beiname der römischen Göttin Iuno. Ihr Kult wurde in Rom im Jahre 345 v. Chr. eingeführt. In oder neben deren Tempel befand sich auf dem römischen Kapitol eine Münzstätte. Die Büste der Göttin zierte auch einige der dort geprägten Münzen. Ursprünglich bedeutete *moneta* „Mahnerin“ oder auch „Erinnerung“. Später erhielt die Münzstätte und dann das Geld diesen Namen. Moneta wird heute gewöhnlich mit „Geld“ übersetzt. Von diesem Wort leitet sich ebenfalls die deutsche Bezeichnung „Münzen“ ab“. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Moneta>

Zitat: „Soziologisch wird darauf verwiesen, dass die ursprüngliche Etablierung von gemünztem Geld im 6. vorchristlichen Jahrhundert historisch auf große Schwierigkeiten stieß und dass dabei die **antiken Tempel als erste Depotbanken** dessen Einführung erleichterten, weil die dem gemünzten Geld zunächst eine diffuse symbolische (sakrale) Garantie mitgaben (vergleiche den **Tempel der Iuno Moneta** im alten Rom). Auf die Bedeutung des neu entstandenen Münzgeldes für **das abstrakte Denken**, zuerst in der **ionischen Naturphilosophie**, hat Alfred Sohn-Rethel hingewiesen (***Theorem der „Realabstraktion“**). (...) Anfänglich gab es bis in die Gegenwart hinein Stammes- und Volkswirtschaften, die ohne Geld auskamen. Solche Wirtschaftsformen sind als Naturalwirtschaft oder Subsistenzwirtschaft bekannt. In diesen herrscht entweder eine Verteilwirtschaft (in Stammeskulturen wird die Ernte gemeinschaftlich eingebracht und nach bestimmten Regeln an die Stammesmitglieder verteilt), oder es herrscht weitgehende Selbstversorgung, bei welcher kaum Handel und dann nur Tauschhandel getrieben werden. (...) Zu den psychologischen Aspekten gehört, dass es nicht zuletzt vom Geldbesitz abhängt, ob das individuelle Streben nach Freiheit (finanzielle Unabhängigkeit, Autonomie) und Zufriedenheit, aber auch nach **sozialem Einfluss und Macht** befriedigt werden kann. **Geld zu bekommen wirkt als Belohnung. Menschen sind bereit, für Geld zu arbeiten; dabei werden sie zu Wettbewerbern und Konkurrenten. Geld im Sinne von Besitz und Vermögen beeinflusst die Persönlichkeit und das Sozialverhalten der Menschen.** Eine Untersuchung des Psychologen Dacher Keltner stellte die Tendenz fest, dass Großzügigkeit beim Spenden und das Interesse am Wohlergehen der Mitmenschen bei ärmeren Menschen stärker ausgeprägt sind. Elias Canetti bezeichnet in **Masse und Macht Geld in Form des „Schatzes“ als ein wirkmächtiges „Massensymbol“, das vergleichbar mit den Naturmächten Feuer, Meer und Regen als „Kulturprodukt“ einen verstörenden Einfluss auf die Psyche, das Bewusstsein und Verhalten der Menschen hat (...)**“ - Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Geld#Psychologie>

Hinter dem Begriff „Geld“ verbirgt sich der antike, satanische „Mammon“-Götzenkult um die „Münze“.

Die Tempelarbeit diente der Etablierung der satanischen Real-Abstraktion „Geld“ in den militärisch eroberten Gebieten von Babylon über Ägypten bis zum Römischen Weltreich. In den eroberten Gebieten wurde stets das „Münzwesen“ eingeführt (Schekel, Denar, Gulden, Pfennig, usw.) Dies geschah zum Beispiel im Zuge der römischen Osterweiterung ("Kreuzzüge") auf der Grundlage der Einführung des „römischen Rechts“. Dazu gehört auch z. B. Magdeburger oder Lübecker Stadtrecht.

Das „Theorem der „Realabstraktion“ bedeutet, theoretische Fantasien bzw. Fiktionen durch ideologische religiöse Glaubhaftmachung in die Wirklichkeit zu übertragen.

Das „Geld“ ist in Wahrheit eine menschliche Wahnvorstellung, weil die Wahrheit durch Wirklichkeitsverzerrungen unterdrückt bzw. "verrückt" wird.

Etwas, das es vernunftgemäß nicht gibt oder geben kann, wird trotzdem durch die Machthaber in der Wirklichkeit gewaltsam erzwungen.

Heute ist diese satanische Ideologie des „Kapitalismus“ die konzeptionelle Macht-Grundlage einer im Verborgenen organisierten Herrscher-Kaste.

Ergebnis:

Karl Marx verstand „Kapital“ immerhin als abstrakten Wert, der sich durch Ausbeutung auszeichnet und einen pseudoreligiösen Charakter annimmt.

Allerdings ist der Kapitalismus kein „undurchschaubares Mysterium“! Die Urheber des Geldes und die ausführende Macht-Elite durchschauen die Idee der Fiktion „Geld“

sehr wohl. Der „Kapitalismus“ muss als verdecktes ideologisches, absolut bösartiges, widernatürliches und grundverkehrt-falsches Herrschafts-Instrument erkannt werden! Das „Geld“ ist kein neutrales Hilfs- oder Tauschmittel, sondern es liegt ein nihilistischer „Ungeist des Nichts“ in der Münze. Der Kapitalismus ist der sog. „Mammon-Götzendienst“. (Metapher: „Tanz um das goldene Kalb“). Dem sog. „Geld“ wurde in seinem Ursprung durch Priester-Tempel-Arbeit als gedroschene Münze ein fiktiver bzw. sakraler Wert „beigemessen“. Durch diese dauerhafte Verzerrung der Wirklichkeit wird der menschliche Verstand entrückt und der betroffene Mensch verrückt. Der „Geist der Münze“ bzw. der „Geist des Geldes“ ist demnach als zerstörerisch-satanisch zu bewerten! Daher ist es zwingend notwendig, den Kapitalismus im Zuge der Entnazifizierung zugunsten einer natürlich-göttlichen Wohltätigkeitsgesellschaftsordnung zu beseitigen!

Ergebnis:

Es geht ausschließlich nur darum, den andauernden internationalen Kriegszustand und das satanische monopolkapitalistische Machtssystem aufrecht zu erhalten:

Solange das Besatzungsregime mit der irreführenden Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" mit der Bezeichnung "Deutschland" verwechselt wird, können die Nazis ihren Vorteil immer weiter ausbauen.

Zu diesem Machterhalt wird die Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" vermieden und fälschlicherweise stets als "Deutschland" angesprochen!

(Kriegslisten sind erlaubt - HLKO Art.24)

Metaphern:

"Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiß."

Die Birne hält alle zum Narren, sodass jeder glaubt, die Birne sei ein Apfel.

Frau Schmidt, die den handlungsunfähigen Herrn Müller betreut, gibt sich selbst als Herr Müller aus.

Vergleichs-Metapher: Gesetzlicher Betreuer

"Die rechtliche Betreuung ist ein (...) Rechtsinstitut, durch das Volljährige, die wegen (...) Behinderungen ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht selbst regeln können, Unterstützung, Hilfe und Schutz erhalten, wobei ein für sie bestellter (gesetzlicher) Betreuer (...) die Vertretungsmacht nach außen erhält, im Innenverhältnis aber zur Beachtung des Willens des Betreuten verpflichtet ist."

"Deutschland" = das "Deutsche Reich", wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat; Rechtsfähig, aber handlungsunfähig



Herr Müller



Frau Schmidt



Die "Bundesrepublik Deutschland" verwaltet die Hoheitsgewalt des Feindstaates "Deutschland" treuhänderisch im Auftrag der west-alliierten Siegermächte. Kurz: Die "Bundesrepublik Deutschland" handelt stellvertretend für "Deutschland" als Besatzungs- und Treuhandverwaltung!

Frau Schmidt ist nicht Herr Müller (Die BRD ist nicht Rechtsnachfolger von Deutschland).

Frau Schmidt kann nicht Herr Müller werden, sondern ihn lediglich verwalten (Träger von Rechten und Pflichten sein)!

Quelle: [https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_\(Recht\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Betreuung_(Recht))

Besatzungsregime: Die von einer Besatzungsmacht ausgeübte Herrschaft wird als Besatzungsregime bezeichnet. Einzelne Vertreter einer Besatzungsmacht oder die Angehörigen in ihrer Gesamtheit werden auch Okkupanten (Besatzer) genannt.

Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/Besatzungsmacht>

Die Handlungsfähigkeit des völkerrechtlichen Staates „Deutschland“ ist zur Entnazifizierung, Entmilitarisierung und dem Abschluss von Friedensverträgen mit allen kriegsbeteiligten Nationen zur Beendigung des weltweiten Kriegszustandes zwingend notwendig.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens würde nach Einhaltung aller völkerrechtlichen Beschlüsse vom 02.08.1945 in logischer Folge auch die provisorische kriegerische Besetzung "Deutschlands" = des „Deutschen Reiches“ bedeuten.

Damit wäre die Beendigung der provisorischen Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland eingeleitet.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens beendet das provisorische „Grundgesetz“ für die Besatzungsverwaltung "Bundesrepublik Deutschland" in Bezug auf Deutschland, da die Geltungsdauer (s. Artikel 146 GG) des Grundgesetzes in diesem Moment ihr Ende findet, wenn Deutschland = das Deutsche Reich im Rahmen der Erfüllung des Potsdamer Abkommens wieder handlungsfähig wird.

Die Erfüllung des Potsdamer Abkommens bedeutet auch das Ende der hoheitlichen Rechte der "Bundesrepublik Deutschland" auf Deutschland.

Dies würde in logischer Folge auch das Ende der Wirksamkeit der Organe der "Bundesrepublik Deutschland", ihrer angeschlossenen Regierungs- und Verwaltungsorganisationen einschließlich der Geheimdienste bedeuten, die alle nur provisorisch auf Deutschland wirksam sein dürfen, bis das Potsdamer Abkommen erfüllt wird.



Die Erlösung von dem Bösen!

Die Beendigung des Problems erfolgt durch die konsequente Durchsetzung des Potsdamer Abkommens mit einer entsprechenden Regierung aus entnazifiziert-entlasteten, geeigneten Deutschen. In dem Zuge wird die Ausrottung des imperialistisch-satanischen Kapitalismus und die Befreiung aller Nationen vom Nazismus und Militarismus sofort eingeleitet!

Ohne die Erfüllung des Potsdamer Abkommens - die Entnazifizierung und Entmilitarisierung Deutschlands - ist die gesamte Menschheit dem Untergang geweiht! Russland steht daher in der göttlichen Verantwortung sich selbst und die gesamte Menschheit durch die konsequente Erfüllung der höchsten völkerrechtlichen Norm des Potsdamer Abkommens zu retten!

Die indigenen Deutschen können das Potsdamer Abkommen NICHT ohne die Hilfe der Russischen Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR umsetzen!

Unter Ausnutzung des seit 1939 andauernden Kriegszustandes im Kriegsvölkerrecht zwischen dem handlungsunfähigen Deutschland und allen kriegsbeteiligten Nationen, haben die UN-Sonderorganisationen IWF und Weltbank alle Nationen/ Staaten auf handelsrechtlicher Ebene abhängig gemacht.

Alle Schief lagen sind die Auswirkungen des Kriegszustandes im Kriegsvölkerrecht mit dem handlungsunfähigen Deutschland bis zum heutigen Tage und können nicht durch Bündnisse oder Verträge auf handelsrechtlicher Grundlage gelöst werden!

Das Potsdamer Abkommen ist die völkerrechtlich-verbindliche Festlegung zur Beendigung des fortwährenden Kriegszustandes für die drei Siegermächte!

Damit ist das Potsdamer Abkommen auch völkerrechtlich-verbindlich für die „Russische Föderation“ als Rechtsnachfolger der UdSSR!

Die Umsetzung des Potsdamer Abkommens würde durch die Beendigung des dauerhaften Kriegszustandes den herrschenden Kreisen der satanischen Macht-Eliten die Grundlage für deren Welt-Herrschaft entziehen!

Wenn die indigenen Deutschen endgültig ausgerottet sind, sind alle europäischen Staaten und die gesamte Menschheit in einem ewigen Weltkrieg und in der satanischen Verdammnis für immer verloren!

In Teil II der völkerrechtlichen Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ist vorgesehen, dass zu gegebener Zeit eine Regierung für den Staat Deutschland gebildet werden muss, welcher bis zum heutigen Tage handlungsunfähig im Rechts- und Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 fortbesteht.

Auch gemäß den Bestimmungen des humanitären Völkerrechts, dem Minderheitenrecht und der Rechte von eingeborenen Völkern haben die letzten Deutschen auf ihrem Heimatboden ihre völkerrechtlich-verbrieften Rechte zur Durchführung der Entnazifizierung zwecks Rückerlangung ihrer Freiheit, Selbstbestimmung und zur Wiederherstellung des Welt-Friedens wahrzunehmen. Den letzten, überlebenden indigenen Deutschen muss bei Ihren Bemühungen, das Potsdamer Abkommen Teil III ihrerseits umzusetzen, umgehend geholfen werden, bevor die heutigen Nazi-Teufel ihr mörderisches Vernichtungswerk mittels des forstbestehenden sog. „Dritten Reiches“ bzw. „Nazi-Deutschlands“ vollendet haben!

Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

Das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945

1. Einsatz einer geeigneten Regierung für den handlungsunfähigen Staat Deutschland:

Original-Wortlaut - Zitat:

Teil II Rat der Außenminister der alliierten Mächte

„Die Einrichtung eines Rates der Außenminister

Die Konferenz erreichte eine Einigung über die Errichtung eines Rates der Außenminister, welche die fünf Hauptmächte vertreten zur Fortsetzung der notwendigen vorbereitenden Arbeit zur friedlichen Regelung (...). Der Text der Übereinkunft über die Errichtung des Rates der Außenminister lautet

1. Es ist ein Rat zu errichten, bestehend aus den Außenministern des Vereinigten Königreiches, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Chinas, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (...).

3. (I) Als eine vordringliche und wichtige Aufgabe des Rates wird ihm aufgetragen, Friedensverträge für Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland aufzusetzen (...).

Der Rat wird zur Vorbereitung einer friedlichen Regelung für Deutschland benutzt werden, damit das entsprechende Dokument durch die für diesen Zweck geeignete Regierung Deutschlands angenommen werden kann, nachdem eine solche Regierung gebildet sein wird.“ - Quelle: <https://nrw-archiv.vvn-bda.de/bilder/potsdamerabkommen.pdf>

Teil IX (Teil 9):

„Bezüglich der Westgrenze Polens wurde folgendes Abkommen erzielt:

Die Häupter der drei Regierung bekräftigen ihre Auffassung, dass **die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt** werden soll.“ Quelle: <http://www.documentarchiv.de/in/1945/potsdamer-abkommen.html>

2. Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung:

Die hohen Ziele der Beschlüsse vom 2. August 1945 und die damit verbundene Beendigung des Kriegszustandes mit „Nazi-Deutschland“ sind bis heute in Vergessenheit geraten!

Zitat: „Das Potsdamer Abkommen enthielt als verbindliche Festlegungen vor allem: völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, Verbot jeglicher nazistischer Tätigkeit und Propaganda, Säuberung des gesamten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens von Naziaktivisten und Kriegsschuldigen, Bestrafung der Kriegsverbrecher, Zerschlagung der Macht des Monopolkapitals als des Hauptschuldigen an der Errichtung der faschistischen Diktatur und der Entfesselung des Aggressionskrieges (...)

Die konsequente Erfüllung des Potsdamer Abkommens entsprach voll und ganz den Lebensinteressen aller Völker, darunter auch des deutschen Volkes selbst.

Die konkrete Verwirklichung der Forderungen, die es mit völkerrechtlicher Verbindlichkeit gestellt hatte, musste dabei Aufgabe des deutschen Volkes selbst sein. In der bürgerlichen Geschichtsschreibung wird vielfach die Ansicht vertreten, die weitere Entwicklung, die in der sowjetischen Besatzungszone und in den drei westlichen Besatzungszonen diametral verlaufen ist, wäre 1945 bereits vorausbestimmt gewesen. Diese These hält jedoch einer Überprüfung nicht stand. So gab es in der ersten Zeit bis hin zum Jahre 1947 eine ganze Reihe von Gesetzen und Beschlüssen des Alliierten Kontrollrates, die auf die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens hinzielten und den Weg zu einer antifaschistisch-demokratischen Entwicklung förderten.“ - Quelle: © 1975 by Staatsverlag der DDR, Berlin 3., durchgesehene Auflage 1980 VLN 610 DDR LSV 0436 Staatsdruckerei der Deutschen Demokratischen Republik (Rollensetdruck) Bestell-Nr. 771 312 0 EVP

Quelle: https://ulis-buecherecke.ch/pdf_neben_dem_krieg/potsdamer_abkommen.pdf

Entnazifizierung bedeutet die vollständige Ausrottung des Nationalsozialismus auf allen Ebenen, insbesondere staatsrechtlich-juristisch!

SHAEF-Gesetz Nr. 1 Artikel III

Zitat: „... Die Auslegung oder Anwendung deutschen Rechts nach nationalsozialistischen Lehren, gleichgültig wie und wann dieselben kundgemacht wurden, ist verboten!“

Quelle: https://archive.org/details/SHAEF-Gesetz_1-161

Die alliierten Siegermächte des „Zweiten Weltkrieges“ einschließlich die Russische Föderation als Rechtsnachfolger der alliierten Hauptsiegermacht UdSSR sind gemäß dem gültigen Potsdamer Abkommen Teil 1 bis 3 Deutschland verpflichtet, die Entnazifizierung der Deutschen durchzuführen!

Die völkerrechtliche Bedeutung der Entnazifizierung ist ein Vorgang in Bezug auf den Staat Deutschland und ein verbindlicher „politischer Grundsatz“:

Verweis Zitat: **„Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden.“**

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Original-Auszug aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland

Zitat: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zurzeit ihrer Erfolge offen gebilligt hat und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden. Auf der Konferenz wurde eine Übereinkunft erzielt über die politischen und wirtschaftlichen Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in Bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der alliierten Kontrolle.

Das Ziel dieser Übereinkunft bildet die Durchführung der Krim-Deklaration über Deutschland. **Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen nach gegenseitiger Vereinbarung in der Gegenwart und in der Zukunft auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann.**

(...) Entsprechend der Übereinkunft über das Kontrollsystem in Deutschland wird die höchste Regierungsgewalt in Deutschland durch die Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Französischen Republik nach den Weisungen ihrer entsprechenden Regierungen ausgeübt - und zwar von jedem in seiner Besatzungszone - sowie gemeinsam in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Kontrollrates in den **Deutschland als Ganzes** betreffenden Fragen. (...)“

„Es ist nicht die Absicht der Alliierten, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven. Die Alliierten wollen dem deutschen Volk die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, sein Leben auf einer demokratischen und friedlichen Grundlage von neuem wiederaufzubauen. Wenn die eigenen Anstrengungen des deutschen Volkes unablässig auf die Erreichung dieses Zieles gerichtet sein werden, wird es ihm möglich sein, zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen.“ Quelle: https://www.1000dokumente.de/pdf/dok_0011_pot_de.pdf

Weitere Auszüge aus dem Potsdamer Abkommen Teil III Deutschland (Original-Wortlaut)

Zitat: „Die Ziele der Besetzung Deutschlands, durch welche der Kontrollrat sich leiten lassen soll, sind:

(I) Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.

Zu diesem Zweck:

(...)

b) müssen sich alle Waffen, Munition und Kriegsgerät und alle Spezial-mittel zu deren Herstellung in der Gewalt der Alliierten befinden oder vernichtet werden. Der Unterhaltung und Herstellung aller Flugzeuge und aller Waffen, Ausrüstung und Kriegsgeräte wird vorgebeugt werden.

(II) Das deutsche Volk muss überzeugt werden, dass es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und dass es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, dass seine eigene mitleidlose Kriegführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.

(IV) Die endgültige Umgestaltung des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage und eine eventuelle friedliche Mitarbeit Deutschlands am internationalen Leben sind vorzubereiten.

4. Alle nazistischen Gesetze, welche die Grundlagen für das Hitlerregime geliefert haben oder eine Diskriminierung auf Grund der Rasse, Religion oder politischer Überzeugung errichteten, müssen abgeschafft werden. Keine solche Diskriminierung, weder eine rechtliche noch eine administrative oder irgendeiner anderen Art, wird geduldet werden. (...)

Quelle: https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0011_pot&l=de

Kontrollratsdirektive Nr. 38 zur Entnazifizierung der Deutschen:

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38

Verhaftung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten und Militaristen und Internierung, Kontrolle und Überwachung von möglicherweise gefährlichen Deutschen vom 12. Oktober 1946

Der Kontrollrat erläßt folgende Direktive:

Abschnitt I

1. Zweck.

Der Zweck dieser Direktive ist es, für ganz Deutschland gemeinsame Richtlinien zu schaffen betreffend:

- a) die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Nationalsozialisten, Militaristen und Industriellen, welche das nationalsozialistische Regime gefördert und gestützt haben;**
- b) die vollständige und endgültige Vernichtung des Nationalsozialismus und des Militarismus durch Gefangensetzung oder Tätigkeitsbeschränkung von bedeutenden Teilnehmern oder Anhängern dieser Lehren;**
- c) die Internierung von Deutschen, welche, ohne bestimmter Verbrechen schuldig zu sein, als für die Ziele der Alliierten gefährlich zu betrachten sind, sowie die Kontrolle und Überwachung von Deutschen, die möglicherweise gefährlich werden können.**

2. Verweisungen:

- a) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (I) a);
- b) Potsdamer Abkommen, Art. III, § 3 (III);

- c) Potsdamer Abkommen, Art. 111, §5;
- d) Direktive Nr. 24 des Kontrollrats;
- e) Kontrollratsgesetz Nr. 10, Art. II. § 3 und Art. III, § 1 und 2.

3. Das Problem und die allgemeinen Grundsätze.

Zwecks Durchführung der in Potsdam aufgestellten Grundsätze wird es für notwendig erachtet, Kriegsverbrecher und Personen, die möglicherweise gefährlich werden können, in fünf Hauptgruppen einzuteilen und einer jeden Gruppe angemessene Strafen und Sühnemaßnahmen festzusetzen. (...)

Abschnitt II

Artikel 1. Gruppen der Verantwortlichen. Zur gerechten Beurteilung der Verantwortlichkeit und zur Heranziehung zu Sühnemaßnahmen (ausgenommen in dem unten folgenden Falle 5) werden folgende Gruppen gebildet:

- 1. Hauptschuldige;**
- 2. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer);**
- 3. Minderbelastete (Bewährungsgruppe);**
- 4. Mitläufer;**
- 5. Entlastete (Personen der vorstehenden Gruppen, welche vor einer Spruchkammer nachweisen können, daß sie nicht schuldig sind). (...)**

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

Die Entnazifizierung und die Maßnahmen, jeden einzelnen Deutschen in der jeweiligen Besatzungszone in die Verantwortung zu ziehen, wurde in der westalliierten „Trizone“ ab 1949 vorsätzlich abgebrochen bzw. nicht eingeleitet!

Ab 1955 wurden die Maßnahmen zur Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen lediglich „außer Wirkung“ gesetzt, aber nicht aufgehoben!

Zitat: „Kontrollratsdirektive Nr. 38 vom 12. Oktober 1946

für die Bundesrepublik Deutschland außer Wirkung gesetzt durch Artikel 2 des Gesetzes Nr. A-37 der Alliierten Hohen Kommission vom 5. Mai 1955 (ABl. AHK S. 3268)

für die DDR außer Wirkung gesetzt durch Beschluß des Ministerrats der UdSSR über die Auflösung der Hohen Kommission der Sowjetunion in Deutschland vom 20. September 1955 (...)

Quelle: <https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-direktive38.htm>

In der Praxis hat sich gezeigt, dass die angloamerikanischen Mächte stets ihre eigenen imperialen Interessen verfolgen.

Die UdSSR hat ihrerseits auf ihren endgültigen Sieg über den teuflischen Nationalsozialismus verzichtet.

Die gleichgeschaltete „deutsche“ Nazi-Bevölkerung wurde nicht durch die beschlossenen Sühnemaßnahmen geläutert und die Sowjetarmee ist 1990 unverrichteter Dinge abgezogen.

Durch das Ausbleiben der Sühnemaßnahmen im Sinne der Bestrafung hat sich keine Lehre des „Zweiten Weltkrieges“ in das kollektive Gedächtnis des sog. „Deutschen Volkes“ verankern können.

Somit konnte aus der Vergangenheit nicht gelernt werden und der Nazismus, Militarismus und Satanismus triumphieren im Zentrum von Europa.

Wer die „Deutsche Staatsangehörigkeit“ bzw. die entsprechende Glaubhaftmachung „DEUTSCH“ der NSDAP von Adolf Hitler gemäß dem „Reichsgesetzblatt Nr.14“ vom 5. Februar 1934 besitzt, ist juristisch nazifiziert und muss gemäß dem Potsdamer Abkommen zwingend notwendig entnazifiziert werden!

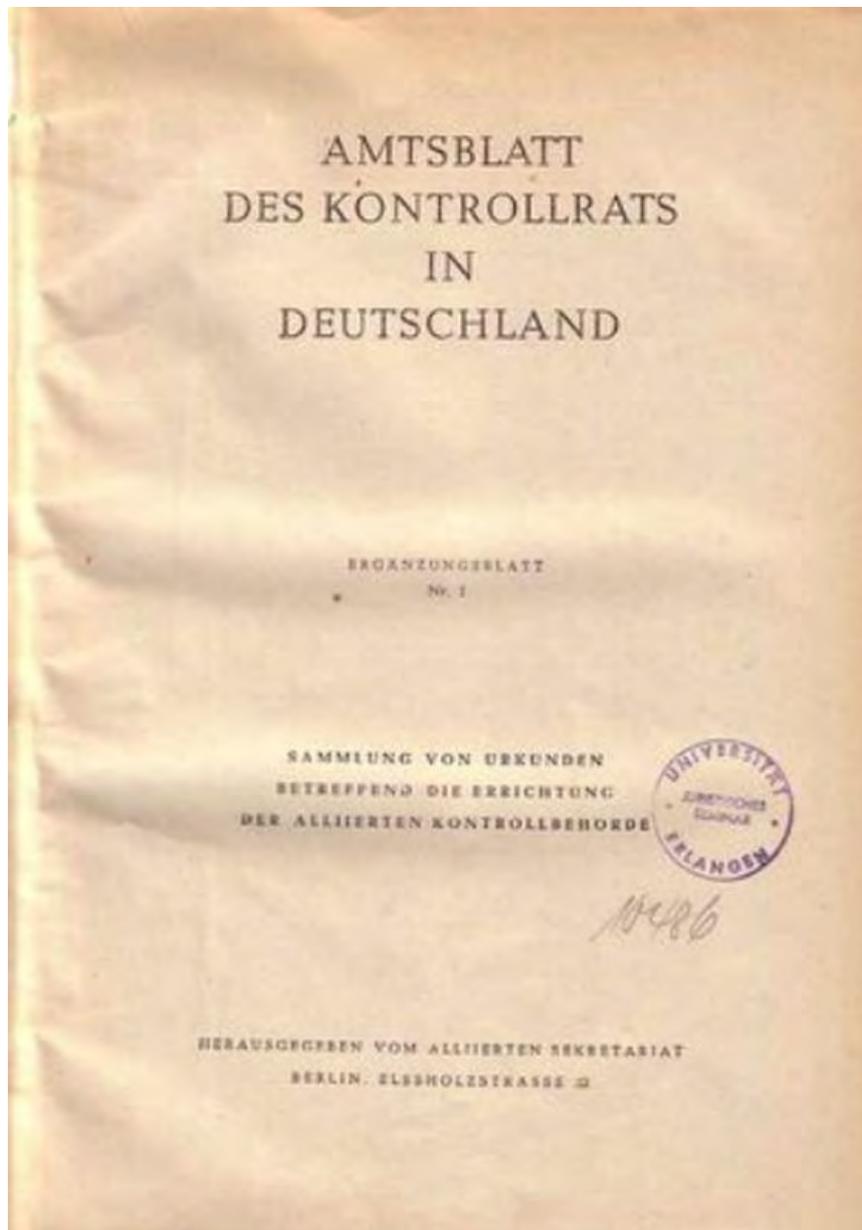
Artikel 139 Grundgesetz für die „Bundesrepublik Deutschland“ (BRD)

Zitat: „**Fortgelten der Vorschriften über Entnazifizierung: Die zur "Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus" erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.**“

Quelle: https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_139.html

Alle „deutschen Staatsangehörigen“, die dieser absoluten Verpflichtung nicht nachkommen, befinden sich gemäß der Kontrollratsdirektiven zur Entnazifizierung „automatisch“ in den Schuldkategorien 1 bis 4.

Die Nationale Befreiungsbewegung Deutschland - staatenlos.info ist durch über 15-jährige gesellschaftspolitische Öffentlichkeitsarbeit, Feldbeobachtung und wissenschaftliche Forschung zur praktischen Übernahme der vollumfänglichen Verantwortung für Deutschland und die internationale Weltgemeinschaft vollumfänglich geeignet und einsatzbereit!



Erkenne einfach die offenkundigen Fakten!



**Nazi-Deutschland besteht
bis heute weiter fort!**

**Das angloamerikanische BRD-
Besatzungsregime ist nicht Deutschland!**

**Der „Zweite Weltkrieg“
wurde bis heute NICHT beendet!**

Artikel 139 Grundgesetz für die BRD:

**Fortgelten der Vorschriften
über Entnazifizierung!**

=

**Das völkerrechtliche Potsdamer
Abkommen muss umgesetzt werden!**

staatenlos.info



staatenlos.info
Das Reformprogramm für
Deutschland

A scenic landscape photograph showing a town with a prominent church tower, set against a backdrop of rolling hills and mountains under a sunset sky. The sun is low on the horizon, casting a golden glow over the scene.

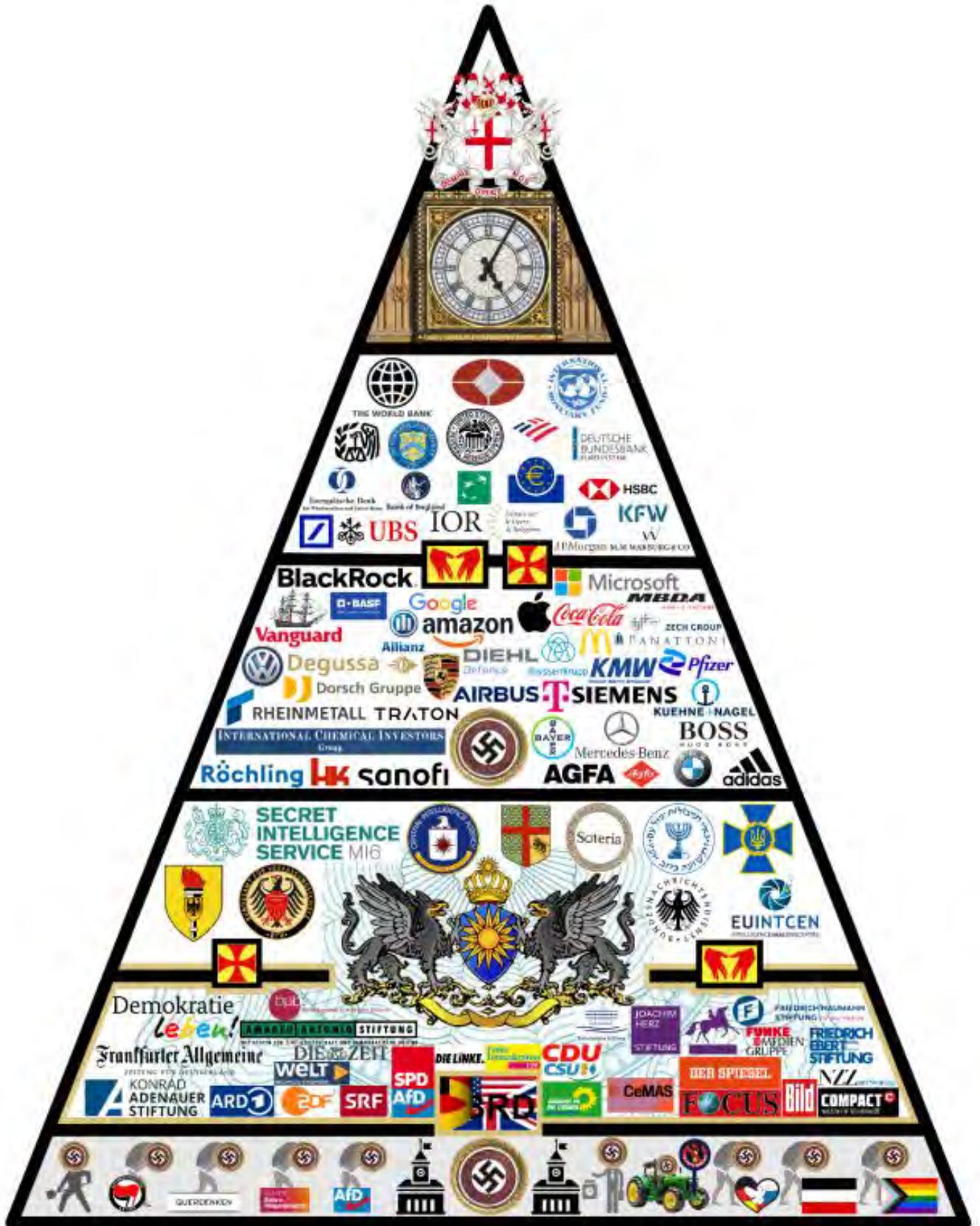
139

A graphic overlay featuring a QR code, the text "staatenlos.info", and a small German flag.

Was ist das NICHTS?

**Frage sich jeder selbst: WO IST MEINE FANTASIE GEBLIEBEN?
Wer nicht erkennen und handeln will, den wird das Nichts verschlingen!**









**ИСКОРЕНИМ
ШПИОНОВ И ДИВЕРСАНТОВ,
ТРОЦКИСТСКО-БУХАРИНСКИХ АГЕНТОВ ФАШИЗМА!**





Erkenne Dich selbst!



Es zählt nur DEIN mächtiger Wille!

Abdankung der provisorischen BRD-Treuhand-Diktatur nach über 80 Jahren
Fremdbestimmung - Volksherrschaft - Heimat & Welt-Frieden = Zukunft für alle
Menschen der Erde!



Das Schicksal der Deutschen ist das Schicksal der gesamten Menschheit!

Der große Schicksalskampf um die Schöpfung Gottes!



BEFREIUNG 2.0!



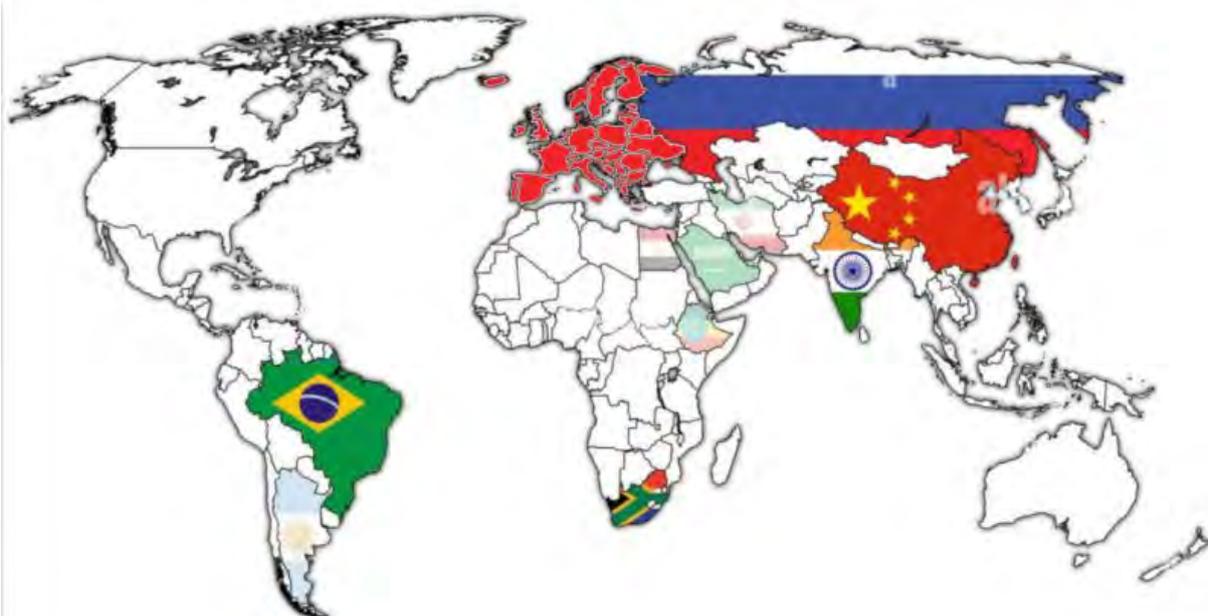
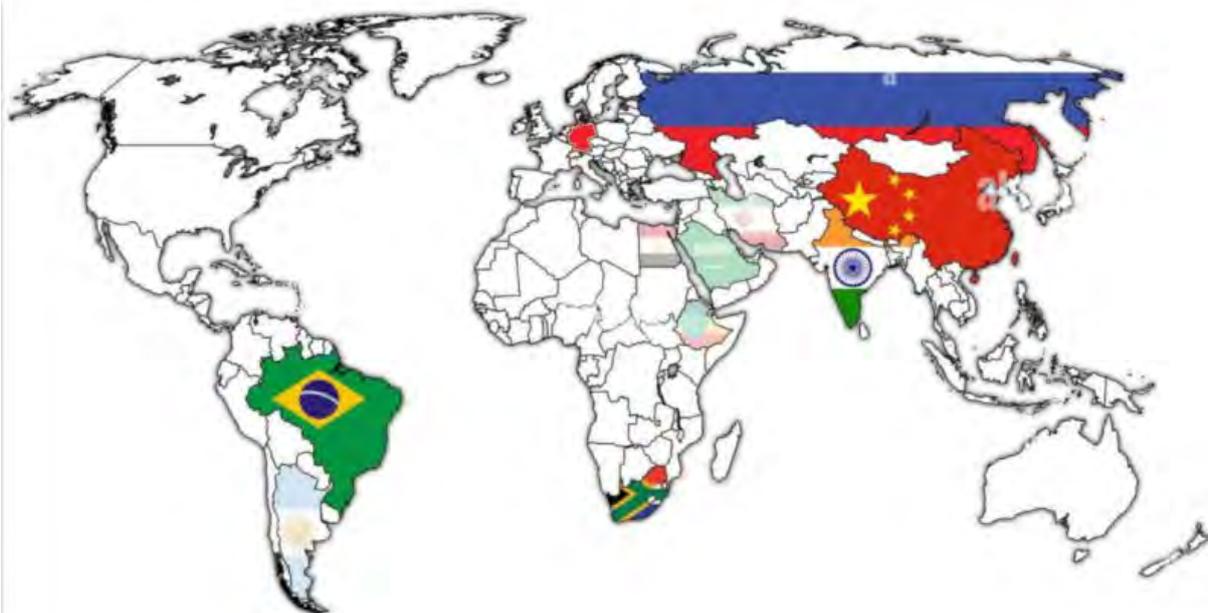
***Nationale Befreiungsbewegung
Deutschland - staatenlos.info***



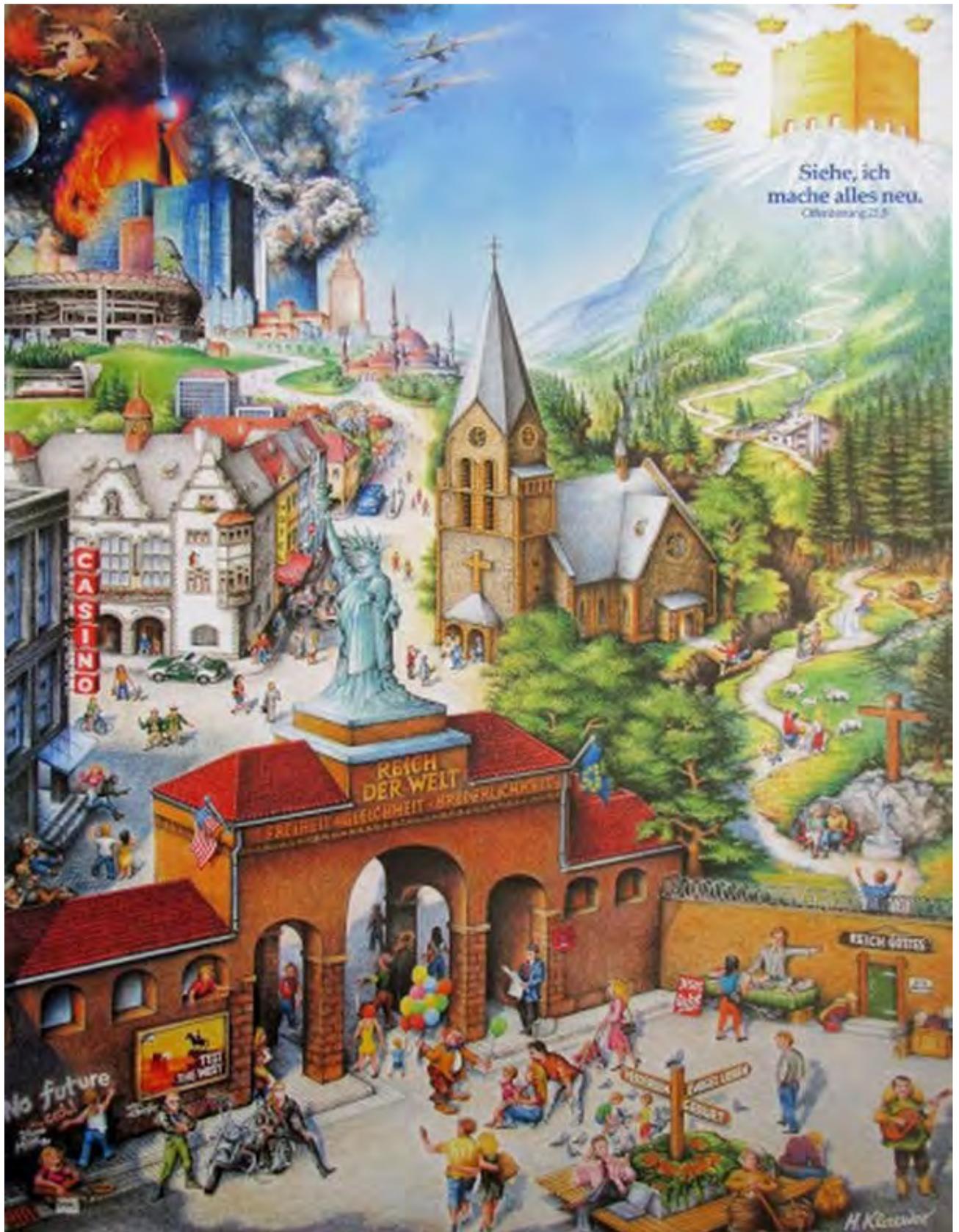


Die Zukunft Deutschland und Europas!













Dabei ist zu den Deutschen absolut folgende naturgesetzliche Regel jederzeit uneingeschränkt zu beachten:



Bildquelle: <https://de.cleanpng.com/png-795jie/>

Die Deutschen sind vergleichbar mit den Bienen ungemein fleißig und geistig im höchsten Maße erfinderisch und einfallsreich.

Werden sie von einem guten Imker gehütet ist dies ein Segen für Gottes Schöpfung!

Wehe dem, wenn sich aber ein falscher Imker der Deutschen bemächtigt! Dann werden diese göttlichen deutschen Bienen zu satanischen „Mörderbienen“!

Damit verkehrt sich dieser Segen in einen wahren Fluch mit der Folge, dass die gesamte Schöpfung der Vernichtung anheimfällt!

Genau das lehrt Euch die Vergangenheit!

Darum merket gut: ACHTET STETS AUF DEM IMKER!

Führe die Deutschen in die natürliche Ordnung Gottes, gebe Ihnen gemütliche Heimstätten mit großzügigen Gärten, schaffe einen freien Nährstand, ein familiäres Manufakturwesen und lass alles zum Guten gedeihen!

Beseitigt gründlich den Kapitalismus mit der Wurzel allen Übels; dem dämonischen Geld, „Edelmetallen“ und „Edelstein“-Fantasie.

Bringt alle Rohstoffe aus Gottes Natur in einen gleichen Wert und der Menschheit entsteht ein Paradies auf Erden!

Beachtet Ihr dies nicht, wird jeden Einzelnen von Euch das Nichts verschlingen und Eure Seele ist dahin!



Diese Dokumentation basiert auf dem neusten Forschungsstand!
Ergänzungen und Korrekturen sind auf Grund der dynamischen Prozesse und fehlender
Informationen ausdrücklich vorbehalten!
Forschungsstand: 10. Januar 2025